

Niedersächsisches Ministerium für Soziales,  
Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung



# Politische Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen

Schwerpunktbericht im Rahmen der  
niedersächsischen Landesjugend-  
hilfeplanung



Niedersachsen. Klar.

# Vorworte

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,**

ich freue mich sehr, Ihnen den Schwerpunktbericht „Politische Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen“ im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung vorstellen zu dürfen.

In einer Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher und politischer Umbrüche ist die aktive Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung unserer Demokratie wichtiger denn je. Die Frage nach dem Engagement der Jugend in der Politik ist von entscheidender Bedeutung für unser gesellschaftliches Zusammenleben und unsere Zukunft. Unsere Demokratie steht aktuell vor einer enormen Herausforderung, die Veröffentlichung des vorliegenden Berichts hätte daher zu keiner Zeit passender sein können.



In dem Bericht werden Sie eine gründliche Analyse der aktuellen Situation sowie Einblicke in die Herausforderungen und Chancen entdecken, denen junge Menschen in Niedersachsen gegenüberstehen, wenn es um politische Beteiligung geht.

Dieser Bericht ist das Ergebnis intensiver Forschungsarbeit. Er reflektiert das Engagement vieler Menschen, die sich für die Förderung der politischen Teilhabe junger Menschen einsetzen. Aber nicht nur das. Dieser Bericht schreibt nicht über eine bestimmte Zielgruppe, sondern lässt diese Zielgruppe zu Wort kommen. Erstmals im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung wurden mehr als 4.500 jungen Menschen in Niedersachsen die Gelegenheit gegeben, aufzuzeigen, welche Beteiligungs- und Partizipationsformen sie sich auf kommunaler Ebene und auf Landesebene wünschen und welcher flankierenden Maßnahmen es bedarf.

Als Minister ist es mein großer Wunsch, dass die Erkenntnisse dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung der Jugendbeteiligung zu stärken und konkrete Anstrengungen für eine inklusive und demokratische Gesellschaft zu setzen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen, die an der Entstehung dieses Berichts mitgewirkt haben, ausdrücklich bedanken. Bei den Forscherinnen der IMAP GmbH, die diesen Bericht gefertigt haben, den Expertinnen und Experten, die sich aktiv und intensiv im Projektbeirat des Berichtes eingebracht haben, bei den Unterstützerinnen und Unterstützern vor Ort, die dazu beigetragen haben, dass viele jungen Menschen in Niedersachsen an der persönlichen und digitalen Befragung teilnehmen konnten, und selbstverständlich bei den jungen Menschen selbst, die sich im Rahmen der Umfrage und in Interviews eingebracht haben. Ohne dieses gemeinsame außerordentliche Engagement wäre die Berichterstellung nicht möglich gewesen.

Ich wünsche Ihnen eine spannende und interessante Lektüre und hoffe, dass die Erkenntnisse und Empfehlungen bestärken wirken, unsere Gesellschaft gemeinsam mit den jungen Menschen unseres Landes positiv zu gestalten. Lassen Sie uns alle dazu beitragen, dass junge Menschen sich einbringen und damit auch ihre politische Teilhabe in Niedersachsen nachhaltig gestärkt wird.

Ich wünsche uns, dass dieser Bericht als Signal und Impuls für die Intensivierung einer aktiven politischen Beteiligung von jungen Menschen landes- und bundesweit verstanden und wahrgenommen wird.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andreas Philippi'. The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

**Dr. Andreas Philippi**

*Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung*

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
lieber Leserinnen und Leser,**



ich freue mich sehr, dass Sie den Schwerpunktbericht „Politische Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen“ in den Händen halten können, der uns allen einen sehr guten wissenschaftlich fundierten Überblick über die politische Beteiligungslandschaft junger Menschen in Niedersachsen ermöglicht.

Jungen Menschen, so will es der Gesetzgeber, soll es ermöglicht und erleichtert werden, entsprechend ihrem Alter und ihrer individuellen Fähigkeiten in allen sie betreffenden Lebensbereichen selbstbestimmt interagieren und damit gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilhaben zu können. Dies umfasst, das macht der vorliegende Bericht deutlich, sowohl die politische als auch die soziale Partizipation junger Menschen. Wenn wir davon ausgehen, dass Selbstbestimmung und Autonomie wesentliche Grundpfeiler eines gelungenen Lebens sind,

dann müssen wir anerkennen, dass diese zwar keine Garantie für Glück und Sinn bieten, aber zumindest deren notwendige Voraussetzung darstellen.

Junge Menschen sind auf der einen Seite der Politik und ihren Institutionen sehr kritisch gegenüber eingestellt und vielfach fehlt ihnen auch das Vertrauen in das politische System. Auf der anderen Seite haben sie ein sehr feines Gespür für gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und Entwicklungen. Dieses feine Gespür zu achten und für politische Entscheidungen nutzbar zu machen, ist die große Herausforderung, vor der Politik und Gesellschaft stehen.

Politisches Denken und Engagement fällt nicht vom Himmel. Es muss erlernt und eingeübt werden. Die Orte für dieses Erlernen und Einüben sind unsere Kindertagesstätten, die Schulen, aber auch die Kinder- und Jugendzentren und die vielen anderen Angebote der Kinder- und Jugendhilfe. Dies alles können Lernorte demokratischen Handelns sein und wir sind als Gesellschaft aufgefordert, diese Orte weiter zu stärken und auszubauen.

Eine große Herausforderung für die politische Partizipation wird es sein, ein inklusives Verständnis von Partizipation zu entwickeln. Das heißt, wir müssen uns bei jedem Partizipationsformat die Frage stellen, wen schließen wir eigentlich gerade aus? Und die gesellschaftlichen Gruppen, die von Ausschließung bedroht sind, können vielfältig sein. In der vorliegenden Studie heißt es: „Es besteht dringender Bedarf, politische Beteiligungsangebote weiterzuentwickeln, um sie zugänglicher, relevanter und wirkungsvoller für junge Menschen zu gestalten.“ Dabei gilt es, den Fokus insbesondere auf die Gruppen zu richten, die mit den bisherigen Formaten noch nicht so gut erreicht werden. Hierzu wird eine gewisse „Habitus-sensibilität“ notwendig sein. Nicht alle jungen Menschen sind es gewohnt, in diskursiven Aushandlungsprozessen argumentativ zu punkten. Es scheint aber notwendig, (neue) Wege zu gehen und Formate zu entwickeln, die dem Anspruch einer alle Kinder- und Jugendlichen einbeziehenden politischen Teilhabe gerecht werden können.

Ich freue mich, dass wir mit diesem Bericht eine hervorragende Grundlage haben, um mit jungen Menschen gemeinsam dafür zu sorgen, dass politische Partizipation keine Simulation von Beteiligung darstellt, sondern ein respektvolles und aufregendes Abenteuer bleibt.

**Prof. Dr. Olaf Lobermeier**

*Vorsitzender des niedersächsischen Landesjugendhilfeausschusses*



**Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,**

Kommunen stellen das unmittelbare Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen dar. Hier können sie erleben, dass politische Entscheidungen, die sie betreffen, in Aushandlungsprozessen mit verschiedensten Akteuren entstehen. Sie können Politik als gestaltbar erfahren und das wechselseitige Verhältnis von Mitspracherechten und Verantwortungsübernahme erkennen.

Bereits die von der Nds. Kinderkommission in Auftrag gegebene Studie „Partizipation von Kindern und Jugendlichen in niedersächsischen Kommunen“ aus dem Jahr 2017 und die Sekundäranalyse „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen“ aus dem Jahr 2021 lieferten aus kommunaler Sicht wesentliche Erkenntnisse zur politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

Der erfolgreichen Umsetzung von politischer Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen geht aus fachlicher Sicht voraus, dass Kinder und Jugendliche als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt verstanden und aktiv an Prozessen beteiligt werden. Viele Kommunen haben sich bereits auf den Weg gemacht, diesem Ansatz in unterschiedlichen Beteiligungsangeboten auf kommunaler Ebene Rechnung zu tragen.

Der vorliegende Schwerpunktbericht liefert einen ergänzenden Perspektivwechsel, der die Erfahrungen, Wünsche und Meinungen der Kinder und Jugendlichen in Bezug auf ihre politische Beteiligung darstellt. Gewinnbringende Erkenntnisse liefern insbesondere die Kapitel zu den Themen und den Erwartungen der Beteiligung aus Sicht der Kinder und Jugendlichen. Die Ergebnisse bestätigen den Eindruck in der öffentlichen Wahrnehmung, dass sich junge Menschen insbesondere für umwelt- und bildungspolitische Themen interessieren. Aber auch in den Themenfeldern Demokratie, Verkehr, Freizeit und Stadtplanung wünschen sich die jungen Menschen politische Beteiligungsangebote. Für eine gelingende Umsetzung von Beteiligungsangeboten auf kommunaler Ebene sowie auf Landesebene aus Sicht der Kinder und Jugendliche liefern insbesondere die Kriterien für ein gutes Beteiligungsangebot und für gute Beteiligungsprozesse wichtige Anhaltspunkte.

Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen grundsätzlich die Bemühungen, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf kommunaler Ebene und Landesebene mit den derzeit gesetzlich vorgesehenen Instrumentarien zu stärken. Auch wenn der Ausbau der politischen Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen richtig und wichtig ist, so nimmt der Schwerpunktbericht leider die personelle, rechtlich zulässige und finanzielle Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Gelingensfaktoren und Handlungsempfehlungen nicht in den Blick. Vor dem Hintergrund des anhaltenden Fachkräftemangels und der angespannten kommunalen Haushaltslage bedarf es einer ehrlichen Betrachtung, welche politischen Bekenntnisse und Wünsche in der aktuellen Zeit überhaupt umsetzbar sind und dies gilt leider ebenso für die in diesem Schwerpunktbericht vorgeschlagenen Inhalte.



*Sven Ambrosy*

**Sven Ambrosy**  
Präsident NLT

*Frank Klingebiel*

**Frank Klingebiel**  
Präsident NST

*Marco Trips*

**Dr. Marco Trips**  
Präsident NSGB

## DANKSAGUNG

Wir möchten unseren aufrichtigen Dank an all jene richten, die zur Realisierung dieses umfassenden Berichts beigetragen haben.

Ein besonderer Dank gilt **Inge Will** für die Koordination der Fokusgruppengespräche in Peine und den inspirierenden Austausch, der einige der Schlüsselideen dieses Berichts geprägt hat.

Unser Dank erstreckt sich ebenfalls auf die Mitarbeitenden der Jugendfreizeiteinrichtung „Nummer 10“ in Peine für ihre unermüdliche Unterstützung bei der Durchführung der Fokusgruppen und der Gewinnung von Teilnehmenden. Ohne ihre Hilfe wäre es uns nicht möglich gewesen, die Stimmen und Wünsche von sonst unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen zu hören.

Wir sind **Selina Kunisch** zutiefst dankbar, die die kommunale Abfrage von Beginn an unterstützt und insbesondere bei der Implementierung geholfen hat, indem sie sie in Umlauf gebracht hat.

Ein herzliches Dankeschön geht auch an die Mitglieder des Beirats für die konstruktiven sowie mitunter kritischen und teilweise kontroversen Diskussionen, die eine effiziente und effektive gemeinsame Bearbeitung dieses Schwerpunktberichts ermöglichte:

**Christof Gebhardt, Britta Lock, Julia Scherer, Björn Schulz, Lisa Schwarzer, Anette Steege**  
*Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung*

**Stefan Thunich**  
*Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport*

**Joachim Glaum**  
*IBN – Integrierte Berichterstattung Niedersachsen; Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie; Landesjugendamt FB I*

**Lutz Heine**  
*Vorsitzender des Unterausschuss 1 (Grundsatzangelegenheiten und übergreifende Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe) des Niedersächsischen Landesjugendhilfeausschusses*

**Tania-Aletta Schmidt**  
*Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie; Landesjugendamt FB I*

**Märthe Stamer**  
*Landesjugendring Niedersachsen e. V.*

**Simone Sommerfeld**  
*Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit Nds. e. V.*

**Louisa Basner, Hoang Duc Vu**  
*Niedersächsische Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo)*

**Annemieke Ehlers**  
*Landesbeirat für Jugendarbeit Niedersachsen*

**Selina Kunisch**  
*Niedersächsischer Landkreistag (NLT) – für die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen (AGKSV)*

**Nina Krüger**  
*Arbeitsgemeinschaft der Jugendämter der Länder Niedersachsen und Bremen (AGJÄ), Referat Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit; Regionsjugendpflegerin in der Region Hannover*

**Sönke Deitlaff**

*Kinderfreundliche Kommunen e.V.*

**Patrick Wunderling**

*Selbstvertreter – AWO Bezirksverband Braunschweig e.V.*

**Merve Özkan**

*DITIB Islamische Religionsgemeinschaft Niedersachsen und Bremen e. V.*

**Dr. Christian Schnaudt**

*Universität Mannheim, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Politische Soziologie*

**Dr. Philipp Kleer**

*Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft*

Wir sind allen zum besonderen Dank verpflichtet, die sich aktiv an der Verbreitung der Online-Umfrage beteiligt und bei der Teilnehmendenakquise für die Fokusgruppengespräche mitgewirkt haben.

Nicht zuletzt möchten wir den vielen Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen danken, die an den Erhebungen teilgenommen haben. Ihre Einsichten und Meinungen sind von unschätzbarem Wert für die Breite und Tiefe dieses Berichts.

Dieser Schwerpunktbericht ist ein Gemeinschaftswerk, das im Rahmen eines partizipativen Prozesses entstanden ist. Die Beiträge haben maßgeblich dazu beigetragen, dass dieser Bericht nicht nur umfassend und detailliert ist, sondern auch eine Vielzahl von Perspektiven widerspiegelt. Das Engagement für diesen Prozess ist ein leuchtendes Beispiel für Gemeinschaft und Zusammenarbeit.

## INHALTSVERZEICHNIS

	<b>Danksagung</b>	<b>6</b>
	<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>11</b>
	<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>13</b>
<b>1.</b>	<b>Einleitung: Warum ist die politische Beteiligung von jungen Menschen wichtig und richtig?</b>	<b>14</b>
1.1	Was ist das Ziel des Schwerpunktberichts?	15
1.2	Wie wurde der Schwerpunktbericht erstellt?	15
1.2.1	Projektgruppe	16
1.2.2	Lenkungsgruppe der Landesjugendhilfeplanung	17
1.2.3	Landesjugendhilfeausschuss	17
1.2.4	Projektbeirat	17
1.2.5	Einbindung der Fachkräfte und Träger	18
1.3	Wie ist der Schwerpunktbericht aufgebaut?	18
<b>2.</b>	<b>Politische Partizipation und Demokratie</b>	<b>20</b>
2.1.1	Was ist politische Partizipation?	21
2.1.2	Was ist politische Partizipation nicht?	26
2.1.3	Welche Rolle spielen junge Menschen bei politischer Partizipation?	27
2.1.4	Welche politische Beteiligung ist für junge Menschen vorgesehen?	29
2.2	<b>Angebot und Nachfrage von politischer Partizipation junger Menschen</b>	<b>31</b>
2.2.1	Welche Partizipationsangebote werden für junge Menschen geschaffen?	31
2.2.2	Welche politische Partizipationsmöglichkeiten werden von jungen Menschen genutzt?	35
2.3	<b>Herausforderungen und Gelingensfaktoren</b>	<b>37</b>
2.3.1	Welche individuellen Faktoren beeinflussen die politische Partizipation junger Menschen?	37
2.3.2	Welche institutionellen Faktoren beeinflussen die politische Partizipation junger Menschen?	41
2.3.3	Welche Kontextfaktoren beeinflussen die politische Partizipation junger Menschen?	42
<b>3.</b>	<b>Begriffsverständnis und Modell des Berichts</b>	<b>46</b>
3.1	<b>Arbeitsdefinition</b>	<b>46</b>
3.1.1	Rechtliche Definition	48
3.1.2	Institutionelle Definition	48
3.1.3	Subjektive Definition	49
3.2	Modell zur politischen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen	49

<b>4.</b>	<b>Methodisches Vorgehen</b>	<b>52</b>
4.1	Online-Recherche	55
4.2	Kommunale Abfrage	57
4.3	Interviews mit Expertinnen und Experten	58
4.4	Online-Befragung junger Menschen	59
4.5	Fokusgruppengespräche	64
4.6	Kritische Würdigung des methodischen Vorgehens	66
<b>5.</b>	<b>Ergebnisse</b>	<b>68</b>
5.1	<b>Angebot: Beteiligungsprozesse und -formate für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Niedersachsen</b>	<b>68</b>
5.1.1	Angebote auf Landesebene	68
5.1.2	Angebote auf kommunaler Ebene	68
5.1.3	Förderliche und hinderliche Bedingungen	80
5.1.4	Zusammenfassung und Fazit: Die politischen Beteiligungsangebote in Niedersachsen	83
5.2	<b>Nachfrage: Erfahrungen und Wünsche von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen</b>	<b>83</b>
5.2.1	Politische Aktivität und Passivität	84
5.2.2	Soziale Beteiligung	90
5.2.3	Themen der Beteiligung	92
5.2.4	Erwartungen an Beteiligung	97
5.2.5	Zufriedenheit mit dem Beteiligungsangebot	107
5.2.6	Interesse und Information	116
5.2.7	Beteiligungsspezifische Einstellungen	120
5.2.8	Zusammenfassung und Fazit: Die Nachfrageseite von politischer Beteiligung junger Menschen	124
5.3	<b>Angebot und Nachfrage der politischen Beteiligungsangebote für junge Menschen in Niedersachsen</b>	<b>124</b>
<b>6.</b>	<b>Umsetzungskonzept zur Stärkung und Sicherung von Beteiligungsprozessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen</b>	<b>126</b>
6.1	<b>Qualitätsleitlinien</b>	<b>126</b>
6.1.1	Kriterien für ein gutes Beteiligungsangebot in Niedersachsen	126
6.1.2	Kriterien für gute Beteiligungsprozesse	128
6.2	<b>Anforderungen und Gelingensbedingungen: Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sowie junge Menschen</b>	<b>129</b>
6.3	<b>Handlungsempfehlungen: Ressourcen für starke Beteiligung</b>	<b>130</b>
6.4	<b>Leitfäden für Beteiligungsprozesse für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene</b>	<b>140</b>
6.4.1	Leitfaden: Berücksichtigung junger Menschen bei allen politischen Vorhaben in Niedersachsen	141
6.4.2	Leitfaden: Konzeption eines politischen Beteiligungsprozesses	143

6.4.3	Leitfaden: Information von jungen Menschen über den geplanten politischen Beteiligungsprozess	148
6.4.4	Leitfaden: Durchführung des politischen Beteiligungsprozesses	151
6.4.5	Leitfaden: Übergabe des Beteiligungsergebnisses in den politischen Prozess	152
6.4.6	Leitfaden: Rückkopplung mit den jungen Menschen	153
6.5	<b>Fortbildungskonzept für Fachkräfte und Mitarbeitende im Bereich der Landes- und Kommunalverwaltungen in Niedersachsen</b>	<b>154</b>

---

<b>7.</b>	<b>Ausblick</b>	<b>159</b>
-----------	-----------------	------------

---

<b>8.</b>	<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>160</b>
-----------	-----------------------------	------------

---

<b>9.</b>	<b>Anhang</b>	<b>166</b>
-----------	---------------	------------

9.1	Analyseraster	166
-----	---------------	-----

9.2	Fragebogen für die Online-Befragung von jungen Menschen	172
-----	---	-----

9.3	Ablaufplan für die Fokusgruppengespräche	182
-----	--	-----

9.4	Zentrale Erkenntnisse aus den Fokusgruppengesprächen	184
-----	--	-----

9.5	Fragebogen für die kommunale Abfrage	194
-----	--------------------------------------	-----

9.6	Ableitungen für Struktur, Prozesse und Haltungen	198
-----	--	-----

9.6.1	Struktur	198
-------	----------	-----

9.6.2	Prozesse	200
-------	----------	-----

9.6.3	Haltung	201
-------	---------	-----

---

	<b>Impressum</b>	<b>203</b>
--	------------------	------------



## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1	Überblick über die Akteure des Schwerpunktberichts	16
Abbildung 2	Politische Partizipation nach Jan W. van Deth (2014)	25
Abbildung 3	Partizipationsleiter (eigene Darstellung nach Arnstein 1969: 217)	30
Abbildung 4	Überblick über die Vorteile kleiner und großer Gemeinden	44
Abbildung 5	Partizipation, politische und soziale Partizipation	47
Abbildung 6	Theoretisches Modell	50
Abbildung 7	Überblick über den Aufbau der Studie	52
Abbildung 8	Charakterisierung der IBN-Vergleichsringe	54
Abbildung 9	Zuordnung zu Vergleichsringen	54
Abbildung 10	Stichprobe der Online-Recherche (Anzahl, N = 209)	57
Abbildung 11	Kommunen nach Vergleichsringen und Art der Kommune (Anzahl, N = 114)	58
Abbildung 12	Gerätestatistik zur Online-Umfrage (Anteil in Prozent)	61
Abbildung 13	Referrer zur Online-Umfrage (Anteil in Prozent)	61
Abbildung 14	Alter der Befragten (Anteil in Prozent, N = 2206)	62
Abbildung 15	(Angestrebter) Bildungsabschluss der Befragten (Anteil in Prozent, N = 2078)	63
Abbildung 16	Befragte mit (angestrebtem) Abitur und anderen (angestrebten) Abschlüssen (Anteil in Prozent, N = 2078)	63
Abbildung 17	Befragte der Online-Umfrage nach Vergleichsringen (Anzahl; Anteil in Prozent, N = 2078)	63
Abbildung 18	Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Anteile in Prozent, N = 249)	69
Abbildung 19	Verteilung dauerhafte und temporäre Maßnahmen (kommunale Abfrage, Angabe in Prozent, N = 249)	69
Abbildung 20	Dauer der Maßnahmen insgesamt (Online-Recherche, Angaben in Prozent, N = 249)	70
Abbildung 21	Dauer der Maßnahmen nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Angaben in Prozent, N = 249)	70
Abbildung 22	Digitalisierungsgrad der Beteiligungsmöglichkeiten insgesamt (Online-Recherche, Anteile in Prozent, N = 249)	71
Abbildung 23	Digitalisierungsgrad der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)	71
Abbildung 24	Digitalisierungsgrad der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 269)	71
Abbildung 25	Partizipationsformen insgesamt (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)	72
Abbildung 26	Partizipationsformen nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)	72
Abbildung 27	Partizipationsstufen der Beteiligungsmöglichkeiten insgesamt (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)	73
Abbildung 28	Partizipationsstufe der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)	73
Abbildung 29	Partizipationsstufen der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 697)	74
Abbildung 30	Handlungsfeld der Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)	75
Abbildung 31	Handlungsfeld der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsring (Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)	75
Abbildung 32	Handlungsfeld der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 502)	75
Abbildung 33	Zielgruppe der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 353)	76
Abbildung 34	Zielgruppenerreichung bei Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)	77
Abbildung 35	Zielgruppenerreichung bei Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)	77
Abbildung 36	Durchführende Organisation der Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)	79
Abbildung 37	Durchführende Organisation der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)	79

Abbildung 38	Durchführende Organisation der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 269)	79
Abbildung 39	Politische Responsivität nach Dauer der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Mittelwerte N = 249)	80
Abbildung 40	Politische Responsivität bei den Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (kommunale Abfrage, Mittelwerte N = 249)	80
Abbildung 41	Genutzte Beteiligungsmöglichkeiten offline, (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2483)	85
Abbildung 42	Genutzte Beteiligungsmöglichkeiten online und offline, (Online-Umfrage; Angaben in Prozent, N = 2086)	86
Abbildung 43	Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)	87
Abbildung 44	Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2206)	88
Abbildung 45	Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2206)	88
Abbildung 46	Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1962)	88
Abbildung 47	Politische Aktivität u. Passivität (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 1978)	89
Abbildung 48	Politische Aktivität u. Passivität nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 1978)	89
Abbildung 49	Politische Aktivität u. Passivität nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	89
Abbildung 50	Genutzte soziale Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	90
Abbildung 51	Anzahl der genutzten sozialen Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	90
Abbildung 52	Soziale Aktivität nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	91
Abbildung 53	Soziale Aktivität nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)	91
Abbildung 54	Soziale Aktivität nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 1962)	92
Abbildung 55	Soziale Aktivität und Passivität (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)	92
Abbildung 56	Themen der Beteiligung (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	93
Abbildung 57	Themen der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)	94
Abbildung 58	Themen der Beteiligung nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	95
Abbildung 59	Themen der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	96
Abbildung 60	Beteiligungswünsche nach Themen auf Landes- und Kommunalebene (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2192)	98
Abbildung 61	Beteiligungswünsche nach Themen im eigenen Wohnort nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	99
Abbildung 62	Beteiligungswünsche nach Themen in Niedersachsen nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	100
Abbildung 63	Beteiligungswünsche nach Themen im eigenen Wohnort nach (angestrebtem) Bildungsstatus (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	101
Abbildung 64	Beteiligungswünsche nach Themen in Niedersachsen nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)	102
Abbildung 65	Beteiligungswünsche nach Themen in Niedersachsen nach Vergleichsringen (Online-Befragung, Angaben in Prozent, N = 2206)	103
Abbildung 66	Formatspezifische Beteiligungswünsche (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1998)	104
Abbildung 67	Formatspezifische Beteiligungswünsche nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1785)	105
Abbildung 68	Formatspezifische Beteiligungswünsche nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2055)	106
Abbildung 69	Formatspezifische Beteiligungswünsche nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1859)	106
Abbildung 70	Beurteilung der Teilnahme an Teilnehmungsveranstaltungen zu einem bestimmten Thema (Online-Umfrage, N = 232)	108

Abbildung 71	Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen nach Altersgruppen, (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 189)	109
Abbildung 72	Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, (Mittelwerte, N = 1502)	109
Abbildung 73	Beurteilung genutzter Beteiligungsmöglichkeiten, (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1639)	110
Abbildung 74	Beurteilung der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1639)	111
Abbildung 75	Zufriedenheit mit anderen Beteiligungsmöglichkeiten nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1639)	112
Abbildung 76	Beurteilung politischer Beteiligungsangebote und Wünsche an das politische Beteiligungsangebot auf Kommunal- und Landesebene (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1787)	114
Abbildung 77	Beurteilung des politischen Beteiligungsangebots und Wünsche an das politische Beteiligungsangebot nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1787)	114
Abbildung 78	Beurteilung des politischen Beteiligungsangebots und Wünsche an das politische Beteiligungsangebot nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1685)	115
Abbildung 79	Politisches Interesse und Information über Beteiligungsangebote (Online-Umfrage, Mittelwerte N = 2206)	116
Abbildung 80	Desinteresse nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2121)	117
Abbildung 81	Desinteresse nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1911)	118
Abbildung 82	Informationsquellen zu genutzten Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2151)	118
Abbildung 83	Information nach Altersgruppe (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2121)	119
Abbildung 84	Mittelwerte Information nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1931)	119
Abbildung 85	Information nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1911)	120
Abbildung 86	Beteiligungsspezifische Einstellungen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2120)	121
Abbildung 87	Beteiligungsförderliche Einstellungen nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2121)	122
Abbildung 88	Beteiligungsförderliche Einstellungen nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, (Mittelwerte, N = 1931)	123
Abbildung 89	Beteiligungsförderliche Einstellungen nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1911)	123
Abbildung 90	Überblick über die Leitfäden	141

## TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1	Überblick verschiedener politischer Partizipationskonzepte in der Forschungsliteratur	22
Tabelle 2	Überblick über die Online-Recherche	56
Tabelle 3	Überblick über die kommunale Abfrage	57
Tabelle 4	Überblick über die Expertinnen- und Experteninterviews	59
Tabelle 5	Überblick über die Online-Befragung junger Menschen	60
Tabelle 6	Überblick über die Fokusgruppengespräche	65
Tabelle 7	Zusammensetzung der Fokusgruppen	66
Tabelle 8	Anforderungen an Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sowie junge Menschen bei Beteiligungsprozessen	130
Tabelle 9	Strukturelle Empfehlungen	198
Tabelle 10	Empfehlungen für die Gestaltung der Prozesse zur Unterstützung von politischer Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen	200

## 1

# Einleitung: Warum ist die politische Beteiligung von jungen Menschen wichtig und richtig?

In unserer sich ständig wandelnden Welt ist es unerlässlich, dass die Stimmen der Jüngsten in unseren Gemeinschaften nicht nur gehört, sondern auch aktiv in die Gestaltung unserer kollektiven Zukunft einbezogen werden. Die politische Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist keine Option, sondern eine grundlegende Notwendigkeit, die das Herzstück einer blühenden und nachhaltigen Demokratie bildet. Dafür gibt es mehrere Gründe:

**Innovation und neue Perspektiven:** Junge Menschen sind Expertinnen und Experten für ihre Belange. Sie bringen oft innovative Ideen und neue Perspektiven in politische Diskurse ein, was zu besseren politischen Ergebnissen beitragen kann.

**Zukunftsorientierung und langfristige Politikgestaltung:** Junge Menschen sind die Zukunft unserer Gesellschaft und müssen mit den Folgen heutiger politischer Entscheidungen am längsten leben. Ihre Perspektive geht über kurzfristige Gewinne hinaus und priorisiert stattdessen Nachhaltigkeit, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit, um eine lebenswerte Zukunft zu sichern. Darüber hinaus bringen sie ein tiefes Verständnis für neue Technologien und soziale Medien mit – alles entscheidende Elemente für eine zukunftsorientierte Politikgestaltung.

**Soziale Inklusion und Diversität:** Die Einbeziehung junger Menschen fördert eine inklusive Gesellschaft, in der alle Stimmen gehört werden. Dies trägt zu einer umfassenderen und ausgewogeneren Darstellung von verschiedenen gesellschaftlichen Interessen in politischen Entscheidungen bei. Indem junge Menschen aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, stärkt dies nicht nur die Vielfalt der Perspektiven, sondern auch das Vertrauen in das politische System. Eine solche Politik zeigt, dass die Bedürfnisse und Ansichten junger Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden, was die Grundlage für eine starke und legitime Demokratie bildet.

**Erziehung zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern:** Durch die Einbindung in politische Prozesse lernen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene wie Demokratie funktioniert, wie man sich einbringt und wie man effektiv kommuniziert und verhandelt. Idealerweise lernen junge Menschen, dass ihre Stimme wichtig ist und einen Unterschied macht. Diese Erfahrungen sind wichtig für die Entwicklung eines Verständnisses für politische Prozesse, ihrem Gefühl der Zugehörigkeit und für die Förderung einer aktiven Bürgerschaft. Engagierte junge Menschen sind eher bereit, sich auch im Erwachsenenalter politisch zu engagieren.

Obwohl die politische Beteiligung junger Menschen von immenser Bedeutung ist, besteht ein auffälliges Ungleichgewicht: Junge Menschen sind in politischen Entscheidungsprozessen deutlich unterrepräsentiert. Dadurch werden die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen nur unzureichend berücksichtigt und ihre spezifischen Probleme sowie Anliegen werden vielfach nicht adressiert. Eine solche Lücke in der politischen Vertretung schwächt nicht nur die Demokratie, sondern lässt auch wertvolle Perspektiven außer Acht. Es geht um weit mehr als nur um eine Frage der angemessenen Repräsentation; die Verbesserung der politischen Beteiligung junger Menschen ist ein entscheidender Schritt hin zu nachhaltiger Entwicklung und demokratischem Fortschritt.

„Ich finde, es sollte einfachere Wege geben, sich einzubringen und dass man auch gehört wird: Was wollen die Jugendlichen, wie finden die das? Denn wir sind ja auch die neue Generation.“ (Jugendliche in der Fokusgruppendifkussion der 15- bis 17-Jährigen)

Mit der Erstellung des Schwerpunktberichts zur politischen Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen stellt die Landesjugendhilfeplanung den Grundstein, mit dem die politische Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen als fester Bestandteil der demokratischen Entscheidungsprozesse in der Kommunal- und Landespolitik verankert werden soll.

## 1.1 Was ist das Ziel des Schwerpunktberichts?

Das Land Niedersachsen hat die dringende Notwendigkeit erkannt, das Angebot zur politischen Beteiligung junger Menschen zu verbessern. In Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren der Landesjugendhilfeplanung zielt der Schwerpunktbericht darauf ab, eine Grundlage für die bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zu bieten. Der Bericht verfolgt drei wesentliche Ziele:

**Überblick über den aktuellen Zustand (Ist-Zustand):** Der Bericht soll eine wissenschaftlich fundierte Übersicht über das politische Teilnahmeangebot für junge Menschen in Niedersachsen bieten, der die bestehenden Teilnahmeangebote und -prozesse für junge Menschen umfasst.

**Analyse des gewünschten Zustands (Soll-Zustand):** Der Bericht soll ebenfalls einen Überblick über die Anforderungen an die politische Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen liefern. Hierbei geht es primär um die Identifikation der Bedürfnisse und Erwartungen junger Menschen an politische Partizipationsprozesse.

**Unterstützung für Fachkräfte und Trägerinnen und Träger:** Die Ergebnisse der Untersuchung dienen als Basis für die Optimierung des Angebots zur politischen Beteiligung und Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen. Der Schwerpunktbericht umfasst neben den identifizierten Anforderungen und Gelingensfaktoren und Handlungsempfehlungen auch Leitfäden für Teilnahmeangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie ein Fortbildungskonzept für Fachkräfte und Mitarbeitende im Bereich der Landes- und Kommunalverwaltungen.

Zusammengefasst zielt der Schwerpunktbericht darauf ab, auf einer umfassenden Analyse basierend praxisnahe Empfehlungen zur Stärkung der politischen Beteiligung abzuleiten. Primäre Zielgruppe des Schwerpunktberichts sind Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sowie weitere Personen und Träger, die in Niedersachsen mit jungen Menschen arbeiten. Der Bericht soll sie dabei unterstützen mit weiteren Akteuren aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zum Thema der politischen Beteiligung junger Menschen in Austausch zu gehen und in Aushandlung zu treten.

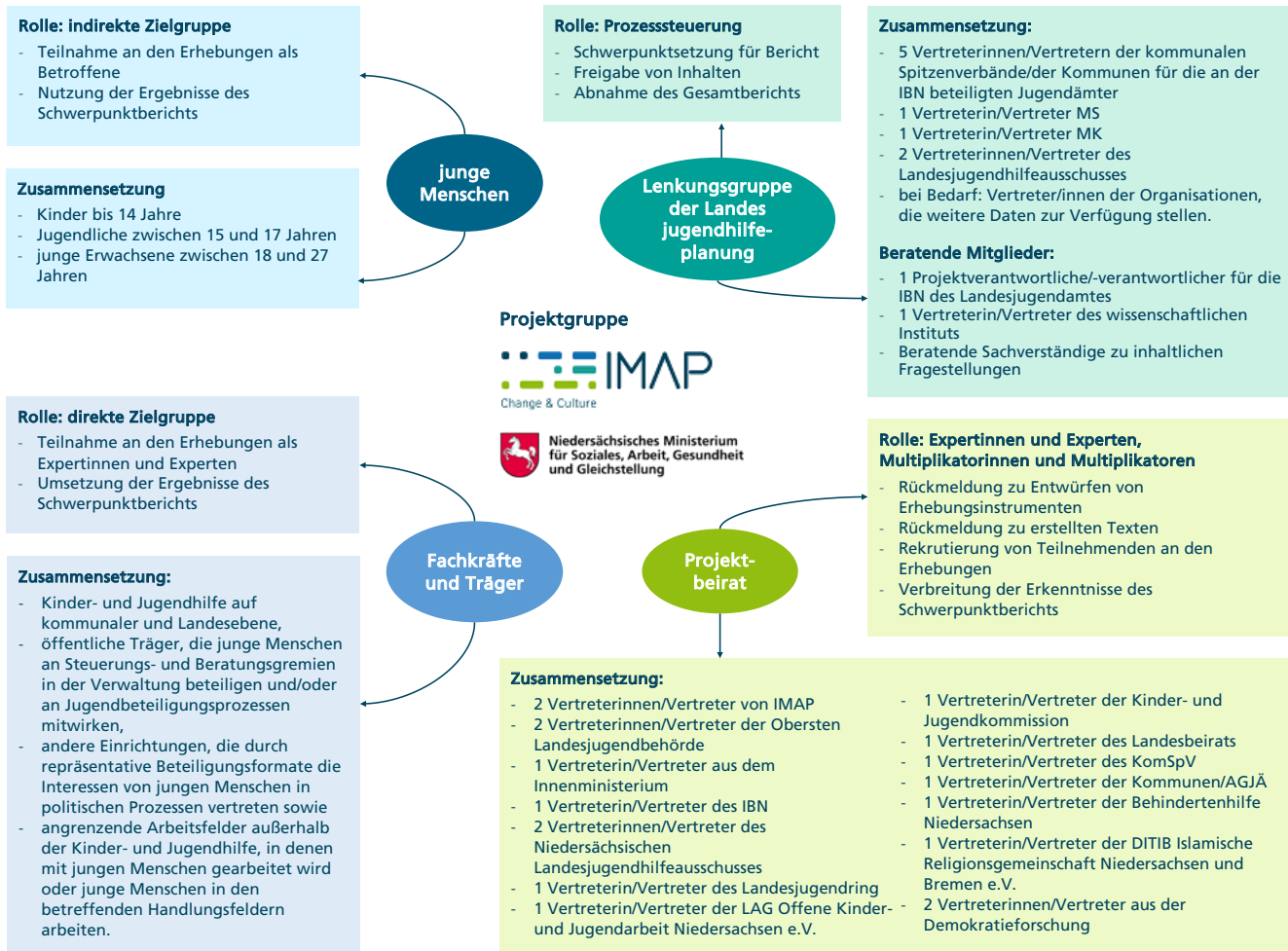
## 1.2 Wie wurde der Schwerpunktbericht erstellt?

Der Schwerpunktbericht wurde durch die IMAP GmbH im Auftrag des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung erstellt. Für die Erstellung wurde ein partizipativer Ansatz gewählt.

Der Schwerpunktbericht wurde als integraler Bestandteil der Landesjugendhilfeplanung in Niedersachsen entwickelt. Deshalb erfolgte die Erarbeitung des Berichts in Kooperation mit diversen Akteursgruppen der Landesjugendhilfe: Dazu zählen die Lenkungsgruppe sowie der Landesjugendhilfeausschuss. Um einen partizipativen Prozess zu gewährleisten und die Perspektiven aller von politischer Beteiligung junger Menschen betroffenen Gruppen in Niedersachsen zu berücksichtigen, fand zudem eine regelmäßige Abstimmung mit dem speziell für diesen Bericht eingerichteten Projektbeirat statt. Des Weiteren wurden Fachkräfte und Träger sowie junge Menschen bereits im Vorfeld der Datenerhebungen sowie vor der Veröffentlichung des Schwerpunktberichts umfassend informiert und in den Prozess miteinbezogen. Diese umfangreichen Abstimmungsprozesse bildeten einen wesentlichen Teil der Erstellungsphase des Schwerpunktberichts und trugen zur Genauigkeit und Relevanz der darin enthaltenen Informationen und Empfehlungen bei.

Abbildung 1 bietet eine detaillierte Darstellung der verschiedenen beteiligten Akteure, ihrer jeweiligen Rollen und der Zusammensetzung ihrer Gruppen. Die Art und Weise, wie mit diesen Akteuren zusammengearbeitet wurde, ist im Folgenden umfassend dargestellt.

Abbildung 1 Überblick über die Akteure des Schwerpunktberichts



### 1.2.1 Projektgruppe

Die Projektgruppe umfasst die IMAP GmbH sowie das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung. IMAP ist ein Evaluationsinstitut und systemisches Organisationsberatungshaus mit einem Schwerpunkt auf kulturell anschlussfähiges Veränderungsmanagement bei Bundes- und Landesbehörden. Das Projektteam IMAPs umfasst Sarah Perry, Barbara Flatters, Sophia Braun, Norina Pommerening und Sarah Müller.

In einer vertrauensvollen und engen Zusammenarbeit unterstützte das Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung – insbesondere die Referate 301 und 302 vertreten durch Christof Gebhardt und Lisa Schwarzer – IMAP tatkräftig bei der Erstellung des Schwerpunktberichts. Das Sozialministerium trägt die Gesamtverantwortung für die Landesjugendhilfeplanung. Das Referat 301 für Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten der Kinder- und Jugendhilfe übernahm daher das Projektmanagement zur Erstellung des Schwerpunktberichts von Seiten der Landesjugendhilfeplanung. Zur Projektgruppe gehören außerdem Mitarbeitende des Referats 302 für Kinder- und Jugendschutz, Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, das fachlich mit dem Bereich politische Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen betraut ist.



### 1.2.2 Lenkungsgruppe der Landesjugendhilfeplanung

Die Lenkungsgruppe berät hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunktsetzung für den Schwerpunktbericht. Sie sichtet die Berichte, gibt sie für die weitere Bearbeitung frei und nimmt den Schwerpunktbericht schließlich ab.

Die Lenkungsgruppe wurde bereits zu Beginn der Erstellung des Schwerpunktberichts in die Feinkonzeption eingebunden. Bis zur Fertigstellung des Schwerpunktberichts verschaffte sich die Lenkungsgruppe regelmäßig einen Überblick über den aktuellen Stand und gab Rückmeldungen und Hinweise für die weitere Bearbeitung. Am 16. Februar 2024 wurden die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen mit der Lenkungsgruppe diskutiert. Am 29. Februar 2024 wurde der Schwerpunktbericht final durch den Projektbeirat an die Lenkungsgruppe übergeben, die schließlich den Schwerpunktbericht final abgenommen hat.

### 1.2.3 Landesjugendhilfeausschuss

Der Landesjugendhilfeausschuss ist Teil des Landesjugendamtes in Niedersachsen. Zu seinen Mitgliedern gehören Vertreterinnen und Vertreter der anerkannten Träger der freien und öffentlichen Jugendhilfe, Verbänden, Kirchen und weiteren in der Jugendhilfe erfahrenen Personen. Im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung befasst sich der Landesjugendhilfeausschuss mit der konzeptionellen Weiterentwicklung und der Zielsetzung. Der Landesjugendhilfeausschuss wurde während des Prozesses zur Erstellung des Schwerpunktberichts zwei Mal über den aktuellen Stand des Schwerpunktberichts und die bisherigen Erkenntnisse informiert.

### 1.2.4 Projektbeirat

Um bestmögliche Ergebnisse zu erzielen und aussagekräftige Empfehlungen zu erstellen, wurde ein Projektbeirat neben der Lenkungsgruppe für die Landesjugendhilfeplanung implementiert. Ziel des Projektbeirates war es, dass dieser mit einer breiten Facette an unterschiedlichen Expertisen, Professionen und einem ausgewogenen Verhältnis von Praxisorientierung und wissenschaftlich theoriegeleiteten Erfahrungen, das Forschungsvorhaben bestmöglich unterstützt und die Themen aus den jeweiligen Perspektiven rückkoppelt werden. In der Zusammensetzung wurden gezielt junge Menschen einbezogen.

Der Beirat hatte die Funktion, die Untersuchung inhaltlich zu begleiten und zu beraten. Hierfür traf sich der Projektbeirat fünf Mal. Im Rahmen der fünf Treffen hatte der Projektbeirat Gelegenheit Rückmeldungen zur Konzeption von Erhebungen sowie zu den Ergebnissen der Erhebungen und Schlussfolgerungen zu geben. Die Inhalte wurden in diesem Zusammenhang teils kontrovers, aber stets konstruktiv-kritisch diskutiert. Die verschiedenen Stimmen wurden in der Umsetzung berücksichtigt und der Projektbeirat wurde transparent über den Umgang mit den teils kontroversen Meinungen informiert.

Beim ersten Termin präsentierte IMAP den Forschungsstand und die Arbeitsdefinitionen mit der Bitte um Rückmeldungen. Außerdem wurde das Vorgehen zur Bestandsaufnahme vorgestellt, um Hinweise für die Konzeption und Nachbefragung von maximal zehn Expertinnen und Experten einzuholen. Der zweite Termin diente der Vorbereitung der Online-Umfrage. In diesem Zusammenhang wurde das Befragungskonzept inklusive des Fragebogens präsentiert und diskutiert, um daraus resultierende Anpassungen vor dem Start der Online-Umfrage berücksichtigen zu können. Im Rahmen des dritten Termins wurden die Fokusgruppengespräche besprochen. Hierfür erhielten die Mitglieder des Projektbeirates einen Ablaufplan. Der vierte Termin diente der Präsentation und Diskussion der empirischen Ergebnisse sowie der Besprechung der identifizierten Anforderungen und Empfehlungen. Der letzte Termin beschäftigt sich schließlich ausführlich mit den Handlungsempfehlungen. Abschließend sichtete und kommentierte der Projektbeirat den Gesamtbericht im Umlaufverfahren.

### 1.2.5 Einbindung der Fachkräfte und Träger

Für den Erfolg der Studie war es wichtig, die Perspektiven und Bedarfe der Fachkräfte und Träger zu berücksichtigen. Es galt diesen Gruppen aufzuzeigen, wie sie die Untersuchung unterstützen konnten, z. B. durch die Teilnahme an leitfadengestützten Interviews, die Rekrutierung von Teilnehmenden für die Online-Befragung und Fokusgruppen über ihre Netzwerke, sowie ihnen Raum für Fragen und Rückmeldungen zu bieten.

Am 3. Juli 2023 fand daher eine 1,5-stündige digitale Auftaktveranstaltung statt, um Vertreterinnen und Vertreter dieser direkten Zielgruppen rechtzeitig vor Beginn der Untersuchungen über die Erstellung des Schwerpunktberichts zu informieren, ihre Mitwirkung einzuladen und ihnen Gelegenheit für Rückfragen und Feedback zu bieten. Für die Rekrutierung von Teilnehmenden und eventuelle Unterstützung bei der Durchführung der Online-Befragung war es zweckmäßig, Schlüsselakteure aus der Bildungslandschaft in diese Auftaktveranstaltung einzubeziehen.

Um eine breite Teilnahme zu ermöglichen, wurde die Veranstaltung über die Netzwerke der direkten Zielgruppe gemäß einer sorgfältig durchdachten Strategie beworben. Hierfür wurde ein Zeitplan für die Kontaktierungen erstellt, der Zeitpunkt, Inhalt inklusive Vorlagen, Kommunikationsmodus und weitere Anmerkungen berücksichtigte. Dieser Plan ermöglichte während der Bewerbung der Veranstaltung eine fortlaufende Dokumentation und Analyse der verschiedenen Strategien und führte zu Anpassungen, um die Zielgruppenerreichung zu optimieren. Die Zielgruppe wurde erfolgreich über das Schneeballsystem, unter Einbeziehung des Landesjugendhilfeausschusses sowie des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, erreicht.

Die Auftaktveranstaltung wurde digital durchgeführt, was eine attraktive und niederschwellige Teilnahmemöglichkeit für eine breite Gruppe schuf. In dieser Veranstaltung wurden die Zielgruppen über den Schwerpunktbericht und die geplanten Erhebungen informiert, das theoretische Modell vorgestellt und Feedback zum geplanten Bericht eingeholt. Basierend auf den Ergebnissen der umfassenden Auftaktveranstaltung wurden die theoretischen Grundannahmen und das Analyseraster angepasst.

Nach der Erstellung des Schwerpunktberichts werden die Ergebnisse im Rahmen eines Fachtags den direkten und indirekten Zielgruppen des Berichts vorgestellt, diskutiert und interaktiv bearbeitet.

## 1.3 Wie ist der Schwerpunktbericht aufgebaut?

Die Struktur der Studie ist strategisch angelegt, um das komplexe Thema der politischen Partizipation junger Menschen aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und folgt dabei der Logik von Angebot und Nachfrage. Im Kern steht die Frage, wie das bestehende politische Beteiligungsangebot in Niedersachsen genutzt wird und welche weiteren Partizipationsmöglichkeiten von den jungen Menschen gewünscht werden.

Nach der Einleitung, welche die Bedeutung der politischen Beteiligung junger Menschen betont, und der Darlegung der Zielsetzung des Schwerpunktberichts, widmet sich das vorliegende Kapitel 1.3 dem strukturellen Aufbau der Studie. Dieser ist so gestaltet, dass zunächst der Ist-Zustand – also das vorhandene Beteiligungsangebot – auf Grundlage von Literaturrecherche und Online-Erhebungen analysiert wird. Anschließend wird der Soll-Zustand – die Bedarfe und Wünsche der Zielgruppe bezüglich der politischen Partizipation – mittels empirischer Methoden wie Expertinnen- und Experteninterviews und Online-Befragungen untersucht.

Kapitel 2 setzt sich mit dem Forschungsstand auseinander und mündet in der theoretischen Grundlage in Kapitel 3, indem das Begriffsverständnis und die theoretischen Überlegungen für den Schwerpunktbericht dargelegt werden. Kapitel 4 geht dann tiefer auf das methodische Vorgehen ein, das sich an den Erkenntnissen zu Angebot und Nachfrage orientiert. Hierbei kommen verschiedene Instrumente zum Einsatz, die ein breites Spektrum an Daten generieren und die Grundlage für die Ableitung von Handlungsempfehlungen bilden, die in den späteren Abschnitten der Studie thematisiert werden.

Die Ergebnisse werden im darauffolgenden Kapitel 5 präsentiert und münden schließlich in ein Umsetzungskonzept, das in Kapitel 6 präsentiert wird. Es beinhaltet konkrete Qualitätsleitlinien, fasst die Anforderungen und Gelingensbedingungen bei der Kinder- und Jugendarbeit sowie jungen Menschen zusammen und präsentiert Handlungsempfehlungen. Die Leitfadensreihe sowie das abschließend vorgestellte Konzept für ein Fortbildungsangebot soll die Umsetzung dieser Empfehlungen unterstützen. Der Abschluss der Studie bildet ein Ausblick in Kapitel 7, der die Bedeutung der Ergebnisse und Ableitungen für die politische Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen darlegt.

# 2 Politische Partizipation und Demokratie

“[W]ithout [citizen participation] there would be no democracy” (Parry et al., 1992, S. 4). Politische Partizipation bildet das Herzstück der Demokratie (Verba u.a., 1995, S. 1). Durch eine ‚gute‘ Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger fühlen diese sich gehört. Darüber hinaus kann Beteiligung dabei helfen, politische Ergebnisse zu verbessern (Perry et al., 2015, S. 120). Auch wenn das Endergebnis nicht allen Wünschen jeder Bürgerin und jedes Bürgers vollständig entsprechen kann, erhöhen die Möglichkeiten, an politischen Vorhaben mitzuwirken, die Akzeptanz von politischen Entscheidungen in der Bevölkerung (van Deth & Tausendpfund, 2013).<sup>1</sup> Die prozedurale Fairness und das Mitspracherecht spielt hierbei eine wichtige Rolle bei der Zustimmung und Kooperation der Bürgerinnen und Bürger (Marien & Werner, 2019; Rhodes-Purdy, 2021). Insgesamt haben umfangreiche bzw. effektive Möglichkeiten der politischen Beteiligung das Potential, eine erhöhte Zufriedenheit mit der Politik herbeizuführen.

Die Herausforderung besteht darin, das Spannungsfeld zwischen den hohen Erwartungen kritischer Bürgerinnen und Bürger (Norris, 1999, 2011) – häufig gut gebildete, wohlhabende und ältere Männer (Verba et al., 1995) – und dem Gefühl der Vernachlässigung anderer Gruppen zu überbrücken. Zu diesen Bürgern und Bürgerinnen gehören auch junge Menschen; insbesondere, wenn sie über einen niedrigen sozioökonomischen Status verfügen und weiblich sind (Steinbrecher, 2009, S. 56–59). Diese Diskrepanz offenbart ein tiefgreifendes Problem: Die Defizite in der Repräsentativität von Politik führen zu eingeschränkter Legitimität und Effektivität demokratischer Politik. So kann in den meisten etablierten Demokratien bereits über Jahrzehnte hinweg beobachtet werden, wie die Unzufriedenheit mit der Politik wächst und durch ein geringes Vertrauen in die Politik verschärft wird (Dalton, 2008).

„Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unseres Landes“ (Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, 2023, S. 5). Dass sie aufgrund des demographischen Wandels eine zunehmende Minderheit der Bevölkerung darstellen, verschärft das niedrige Niveau, in welchem junge Menschen am politischen Prozess beteiligt sind. Ohne ihre Mitwirkung ist es schwierig, den vielfältigen Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Dementsprechend gibt es mittlerweile eine Reihe von politischen Initiativen und Bestrebungen zur Förderung des politischen Engagements von jungen Menschen. So hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zusammen mit dem Deutschen Bundesjugendring etwa Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen veröffentlicht<sup>2</sup> und das Bundesministerium für wirtschaftliche und internationale Zusammenarbeit hat 2021 einen Jugendbeirat ins Leben gerufen<sup>3</sup>. Niedersachsen führte 1996 als erstes Land das aktive Wahlrecht ab 16 Jahren auf Kommunalebene ein. Die Teilnahme an Kommunalwahlen ist für 16-Jährige in elf Bundesländern möglich, auch in Niedersachsen

<sup>1</sup> Es gehört zu der Grundidee einer Demokratie, mit gerechten Entscheidungsprozessen die Qualität von politischen Ergebnissen zu verbessern. In der Praxis verlaufen Entscheidungsprozesse jedoch kaum perfekt und daraus resultierende Politikinhalte entsprechen selten dem besten Resultat (Dahl, 1989, S. 166). Sicherlich sind einige Defizite in der Qualität politischer Ergebnisse auf Defizite in der Qualität der Entscheidungsverfahren zurückzuführen. Allerdings kann sogar der demokratischste Entscheidungsprozess eine hohe Ergebnisqualität nicht garantieren. Wenn der Verhandlungsgegenstand selbst ein Aspekt von Demokratie ist, wie Meinungs-, Rede- und Versammlungsfreiheit, kann ein demokratischer Entscheidungsprozess sogar zu undemokratischen Resultaten führen. Eine hohe Ergebnisqualität kann auf der anderen Seite auch das Resultat imperfekter Entscheidungsprozesse sein (vgl. Dahl, 1989, S. 165; vgl. Rawls, 1971, S. 86, 198).

<sup>2</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Deutscher Bundesjugendring (2022): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. URL: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/204010/affa15d77c0b4a8da7e-6c476e77446fc/mitwirkung-mit-wirkung-qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung-data.pdf>; Zugriff am 3. Juni 2023.

<sup>3</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. URL: <https://www.bmz.de/de/themen/kinderrechte/beteiligung-93236>; Zugriff am 3. Juni 2023.

(Landesjugendring Brandenburg e.V., 2023). Bei Landtagswahlen können 16-Jährige in vier Bundesländern wählen, jedoch nicht in Niedersachsen. Die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre in den anderen Bundesländern und bei den Bundestagswahlen ist ein fester Bestandteil des gesellschaftspolitischen Diskurses (Brandis, 2023).

### 2.1.1 Was ist politische Partizipation?

In der Forschungsliteratur gibt es zwar viele verschiedene Typologisierungen von politischer Partizipation, die sich hinsichtlich der Form sowie der Intensität der Beteiligung unterscheiden. Es herrscht jedoch weitgehende Einigkeit dahingehend, welche Aktivitäten als Formen von politischer Partizipation gelten. Bei der Betrachtung der politischen Partizipationsliteratur fallen insbesondere vier Aspekte auf, welche die verschiedenen Definitionen in der Regel gemeinsam haben: So wird erstens politische Beteiligung als eine Aktivität gesehen, die zweitens von der Zivilbevölkerung ausgeht. Menschen, die beruflich in der Politik tätig sind, werden hier oft ausgeklammert. Drittens hat politische Partizipation den Anspruch freiwillig zu sein. Ein vierter gemeinsamer Aspekt ist, dass sich politische Partizipation im weiteren Sinne mit Regierung, Politik oder dem Staat befasst (van Deth, 2014, S. 352).

Die Möglichkeiten politischer Partizipation sind für die Bürgerinnen und Bürger westlicher Demokratien in den letzten Jahrzehnten gewachsen (van Deth, 2009, S. 141). Die kontinuierliche Ausweitung der Partizipationsmöglichkeiten in den letzten Jahrzehnten unterstreicht die Bedeutung der politischen Partizipation für die Demokratie und Demokratisierung (van Deth, 2014, S. 349). 2003 wurden von van Deth über 70 verschiedene Partizipationsformen identifiziert (van Deth, 2009, S. 146). Sicherlich kann davon ausgegangen werden, dass in der Zwischenzeit noch weitere Formen hinzugekommen sind. Zudem nehmen soziale Bewegungen an Relevanz zu, wie nicht zuletzt die hohe Beteiligung an „Fridays For Future“ zeigt.

Kaase teilt die verschiedenen Beteiligungsakte in vier binäre Kategorien ein. So unterscheidet er zwischen (1) verfasst versus nicht verfasst, (2) legal versus illegal, (3) legitim versus illegitim und (4) konventionell versus unkonventionell (van Deth, 1997, S. 161 ff.). Für **verfasste beziehungsweise formelle Beteiligungsformen** sind die Kosten und Konsequenzen der Beteiligung besonders transparent, wenn es verfassungsrechtliche oder gesetzliche Regelungen gibt, die den Rahmen für alle Beteiligten festlegen. Dadurch wird auch die Vorbereitung von Entscheidungen, wie beispielsweise Wahlkämpfe, strukturiert. Im Gegensatz dazu sind **nicht verfasste beziehungsweise informelle Beteiligungsformen** weniger klar definiert und es besteht eine gewisse Unklarheit über den Ablauf, die Auswirkungen und die Zurechenbarkeit von Entscheidungsverantwortung.

Ein Beispiel für verfasste Beteiligung ist die direkte Wahl einer gesetzgebenden Körperschaft, während die Mitwirkung in Bürgerinitiativen, wie zum Beispiel bei der Verhinderung eines Kernkraftwerks, ein Beispiel für nicht verfasste Beteiligung ist (van Deth, 1997, S. 161). Zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt können alle Formen politischer Beteiligung in der Regel entweder als legal oder illegal eingestuft werden. Diese Einordnung gewinnt ihre Bedeutung, wenn sich über einen längeren Zeitraum Veränderungen in der Legalität bestimmter Beteiligungsformen zeigen, die in einem systematischen Zusammenhang mit der Art und dem Verlauf des politischen Prozesses stehen. Ein Beispiel für **legale** Formen ist der zivile Ungehorsam, der gewaltfrei ist. Demgegenüber steht politische Gewalt als Form des **illegalen/aggressiven Engagements** (van Deth, 1997, S. 161). Diese Kategorisierung betont das subjektive Element bei der Bewertung politischer Beteiligung (van Deth, 1997, S. 162).

Während in der Vergangenheit lediglich konventionelle Formen wie Wahlkampagnen, Engagement in politischen Parteien sowie Kontakte zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Behörden im Fokus der Partizipationsforschung standen, haben mit der Zeit auch unkonventionellere Formen Akzeptanz gefunden (van Deth, 2009, S. 145 f.). Diese unkonventionellen Formen sind „[...] newer, ‘creative’, ‘personalized’, ‘individualized’ or ‘conscious’ modes of participation such as political consumption, street parties or guerrilla gardening are non-political activities used for political purposes“ (van Deth, 2014, S. 350). Als **konventionell** werden Beteiligungsformen bezeichnet, die eine hohe Legitimitätsgeltung aufweisen und sich auf institutionalisierte Elemente des politischen Prozesses, insbesondere Wahlen, beziehen. Als **unkonventionell** hingegen gelten Beteiligungsformen, die auf eine unmittelbare Einfluss-

nahme auf den politischen Prozess abzielen und nicht institutionalisiert sind. Zudem kann zwischen legalen und illegalen unkonventionellen Partizipationsformen unterschieden werden, wobei politische Gewalt in einer separaten Kategorie behandelt wird (Ulrich & Schmidtchen, 1983, S. 202–217). Das Verständnis unkonventioneller Partizipationsformen hängt jedoch auch von der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Akzeptanz ab und ist somit über die Zeit Veränderungen ausgesetzt. So sind die Teilnahme an genehmigten politischen Demonstrationen oder die Mitwirkung in Bürgerinitiativen Beispiele für eine ursprünglich legale unkonventionelle Partizipationsform, die sich so etabliert, dass sie nun als konventionell bezeichnet werden können. Illegale Formen der unkonventionellen Partizipation umfassen die Teilnahme an wilden Streiks, Miet- und Steuerstreiks sowie Besetzungen von Ämtern, Häusern und Fabriken. Die konventionell-unkonventionell-Dichotomie wird unter einem längsschnittlichen Blickwinkel zunehmend problematisch, da sie nicht ausreichend berücksichtigt hat, in welchem Maße nicht-institutionalisierte Partizipationsformen Eingang in das normale Beteiligungsrepertoire der Bürgerinnen und Bürger in westlichen Gesellschaften gefunden haben (van Deth, 1997, S. 163 f.).

Tabelle 1: Überblick verschiedener politischer Partizipationskonzepte in der Forschungsliteratur

<b>Formelle/verfasste Beteiligungsformen</b>	<b>Informelle/nicht verfasste Beteiligungsformen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gesetzlich definiert und administrativ verankert</li> <li>• z. B. Anhörungen, öffentliche Auslegungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nicht gesetzlich definiert</li> <li>• z. B. Planungszelle, Zukunftswerkstatt</li> </ul>
<b>Legale Beteiligungsformen</b>	<b>Illegale Beteiligungsformen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• öffentlich, gewaltfrei und gewissenhaft</li> <li>• z. B. ziviler Ungehorsam (Boykotte, Sit-Ins)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• verstoßen gegen geltendes Recht</li> <li>• z. B. politische Gewalt, Hausbesetzungen, Teilnahme an verbotenen Demonstrationen</li> </ul>
<b>Legitime Beteiligungsformen</b>	<b>Illegitime Beteiligungsformen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• entsprechen den Wertvorstellungen von breiten Bevölkerungsteilen</li> <li>• z. B. illegale Besetzungen als Protest gegen Studiengebühren</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• widersprechen den Wertvorstellungen von breiten Bevölkerungsteilen</li> <li>• z. B. aggressiver Protest</li> </ul>
<b>Konventionelle/institutionelle Beteiligungsformen</b>	<b>Unkonventionelle/nicht institutionelle Beteiligungsformen</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• verfasste und legitime Beteiligungsformen</li> <li>• z. B. Wahlen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• nicht verfasste und illegitime Beteiligungsformen</li> <li>• z. B. Unterschriftenaktionen, legale Demonstrationen</li> </ul>

Im Zeitalter der Digitalisierung hat auch die politische Partizipation im digitalen Raum an Relevanz zugenommen. Die Bandbreite der politischen Online-Partizipationsmöglichkeiten ist vielfältig und umfasst diverse Facetten der demokratischen Beteiligung. Kersting (2019) hebt die Entwicklungen im digitalen Raum in Bezug auf verschiedene Partizipationsformen hervor. Im Bereich der institutionalisierten Beteiligung in Form von Wahlen gibt es in einigen Ländern, zum Beispiel Estland, bereits die Möglichkeit von Online-Wahlen. Aber auch in Deutschland erleichtern Online-Wahlhilfen wie der Wahl-O-Mat vielen Bürgerinnen und Bürgern die Auswahl ihrer politischen Vertreterinnen und Vertreter. Die Nutzung von E-Mails ermöglicht einen direkten Kontakt zu Abgeordneten, während Plattformen wie Abgeordnetenwatch eine verstärkte Überwachung der gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten fördern (Kersting, 2019, S. 110). Auf lokaler Ebene können digitale Instrumente die Initiierung von Bürgerbegehren und Volksentscheiden unterstützen und spielen



dabei eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung und Information der Bürgerinnen und Bürger (ebd.). Digitale Tools tragen auch zur Partizipation durch zahlreiche Online-Petitionen und Abstimmungen zu Bürgerhaushalten bei. Im Online-Bereich entwickeln sich zudem vermehrt spezifische, deliberative Verfahren im Rahmen von Open Government, darunter thematische Webforen, Online-Konferenzen und Diskussionsplattformen (ebd.). Hierbei nehmen soziale Medien eine zunehmend wichtige Rolle ein. Außerdem werden sie für die Mobilisierung und Organisation von Demonstrationen oder anderen politischen Aktionen genutzt. Es wird deutlich, dass nicht nur Bürgerinnen und Bürger zunehmend Formen der Online-Beteiligung nutzen und einfordern, sondern auch Politikerinnen und Politiker und Verwaltungsakteure diese akzeptieren und fördern.

Aufgrund der ständig zunehmenden Formen und Modi von politischer Partizipation hat Jan van Deth eine operationale Definition entwickelt, die es ermöglichen soll, unterschiedliche Konzeptualisierungen systematisch, effizient und konsistent zu erfassen. Diese Definition kann aber nur dann zum Einsatz kommen, wenn der herkömmliche Ansatz, Nominaldefinitionen zur Lösung begrifflicher Probleme vorzulegen, aufgegeben wird (van Deth, 2014, S. 351). So will van Deth nicht aufdecken, wie eine umfängliche Nominaldefinition aussehen kann, stattdessen geht er der Frage nach, woran man politische Partizipation erkennen kann. Hierfür müssten zunächst objektive Kriterien definiert werden und anhand einer wissenschaftlichen Prüfung entschieden werden, ob diese zutreffend sind, beziehungsweise ob sie für die Erkennung politischer Partizipation geeignet sind. Um die Frage zu beantworten, ob ein bestimmtes Phänomen als politische Beteiligung klassifiziert werden kann, bedarf es ein systematisches Regelwerk zur Entscheidungsfindung. Dieses erste Grundgerüst an Entscheidungsregeln kann dann dazu verwendet werden, weitere Regeln zu entwickeln, um unterschiedliche Konzeptualisierungen politischer Beteiligung systematisch zu definieren. Van Deth stellt insgesamt sieben Entscheidungsregeln auf, durch die sich politische Partizipation feststellen lässt, wobei er nochmals in drei Definitionsarten unterscheidet: (1) minimalist definition, (2) targeted definitions und (3) motivational definitions. So macht der Autor insgesamt vier Arten von politischer Partizipation fest (siehe Abbildung 1). Damit stellt van Deth zunächst eine minimalistische Definition des Konzepts politischer Partizipation auf, sodass in einem späteren Schritt komplexere Varianten in Betracht gezogen werden können (van Deth, 2014, S. 353). Wichtig anzumerken ist, dass die Verwendung der operationalen Definition zur Identifizierung von politischer Beteiligung einer wesentlichen Implikation unterlegen ist: Sie ist vom Kontext abhängig, wie z. B. dem politischen System. So kann ein und dieselbe Form von politischer Beteiligung in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlichen Kategorien zugeordnet werden (van Deth, 2014, S. 360 ff.).

### **(1) Minimaldefinition**

Bei der Minimaldefinition (minimalist definition) integriert van Deth zunächst die vier ersten Entscheidungsregeln, deren Aspekte sich auch in den verschiedenen Nominaldefinitionen wiederfinden lassen:

1. Ist es eine Aktivität?
  2. Ist die Aktivität freiwillig?
  3. Geht die Aktivität von der Zivilbevölkerung aus?
  4. Ist die Tätigkeit in der Sphäre von Regierung, Staat und/oder Politik angesiedelt?
- (van Deth, 2014, S. 354).

Werden alle Fragen mit „ja“ beantwortet, hat die Aktivität alle Kriterien erfüllt, um im Sinne der Minimaldefinition als politische Partizipationsform zu zählen. Beispiele sind hier Wahlen, aber auch Anhörungen, öffentliche Auslegungen oder die dauerhafte Mitarbeit in politischen Gremien.

### **(2) Zielgerichtete Definition**

Bei den targeted definitions unterscheidet van Deth zwei Partizipationsformen. Eine Partizipationsform bezieht sich auf jene Aktivitäten, die an die Sphären von Regierung, Staat und/oder Politik gerichtet sind, wie z. B. Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen. Zum anderen werden Partizipationsformen zusammengefasst, die auf Probleme oder die Gemeinschaft ausgerichtet sind. Hierzu zählt z. B. auch das ehrenamtliche Engagement in Wohltätigkeitsorganisationen. Grundlegend für diese zweite Definition ist, dass sich auf die

Ziele der betrachteten Aktivitäten bezogen wird und nicht auf die Ziele oder Absichten der Aktivistinnen und Aktivisten (van Deth, 2014, S. 357).

Neue Formen von politischer Partizipation finden zum Teil außerhalb der regulären Sphären von Regierung, Staat und/oder Politik statt (siehe Regel 4) und stellen den Status quo beziehungsweise die Legitimität staatlicher Behörden und Institutionen in Frage, reagieren aber dennoch auf Anliegen, die formal politisch anerkannt sind und für die es aktive legislative oder diplomatische Agenden geben kann. Hier kommt die fünfte Entscheidungsregel von van Deth zum Tragen:

**5. Ist die Tätigkeit auf den Bereich Regierung, Staat und, oder Politik ausgerichtet?**

Aktivitäten können also auch dann als politische Beteiligung verstanden werden, wenn sie auf den Bereich Regierung, Staat und/oder Politik ausgerichtet sind, um die Aufmerksamkeit auf Probleme zu lenken, die in der Politik bisher noch keine (ausreichende) Beachtung gefunden haben (van Deth, 2014, S. 357).

Die zweite Form der zielgerichteten Definition zielt auf die Lösung kollektiver oder gemeinschaftlicher Probleme ab. Hierbei handelt es in Teilen um Formen, die gemeinhin als soziale Partizipation verstanden werden. So zeigt sich, dass der Fokus bei politischer Partizipation zunehmend mehr auf Problemlösung und Hilfe für andere gelegt wird. Für die Einordnung in die Definition, ist es jedoch wichtig, dass diese Aktivitäten auf gemeinsame Probleme ausgerichtet sein sollten und dass die behandelten gemeinschaftlichen Probleme im Mittelpunkt stehen. Demnach können Handlungen nur dann als politisch gelten, wenn sie entweder aus Situationen kollektiver Wahl hervorgehen oder vermutliche kollektive Konsequenzen haben. Die sechste von van Deths Entscheidungsregel fragt daher:

**6. Ist die Aktivität auf die Lösung kollektiver oder gemeinschaftlicher Probleme ausgerichtet?** (van Deth 2014, S. 357).

Werden die Fragen 5 und 6 mit „ja“ beantwortet, hat die Aktivität die Kriterien erfüllt, um im Sinne der zielgerichteten Definition als politische Partizipationsform zu zählen.

**(3) Motivationsbasierte Definition**

Schließlich entwickelt van Deth auch für jene nicht-politischen Aktivitäten eine dritte Definition, solange diese einen politischen Zweck haben:

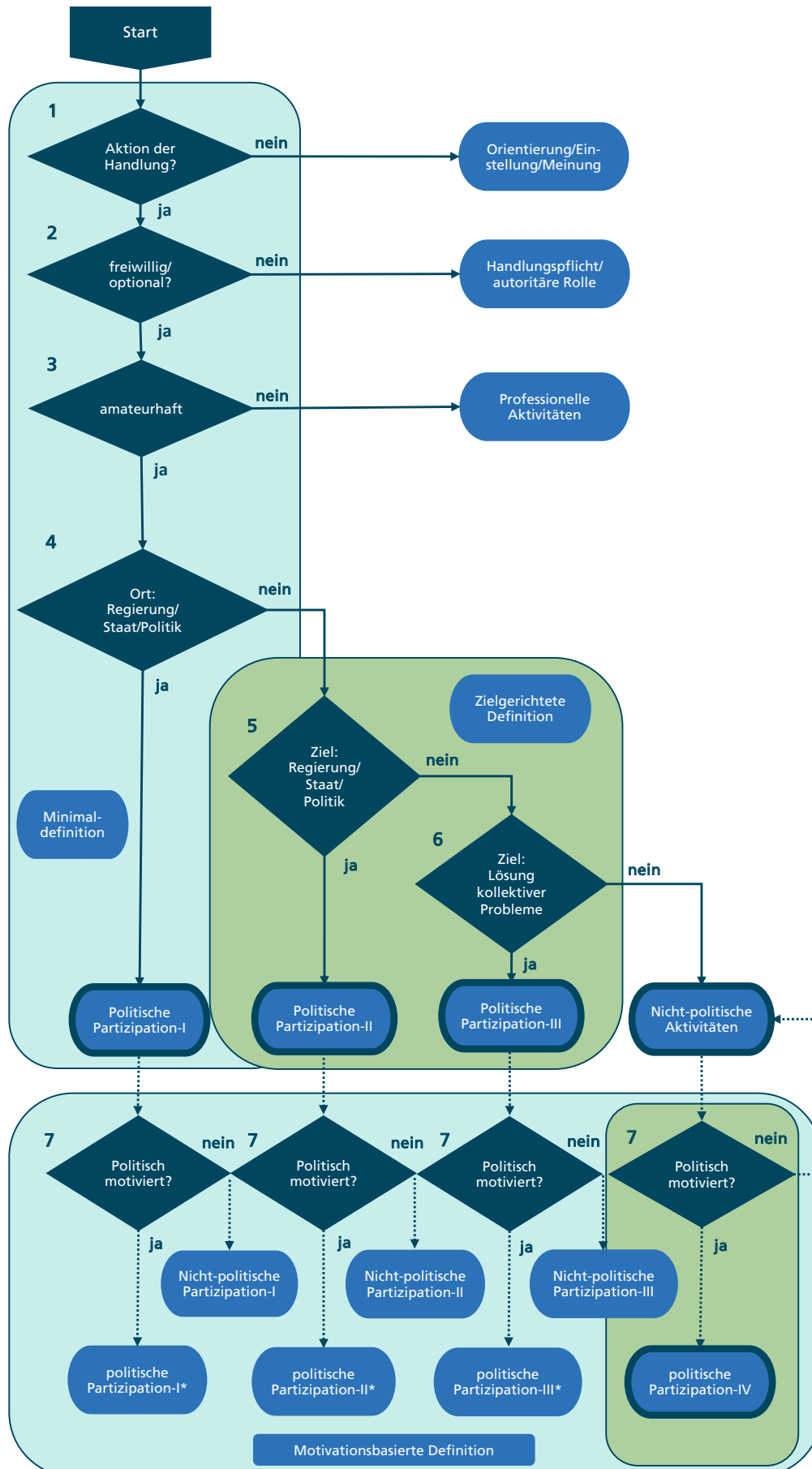
**7. Wird die Aktivität genutzt, um politische Ziele und Absichten der Teilnehmenden auszudrücken?**

Diese Konzeptualisierung nennt der Autor motivational definitions. Bei der von der Motivation ausgehenden Definition spielt sich das Handeln zwar nicht auf dem Feld der Politik per se ab. Unter diese Kategorie fällt beispielsweise politischer Konsum (van Deth, 2014, S. 358); also das bewusste Kaufen oder Boykottieren eines Produkts aus politischen Gründen.

Die Unterscheidung, ob eine Beteiligung politisch motiviert ist oder nicht, kann auf die Minimaldefinition und die zielgerichteten Definitionen angewendet werden, je nachdem, ob die Aktivistinnen und Aktivisten durch politische oder durch nicht-politische Ziele beziehungsweise Absichten motiviert sind. Van Deth merkt hier jedoch an, dass es sich lediglich um Unterkategorien und nicht um neue Formen von Partizipation handelt (van Deth, 2014, S. 359).

Die Konzeption politischer Partizipation nach van Deth bietet eine solide Basis für die Entfaltung eines tieferen Verständnisses von politischer Beteiligung in diesem Schwerpunktbericht. Durch die Bereitstellung objektiver Kriterien ermöglicht sie eine klare Identifikation politischer Partizipationsformen. Dieser Ansatz erweist sich als besonders wertvoll für die systematische Erfassung des politischen Beteiligungsangebots für junge Menschen in Niedersachsen im Rahmen der empirischen Erhebungen (vgl. Kapitel 4).

Abbildung 2 Politische Partizipation nach Jan W. van Deth (2014)  
 Eigene Darstellung nach van Deth, 2014, S. 335



### 2.1.2 Was ist politische Partizipation nicht?

Der vorherige Abschnitt hat gezeigt, dass der Begriff Partizipation Interpretationsspielraum bietet. So bestehen viele Definitionen dazu, was unter politische Partizipation fällt, welche Akteurinnen und Akteure im Mittelpunkt stehen sollten, wer politische Partizipation initiieren und steuern sollte und welche Intentionen und Ziele damit verbunden sein müssen, damit sie als politisch angesehen werden kann. Insbesondere angesichts des ständig wachsenden Repertoires politischer Partizipationsmöglichkeiten in den letzten Jahrzehnten herrscht insbesondere bei motivationsbasierten Formen von politischer Partizipation zunehmende Uneinigkeit darüber, welche Aktivitäten als politische Partizipation betrachtet werden können und welche nicht (Najemnik, 2021, S. 19 f.).

In den 1980er Jahren tauchte neben den genannten Unterscheidungsmerkmalen politischer Partizipationsformen (siehe Abbildung 1) auch die Frage auf, ob und wie zwischen politischer Partizipation, sozialer Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement unterschieden werden könnte und sollte. Es entstand die Diskussion darüber, welche Charakteristika dabei eine Rolle spielen könnten. So hat die Frauenforschung in den 1980er und 1990er Jahren einen breiten Partizipationsbegriff entwickelt, bei dem auch das private Engagement berücksichtigt wird. Die gendersensible Forschung schloss bereits sehr früh auch ehrenamtliche und soziale Tätigkeiten, wie zum Beispiel das Engagement in kirchlichen Gruppen, in Selbsthilfekreisen oder in Elterninitiativen in ihren Partizipationsbegriff mit ein (Geißel, 2008, S. 19). Mit dem zunehmenden Verwischen von Grenzen zwischen politischen und nichtpolitischen Sphären wurde in den 1990er Jahren auch zivilgesellschaftliches Engagement von der Mainstreamforschung in einem breiten Partizipationsverständnis aufgenommen. Mittlerweile wird in der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung die Einbindung von Akteurinnen und Akteuren in Vereine und Initiativen stets berücksichtigt. Studien haben gezeigt, dass dies zur Entwicklung demokratierelevanter Fähigkeiten führen kann, wie beispielsweise Toleranz oder die Fähigkeit gemeinsame Entscheidungen zu treffen (Najemnik, 2021, S. 22). Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organisationen können daher als „Schulen der Demokratie“ verstanden werden (de Tocqueville, 1947; Sturzenhecker, 2020). Soziales Engagement gehören demnach zu den Faktoren, die politische Partizipation begünstigen.

Inzwischen hat sich eine differenzierte Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Partizipation entwickelt. Unter politischer Partizipation versteht man Aktivitäten, die darauf abzielen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse im staatspolitischen Sinne zu nehmen, indem die Bürgerinnen und Bürger versuchen aktiv in die vorhandene Machtverteilung des politischen Systems einzugreifen. Dennoch sind die Grenzen zwischen den Konzepten fließend, da auch vorstaatliche Prozesse einen politischen Charakter aufweisen können. So kann gemeinwohlorientiertes zivilgesellschaftliches Engagement durchaus als politische Beteiligung angesehen werden, wenn es das Ziel der Politikbeeinflussung beinhaltet. Auf der anderen Seite ist soziale Partizipation ein breites Konzept welches sich auch alle sozialen Aktivitäten, die außerhalb von zuhause stattfinden und die Möglichkeiten bieten, andere Menschen zu treffen, um gemeinsam produktive oder freizeitliche Tätigkeiten vorzunehmen bezieht (Van Groenou & Deeg, 2010, S. 448). Neben der Beteiligung an Aktivitäten von Vereinen und Organisationen sind auch informelle Kontakte insbesondere auf lokaler Ebene relevant (Axelrod, 1956; Kornhauser, 1960). Es ist anzunehmen, dass informelle Kontakte genauso wichtig sind wie formelle Vereinskontakte. Durch die regelmäßige Interaktion lernt man einander gut kennen und kann seine Mitbürgerinnen und Mitbürger gut einschätzen. Darüber hinaus regulieren informelle Kontakte das gesellschaftliche Verhalten durch die Schaffung von gemeinsamen Werteorientierungen (Axelrod, 1956, S. 16). Positive Konsequenzen zeigen sich schon durch banale Formen sozialer Interaktionen, wie beispielsweise das Spielen von Karten mit Freundinnen und Freunden oder gemeinsames Abendessen mit der Nachbarschaft. Auch bei solchen Aktivitäten werden Personen zusätzliche Informationen und gemeinschaftsorientierte Normen und Werte vermittelt und diese Anlässe genutzt, um zu mobilisieren und um Unterstützung zu bitten (Putnam, 2000).

Verschiedene Vereine und Organisationen unterscheiden sich mit Hinblick auf ihre Ausrichtung grundlegend. Während Wohltätigkeitsvereine, religiöse Organisationen und Hilfsorganisationen zur ausdrücklichen Verfolgung gemeinnütziger Zwecke bestehen, beschränkt sich der Nutzen von Aktivitäten in Freizeitvereinen und Hobbyzüchtervereinen in den meisten

Fällen auf den Kreis ihrer Mitglieder (Perry et al., 2015). Sie sind daher von privater Natur, was ein Ausschlusskriterium für politische Beteiligung ist. Folglich wird nur diejenige Partizipation in Vereinen oder Verbänden als politisch angesehen, die gemeinwohlorientierte Zwecke verfolgt. Die Familie, KiTa oder Schule sind ebenfalls wichtige Orte, an denen die Fähigkeiten und Kenntnisse erlernt und trainiert werden können, die auch bei der Partizipation im politischen Bereich wichtig sind (Gabriel & Völkl, 2008, S. 270; Kersting, 2014, S. 60; Voss, 2014, S. 11). Obwohl Partizipation in der Familie in Bildungseinrichtungen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen eine wichtige Rolle für politische Partizipation spielt, unterscheidet es sich von politischer Partizipation aufgrund des fehlenden staatspolitischen Ziels.

### 2.1.3 Welche Rolle spielen junge Menschen bei politischer Partizipation?

Politische Partizipation betrifft alle Mitglieder der Gesellschaft und somit auch junge Menschen. Allgemeine Begriffsdefinitionen von politischer Partizipation umfassen bereits die Partizipation von jungen Menschen. Die Definition ist jedoch weit gefasst und schließt auch neue Formen nicht-institutionalisierter Beteiligung ein, die gerade von den jungen Zielgruppen vermehrt genutzt werden (Shell, 2019, S. 19; J. Weiss, 2020, S. 4). Die Notwendigkeit einer Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an demokratischen Entscheidungsprozessen kann mit rechtlichen Ansprüchen, demokratietheoretischen Argumenten und bildungstheoretischen Argumenten begründet werden:

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitbestimmung in allen sie betreffenden Lebensbereichen. Zwar beinhaltet das Wahlrecht (Art. 38 GG) eine Eingrenzung auf Personen ab 18 Jahren, jedoch enthält keines der anderen Grundrechte, welches für politische Partizipation relevant ist (Meinungsfreiheit (Art. 5 GG), Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), Petitionsrecht (Art. 17 GG)) eine solche Altersspezifikation. Die politische Teilhabe verstehen Knauer und Sturzenhecker (2005, S. 4) als „die Praxis von Demokratie durch die Subjekte“. Subjekte der Demokratie sind hierbei keineswegs nur wahlberechtigte Erwachsene, sondern auch Kinder und Jugendliche. Als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft haben sie ein Recht auf politische Partizipation, welches auch in der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) in Artikel 12 verankert ist:

*„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu dieser Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“*

Die UN-KRK findet auf alle Menschen vor ihrem 18. Geburtstag Anwendung und verweist somit auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Auch im SGB VIII Kinder- und Jugendhilfegesetz wird die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gesetzlich festgeschrieben:

*„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.“ (§8 Abs. 1 SGB VIII).*

Auch der Bildungsauftrag der Schule schreibt fest, dass die Schule die Persönlichkeit der Schülerinnen und Schüler weiterentwickeln soll:

*„Die Schülerinnen und Schüler sollen fähig werden, die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen“ (§2 Abs. 1, Satz 3 NSchG).*

Der rechtliche Anspruch von politischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann somit nicht als ein Instrument genutzt werden, welches von Erwachsenen situationsabhängig gewährt wird, sondern als ein einforderbarer Anspruch der Mitwirkung und vor allem Mitbestimmung bei Entscheidungen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglicht ihre Lebensbereiche aktiv mitzugestalten (Knauer und Sturzenhecker 2005: S.5). Durch den Bezug zu den

sie betreffenden Bereichen wird die Partizipation von Kindern und Jugendlichen vor allem im Bereich von pädagogischen Einrichtungen wie der Schule und kommunalpolitischen Vorhaben diskutiert.

Demokratiethoretische Überlegungen, welche eine aktive Beteiligung an demokratischen Aushandlungsprozessen als inhärente Bedingung für eine funktionierende Demokratie, legitime und in der Ergebnisqualität bessere Entscheidungen begründen (siehe 1.1.1) finden ebenso auf junge, noch nicht wahlberechtigte Menschen Anwendung. Ihre Beteiligung muss an ihre Kompetenzen und entwicklungsstandspezifischen Fähigkeiten angepasst werden (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 5). Gerade jungen Menschen wird ein hohes Niveau an Politikverdrossenheit, einhergehend mit einem geringen Vertrauen in politische Institutionen und Parteien zugeschrieben (Shell, 2019, S. 19). Jedoch zeigen neuere Studien, dass dies nicht unbedingt der Fall sein muss: Berücksichtigt man bei der politischen Partizipation junger Menschen die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sowie den Vergleich mit anderen Altersgruppen zeigt sich, dass junge Menschen durchschnittlich nicht weniger partizipieren als Erwachsenen (Schnaudt et al., 2017a). Die Möglichkeit einer adäquaten und als effektiv empfundenen Beteiligung kann dazu beitragen, diesen Umstand zu mitigieren.

Das gewünschte beziehungsweise geforderte Ausmaß von politischer Partizipation ist dabei stark abhängig von dem zugrundeliegenden Demokratieverständnis. In der Forschungsliteratur wird zwischen drei Demokratiemodellen unterschieden, welche die Partizipationsintensität der Gesellschaftsmitglieder abbilden. Im funktionalen Demokratiemodell wird das Regieren einer politischen Elite überlassen. Die Bevölkerung soll sich am politischen Prozess gering beteiligen und nur über die Teilnahme an Wahlen die Regierungsentscheidung beeinflussen können. Das repräsentative Demokratieverständnis sieht als grundlegende Partizipationsform ebenfalls die Wahl einer Regierung vor. Jedoch kann die Bevölkerung durch die Organisation in aktive, politische Gruppen mittels freier Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit das Parlament und die Regierung kontrollieren. Im partizipatorischen Demokratieverständnis hingegen werden der Bevölkerung direktdemokratische Möglichkeiten der politischen Einflussnahme zugesprochen und den Gesellschaftsmitgliedern die Einbindung in den politischen Entscheidungsprozess zugesichert. Demokratische Qualität wird hier also daran gemessen, ob die Bevölkerung gleichermaßen politisch partizipieren kann und inwiefern ihre Forderungen in politische Entscheidungen transformiert werden (Allenspach, 2012, S. 25 f.; van Deth, 2009, S. 143 ff.). Der Bereich der Politikdidaktik bietet einen weiteren Ansatzpunkt. Als Ziele der politischen Bildung werden drei Arten von politisch aktiven Bürgerinnen und Bürgern diskutiert: Die reflektierten Zuschauer und Zuschauerinnen, die sich regelmäßig über Politik informieren und rational begründete Wahlentscheidungen treffen können; interventionsfähige Bürgerinnen und Bürger, die sich punktuell engagieren, wenn ihre eigenen Interessen besonders betroffen sind; und aktivbürgerlich Engagierte, die sich dauerhaft politisch einbringen, wobei Politik ein wesentlicher Bestandteil ihres Lebens ist (Breit & Massing, 2002).

Der Aspekt der politischen Bildung ist gerade im Kinder- und Jugendalter fundamental. Erst in der praktischen Erfahrung von Beteiligung und dem Nachdenken und Reflektieren dieser Erfahrung der gemeinsamen Gestaltung und Mitverantwortung für gemeinsame Entscheidungsbereiche findet ein politischer Bildungsprozess statt (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 12). Die politische Sozialisation besteht aus „Lernprozesse[n], innerhalb derer politische Kenntnisse, Fähigkeiten und Orientierungen vermittelt werden, oder innerhalb derer die Bürger sich diese Merkmale aneignen.“ (van Deth et al., 2008, S. 12). Van Deth beschreibt die politische Sozialisation als lebenslangen Prozess (ebd.). Dieser beginnt bereits im frühen Kindesalter (Wittig, 2016, S. 81 f.). Wittig schlussfolgert daher: „Damit Kinder zu Demokraten heranwachsen, sollen sie möglichst früh mit demokratischen Grundwerten in Berührung kommen und sie durch eigene Beteiligung an sozialen und gesellschaftlich-politischen Prozessen schätzen lernen und einüben“ (Wittig, 2016, S. 78). Die politische Partizipation von jungen Menschen dient also neben dem Selbstzweck sie als Expertinnen und Experten in ihren eigenen Belangen mitentscheiden zu lassen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend u. Deutscher Bundesjugendring, 2022, S. 9), auch als Instrument demokratischer Erziehung, welches junge Menschen befähigt ihre eigenen Interessen zu artikulieren und durchzusetzen.



### 2.1.4 Welche politische Beteiligung ist für junge Menschen vorgesehen?

Neben dem § 8 SGB VIII, welcher die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe auf Bundesebene normiert, sieht auch das niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz die politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen vor:

*„Gemeinden und Samtgemeinden sollen Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen. Hierzu sollen die Gemeinden und Samtgemeinden über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.“ (§ 36 NKomVG).*

Vorgesehene formelle Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern sind dabei der Einwohnerantrag, das Bürgerbegehren, der Bürgerentscheid und die Möglichkeit zur schriftlichen Einbringung von Anregungen und Beschwerden (§ 31 ff. NKomVG).

In Deutschland werden Beteiligungsprozesse in der Regel im Rahmen einer „kooperativen Demokratie“ gestaltet, bei der eine freiwillige und dialogorientierte, kollektive Problemlösung angestrebt wird. Die zu beteiligende Zielgruppe wird folglich insbesondere in den Entscheidungsfindungsprozess einbezogen, während die Entscheidungsgewalt letztlich bei den Politikern und Politikerinnen verbleibt. Der Ausgangspunkt für diese Schlussfolgerung liegt bei der Partizipationsleiter (siehe Abbildung 3), die von Sherry Arnstein (1969, S. 217) entwickelt wurde. Die Partizipationsleiter enthält neun Stufen und je höher eine Stufe auf der Leiter angesiedelt ist, desto mehr Entscheidungsgewalt haben die beteiligten Personen. Die ersten beiden Stufen (1) „Instrumentalisierung“ und (2) „Anweisung“ bezeichnen noch keine Partizipation, sondern lediglich „Scheinbeteiligung“. Die Einbindung in die Entscheidungsfindung wird durch die mittleren Stufen (3) „Informieren“, (4) „Anhören“ und (5) „Mitgestalten“ der neun Stufen auf Arnsteins Partizipationsleiter konzeptualisiert, während die konkrete „Mitentscheidung“ in Form von Wahlen Stufe (6) der Partizipationsleiter abbildet. Die obersten drei Stufen (7) „teilweise Entscheidungskompetenz“, (8) „Selbstbestimmung“ und (9) „Selbstverwaltung“ über die Beteiligung hinausgehen.

#### **Beteiligungsstufe (3) „Informieren“**

Informationsveranstaltungen werden streng genommen nicht als direkte Beteiligung von jungen Menschen betrachtet, sondern stellen eine notwendige Vorstufe zur Partizipation dar. Partizipative Einflussnahme setzt erst ein, wenn ein Verfahren Input liefert, sei es für die Teilnehmenden, die öffentliche Debatte oder die politischen Verantwortlichen. Das „Hören und Gehört werden“ sind jedoch sowohl in Arnsteins Konzeption (1969), als auch in der demokratischen Praxis eng miteinander verbunden, da Information eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Beteiligungsprozesse darstellt. Informationsveranstaltungen dienen in erster Linie der Weitergabe von Informationen über kommunale Vorhaben an bestimmte Zielgruppen. Sie bieten jedoch auch ein Forum für den Austausch zwischen jungen Menschen und politischen Vertreterinnen und Vertretern, bei dem Fragen gestellt, Hoffnungen und Sorgen geäußert sowie Netzwerke gebildet werden können. Auf der Grundlage dieser ersten Informationen und Kontakte eröffnen Informationsveranstaltungen Möglichkeiten, selbst aktiv zu werden, sei es im weiteren Verlauf des Beteiligungsprozesses oder unabhängig davon.

#### **Beteiligungsstufe (4) „Anhören“**

Neben der Informationsvermittlung an die beteiligte Zielgruppe steht bei Veranstaltungen auf der Beteiligungsstufe „Anhören“ die Diskussion von Themen, Fragen und Problemen im Vordergrund. Junge Menschen sollen die Möglichkeit haben ihre Interessen, Vorschläge, Wünsche und Ideen einzubringen. Die Mitwirkung junger Menschen auf der Beteiligungsstufe „Anhören“ bezieht sich auf das punktuelle Einbringen und Diskutieren von Meinungen und Ideen zu spezifischen Projekten.

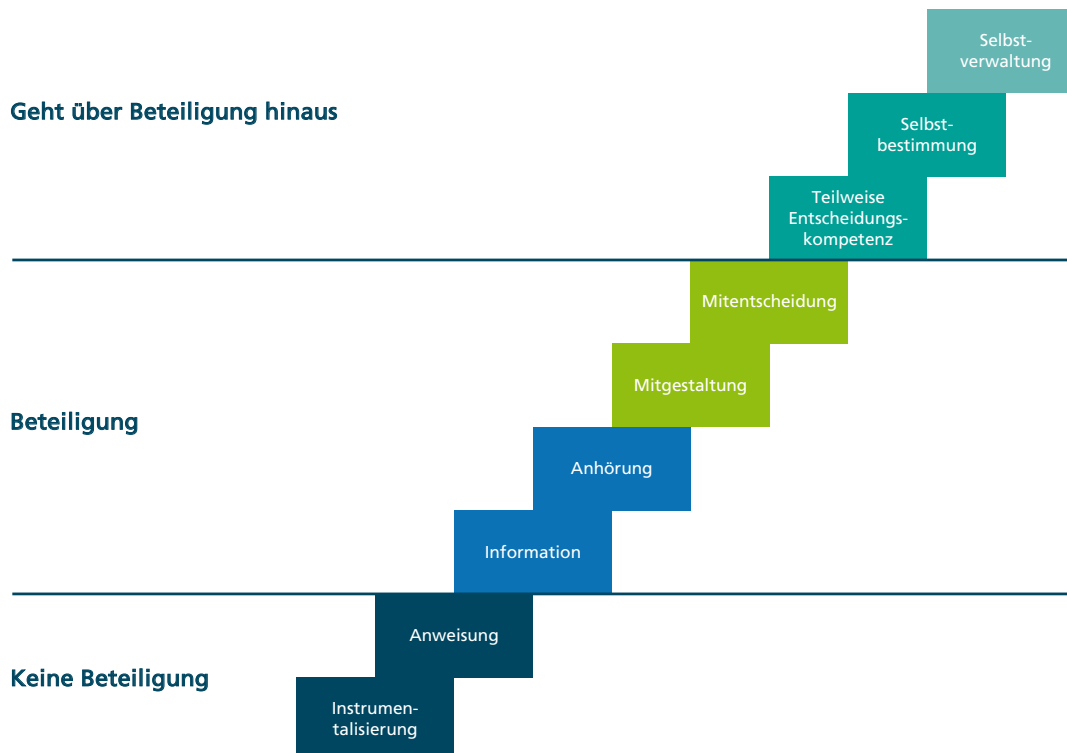
### Beteiligungsstufe (5) „Mitgestalten“

Beteiligungsinstrumente, die der Stufe „Mitgestalten“ zugeordnet werden, zielen auf eine Beratung politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger zu konkreten Vorschlägen und Themen. Die Beratungen haben jedoch oft keinen verbindlichen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess. Die Beratung von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern kann mithilfe zeitlich befristeten als auch dauerhaften Beteiligungsmöglichkeiten geschehen. Die Einflussmöglichkeiten sind entsprechend vielfältig und umfassen in den meisten Fällen auch das Informieren und Anhören der beteiligten Zielgruppe. Stadtteilforen und andere dauerhafte Interessenvertretungen junger Menschen, wie z. B. Kinder- und Jugendparlamente, sind ebenso typische Formate auf der Beteiligungsstufe „Mitgestalten“ wie Fokusgruppendifkussionen.

### Beteiligungsstufe (6) „Mitentscheiden“

Auf der Beteiligungsstufe „Mitentscheiden“ ist die direkte politische Partizipation in Form von einer Stimmenabgabe bei Wahlen anzuordnen. Für junge Menschen besteht diese Möglichkeit auf Bundesebene nach Art. 38 (2) GG mit der Vollendung des 18. Lebensjahrs. Auf Landesebene können in den vier Bundesländern Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein bereits junge Menschen ab 16 Jahren ihre Stimme bei der Landtagswahl abgeben. Das Wahlrecht ab 16 gilt auf Kommunalebene bereits in elf Bundesländern, einschließlich Niedersachsen.

Abbildung 3 Partizipationsleiter (eigene Darstellung nach Arnstein 1969: 217)



## 2.2 Angebot und Nachfrage von politischer Partizipation junger Menschen

Die Zusammenfassung der Forschungsergebnisse zu den politischen Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen und deren tatsächliche Nutzung wird in zwei Teilen präsentiert. Der erste Teil stellt die vorhandenen Angebote auf lokaler, Landes- und Bundesebene dar, die von Jugendparlamenten bis zu spezifischen Beteiligungsprojekten reichen. Der zweite Teil widmet sich der Art und Weise, wie junge Menschen diese Angebote nutzen, sei es durch direktes Engagement in Jugendparlamenten oder durch Teilnahme an Protestbewegungen und sozialem Aktivismus. Die Forschung zeigt, dass trotz eines breiten Angebots an Partizipationsmöglichkeiten die tatsächliche Beteiligung junger Menschen hinter den Erwartungen zurückbleibt. Dies wirft Fragen nach der Effektivität der vorhandenen Strukturen auf und betont die Notwendigkeit, die politische Partizipation junger Menschen besser zu fördern.

### 2.2.1 Welche Partizipationsangebote werden für junge Menschen geschaffen?

Um diese Frage zu beantworten, wird nachfolgend ein strukturierter Überblick über die politischen Beteiligungsformen auf verschiedenen Verwaltungsebenen geschaffen. Zuerst wird die kommunale Ebene beleuchtet, die aufgrund ihrer Nähe zum Alltag junger Menschen vielfältige Einbindungsmöglichkeiten bietet. Anschließend richtet sich der Fokus auf die Landesebene, die trotz struktureller Barrieren durch Wahlrechte und spezifische Beteiligungsinitiativen Chancen zur Partizipation eröffnet. Abschließend wird ein Blick auf die Bundesebene geworfen, wo die politische Mitwirkung junger Menschen vor allem durch beratende Formate unterstützt wird. Dieses Kapitel schafft ein fundiertes Verständnis dafür, wie die politischen Partizipationsangebote für junge Menschen in Niedersachsen ausgestaltet sind und welche Rolle diese im Rahmen der demokratischen Entscheidungsfindung spielen. Für Niedersachsen wird im Rahmen dieser Untersuchung die politische Beteiligungslandschaft des Landes abgebildet. Dies erfolgt in den weiteren Schritten der Untersuchung mittels einer Bestandsaufnahme (vgl. 5.1).

#### 2.2.1.1 In den Kommunen

Durch die Nähe zur Lebensrealität von jungen Menschen gibt es auf kommunaler Ebene besonders viele Anknüpfungspunkte für ihre politische Beteiligung. Die Qualitätsstandards für Kinder und Jugendbeteiligung beschreiben eine diverse Angebotslandschaft an politischen Beteiligungsangeboten in Deutschland. Das kommunale Angebot an Beteiligungsformaten beschränkt sich vor allem auf Kinder- und Jugendparlamente und projektbezogene Beteiligungsformate (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend u. Deutscher Bundesjugendring 2022:103). Jedoch ist auch die kommunale Beteiligung nicht überall selbstverständlich. So haben sich zwar Kinder- und Jugendforen oder -parlamente seit den 1990er Jahren als ein beliebtes Instrument gezeigt, um auf kommunaler Ebene politische Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Jedoch hat ca. ein Drittel der Jugendamtsbezirke kein solches Gremium (Winklhofer & Kalicki, 2015, S. 19). Zwei Drittel der deutschen Kommunen haben ebenso eine projektbezogene Beteiligungskultur entwickelt, etwa bei der Planung von Spiel- und Freizeitgeländen (ebd. S. 20).

Für Niedersachsen werden im Rahmen dieser Untersuchung die Beteiligungsangebote auf kommunaler Ebene mittels einer Bestandsaufnahme ermittelt, um ein breiteres Bild der konkreten Angebote auf kommunaler Ebene zu erhalten.

#### 2.2.1.2 Auf Landesebene

Auf Landesebene wird die direkte Beteiligung von jungen Menschen durch die Entfernung vieler politischer Prozesse von ihrer Lebensrealität und der Dauer von Entscheidungsprozessen erschwert. Generell stehen Bürgerinnen und Bürgern zur direkten politischen Einflussnahme das Landtagswahlrecht sowie die Einbringung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden frei. Das Landtagswahlrecht ab 16 gilt in den Bundesländern Brandenburg, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein, jedoch nicht in Niedersachsen. Ebenso ist die Stimmberechtigung bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden an die der Landtagswahlen geknüpft, wodurch jungen Menschen in Niedersachsen diese Wege nicht offenstehen. Für Kinder und Jugendliche gibt es auf Landesebene folglich seltener Möglichkeiten zur politischen Partizipation, jedoch schaffen die Länder auch den formalen Rahmen

für politische Beteiligung von jungen Menschen in den Kommunen des jeweiligen Landes durch Gemeindeverordnungen und Kommunalverfassungen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend u. Deutscher Bundesjugendring, 2022, S. 108).

In verschiedenen Bundesländern wird die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zudem auf Landesebene durch die Einrichtung von Service- bzw. Fachstellen unterstützt und gefördert. So haben Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt solche Fachstellen eingerichtet, die auf Landesebene kommunale Beteiligungsprozesse unterstützen (Stegemann & Ohlmeier, 2019, S. 22). Auch in Niedersachsen ist eine **Fachstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung** durch die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit Niedersachsen e. V. (LAG OKJA) im Aufbau. Die LAG OKJA ist ein Verbund von Institutionen und Fachkräften, der ein umfassendes Netzwerk zur Vertretung der Interessen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit in Niedersachsen bildet. Sie richtete 2023 während der Erstellung des Schwerpunktberichts die Geschäfts- und Fachberatungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung ein. Die Fachberatungsstelle hat das Ziel, kommunale und freie Träger bei der Entwicklung und dem Aufbau von Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche auf Landes- und kommunaler Ebene zu unterstützen. Dies geschieht durch Beratung, Fortbildung, Förderung und Vernetzung. Sie fungiert als Bindeglied zwischen den bestehenden Strukturen und fördert die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen ihnen. In Kooperation mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) und dem Landesjugendamt werden geeignete Fortbildungsangebote und Fachveranstaltungen initiiert. Zudem wird die Möglichkeit einer Vereinheitlichung und Verstärkung der Förderstrukturen für erfolgreiche Projekte wie das Programm „Startklar“ und den Fonds „Kinder stärken“ geprüft. Dies dient der Entwicklung, Erprobung und Weitergabe neuer Konzepte und Formate. Darüber hinaus unterstützt die Fachberatungsstelle Einzelinitiativen in Niedersachsen, indem sie diese vernetzt und bündelt.

Interessenvertretungen von Kindern- und Jugendlichen werden zudem häufig auf Landesebene in politische Prozesse einbezogen, eine direkte Mitbestimmung der jungen Menschen bleibt jedoch weitgehend aus (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend u. Deutscher Bundesjugendring 2022: 108). Ähnlich gestaltet sich auch die derzeitige Situation in Niedersachsen, wo auf Landesebene derzeit zwei Gremien bestehen, die sich den Belangen von Kindern und Jugendlichen widmen: Die Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo) und den Landesbeirat für Jugendarbeit. Beiden ist gemein, dass keine direkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stattfindet, sondern Vertretende von verschiedenen Organisationen benannt werden und sich hier für die Belange junger Menschen einsetzen. Aktuell sind zwar in beiden Gremien auch junge Menschen berufen. Allerdings ist die Beteiligung junger Menschen nicht explizit festgeschrieben und stellt daher keine Beteiligungsgarantie für junge Menschen dar.

Die niedersächsische **Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo)** ist ein dem Sozialministerium zugeordnetes Gremium, dessen Aufgabe es u. a. ist, „sich für die Belange von Kindern und Jugendlichen, insbesondere für deren gesellschaftliche Teilhabe und Chancengerechtigkeit, für deren Schutz und deren Rechte sowie für die Weiterentwicklung politischer Beteiligungsmöglichkeiten einzusetzen“ und das Sozialministerium bezüglich aller „Belange von Kindern und Jugendlichen“ zu beraten. Jede Landtagsfraktion sowie der Landesjugendhilfeausschuss entsenden jeweils ein Mitglied und dessen Stellvertretung. Darüber hinaus benennt das Sozialministerium auf Vorschlag des Landesjugendhilfeausschusses weitere Mitglieder (§ 16d Niedersächsisches Gesetz zur Ausführung des Achten Buchs des Sozialgesetzbuchs (Nds. AG SGB VIII) und zur Niedersächsischen Kinder- und Jugendkommission). In einer Broschüre beschreibt die KiJuKo ihre Aufgaben wie folgt: „Um besser zu verstehen, wo es Probleme gibt, organisiert die KiJuKo Befragungen, besucht z. B. aber auch Orte, an denen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wichtig ist. Was das Team herausfindet, bespricht es dann in Sitzungen und entwickelt Vorschläge und Empfehlungen zur Änderung von Gesetzen und Richtlinien für den Landtag und das Sozialministerium. Darüber wird auch dem Landesjugendhilfeausschuss berichtet.“<sup>4</sup>

<sup>4</sup> [https://soziales.niedersachsen.de/download/195788/Die\\_gesetzlichen\\_Aufgaben\\_der\\_Kinder-\\_und\\_Jugendkommission\\_einfach\\_erklaert..pdf](https://soziales.niedersachsen.de/download/195788/Die_gesetzlichen_Aufgaben_der_Kinder-_und_Jugendkommission_einfach_erklaert..pdf) zuletzt abgerufen am 16.02.2024.

Der **Landesbeirat für Jugendarbeit** soll „die Entwicklung der Jugendarbeit durch Gutachten, Untersuchungen und Empfehlungen“ fördern und „das Fachministerium in grundsätzlichen Fragen der Jugendarbeit“ zu beraten (§ 16 Jugendförderungsgesetz). Auch in dieses Gremium werden in erster Linie Vertretende verschiedener Organisationen entsandt, die Mitglieder werden durch das Sozialministerium berufen.

Darüber hinaus sollen zwei weitere Zusammenschlüsse hier erwähnt werden: Im Jahr 2023 gründete sich die **Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendbeteiligung (LAG KiJuBe)**. Diese fordert das Recht auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Niedersachsen nachhaltig zu verankern und bildet eine Anlauf- und Vernetzungsstelle und eine Interessensvertretung für die Belange der Kinder- und Jugendbeteiligung in Niedersachsen, wie die Qualifizierung von Fachkräften, Vernetzung der Anbieter und politische Lobbyarbeit (Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendbeteiligung in Niedersachsen, 2023).

Im Jahr 2023 haben das Landesjugendamt und der Bildungsstätte Bredbeck die **Fortbildungsreihe „Partizipationslabor 2023“** angeboten, um Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit tiefere Einblicke und praktische Methoden für die Jugendbeteiligung zu vermitteln. Ziel war es, Verständnis für demokratische Prinzipien zu fördern und juristisch verankerte Beteiligungsrechte junger Menschen umzusetzen. Die Fortbildungsreihe bot ein modulares System, das sowohl Grundlagen der Partizipation als auch spezifische digitale und präsenzbasierte Methoden und Werkzeuge umfasste. Mit unterschiedlichen Ansätzen – von der Grundlagenvermittlung über digitale Aktivierung bis hin zur Methodenwerkstatt – sollten Fachkräfte befähigt werden, jugendliche Partizipation effektiv zu gestalten. Das Programm wurde 2024 in Anbetracht der knappen finanziellen Mittel und der Aussicht auf ein umfassenderes Fortbildungsprogramm auf der Basis dieses Schwerpunktberichts zunächst nicht fortgesetzt. Stattdessen setzt die **Landeszentrale für politische Bildung** derzeit in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt Niedersachsen, der kommunalen Jugendpflege Sarstedt und der Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit der HAWK Hildesheim die „Pilotregion Digitale Jugendbeteiligung“<sup>5</sup> um. In diesem Kontext ist auch eine Weiterbildungsreihe geplant.<sup>6</sup> Im Fortbildungsprogramm des Niedersächsischen Landesjugendamts für das Jahr 2024 sind keine Fortbildungen zum Thema politische Partizipation enthalten<sup>7</sup>.

Zudem gibt es verschiedene Qualifizierungsmaßnahmen für Verwaltungsmitarbeitende. Das deutsche Kinderhilfswerk bietet Qualifizierungen für Mitarbeitende in Kommunalverwaltungen, in allen Bereichen und nicht nur in der Jugendhilfe, an. Eine zweitägige Weiterbildung die Mitarbeitenden in Kommunalverwaltungen vermittelt die Grundlagen und praktische Methoden zur Kinder- und Jugendbeteiligung im Verwaltungshandeln.

Neben den öffentlichen Akteuren, die sich in Niedersachsen der politischen Beteiligung junger Menschen widmen, gibt es **verschiedene Vereine**, die sich landesweit für dieses Thema engagieren, dazu zählen Politik zum Anfassen e. V., der Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e. V. (VNB), sowie die Historisch-Ökologische Bildungsstätte e. V. Ihre Projekte zielen größtenteils auf die Unterstützung politischer Beteiligung auf kommunaler Ebene, sind aber landesweit verfügbar. Der Verein „**Politik zum Anfassen e. V.**“ mit Sitz in Hannover möchte Demokratie erlebbar machen und durch Erfahrung vermitteln. Ein Angebot des Vereins ist die App „**PLACEm**“, die digitale Beteiligung erleichtern und Gemeinden als Anreiz dienen soll, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Die App ermöglicht es Kommunalverwaltungen und Jugendliche auch längerfristig zu verbinden und entlang der Partizipationsstufen zu interagieren, bspw. Ideen einzubringen, zu diskutieren oder Dinge zur Abstimmung zu bringen.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Bereits ein Vorgängerprojekt in Syke und Verden Zusammenarbeit mit dem Landesjugendamt in Hannover, die Landeszentrale für Politische Bildung und die VHS der Stadt Delmenhorst setzte sich mit denselben Themen auseinander: <https://www.kreiszeitung.de/lokales/diepholz/syke-ort44535/ja-wo-laufen-se-denn-90783014.html>; zuletzt abgerufen am 16.02.2024

<sup>6</sup> [https://demokratie.niedersachsen.de/startseite/angebote/digitale\\_jugendbeteiligung/weiterbildung-digitale-jugendbeteiligung-190913.html](https://demokratie.niedersachsen.de/startseite/angebote/digitale_jugendbeteiligung/weiterbildung-digitale-jugendbeteiligung-190913.html); zuletzt abgerufen am 09.01.2024.

<sup>7</sup> <https://soziales.niedersachsen.de/download/201006>, abgerufen am 09.01.2024.

<sup>8</sup> <https://www.placem.de/>; zuletzt abgerufen am 09.01.2024.

Darüber hinaus bietet der Verein zahlreiche weitere Angebote zur Jugendbeteiligung an, nach eigenen Berichten konnten zahlreiche Initiativen, die sich aus dem Planspiel „**Pimp Your Town**“ weiterentwickelten, in die Tat umgesetzt werden<sup>9</sup>. Der **VNB** hat gemeinsam mit zahlreichen weiteren Organisationen bis 2021 die „Jugendpolitikdialoge“ durchgeführt, die sich dadurch auszeichnen, dass hier die Jugendlichen sowohl Inhalte als auch Formate der Beteiligung selbst auswählen konnten<sup>10</sup>, sowie das Planspiel „**plenergy**“<sup>11</sup>. Die **Historisch-Ökologische Bildungsstätte** ist (in Kooperation mit Mariaspring – Ländliche Heimvolkshochschule e.V.) Trägerin des niedersächsischen Standorts der **Akademie für Kinder- und Jugendparlamente** und setzt sich unter dem Dach der Bundesinitiative für starke Kinder- und Jugendparlamente auf kommunaler Ebene ein<sup>12</sup>.

Darüber hinaus stellt die Schule einen wichtigen Lernort für Beteiligung dar. So sind in Schulen Schülervertretungen fest installiert. Die Mitwirkung der Schülerinnen und Schüler erfolgt auf Klassenebene durch die Klassenschülerschaft (§ 73 NSchG) sowie durch die gewählten Klassensprecherinnen und Klassensprecher, auf Schulebene durch den Schülerrat (§ 74 NSchG) sowie durch Schülersprecherinnen und Schülersprecher.

Von den Schülervertretungen können alle schulischen Fragen erörtert werden. Sie sind zudem von der Schulleitung, dem Schulvorstand oder der zuständigen Konferenz vor grundsätzlichen Entscheidungen, vor allem über die Organisation der Schule und die Leistungsbewertung, zu hören.

Der Landesschülerinnenrat bzw. Landesschülerrat vertritt die Interessen der ca. 1,1 Million Schülerinnen und Schüler auf Landesebene. Er ist für Belange von Schülerinnen und Schülern auf Landesebene verantwortlich und kann diese per Pressemitteilung an die Öffentlichkeit bringen. Er kann sich auch an das Niedersächsische Kultusministerium wenden, um diesem die Meinung der Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen mitzuteilen.

2019 wurde zudem vom Niedersächsischen Kultusministerium der bildungspolitische Schwerpunkt „Demokratisch gestalten – Eine Initiative für Schulen in Niedersachsen“ initiiert. Ziel von „Demokratisch gestalten“ ist es, Kinder und Jugendliche in ihrem Engagement für Demokratie und Menschenrechte zu stärken sowie Teilhabe und Partizipation auszubauen. Die Initiative schafft Angebote, um gute Praxis in bereits bestehenden Strukturen zu stärken, neue Wege zu ermöglichen und inspirierende Ideen für eine demokratische und nachhaltige Schule zu entwickeln. Ziel ist es des Weiteren, mögliche Hürden und Barrieren für Partizipation abzubauen und gemeinsam mit allen Beteiligten inner- und außerhalb der Schule gute Rahmenbedingungen für eine von gemeinsamer Verantwortung, Engagement und solidarischem Handeln geprägten Schulkultur zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Im Rahmen des bildungspolitischen Schwerpunkts wurde ein Kinderrechte Schulnetzwerk mit UNICEF etabliert. In einer Kinderrechtesschule werden die Kinderrechte in der Schulgemeinschaft gelernt, respektiert, geschützt und gelebt - von Kindern und Erwachsenen gleichermaßen.

So werden zum Beispiel Beteiligungsformate mit und für Kinder, wie Schülerparlament, Kinderrat und Zukunftswerkstatt entwickelt, Ideen für ein Anti-Diskriminierungskonzept ausgearbeitet und Beschwerdeformate für Streit, Gewalt und Mobbing eingeführt. Zusammenfassend erleben Kinder ihre Kinderrechtesschule als einen Lernort, in dem ihre Meinungen ernst genommen und ihre Talente gefördert werden. Sie lernen respektvoll miteinander umzugehen und Verantwortung zu übernehmen – für sich und andere. Diese Erfahrungen können sich positiv auf die politische Partizipationsbereitschaft auswirken.

<sup>9</sup> <https://www.pimpyourtown.de/wirkung/>, zuletzt abgerufen am 09.01.2024

<sup>10</sup> <https://jugend-politik-dialoge.de/start>, zuletzt abgerufen am 09.01.2024.

<sup>11</sup> <https://plenergy.de/vor-ort/>; zuletzt abgerufen am 09.01.2024.

<sup>12</sup> <https://kijupa.adb.de/standorte/niedersachsen/>; zuletzt abgerufen am 09.01.2024



### 2.2.1.3 Auf Bundesebene

Auf Bundesebene bestehen für die politische Beteiligung junger Menschen besondere Herausforderungen, da die Distanz zu ihrer Lebensrealität noch größer ist, als dies schon auf der Landesebene der Fall ist. Zudem dauern politische Entscheidungsprozesse über einen noch längeren Zeitraum an. Abgesehen von Bundestagswahlen für junge Menschen ab 18 Jahren kommt es bei Beteiligungsprozessen auf Bundesebene meistens nicht zu einer Mitentscheidung von jungen Menschen, sondern zu Formen konsultativer Jugendbeteiligung in Form von Beratung und Begleitung von Entscheidungsprozessen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Deutscher Bundesjugendring, 2022, S. 113).

Darüber hinaus besteht insbesondere eine Initiative, die auf Landesebene aufmerksam beobachtet wird: der Jugend-Check. Das Kompetenzzentrum **Jugend-Check** (KomJC) wurde im August 2017 – gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend – ins Leben gerufen, um den sogenannten Jugend-Check weiterzuentwickeln und durchzuführen. Dieses Instrument prüft Gesetze auf ihre Auswirkungen auf junge Menschen und fördert das Bewusstsein für jugendgerechte Gesetzgebung. Der Jugend-Check ist kein Ersatz für jugendpolitische Beteiligung, sondern dient dazu, politische Entscheidungsträgerinnen und -träger zu informieren und auf die Auswirkungen von Gesetzgebung auf junge Menschen aufmerksam zu machen. Somit ergänzt er jugendpolitische Beteiligungsprozesse. Derzeit wird dieses Instrument erstmals auf Landesebene erprobt: Das Deutsche Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung führt von 2022 bis 2025 das Modellprojekt „Jugend-Check Thüringen“ gefördert vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport durch.<sup>13</sup>

### 2.2.2 Welche politische Partizipationsmöglichkeiten werden von jungen Menschen genutzt?

Den jungen Menschen stehen mittlerweile viele unterschiedliche Möglichkeiten zur Verfügung, Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen: Sie gehen im Rahmen der „Fridays For Future“ zu Tausenden auf die Straßen, kleben sich im Kontext der „Letzten Generation“ auf Straßen und drücken mit ihren teilweise radikalen Protesten ihren Unmut über die Klimapolitik aus. Sie drücken ihre politischen Präferenzen in den sozialen Medien aus. Sie boykottieren Produkte von nicht nachhaltig agierenden Unternehmen und geben ihr Geld ganz bewusst für fair gehandelte und biologische Produkte aus. Sie beteiligen sich in Schülerinnen- und Schülervertretungen Jugendparlamenten und Bürgerbeteiligungsprozessen, die vornehmlich in ihren Kommunen stattfinden. Wie sich die politische Beteiligung von jungen Menschen tatsächlich in den verschiedenen Formen empirisch manifestiert, wird im Folgenden betrachtet.

Das Beteiligungsniveau von jungen Menschen wird im politischen und wissenschaftlichen Diskurs häufig kritisiert. So schreiben Fatke und Schneider (2005): „Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist es (noch) nicht gut bestellt“ (2005, S. 44). Die tatsächliche politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist empirisch schwer greifbar, die empirischen Daten sind ambivalent. García-Albacete (2014b) argumentiert, dass die vorhandenen Studien ein unvollständiges Bild der politischen Partizipation junger Menschen vermitteln, indem sie sich nur auf einzelne Formen der politischen Partizipation und einige wenige Länder konzentrieren und auf dieser Basis Verallgemeinerungen vornehmen. Gleichzeitig werden diese Studien junge Menschen oft isoliert betrachten und Veränderungen im Laufe der Zeit vernachlässigt.

Die Debatte über die Notwendigkeit von mehr Partizipationsmöglichkeiten der letzten Jahrzehnte hat jedenfalls ihre Früchte getragen. Das erste Kinderparlament wurde 1985 in Weingarten in Baden-Württemberg geschaffen (Meinhold-Henschel & Schack, 2008, S. 49). In den 90er Jahren gewann das Thema weiter an Relevanz und es gab zahlreiche Bemühungen bspw. in der Form der Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten, offenen Kinder- und Jugendforen oder der Einbindung in Stadtplanungsprozesse (ebd.). Mittlerweise gibt es eine Fülle an Beteiligungsformaten und Projekten mit unterschiedlicher Ausrichtung und Dauer. Diese erschwert jedoch einen gesamtdeutschen Überblick und gerade für jüngere Kinder sind empirische Befunde selten.

<sup>13</sup> <https://www.jugend-check-thueringen.de/jugend-check-thueringen/erster-jugend-check-auf-landesebene/>; zuletzt abgerufen am 14.02.2024



Befragungen mit Kindern und Jugendlichen zeigen ein ambivalentes Bild. Die bereits erwähnte Untersuchung von Fatke und Schneider (2005) der Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren in den Bereichen Familie, Schule und Kommunen zeigt gerade im Bereich der politischen Beteiligung, auf Ebene der Kommune ein ernüchterndes Bild. Während die Mitbestimmung innerhalb der Familie mit etwa 76 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen noch sehr hoch ist, nimmt sie in der Schule und vor allem in der Kommune ab. Kommunale Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist den Ergebnissen zu Folge als selten zu betrachten (ebd., S. 23). 60 Prozent der Kinder und Jugendlichen gaben an nie oder sehr selten an Entscheidungen in ihrem Wohnort mitzuwirken (ebd.). Aufgeschlüsselt in die Beteiligungsformen sind vor allem institutionalisierte Aspekte von Jugendbeteiligung selten genutzt worden. So haben 97 Prozent der Befragten noch nie an einer Stadtteilkonferenz mitgewirkt und 96 Prozent waren noch nie in Kinder- und Jugendparlamenten aktiv (ebd. S. 24). Zeitlich begrenzte Formen der Partizipation erfreuten sich dahingegen einer häufigeren Nutzung: Knapp 40 Prozent der Kinder und Jugendlichen haben schon mal zu einem Thema in ihrer Kommune abgestimmt und knapp 27 Prozent haben schon mal an einer Demonstration teilgenommen (ebd.).

Schnaudt et al. (2017b) kritisieren die unterstellte Politikverdrossenheit Jugendlicher und die Tatsache, dass vorangegangene Studien nur junge Menschen für sich betrachten, ohne sie mit den Einstellungen der Gesamtbevölkerung zu vergleichen. In ihrer Analyse der Daten des European Social Surveys (ESS) fanden sie heraus, dass junge Menschen keineswegs desinteressierter an Politik sind als andere Altersgruppen. Die Analyse zeigte hingegen, dass sich Menschen im Rentenalter am wenigsten politisch beteiligen (Schnaudt et al., 2017b, S. 194). Die Altersgruppen variieren zudem in den präferierten Formen der Beteiligung. So wiesen junge Menschen das komplexeste Partizipationsverhalten mit einer Variation zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Formen von Partizipation auf (ebd. S.197). Am häufigsten verwendeten sie die vom ESS als politische Partizipation erfassten Formen der Teilnahme an einer Demonstration und das Tragen von politischen Abzeichen und Symbolen (ebd.). Sloam (2013) nutzte die Daten des ESS um zu zeigen, dass soziale Ungleichheiten bei der politischen Beteiligung von jungen Menschen deutlich geringer sind. Die tatsächliche politische Beteiligung von jungen Menschen liegt demnach leicht unter dem Durchschnitt der mittleren Altersgruppe zwischen 30 und 69 Jahren.

Die Erkenntnis, dass junge Menschen häufiger auf nicht-institutionalisierte Methoden der Partizipation zurückgreifen, zieht sich durch den empirischen Forschungsstand. Mit Ausnahme der Wahlbeteiligung (bei wahlberechtigten jungen Erwachsenen) sind nicht-institutionalisierte Beteiligungsformen wie die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung mit 75 Prozent und die Teilnahme an Demonstrationen, öffentlichen Diskussionen und das sog. „Buykotting“ mit jeweils zwischen 35 Prozent und 45 Prozent der jungen Erwachsenen am beliebtesten (Gaiser et al., 2016, S. 20). „Buykotting“ bezieht sich hierbei auf gezielte Kaufentscheidungen bestimmter Produkte nach politischen und ethischen Gesichtspunkten. Auch hier schwingt die Kritik am politischen Establishment mit. Aber auch was in der Befragung als politische Partizipation verstanden wird, kann unter Umständen von der Vorstellung der Zielgruppe von dem „Politischen“ divergieren. Eine Ausweitung des Politischen hat gerade bei einer jungen Zielgruppe Effekt, da diese die nicht-institutionalisierte Formen der Partizipation bevorzugen. Das Aufkommen neuer Formen politischer Beteiligung von jungen Menschen abseits vom Institutionalisierten läuft somit Gefahr bei Befragungen außer Acht gelassen zu werden. Die Studie von (Kohl & Seibring, 2012) zeigt, dass Jugendliche ohne höhere Bildung nicht zwangsläufig politikfern sind, wenn man den Politikbegriff erweitert. Eher kann von einem „unsichtbaren“ Politikinteresse ausgegangen werden. Die Befragten zeigten in der Studie, dass sie durchaus Ungerechtigkeit in der Gesellschaft wahrnehmen und dazu Stellung bezogen. Zudem zeigten sie Interesse an der Gestaltung von Lebensräumen sowie die Bereitschaft sich für andere einzusetzen und sich in sozialer Sache im Umfeld zu engagieren. Auch die aktuelle Shell-Jugendstudie schrieb:

„Die gegenwärtige junge Generation formuliert wieder nachdrücklicher eigene Ansprüche hinsichtlich der Gestaltung der Zukunft unserer Gesellschaft und fordert, dass bereits heute die dafür erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen werden.“ (Shell, 2019, S. 13). Insgesamt zeichnet sich ein ambivalentes Bild des politischen Interesses, des Beteiligungswillens und der tatsächlichen politischen Partizipation von jungen Menschen ab. Von einem

allgemeinen politischen Desinteresse kann nicht gesprochen werden. Vielmehr mangelt es an Vertrauen in das politische Establishment und den institutionalisierten Formen politischer Partizipation, während das Interesse an und das Engagement für politische und gesellschaftliche Themen hoch ist.

Hier finden sich Anknüpfungspunkte für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung, die an der Zielgruppe ansetzen und neuere Formen von Partizipation berücksichtigen, wie E-participation. Zudem kann durch das Schaffen einer Beteiligungskultur, dem Misstrauen und den fehlenden Informationen und Zugang entgegengewirkt werden, auf kommunaler, aber auch auf Landesebene.

## 2.3 Herausforderungen und Gelingensfaktoren

Welche förderlichen und hinderlichen Faktoren bei der Beteiligung von (jungen) Menschen eine wichtige Rolle spielen, ist auf der Individualebene gut erforscht. Die besonderen Herausforderungen oder Gelingensfaktoren, die bei den Akteuren, die Beteiligung (junger) Menschen planen und umsetzen vorliegen, werden insbesondere in der praxisnahen Forschung thematisiert. Auf der Kontextebene ist das Wissen lückenhaft und die Untersuchungen sind eher methodisch motiviert als inhaltlich gut begründet (Weiss, 2020).

### 2.3.1 Welche individuellen Faktoren beeinflussen die politische Partizipation junger Menschen?

In der empirischen Partizipationsforschung wird untersucht, warum Menschen partizipieren. Die Frage, warum Menschen sich politisch nicht beteiligen, kann mit der scheinbar einfachen Formel beantwortet werden: „weil sie nicht können, nicht wollen oder weil niemand gefragt hat“ (Verba et al., 1995, S. 269).

Das Sozioökonomische Standardmodell (SES) nach Verba and Nie (1972) war einer der ersten Erklärungsansätze für politische Beteiligung. Es gilt als richtungsweisend für die weitere Forschung (Steinbrecher, 2009, S. 57 f.). Das SES-Modell besagt, dass sozialstrukturelle Merkmale – ausgedrückt in Bildung, Einkommen und Berufsstatus – die politische Partizipation maßgeblich beeinflussen. Demnach führt ein hoher sozioökonomischer Status zu mehr politischer Beteiligung. Begründet wird diese Erkenntnis darin, dass Individuen mit einem höheren Status entsprechend mehr Ressourcen, höhere Kompetenzen sowie über ein ausgeprägtes politisches Bewusstsein verfügen (Verba & Nie, 1972b, S. 125 ff.). Im Rahmen des SES blieb jedoch unklar, wie die politische Partizipation und der sozioökonomische Status theoretisch miteinander verknüpft sind (Verba et al., 1995, S. 272). Aus diesem Grund wurde das SES in den 1990er Jahren von Verba et al. zum Civic Voluntarism Model (CVM) weiterentwickelt. Das CVM berücksichtigt außerdem den Einfluss der Faktoren: Motivation und soziale Beziehungen sowie individuelle Ressourcen wie Zeit, Geld und Civic Skills andererseits (van Deth, 2009, S. 153; Verba et al., 1995, S. 281 f.).

#### 2.3.1.1 Ressourcen

Eine der wichtigsten soziostrukturellen Determinanten für politische Partizipation ist das Bildungsniveau. Dies ist nicht zuletzt deshalb der Fall, weil der Bildungsgrad auch andere Erklärungsfaktoren, wie politisches Interesse, Einkommen, politische Selbstwirksamkeit und Systemvertrauen beeinflusst (Persson, 2013, S. 13). Dalton hat festgestellt, dass zwischen Bildung und fast jeder politischen Partizipationsform ein starker Zusammenhang besteht (Dalton, 2008, S. 86). Folglich zeigt sich, dass je höher das Bildungsniveau einer Person ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass diese regelmäßig an Wahlen teilnimmt (Berinsky & Lenz, 2011, S. 357; Oberle et al., 2023). Ferner steigt das Engagement bei Protestaktivitäten oder Parteimitgliedschaften mit einem höheren Bildungsgrad (Hoskins, et al., 2008, S. 397).

Darüber hinaus gibt es weitere soziodemographische Variablen, die zur Erklärung politischen Partizipationsverhaltens herangezogen werden. Dazu gehören Alter und Geschlecht. Hinsichtlich des Geschlechts zeigt sich in der Regel, dass sich Frauen in geringerem Maße beteiligen als Männer. Anzumerken ist jedoch, dass dies abhängig von der jeweiligen Partizipationsform ist. So bestehen bei konventionell eingestuften Aktivitäten immer noch große Unterschiede hinsichtlich der Beteiligungsintensität, wenngleich sich bei der Wahlbeteiligung das Beteiligungsniveau beider Geschlechter nahezu angeglichen hat. Bei anderen

politischen Partizipationsformen, wie Protest oder Konsum zeigen sich ebenfalls nur geringe Unterschiede (Steinbrecher, 2009, S. 58 f.). Jedoch gibt es hier geteilte Meinungen in der Studienlage. Eine Studie von Oberle u. a. (2023) zeigt, dass junge Männer eher dazu neigen, sich stärker in institutionellen und „expressiven“ Formen der Partizipation zu engagieren, wie beispielsweise Meinungsäußerungen in sozialen Online-Netzwerken, wohingegen junge Frauen eher zu nicht-institutionellen, auf Protest ausgerichteten Aktivitäten neigen. Bezogen auf das Alter treten zwei gegensätzliche Tendenzen auf: In Bezug auf verfasste Partizipationsformen ist die Beteiligung in den jüngeren Altersgruppen eher gering und steigt mit zunehmendem Alter an. Die Beteiligungsintensität erreicht bei den 60-Jährigen ihren Höhepunkt, um dann in den älteren Bevölkerungsgruppen wieder abzunehmen. Bei nicht verfassten Partizipationsformen ist jedoch zu beobachten, dass diese Formen (Demonstrationen, Bürgerinitiativen, Boykotte usw.) vorrangig von der jüngeren Bevölkerung genutzt werden (Steinbrecher, 2009, S. 59).

Die Lebensbedingungen von jungen Menschen sind so verschieden, dass es unmöglich ist, sie als homogene Zielgruppe zu betrachten (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 7). Dieser Vielfalt muss zum einen mit Gleichheit im Sinne von Gleichberechtigung begegnet werden. Zum anderen muss die Differenz der Lebensumstände Rechnung getragen werden (ebd.). Die wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Ressourcen der Familie und der Schule sind für das Niveau und die Entwicklung junger Menschen von unterschiedlicher Bedeutung (Vollmar, 2012). Insbesondere Lehrkräfte und deren Lehrstil haben einen Einfluss auf ihre politische Partizipation (Bayram Özdemir et al., 2016; Owen & Riddle, 2017). Zudem begünstigt ein Grundinteresse an Politik, dass Jugendliche im Alltag auf Ereignisse stoßen, die ihr politisches Interesse weiter wecken. Solche alltäglichen Erfahrungen sind mit einer generellen Zunahme des politischen Interesses verbunden (Stattin et al., 2017). Allen jungen Menschen müssen der gleiche Zugang und die gleichen Rechte im Beteiligungsprozess gewährt werden. Gleichberechtigte Partizipation muss zudem Unterschieden in Geschlechterkonstruktionen und geschlechtsspezifischen Erwartungen, sozialer Herkunft, Bildungsstatus und verfügbaren Ressourcen und Informationen innerhalb der Zielgruppe gerecht werden und diese differenziert betrachten (ebd. S. 7 ff.). Außerdem muss bei der Zielgruppe angesetzt werden und jugendkulturelles Verhalten wertgeschätzt und genutzt werden, um Partizipation zugänglich und offen zu gestalten (ebd.).

### 2.3.1.2 Motivation

Menschen beteiligen sich nicht, weil sie nicht wollen. Es fehlt ihnen die Motivation. Fehlende Motivation hängt oft mit einem geringen Interesse und Vertrauen in die Politik gemeinsam mit anderen beteiligungsförderlichen Einstellungen zusammen, wie z. B. der positiven Einstellung gegenüber der Demokratie als Regierungsform.

Für die politische Partizipation ist ein gewisses politisches Interesse unabdingbar. Laut Niedermayer ist „ohne politisches Interesse [...] eine politische Beteiligung schlecht vorstellbar, und ohne politische Beteiligung gibt es keine demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess“ (Niedermayer, 2005, S. 20). Politisches Interesse beschreibt dabei den „degree to which politics arouses a citizen's curiosity“ (van Deth, 1990, S. 281). Studien weisen auf, dass Personen mit einem höheren politischen Interesse beziehungsweise Personen, die das politische Geschehen aufmerksam verfolgen, politisch aktiver sind (Steinbrecher, 2009, S. 61). Gleichsam wie politische Partizipation ist politisches Interesse von verschiedenen Einflussfaktoren abhängig. Insbesondere sozioökonomische Merkmale wie Bildung und Alter haben einen positiven Einfluss auf politisches Interesse (Schöttle, 2019, S. 52).

Gerade jungen Menschen wird vermehrt ein mangelndes politisches Interesse unterstellt. Das politische Interesse von Jugendlichen ist seit Beginn der 1990er Jahre tatsächlich rapide zurückgegangen. 1991 waren noch 57 Prozent der 12- bis 18-Jährigen politisch interessiert, 2002 waren es nur noch 34 Prozent (Meinhold-Henschel & Schack, 2008, S. 48). Seitdem schwankt das politische Interesse von Jugendlichen und lag 2019 bei 41 Prozent (Shell, 2019, S. 14). Differenzen bestehen zwischen den Jugendlichen bezüglich Bildung, Geschlecht und Alter. So sind Jugendliche, die einen höheren Bildungsabschluss anstreben, politisch interessierter. Männliche junge Menschen geben etwas häufiger ein politisches Interesse an als junge Frauen und jüngere Altersgruppen sind zudem deutlich weniger politisch interessiert als ältere Jugendliche und junge Erwachsene (Gaiser et al., 2016, S. 17). Auch wenn das Interesse wieder etwas angestiegen ist, bleibt das Vertrauen in etablierte politische Parteien und Politiker und

Politikerinnen gering (Shell, 2015, S. 4). Ein Symptom des Desinteresses gerade an institutionalisierter Politik drückt sich in der Wahlbeteiligung von Erstwählerinnen und Erstwählern aus. So lag die Wahlbeteiligung der 18- bis 20-Jährigen bei der Bundestagswahl 2021 bei 69,9 Prozent während sich 76,2 Prozent der wahlberechtigten Gesamtbevölkerung an ihr beteiligten (Der Bundeswahlleiter & Statistisches Bundesamt, 2022, S. 10).

Knauer und Sturzenhecker attestieren jungen Menschen ebenfalls ein geringes Interesse an institutionalisierter Politik, konstatieren jedoch, dass sie sich politisch und sozial in konkreten Handlungsfeldern engagieren, wenn man ihnen die Möglichkeit dazu bietet (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 6 f.). Tatsächlich zeigt sich, dass der Wille zu Beteiligung vorhanden ist und sich junge Menschen oft sozial engagieren. Der deutsche Freiwilligensurvey belegt seit Beginn der Erhebungen 1999 ein durchgehend hohes freiwilliges Engagement der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen. Im letzten Freiwilligensurvey von 2019 lag der Anteil in dieser Altersgruppe bei 42 Prozent (Simonson et al., 2021, S. 16). Geiser et al. (2016, S. 21) fanden in ihrer Befragung von Jugendlichen, dass die Diskrepanz zwischen Beteiligungsformen „nutzen wollen“ und diese „tatsächlich genutzt haben“ bei den Befragten hoch ist. Der Wille zur Beteiligung fällt dabei teilweise sehr hoch aus und liegt bspw. für die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative bei 39 Prozent, während die tatsächliche Mitarbeit sich auf 5 Prozent beschränkt (ebd.). Eine Diskrepanz zwischen Wollen und Tun ist generell zu erwarten, zeigt aber auch, dass Strukturen und Möglichkeiten zur Beteiligung möglicherweise nicht zugänglich genug sind. Hier besteht ein Potenzial für mehr politisches Engagement. Fatke und Schneider (2005) bestätigen dieses Potenzial. In ihrer Untersuchung von der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Familie, Schule und Kommune fanden sie heraus, dass die häufigsten Ursachen für das Nicht-Mitwirken an Beteiligungsformaten in der Kommune mangelndes Interesse am Thema, mangelndes Vertrauen in Politikerinnen und Politiker, aber auch fehlende Informationen zu den Beteiligungsformen sind (ebd., S. 45). Über die Hälfte der befragten Kinder und Jugendlichen fühlten sich über die Möglichkeiten zur Beteiligung in ihrer Kommune nicht ausreichend informiert.

Ferner ist für das politische Partizipationsverhalten die politische Wirksamkeit (Political Efficacy) von großer Bedeutung. Unter Political Efficacy versteht man die „individuelle Kompetenz- und Einflussüberzeugungen bezüglich politischer Partizipation“ (Schöttle, 2019, S. 53). Dabei geht es darum „das politische System durch individuelles politisches Engagement beeinflussen zu können“ (Vetter, 1997, S. 3). In der Literatur wird zudem zwischen interner und externer Efficacy unterschieden: Die interne Political Efficacy verweist auf die individuelle Selbsteinschätzung und -überzeugung politische Sachverhalte angemessen einschätzen zu können und das eigene Verhalten entsprechend auszulegen, sodass eine politische Wirkung erzielt werden kann. Im Gros der Forschungsliteratur zeigt sich, dass sich eine hohe interne politische Wirksamkeitsüberzeugung positiv auf die politische Partizipation auswirkt. Dem gegenüber steht die externe Political Efficacy, welche die wahrgenommene Offenheit des politischen Systems, für Berücksichtigung der politischen Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger beschreibt (Schöttle, 2019, S. 53 f.). Je nachdem wie Menschen das politische System wahrnehmen, verändert sich ihre Bereitschaft zur politischen Beteiligung (Vetter, 1997, S. 35). Insgesamt zeigt sich also, dass die Wahrscheinlichkeit zur Partizipation zunimmt, wenn Bürgerinnen und Bürger sowohl der politischen Elite als auch dem politischen System vertrauen, dass sie ihre Präferenzen und Meinungsäußerungen berücksichtigt oder gar umsetzen. Letztlich hat auch das Institutionenvertrauen der Bürger und Bürgerinnen einen Einfluss auf die Partizipationsintensität. Eine positive Einstellung gegenüber Demokratien und ein hohes Maß an Institutionenvertrauen sind partizipationsförderlich. Nichtsdestotrotz kann auch eine kritische Haltung gegenüber dem Funktionieren einer Demokratie und ihren Institutionen sich positiv auf politische Beteiligung auswirken (Hooghe & Marien, 2013). So ist beispielsweise politischer Protest eine Form der Partizipation, die ihren Ausdruck in der Ablehnung oder des Widerspruchs gegenüber bestimmten Entscheidungen beziehungsweise Sachverhalte finden (Müssig, 2020, S. 66). Andere Studien zeigen, dass auch Menschen mit einem geringen Vertrauen in politische Systeme Partizipationsformen wie zum Beispiel Protestwahlen nutzen, um ihren Unmut zu äußern (Allenspach, 2012, S. 18; Hooghe & Marien, 2013). Das Vertrauen in die Politik hat neben der wahrgenommenen politischen Wirksamkeit auch indirekt einen Einfluss auf politische Partizipation. So schmälert ein geringes Vertrauen in politische Institutionen sowie Politikerinnen und Politiker die Motivation zur Beteiligung ebenso wie das politische Interesse (Fakke & Schneider, 2005; Shell, 2015).

### 2.3.1.3 Kontakte

Die Partizipationsforschung hat gezeigt, dass soziale Netzwerke eine mobilisierende Wirkung für politische Beteiligung haben (Verba et al., 1978). So wird die Partizipationsbereitschaft bei Menschen begünstigt, die in Vereinen oder Verbänden aktiv sind (van Deth, 2001). Folglich partizipieren Menschen weniger, wenn sie über keine sozialen Netzwerke beziehungsweise institutionellen Anbindungen wie Gewerkschaften, Vereine oder Kirchen verfügen. Durch den dort stattfindenden persönlichen Austausch werden Menschen für politische Partizipation motiviert und mobilisiert (Najemnik, 2021, S. 83). Darüber hinaus kann die Einbindung in soziale Netzwerke die Wirkung von Ressourcen auf das Beteiligungsverhalten moderieren (Verba et al., 1995, S. 17; Vetter & Remer-Bollow, 2017, S. 78 f.). Beispielsweise ist es möglich, dass sich Menschen, die in sozialen Netzwerken oder Institutionen eingebunden sind und über niedrigere sozioökonomische Ressourcen verfügen, eher politisch beteiligen als jene, die über einen niedrigen sozioökonomischen Status verfügen und nicht in Vereine, Gewerkschaften oder Ähnliches eingebunden sind (Najemnik, 2021, S. 83).

Des Weiteren beeinflusst die Haushaltsgröße politische Partizipation. Entsprechend wirkt sich ein Mehrpersonenhaushalt positiv auf die politische Partizipation aus (van Deth, 2014, S. 166). Dieser Umstand kann theoretisch dadurch hergeleitet werden, dass sich mit jeder zusätzlichen Person im Haushalt die Möglichkeit zur Beteiligung aufgefordert zu werden, multipliziert. Denn eine Aktivierung kann nicht nur durch die Haushaltsmitglieder selbst geschehen, sondern auch durch die Kontakte der Haushaltsmitglieder untereinander (Perry et al., 2015, S. 121). Darüber hinaus konnte bereits empirisch nachgewiesen werden, dass Elternschaft in vielen Fällen eine stärkere Integration in den Wohnort zur Folge hat (Bühlmann, 2010). Bühlmann zeigt mitunter ebenfalls, dass eine längere Wohndauer mit einer höheren sozialen Integration am Wohnort verknüpft ist, was der politischen Partizipation zuträglich ist. Folglich könnten junge Menschen, die einen häufigen Wohnortwechsel vollzogen haben, eine niedrigere Wahrscheinlichkeit haben, sich politisch zu beteiligen.

Ferner fördert die Berufstätigkeit die Partizipationsbereitschaft. Die Berufstätigkeit kann ebenfalls eine integrationsförderliche Wirkung entfalten: Bei Menschen, die einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, vervielfältigen sich die Möglichkeiten, auf andere Menschen zu treffen und von ihnen mobilisiert zu werden (Wilson, 2000). Insbesondere die Beschäftigung in Vollzeit gilt als positiver Einflussfaktor für politische Partizipation. Es gilt hier jedoch zu berücksichtigen, dass überdurchschnittlich viele Frauen in Teilzeit oder auf Minijob-Basis beschäftigt sind. Jene Frauen, die in Vollzeit erwerbstätig sind, weisen auch ein vergleichsweise höheres politisches Interesse und politisches Engagement auf als Frauen, die gar nicht oder in Teilzeit erwerbstätig sind (Burns et al., 2001, S. 216 ff., 380; Coffé & Bolzendahl, 2010, S. 330). Die Berufstätigkeit ist insbesondere bei der politischen Partizipation von jungen Erwachsenen, aber auch Jugendlichen ein wichtiger Aspekt. Ob auch die Fremdbetreuung im Kleinkindalter oder in der Schule einen ähnlichen Effekt auf politische Partizipation nimmt, bleibt im Rahmen der Studie zu erörtern.

In Anlehnung an die Erkenntnis aus dem sozioökonomischen Standardmodell (SES) nach Verba and Nie (1972) identifizieren Knauer und Sturzenhecker (2005) vier Voraussetzungen für die Beteiligung junger Menschen: Materielle Sicherung, entwicklungsbedingte Voraussetzungen, Motivation zur Partizipation und den Umgang mit Differenz: Materielle Sicherung und entwicklungsbedingte Voraussetzungen setzen beide an der Frage nach dem „Können“ aus der Formel von Verba et al. an. So ist materielle Sicherung die Voraussetzungen für Chancen auf demokratische Beteiligung. Knauer und Sturzenhecker weisen besonders im Zusammenhang mit steigender Kinderarmut, dem Anstieg von Jugendarbeitslosigkeit und der Kürzung sozialer Sicherung in Deutschland auf die Gefährdung der materiellen Basis demokratischer Kinder- und Jugendbeteiligung hin (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 5). Neben der materiellen Sicherung müssen Beteiligungsformate die alters- und entwicklungspezifischen Kompetenzen und Fähigkeiten der Zielgruppe berücksichtigen (ebd. S. 6). An dieser Stelle ist die Einbeziehung von Pädagoginnen und Pädagogen für die altersgerechte Gestaltung von Beteiligungsformaten und -projekten zentral.



### 2.3.2 Welche institutionellen Faktoren beeinflussen die politische Partizipation junger Menschen?

Neben den Herausforderungen und Gelingensfaktoren auf Seiten der zu beteiligenden jungen Menschen, sind auch die beteiligenden Instanzen selbst mit Herausforderungen konfrontiert, welche für gelungene Beteiligungsprozesse begegnet werden müssen. Die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Deutschen Bundesjugendring entworfenen Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung beschreiben die Notwendigkeit, Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Handlungsfeldern in der Kommunalpolitik einzubeziehen. Dazu gehören neben der Schule und der Kinder- und Jugendhilfe auch „Verkehrspolitik, Wohnpolitik, Stadt- und Regionalentwicklung, Infrastruktur, Klimaschutz etc.“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Deutscher Bundesjugendring, 2022, S. 106). Bei der Fülle an Themen, welche in der direkten Lebenswelt der jungen Menschen relevant sind, ist offensichtlich, dass sowohl ausreichende finanzielle, personelle, fachliche und soziale Ressourcen für eine gelungene politische Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen bereitgestellt werden müssen. Finanzielle Herausforderungen stellen eine bedeutende Hürde bei jeglichen Beteiligungsverfahren dar. Die Durchführung dieser Verfahren erfordert finanzielle Mittel, die jedoch häufig nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Länder und Kommunen sind oft mit begrenzten Budgets konfrontiert, was die Finanzierung von Beteiligungsmaßnahmen zu einer Herausforderung macht.

Die Beteiligungsverfahren von jungen Menschen stehen zudem vor verschiedenen personellen und fachlichen Herausforderungen. Länder und Kommunen verfügen über begrenzte personelle Ressourcen. Beteiligungsprozesse bedürfen jedoch vieler Ressourcen in der Vorbereitung, Planung, Durchführung und Evaluierung. Die Komplexität der Verfahren ist eine weitere Hürde, die personelle und zeitliche Kapazitäten beansprucht, da sie eine sorgfältige Planung, klare Strukturierung und transparente Entscheidungsprozesse erfordert. Zusätzlich benötigen die Planung und Durchführung von Beteiligungsverfahren mit jungen Menschen spezifisches Fachwissen in Bereichen wie Bürgerbeteiligung, Partizipationsmethoden, die auf den Bildungs- und Entwicklungsstand der beteiligten jungen Menschen angepasst sind, Konfliktlösung und Kommunikation (Simonson et al., 2021, S. 36). Nicht alle Länder und Kommunen verfügen über ausreichendes Fachwissen oder die Möglichkeit, Expertinnen und Experten hinzuzuziehen, was sich auf die Qualität und Effektivität der Verfahren auswirken kann. Kommunikative Kompetenz im Umgang mit den Bedürfnissen der Zielgruppe ist ebenso zentral (ebd., S.106). Die jungen Menschen sollten idealerweise auf kinder- und jugendgerechte Art und Weise zur politischen Beteiligung angeregt und motiviert werden, was eine gewisse fachliche Expertise in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erfordert. Zudem sollten die Verfahren altersgerecht und niedrigschwellig gestaltet werden, um den unterschiedlichen Lebensbedingungen und Zugangsbarrieren in der heterogenen Gruppe der jungen Menschen gerecht zu werden (ebd., S.107).

Soziale Herausforderungen spielen eine entscheidende Rolle bei der politischen Partizipation junger Menschen. Politischer Wille zu mehr Kinder- und Jugendbeteiligung bei den umsetzenden haupt-, neben- und ehrenamtlichen Tätigen sowie eine Beteiligungskultur sind unerlässlich, um gelungene Beteiligungsprozesse zu gewährleisten (Simonson et al., 2021, S. 106). Die Entwicklung einer Beteiligungskultur kann durch gezielte Personalentwicklung gefördert werden. Zudem sind „verlässliche Rahmenbedingungen“ (ebd. S.33), wie Ansprechpersonen oder etablierte Netzwerke, förderlich für erfolgreiche Beteiligungsprozesse von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Die Wirksamkeit von Beteiligungsverfahren hängt stark von einer aktiven und engagierten Bürgerschaft ab, welche sich in der Beteiligungskultur manifestiert. In einigen Gemeinden kann jedoch ein Mangel an sozialen Ressourcen wie sozialen Netzwerken, informellen Gruppen oder bürgerschaftlichem Engagement bestehen, was die Mobilisierung und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erschweren kann. Um diesem entgegenzuwirken, können Plattformen für den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den Bürgerinnen und Bürgern geschaffen werden. Die Unterstützung lokaler Initiativen und Organisationen sowie des ehrenamtlichen Engagements sind ebenfalls wichtige Maßnahmen, um die lokale und regionale Kultur der Beteiligung zu fördern.

Eine offene und transparente Kommunikation spielt ebenso eine bedeutende Rolle, um das Vertrauen junger Menschen in politische Prozesse zu stärken und ihre Bereitschaft zur Teilnahme an Beteiligungsverfahren zu erhöhen. Eine frühzeitige Transparenz über den Beteiligungsprozess, transparente Auswahlverfahren und umfassende Informationsmöglichkeiten erfordern eine sorgfältige Planung, Vorbereitung und Durchführung der Beteiligungsverfahren (Simonson et al., 2021, S. 106). Darüber hinaus sind unabhängige Ansprechpersonen von großer Bedeutung, die über ausreichende Qualifikationen und eigene Budgets verfügen müssen, um die Beteiligungsverfahren erfolgreich zu unterstützen (ebd. S. 107). Länder und Kommunen sollte klare Informationen über Ziele, Ablauf und Ergebnisse der Beteiligungsverfahren kommunizieren und sicherstellen, dass diese für alle zugänglich und verständlich sind. Allerdings erfordert dies wiederum zeitliche, personelle und finanzielle Ressourcen, welche von der Kommune bereitgestellt werden müssen.

### 2.3.3 Welche Kontextfaktoren beeinflussen die politische Partizipation junger Menschen?

Mit dem sozioökonomischen Standardmodell kann politische Partizipation auf der Individualebene gut erklärt werden. Allerdings bleibt ein Großteil der Unterschiede in politischer Partizipation statistisch ungeklärt. Dementsprechend ist die Untersuchung des Kontexts in der politischen Partizipationsforschung insbesondere methodisch motiviert statt inhaltlich begründet. Der Einfluss des Kontextes gilt theoretisch als schwach ausgeleuchtet (Gabriel, 2013, S. 400). Ob ein Beteiligungsprozess beispielsweise in einer ländlichen oder urbanen Kommune stattfindet, ist jedoch ebenso wahrscheinlich mit Konsequenzen für das Angebot und die Qualität von Beteiligungsprozessen sowie die Nachfrage durch die Bürgerinnen und Bürger verbunden. Kontexteffekte beschreiben unterschiedliche kommunale Besonderheiten und lokale Rahmenbedingungen. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort spielen in der empirischen Partizipationsforschung ebenfalls eine wichtige Rolle. Neben den genuinen Kontexteffekten gilt es sozialstrukturelle Kompositionseffekte zu berücksichtigen, die auf die individuelle Zusammensetzung der Bevölkerung in den Gemeinden zurückzuführen sind.

#### 2.3.3.1 Größe des Wohnorts

Städte und Gemeinden gelten als Fundament der Demokratie. Weil breite Möglichkeiten für politische Beteiligung in allen Gemeindeverordnungen vorgesehen sind, sind Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger der primäre Ort für Beteiligung. Nach Artikel 28 des Grundgesetzes dürfen alle kommunalen Angelegenheiten im Rahmen der Gesetzgebung eigenverantwortlich regeln. Insbesondere seit den 1990er Jahren hat sich das Beteiligungsrepertoire auf kommunaler Ebene deutlich erweitert, z. B. durch Bürgerhaushalte oder Bürgerräte (Kersting, 2008). Die Umstände, unter denen Beteiligung stattfindet, sind jedoch in großen Gemeinden anders als in kleinen Gemeinden. Dementsprechend ist die Gemeindegröße in der Partizipationsforschung ein viel beachtetes Merkmal (Newton, 1982; van Deth & Tausendpfund, 2013; Vetter, 2002). Der theoretische Diskurs und die empirischen Ergebnisse zeigen, dass sowohl in kleinen als auch in großen Kommunen förderliche und hinderliche Faktoren vorliegen. Die Voraussetzungen für politische Partizipation sind in Gemeinden am besten, die nicht zu groß und nicht zu klein sind. Sie vereinen im besten Fall die förderlichen Gegebenheiten, die sich sowohl in großen als auch in kleinen Kommunen vorfinden lassen. In großen und kleinen Gemeinden gilt es an die förderlichen Umstände anzuknüpfen und den Hemmnissen mit Lösungsstrategien zu überwinden. Der wissenschaftliche Diskurs rund um die Bedeutung der Größe von politischen Einheiten konzentriert sich zwar insbesondere auf die kommunale Ebene (Newton, 1982; van Deth & Tausendpfund, 2013; Vetter, 2002), sind in ihrer übergreifenden Logik aber auch auf politische Einheiten auf unterschiedlichen Ebenen übertragbar, z. B. Kommunal-, Landes-, Bundes- und EU-Politik.

Bereits Aristoteles oder Tocqueville betonten die Vorzüge, die mit einem kleinen Gebiet und geringer Bevölkerungsgröße verbunden sind (Dahl & Tufte, 1973, S. 4 ff.). Mittlerweile gibt es viele Argumente, warum die Voraussetzungen für politische Beteiligung in kleinen Gemeinden besser sein könnten als in großen Städten. Die Bürokratie ist etwa weniger komplex (Hansen et al., 1987). Politik ist insgesamt besser überschaubar und damit an sich schon transparenter als in großen Städten (Newton, 1982). Die politischen Angelegenheiten sind besonders in kleinen Kommunen mit dem alltäglichen Leben der Bürger und Bürge-



rinnen verwoben. Die Bevölkerung ist deshalb direkt von den politischen Umständen und Entwicklungen betroffen (Perry et al., 2015, S. 24). Dementsprechend haben die Menschen in kleinen Gemeinden ein größeres Interesse an der Lokalpolitik als in großen Kommunen (Oliver, 2000, S. 362). Die Bürgerinnen und Bürger kennen die Situation an ihrem unmittelbaren Lebensmittelpunkt aus eigenem Erleben und haben dadurch die Möglichkeit, sich eine qualifizierte Meinung über die politischen Vorgänge zu bilden (Perry et al., 2015, S. 24). Aufgrund der geringen Bevölkerungsgröße kennen sich die Menschen in kleinen Gemeinden zudem häufig persönlich und pflegen enge soziale und psychologische Verbindungen miteinander (Denters et al., 2014, S. 17; Tonnies, 1988; Weber, 1905; Wirth, 1938). Dieser Umstand fördert den Kontakt zwischen der Bevölkerung und ihren politischen Repräsentierenden, soziales Vertrauen und erleichtert die Konstruktion gemeinsamer Identitäten (Dahl & Tufte, 1973). Die geringe Anonymität zwischen den Bürgerinnen und Bürgern ruft dazu auf, sich zu beteiligen (Finifter & Abramson, 1975; Latane & Darley, 1970; Nie et al., 1969; Reisman, 1953; Verba & Nie, 1972a). Gewählte Repräsentierende vertreten kleinere Gruppen, die tendenziell homogener sind als größere Gruppen. Deshalb ist es für die politischen Entscheidungsträger einfacher die gesellschaftlichen Bedürfnisse zu identifizieren und zu erfüllen (Hansen et al., 1987).

Auch größeren politischen Systemen wird eine Reihe von Vorzügen zugeschrieben, die förderlich für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sein können. So sind etwa die politischen Themen in größeren politischen Systemen interessanter, die politischen Entscheidungen wichtiger und Politik folglich attraktiver (Dahl, 1967; Deutsch, 1961). Damit erfahren umfangreichere politische Einheiten nicht nur mehr Medienaufmerksamkeit, was das Interesse der Bevölkerung stimuliert (Milbranth & Goel, 1982). Die Attraktivität wirkt sich auch positiv auf die Rekrutierung und Bindung von qualifiziertem politischem Personal aus (Gerring & Zarecki, 2011, S. 8). Diese Umstände sind sowohl für die Größe von politischen Einheiten im Sinne der Unterscheidung zwischen verschiedenen politischen Ebenen (zum Beispiel Gemeinde, Bundesland) zutreffend als auch mit ausschließlichem Blick auf Kommunen. Auf kommunaler Ebene kommen darüber hinaus weitere Vorzüge zum Tragen: Mit der tendenziell größeren Heterogenität der Bevölkerung in größeren Kommunen bestehen eine größere Anzahl an Subkulturen, die mobilisieren können (Fischer, 1995; Suttles, 1972). Somit besteht insgesamt mehr Wettbewerb (Dahl & Tufte, 1973). In großen Kommunen verlaufen die politischen Konfliktlinien eher durch statt entlang verschiedener politischer Gruppen, was gesellschaftspolitische Konflikte abschwächt (Gerring & Zarecki, 2011, S. 7). Größere Gemeinden zeichnen sich zudem durch ein höheres Maß an politischer Institutionalisierung aus, was mit einer stärker ausgeprägten Machtverteilung einhergeht (Gerring & Zarecki, 2011, S. 3). Denn die alleinige Beanspruchung von politischer Macht durch kleine Gruppen ist in großen Kommunen schwieriger (Horowitz, 1985; Peters, 1992; Reilly, 2000). Außerdem ist die politische Infrastruktur stärker ausgeprägt, was nicht nur die Kapazitäten stärkt, mit Konflikten umzugehen (Gerring & Zarecki, 2011, S. 3). Auch die Kapazität wird gestärkt, sich mit den verschiedenen Meinungen und Interessen auseinanderzusetzen, z. B. anhand von Beteiligungsprozessen, und die gewünschten Maßnahmen umzusetzen (Macedo et al., 2005, S. 70–72).

Insgesamt können die empirischen Ergebnisse Einflüsse der Größe auf politische Beteiligung kaum nachweisen. Für die vielen Vorzüge kleiner Gemeinden gibt es kaum empirische Evidenz (Newton, 1982). In der Untersuchung von 28 zufällig ausgewählten hessischen Kommunen konnte (Gabriel, 2013, S. 392) nachweisen, dass das Partizipationsniveau in den kleinsten Gemeinden ein wenig höher ist als in den anderen Gemeinden. Mit Blick auf unterschiedliche politische Einheiten ist die Wahlbeteiligung bei lokalen Wahlen im Vergleich zu Landtags- oder Bundestagswahlen jedoch am niedrigsten (van Deth, 2014; van Deth & Tausendpfund, 2013). Optimale Voraussetzungen liegen insbesondere in mittelgroßen Städten vor (Dahl & Tufte, 1973). Sie sind klein genug, um Beteiligungsprozesse gut zu organisieren und groß genug, um in den Beteiligungsprozessen wichtige Fragen zu behandeln, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger merklich verbessern können.

Sowohl kleinere als auch größere Gemeinden können Vorzüge vorweisen, die politische Partizipation begünstigen, wie dem Überblick in Abbildung 4 entnommen werden kann. So liegt die Motivation und das Interesse sich politisch zu beteiligen eher in der direkten Betroffenheit der Bevölkerung durch politische Entscheidungen. In großen Gemeinden basiert die Motiva-

tion und das Interesse dahingegen auf der politischen Themenvielfalt. In kleinen Gemeinden können Umsetzende von Beteiligungsprozessen auf der geringen Anonymität, dem engen Kontakt und einem niedrigen Komplexitätsgrad aufbauen. In großen Kommunen können Umsetzende von Beteiligungsprozesse auf der politischen Infrastruktur und dem Personal aufbauen. Folglich ist es wichtig herauszufinden, welche konkreten Partizipationsformen sich in Klein-, Mittel- und Großstädten – sowie auf kommunaler und auf Landesebene besonders gut eignen.

Abbildung 4 Überblick über die Vorteile kleiner und großer Gemeinden

Vorteile kleiner Gemeinden	Vorteile großer Kommunen
<ul style="list-style-type: none"> <li>• weniger komplexe Bürokratie</li> <li>• überschaubare und transparente Politik</li> <li>• hohe Betroffenheit von politischen Angelegenheiten</li> <li>• Bürger und Bürgerinnen sind Experten und Expertinnen vor Ort</li> <li>• enger Kontakt zwischen Bevölkerung und Repräsentierenden</li> <li>• geringe Anonymität ruft zur Beteiligung auf</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• hohes Maß an politischer Institutionalisierung</li> <li>• ausgeprägte politischer Infrastruktur</li> <li>• interessante politische Themen</li> <li>• wichtige politische Entscheidungen</li> <li>• attraktive Politik</li> <li>• hohe Medienaufmerksamkeit</li> <li>• hohe Attraktivität für qualifiziertes politisches Personal</li> <li>• viele Subkulturen, die mobilisiert werden können</li> </ul>

### 2.3.3.2 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

Spätestens seit Putnams einflussreicher Italienstudie (Putnam, 1993) gilt Sozialkapital als wichtige Ressource für eine gut funktionierende Demokratie. Das Leben in einem Land mit reichlich Sozialkapital trägt über die positiven Auswirkungen des individuellen Sozialkapitals hinaus zur demokratischen Beteiligung der Bürger bei (Vrablikova & van Deth, 2017). Insbesondere Bürgerinnen und Bürger mit hohem individuellem Sozialkapital sind in Umfeldern mit höherem kollektivem Sozialkapital politisch aktiver als in Umgebungen mit geringerem Sozialkapital. Diejenigen, die in Bezug auf ihr individuelles Sozialkapital bereits privilegiert sind, profitieren am meisten von einem Umfeld mit reichlich vorhandenem Sozialkapital. Sozialkapital ist ein Aggregatkonzept und bezieht sich in einer seiner Komponenten auf zivilgesellschaftliche Akteure, die etwa in Form der Vereinsdichte messbar gemacht werden. Jede soziale Organisation agiert zeitweise politisch (van Deth, 1996, S. 394). Auch wenn Vereine und Organisationen eigentlich außerhalb des politischen Bereichs aktiv sind, werden Menschen hier erreicht und mobilisiert (Verba et al., 1995, S. 373). Weil kaum zuverlässige Daten zur Anzahl der Vereine in den Kommunen vorliegen, liegen nur wenige empirische Ergebnisse vor. Die Anzahl der Vereine scheint aber insbesondere für Protestaktionen von Relevanz zu sein (Gabriel, 2013). Wegen der mangelhaften Datenverfügbarkeit wird häufig auf das durchschnittliche Niveau des ehrenamtlichen Engagements zurückgegriffen und damit Kompositionseffekte untersucht.

Auch der Ausländeranteil wird häufig in empirische Untersuchungen von politischer Partizipation einbezogen. Der Ausländeranteil stellt nicht nur einen Indikator für die Heterogenität einer Kommune dar. Obwohl Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft nicht an Wahlen teilnehmen dürfen, stehen ihnen gerade auf kommunaler Ebene verschiedene politische Partizipationsmöglichkeiten zur Verfügung, z. B. bürgerschaftliche Beteiligung oder die Mitwirkung im Ausländerbeirat. Die empirischen Ergebnisse zeigen jedoch, dass sich Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft weniger beteiligen. Im Sinne eines Kompositionseffekts kann sich der Ausländeranteil damit auf das gesamthafte Niveau politischer Partizipation in den Kommunen auswirken: weil es für die ausländische Bevölkerung weniger Partizipationsmöglichkeiten gibt und diese zudem von der ausländischen Bevölkerung wenig genutzt werden.

### 2.3.3.3 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Situation wird in der empirischen Modernisierungs- und Demokratieforschung eng mit politischer Partizipation in Verbindung gebracht (zum Beispiel Lipset, 1959, 1981). Die wirtschaftliche Situation hat vielfältige Auswirkungen auf die Situation vor Ort. Beteiligungsprozesse kosten Zeit und Geld. Eine wohlhabende Kommune verfügt eher über die finanziellen Ressourcen gute Beteiligungsprozesse umzusetzen. Ist eine Gemeinde dahingegen von einer hohen Verschuldung betroffen, verbleiben vermutlich nur wenige Mittel für Beteiligungsprozesse. Eine hohe Arbeitslosigkeit in der Gemeinde begünstigt zudem Konflikte (van Deth & Tausendpfund, 2013) und erschwert den Zugang zu den zu beteiligenden Personengruppen. Als weitere Indikatoren für die wirtschaftliche Situation in den Kommunen werden außerdem die Steuereinnahmekraft, die Gewerbesteuererinnahmen das monatliche Haushaltsnettoeinkommen, die Gesamtkraft je Einwohner oder die Hilfequote herangezogen. Auch Indikatoren werden berücksichtigt, die sich speziell mit der wirtschaftlichen Situation junger Menschen beschäftigt, wie z. B. der Anteil der Kinder, die auf Sozialhilfe angewiesen sind oder der Jugendhilfeindex. Empirische Effekte der wirtschaftlichen Situation einer Gemeinde auf politische Partizipation konnten bisher insbesondere in indirekter Weise nachgewiesen werden (sog. Cross Level Interactions). Demnach können persönliche Wohlstandsdefizite durch den Wohlstand der Kommune ausgeglichen werden (Gabriel, 2013, S. 404). Der Wohlstand einer Kommune leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Nivellierung von Beteiligungsungleichheiten, von denen u. a. einkommensschwache Bevölkerungsgruppen betroffen sind.

## 3

# Begriffsverständnis und Modell des Berichts

Mit der Definition von politischer Partizipation und einem Modell werden nachfolgend die theoretischen Grundlagen für den Schwerpunktbericht zur politischen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen geschaffen.

Nach einer übergeordneten Einordnung des politischen Partizipationsbegriffs präsentieren die nachfolgenden Definitionen eine rechtliche, eine institutionelle und eine subjektive Definition von politischer Partizipation die Rahmenbedingungen für politische Partizipation, wobei sich das Spektrum politischer Partizipation über die drei Definitionen erweitert. Die unterschiedlichen Definitionen bilden den Rahmen für die Struktur der empirischen Ergebnisse: Welche Aktivitäten des Landes und der Kommunen sowie der jungen Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zählen als politische Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen? Abschließend fasst ein Modell die theoretischen Annahmen für gelingende politische Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen auf Basis des Forschungsstands zusammen. Das theoretische Modell schafft die inhaltliche Grundlage für die tiefgehende Untersuchung von politischer Partizipation junger Menschen in Niedersachsen.

## 3.1 Arbeitsdefinition

In diesem Schwerpunktbericht wird ein breites Begriffsverständnis von politischer Partizipation gewählt, um keine relevanten politischen Aktivitäten junger Menschen außer Acht zu lassen. Das vorliegende Begriffsverständnis berücksichtigt neben der Minimaldefinition auch die zielgerichtete und motivationsbasierte Definition von politischer Partizipation. In Anlehnung an die Struktur des Gesamtberichts mit der Unterscheidung zwischen Angebot und Nachfrage von politischer Beteiligung werden nachfolgend drei Definition vorgestellt. (1) Die rechtliche Definition setzt den Rahmen und legt dar, welche politische Beteiligung von jungen Menschen rechtlich möglich ist. (2) Die institutionelle Definition konzentriert sich auf institutionalisierte politische Beteiligungsformen, die als politische Beteiligungsangebote von Fachkräften für junge Menschen geschaffen werden. (3) Die subjektive Definition bezieht sich auf die Nachfrageseite und damit insbesondere auch auf nicht-institutionalisierte politische Beteiligung, die von jungen Menschen ausgeht.

Weil das Verständnis von politischer Partizipation breit ist, ist jedoch im Vorfeld der genauen Begriffsbestimmung zunächst eine klare Abgrenzung des politischen Partizipationsbegriffs vom sozialen Partizipationsbegriff zur Vermeidung einer „theory of everything“ (van Deth 2001) umso wichtiger. Politische und soziale Partizipation sind zwei unterschiedliche Formen von Partizipation, die jedoch eng miteinander verknüpft sind, weshalb die Bestimmung einer Aktivität als soziale oder politische Partizipation im Einzelfall konkret und individuell getroffen werden muss.

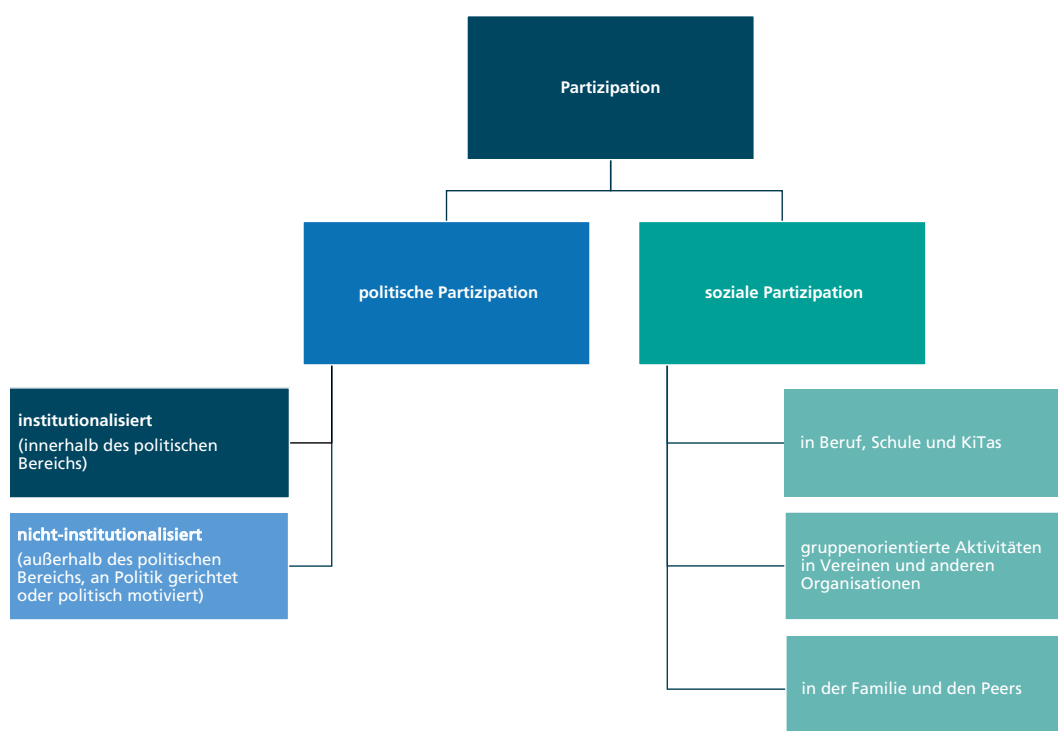
In Anlehnung an van Deth (2014) gilt politische Partizipation als diejenigen freiwilligen Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern, mit denen sie die Lösung von kollektiven Problemen beabsichtigen oder politische Ziele verfolgen – sei es innerhalb des Bereichs der Regierung, der Politik und des Staates, an den politischen Bereich gerichtet oder außerhalb des politischen Bereichs. Damit umfasst das vorliegende Verständnis von politischer Partizipation sowohl institutionalisierte als auch nicht-institutionalisierte politische Beteiligungsformen, zum Beispiel Unterschriftenaktionen, politischer Konsum, politische Meinungsbildung in öffentlichen Diskussionen oder in sozialen Netzwerken sowie gemeinwohlorientiertes Engagement. Lediglich Aktivitäten, die (1) obligatorisch und (2) von privater Natur sind und (3) nicht in der Rolle der Zivilgesellschaft unternommen werden, gelten nicht als politische Partizipation.

Beteiligung kann in vielen Bereichen stattfinden. Neben der politischen Partizipation ist die soziale Partizipation eine weitere wichtige Form der Beteiligung. Soziale Beteiligung findet vornehmlich in Vereinen und Organisationen statt, die als „Schulen der Demokratie“ gelten (de Tocqueville, 1947). Aktive Mitglieder erlangen soziale und kommunikative Kompetenzen,

die auch für den politischen Prozess förderlich sind (Almond & Verba, 1963, S. 320 ff.). Dies ist insbesondere für ehrenamtlich Engagierte zutreffend, die in der Regel bestimmte Ämter bekleiden, wie z. B. die der oder des Vorsitzenden, der Schriftführerin oder des Schriftführers oder der Schatzmeisterin oder des Schatzmeisters (vgl. Freitag, 2004, S. 92). Ehrenamtliches Engagement findet häufig auch in Beruf oder in der Schule statt, z. B. als Klassensprecherin und Klassensprecher oder den Jugendorganisationen der Gewerkschaften. Mittlerweile spielt Beteiligung auch in vielen Kindertagesstätten eine bedeutsame Rolle; die Kinder können ihren Alltag mitgestalten und mitentscheiden. Eltern, die Demokratie als Lebensform begreifen, bedienen sich ebenfalls zunehmend partizipativer Erziehungsmethoden. Soziale Beteiligung gehört zu den wichtigsten Einflussfaktoren für politische Beteiligung (Kapitel 2.3.1.328): Auch wenn soziale Beteiligung nicht automatisch mit politischer Beteiligung einhergeht, beteiligen sich sozial aktive Menschen auch eher politisch (Reinhardt, 2009).

Obgleich konzeptuell unterschiedlich, weisen soziale Beteiligung und politische Partizipation eine wechselseitige Abhängigkeit auf, die durch ihre gegenseitigen Einflussbereiche und Überschneidungen charakterisiert wird. Van Deth (1996) verweist darauf, dass jede soziale Organisation irgendwann ihren Weg in politische Entscheidungsprozesse findet. In diesen Fällen zählen auch soziale Aktivitäten als politische Partizipation. Darüber hinaus gelten Aktivitäten in Vereinen und Verbänden als politische Beteiligung, insofern sie gemeinwohlorientiertes Engagement betreffen und das Engagement zur ausdrücklichen Verfolgung gemeinnütziger Zwecke besteht. Gruppenorientierte Aktivitäten in Vereinen und Verbänden, bei denen der Nutzen des Engagements sich ausschließlich auf den Kreis der Organisationsmitglieder beschränkt zählen als soziale Partizipation (vgl. Kapitel 2.1.2). Um den Einfluss verschiedener Formen der sozialen Partizipation auf politische Partizipation untersuchen zu können, ist eine klare Abgrenzung der zwei Konzepte wichtig. Im Rahmen des Schwerpunktberichts zur politischen Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen werden politische und soziale Partizipation als zwei unterschiedliche Bereiche im Allgemeinen konzeptualisiert (vgl. Abbildung 4). Politische Partizipation findet im politischen Bereich statt oder außerhalb des politischen Bereichs statt und ist die Politik gerichtet oder politisch motiviert. Zu politisch motivierter Partizipation zählt auch gemeinwohlorientiertes Engagement. Soziale Partizipation bezieht sich auf die Partizipation in Vereinen und anderen Organisationen, in Beruf, Schule und KiTas sowie in der Familie und den Peers (z. B. Freundinnen und Freunde, Bekannte, Nachbarinnen und Nachbarn).

Abbildung 5 Partizipation, politische und soziale Partizipation



### 3.1.1 Rechtliche Definition

Politische Partizipation ist als Grundlage demokratischer Herrschaftssysteme nicht rechtlich als solche definiert. Der Kern der politischen Beteiligung in der repräsentativen Demokratie ist mit Art. 38 GG in der Berechtigung zur Teilnahme an allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen für deutsche Staatsbürger und Staatsbürgerinnen ab dem 18. Lebensjahr normiert. Ferner schützen die in Art. 5 GG verankerte Meinungs- und Pressefreiheit, die in Art. 8 GG verankerte Versammlungsfreiheit, die in Art. 9 GG verankerte Vereinsfreiheit und die in Art. 17 GG verankerte Petitionsfreiheit andere Aktivitäten politischer Beteiligung.

Eine konkrete Definition politischer Beteiligung von Kindern und Jugendlichen findet sich im Achten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB), dem Kinder- und Jugendhilfegesetz. So normiert § 8 Abs. 1 SGB VIII die öffentliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als solche:

*„Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.“*

Abs 4. normiert zudem:

*„Beteiligung und Beratung von Kindern und Jugendlichen nach diesem Buch erfolgen in einer für sie verständlichen, nachvollziehbaren und wahrnehmbaren Form.“ (§ 8 Abs. 4 SGB VIII).*

Auch in der UN-KRK, welche in Deutschland 1992 in Kraft getreten ist, enthält den Artikel 12 Berücksichtigung des Kinderwillens:

*„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“*

Bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sind in Abhängigkeit vom konkreten Alter der zu beteiligenden jungen Person die Eltern einzubinden. Insbesondere bei der Durchführung von Online-Beteiligungsformaten bedarf es nach Art. 8 Abs. 1 EU-DSGVO die Zustimmung der Erziehungsberechtigten, da hier in der Regel eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten geschieht: „Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten des Kindes ist rechtmäßig, wenn das Kind das sechzehnte Lebensjahr vollendet hat. Hat das Kind noch nicht das sechzehnte Lebensjahr vollendet, so ist diese Verarbeitung nur rechtmäßig, sofern und soweit diese Einwilligung durch den Träger der elterlichen Verantwortung für das Kind oder mit dessen Zustimmung erteilt wird.“ Auch wenn ansonsten rechtliche Bedingungen für die politische Beteiligung nicht definiert sind, geben verwandte Gesetzgebungen eine Orientierung. Mit Beginn der Strafmündigkeit ab 14 Jahren (§19, StGB, §§1 Abs. II, 3 JGG) kann Jugendlichen grundsätzlich eine Einsichtsfähigkeit unterstellt werden, sodass eine Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in der Regel auch ohne die Einverständniserklärung der Erziehungsberechtigten möglich ist. Die Einsichtsfähigkeit der zu beteiligenden Kindern und ihre Fähigkeit der Willensbildung kann in analogen Beteiligungsverfahren aufgrund der körperlichen Präsenz festgestellt werden, wenn sie jünger als 14 Jahre alt sind.

### 3.1.2 Institutionelle Definition

In Übereinstimmung mit der Minimaldefinition von Partizipation beschreibt die institutionelle Definition Partizipationsformen, innerhalb des Bereichs der Regierung, der Politik und des Staates angesiedelt sind. Institutionalisierte politische Partizipation bezieht sich in der Regel auf Beteiligungsangebote entlang der Beteiligungsstufen Anhören, Mitgestalten und Mitbestimmen, wie z. B. die Teilnahme an Wahlen sowie der Mitwirkung in Stadtteilkonferenzen, Gremien, Beiräten oder Kinder- und Jugendparlamenten.

Die institutionelle Dimension von politischer Partizipation bezieht sich damit auf diejenigen Handlungen, die junge Menschen freiwillig in ihrer Rolle als Mitglied der Zivilgesellschaft

in der Sphäre von Regierung, Staat und/oder Politik vornehmen (van Deth, 2014, S. 354). Informationsangebote sind dahingegen nicht Bestandteil der institutionellen Dimension von politischer Partizipation, da „[d]ie reine Vermittlung von Informationen [...] nicht als tatsächliche Form der partizipativen Einflussnahme angesehen werden [kann]“ (Nanz & Fritsche, 2012, S. 32).

### 3.1.3 Subjektive Definition

Die subjektive Definition nimmt die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Fokus. Für die subjektive Definition von politischer Partizipation ist es irrelevant, in welchem Bereich politische Beteiligung stattfindet. Die Aktivitäten, die unternommen werden, stellen lediglich Instrumente zur politischen Zielerreichung dar. Zwar sind auch institutionalisierte Formen von politischer Partizipation Bestandteil der subjektiven Definition. Im Unterschied zur institutionellen Dimension nehmen an die Politik gerichtete und politisch motivierte Partizipationsformen jedoch eine besondere Stellung ein, da diese Aktivitäten nicht vom Angebot abhängig sind, sondern von den jungen Menschen als Subjekt selbst ausgehen.

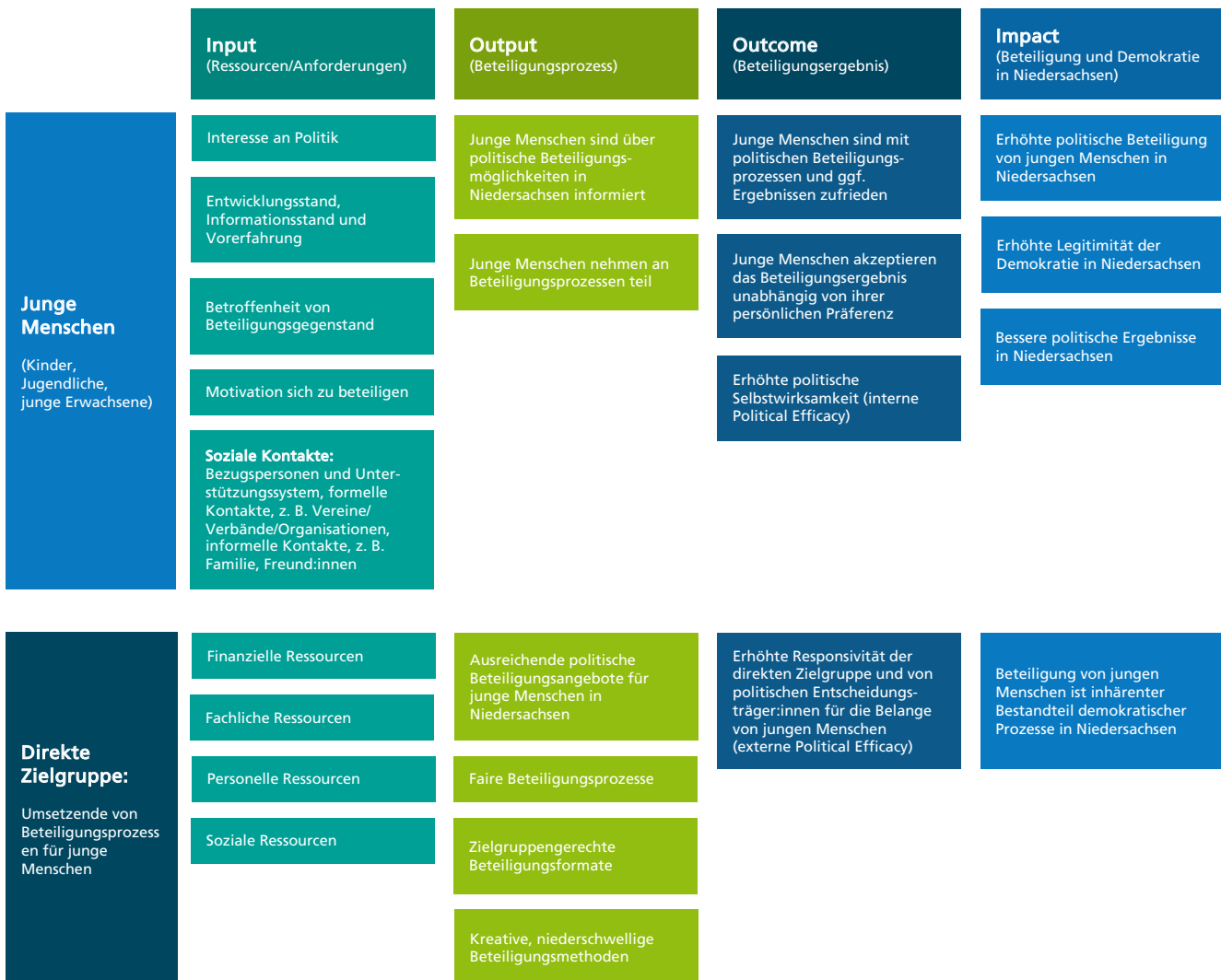
## 3.2 Modell zur politischen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen

Auf Basis des Forschungsstands lassen sich die zentralen Faktoren, die politische Partizipation begünstigen oder hemmen, in einem theoretischen Modell zusammenfassen, das zeigt, wie politische Beteiligung von jungen Menschen im Optimalfall gestaltet ist. Das theoretische Modell ist in zusammengefasst und dient als Grundlage für die empirischen Erhebungen. Die Struktur des theoretischen Modells orientiert sich an den Überlegungen der „Theory of Change“ (C. Weiss, 1995). Kern dieses Ansatzes ist die Konstruktion einer expliziten Logik, die schematisch darstellt, wie durch die Verbesserung von Beteiligungsprozessen die intendierten Veränderungen erzielt werden sollen. Diesem etablierten Ansatz liegen zunächst vier Ebenen zugrunde: Input (eingesetzte Ressourcen/Anforderungen), Output (Aktivitäten und Leistungen), Outcome (Wirkung für die Zielgruppe) und Impact (Wirkung auf gesellschaftlicher Ebene). Vom Input zum Impact nimmt mit den vier Ebenen das Abstraktionsniveau zu, was die Messbarkeit erschwert. Dementsprechend sind Input, Output und Outcome noch gut untersuchbar, während der Impact mit Blick auf die Beteiligung und Demokratie in Niedersachsen insgesamt im Rahmen dieser Untersuchung nur annähernd mithilfe von Sekundärdaten und im Vergleich mit anderen Bundesländern eingeschätzt werden kann. Das vorgelegte Wirkungsmodell unterscheidet in den Ebenen Input, Output und Outcome zusätzlich zwischen der direkten (Umsetzende von Beteiligungsprozessen in Niedersachsen) und der indirekten Zielgruppe (Junge Menschen in Niedersachsen).

Auf Basis des Forschungsstands lassen sich folgende theoretische Überlegungen für gelungene Beteiligungsprozesse junger Menschen in Niedersachsen anstellen: Junge Menschen in Niedersachsen (indirekte Zielgruppe) haben Interesse an Politik, einen gewissen Entwicklungs- und Informationsstand, Motivation zur Beteiligung und ein unterstützendes soziales Umfeld (Inputs). Junge Menschen sind über politische Beteiligungsmöglichkeiten in Niedersachsen informiert und nehmen an ihnen teil (Outputs). Diese erhöhen die politische Selbstwirksamkeit der jungen Menschen sowie ihre Zufriedenheit mit den politischen Beteiligungsprozess und den Beteiligungsergebnissen. Auch wenn das Beteiligungsergebnis nicht ihren Präferenzen entspricht, akzeptieren sie es aufgrund ihres legitimen Zustandekommens im Rahmen des politischen Beteiligungsprozesses (Outcome).



Abbildung 6 Theoretisches Modell



Die Umsetzenden von Beteiligungsprozessen in Niedersachsen (direkte Zielgruppe) mit hinreichend finanziellen, fachlichen, personellen und sozialen Ressourcen (Inputs) bieten ausreichende faire, zielgruppengerechte, kreative und niederschwellige Beteiligungsangebote für junge Menschen in Niedersachsen an (Output). Diese erhöhen die Responsivität der direkten Zielgruppe und politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für die Bedarfe und Belange junger Menschen in Niedersachsen (Outcome).

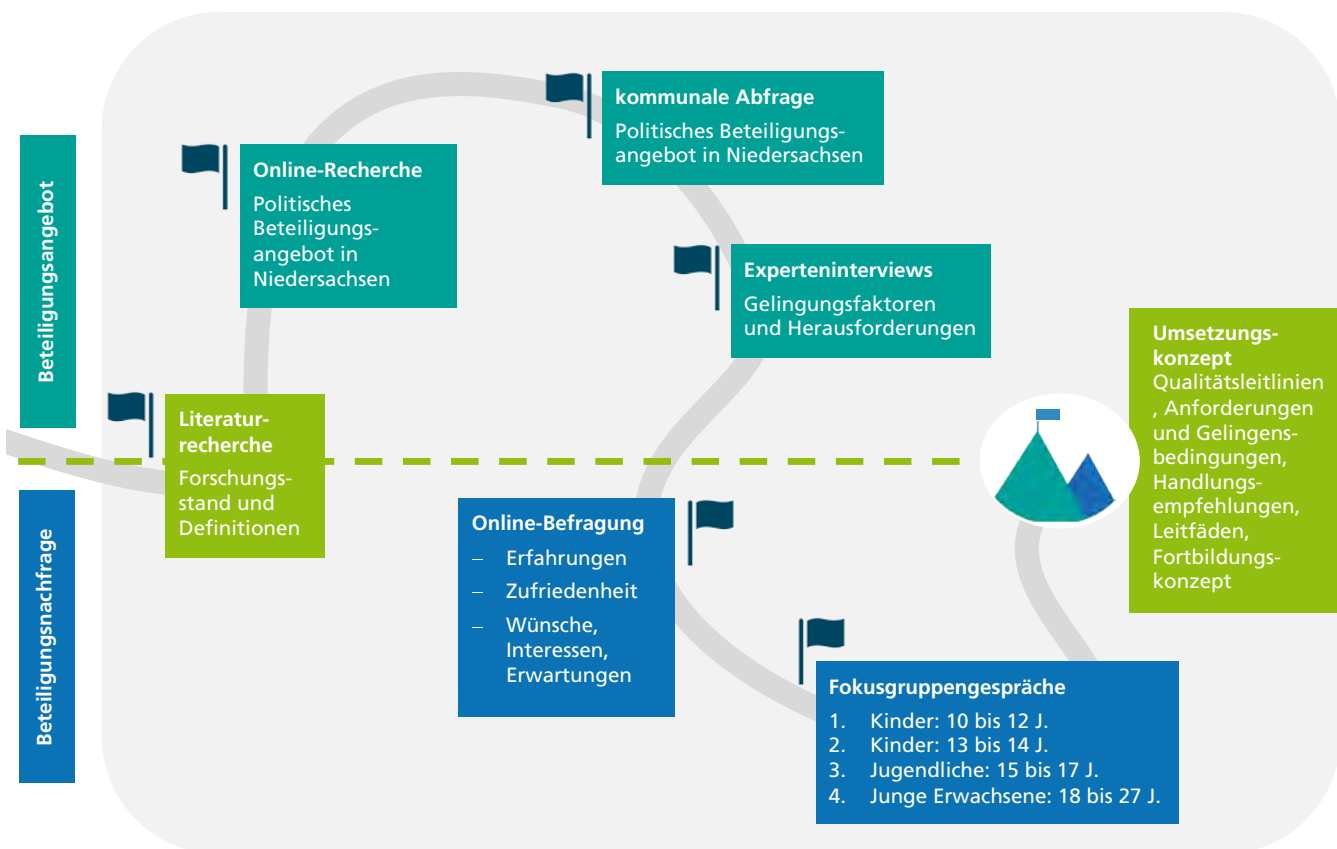
Diese gelungenen Beteiligungsprozesse auf beiden Ebenen erhöhen insgesamt die politische Beteiligung junger Menschen und die Legitimität der Demokratie in Niedersachsen. Sie sorgen zudem für bessere politische Ergebnisse in Niedersachsen und etablieren die Beteiligung junger Menschen als inhärenten Bestandteil demokratischer Prozesse (Impact).



# 4 Methodisches Vorgehen

Die vorliegende wissenschaftliche Studie ist strukturiert in zwei Hauptbereiche, die in Abbildung 7 schematisch dargestellt sind: das bestehende Angebot für politische Beteiligung sowie die Nachfrage nach Beteiligung. Methodisch basiert die Studie auf einem sequenziellen Mixed-Method-Ansatz, der unterschiedliche Forschungsmethoden in logischer Abfolge kombiniert, um ein umfassendes Bild zu zeichnen.

Abbildung 7 Überblick über den Aufbau der Studie



Die Analyse begann mit einer theoretischen Betrachtung basierend auf einer Literaturübersicht, die den aktuellen Forschungsstand im Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung reflektiert. In Anlehnung an den aktuellen Forschungsstand entwickelten wir das Modell der politischen Beteiligung junger Menschen (vgl. Abbildung 6). Ausgehend von dem Modell entwickelten wir das Analyseraster als das zentrale Steuerungsinstrument dieser Studie (siehe Anhang). Im Analyseraster werden Fragestellungen und Erhebungen gegenübergestellt. Es wurde im gesamten Prozess der Studie genutzt: Es unterstützte uns bei der Auswahl von Expertinnen und Experten und bei der Ableitung von Schlagwörtern für die Literaturrecherche. Basierend auf den Fragestellungen entwickelten wir die Erhebungsinstrumente. Das Kodierschema für qualitative Auswertungen wurde entlang der Fragestellungen des Analyserasters erarbeitet und schließlich diente es der Gliederung des Schwerpunktberichts. Somit strukturierte das Analyseraster die Synthese der Ergebnisse der verschiedenen Erhebungen und unterstützt die Triangulation der Daten.

Im Anschluss an die theoretischen und konzeptionellen Arbeiten wurde durch Online-Recherche und eine strukturierte Abfrage bei allen Kommunen in Niedersachsen der Ist-Zustand des politischen Teilnehmungsangebots für junge Menschen erhoben. Der Übergang zur nächsten Phase beinhaltete Interviews mit Expertinnen und Experten, um Daten für den Soll-Zustand zu sammeln – also zu erforschen, wie die politische Teilnehmung idealerweise ausgestaltet sein sollte.

In der zweiten Erhebungsphase standen die direkten Erfahrungen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Vordergrund. Eine halbstandardisierte Online-Umfrage lieferte einen breiten Überblick über die realen Teilnehmungserfahrungen (Ist-Zustand), während sie gleichzeitig Interessen und Erwartungen an zukünftige Teilnehmungsprozesse (Soll-Zustand) aufdeckte. Diese Erkenntnisse wurden in vier Fokusgruppengesprächen weiter vertieft, um die aus der Umfrage gewonnenen Daten noch detaillierter zu analysieren.

Um sicherzustellen, dass die Ergebnisse intersubjektiv gültig und belastbar sind, wurde auf Methoden der Forscher-, Daten- und Methodentriangulation zurückgegriffen. Hierdurch wurden alle erhobenen Daten von mindestens zwei Analysierenden unter die Lupe genommen. Die gesamten Daten wurden in einem strukturierten Workshop ausgewertet, bei dem unterschiedliche Perspektiven auf die Daten gewährleistet waren. In diesem Auswertungsworkshop wurden zunächst die verschiedenen Datenerhebungsmethoden und -quellen zusammengeführt, um einen Gesamtüberblick zu erhalten. Hierbei stand die Differenzierung zwischen Angebot und Nachfrage im Mittelpunkt. Anschließend wurden die Daten systematisch analysiert, indem sie nach Schlüsselthemen und -erkenntnissen kategorisiert und verglichen wurden, wie z. B. Formate, Themen, Informationen etc. Dabei wurden potenzielle Zusammenhänge und Widersprüche herausgearbeitet und diskutiert. Darüber hinaus wurden in dem Workshop auch Interpretationen und Implikationen der Ergebnisse für die Handlungsempfehlungen erörtert, wobei auf die vielfältigen Perspektiven und Fachkenntnisse des Projektteams zurückgegriffen wurde. Durch diese umfassende und strukturierte Auswertungsmethode wurde die Qualität und Aussagekraft der Studienergebnisse sichergestellt.

Für die Auswertung der Ergebnisse der einzelnen Erhebungsinstrumente bilden die Vergleichsringe der integrierten Berichterstattung Niedersachsen (IBN), dem ziel- und kennzahlenbasierten Steuerungsverfahren für Jugendämter, einen wichtigen Ausgangspunkt. Die Vergleichsringe dienen der Zusammenfassung von Jugendämtern, die ähnliche sozialstrukturelle Bedingungen aufweisen. Die soziostrukturellen Kennzahlen, welche im Rahmen der IBN erfasst wurden, bilden die Grundlage für diese Zusammenfassung. Die Zuordnung der Jugendämter zu den Vergleichsringen erfolgte durch die Anwendung zweier statistischer Verfahren: Faktorenanalysen und Cluster-Analyse. Dabei ermöglichte die Faktorenanalysen die Bildung voneinander unabhängiger Faktoren aus korrelierenden Variablen, wobei stark zusammenhängende Variablen einem Faktor zugeordnet wurden. Die inhaltliche Interpretation erfolgte anhand sozialwissenschaftlichen Hintergrundwissens. Faktorwerte geben Auskunft über die Ausprägung in einem bestimmten Bereich des Jugendamtszuständigkeitsgebiets. Mittels der Faktorenanalyse wurden fünf Bereiche identifiziert und Faktoren in ihnen zusammengefasst: Bevölkerungszusammensetzung, wirtschaftliche Situation, soziale Lage, Bildung und Betreuung. Mittels der Cluster-Analyse wurden Jugendämter anhand ihrer Faktorwerte in den zuvor identifizierten Bereichen in möglichst homogene Gruppen eingeteilt, wobei innerhalb jeder Gruppe ähnliche sozialstrukturelle Kennzahlen vorliegen und zugleich größere Unterschiede zu anderen Gruppen bestehen. Das Ergebnis dieser Cluster-Analyse sind die fünf Vergleichsringe. Für diesen Schwerpunktbericht wurden die Ergebnisse des IBN in die für diese Auswertung relevante Bereiche Strukturschwäche/-stärke, ländliche oder urbane Strukturen, Anteil an Kindern und Jugendlichen sowie die Ausprägung der sozialen Belastungsfaktoren zusammengefasst. Zudem wurde ein Experte konsultiert für die Charakterisierung der Vergleichsringe mit den für diesen Bericht relevanten Merkmalen. Abbildung 8 zeigt das Ergebnis dieser Charakterisierung, Abbildung 9 zeigt, welches Jugendamt welchem Vergleichsring zugeordnet wurde.

Abbildung 8 Charakterisierung der IBN-Vergleichsringe

	Strukturstärke/-schwäche	Städtisch/Ländlich	Anteil Kinder und Jugendliche	soziale Belastungsfaktoren
Vergleichsring 1	strukturstark	städtisch	unterdurchschnittlich	weniger ausgeprägt
Vergleichsring 2	strukturstark	städtisch	unterdurchschnittlich	stark ausgeprägt
Vergleichsring 3	strukturstark	ländlich mit Industrieregionen	überdurchschnittlich	weniger ausgeprägt
Vergleichsring 4	strukturstark	ländlich mit strukturstarken urbanen Mittelzentren	überdurchschnittlich	weniger ausgeprägt
Vergleichsring 5	strukturschwach	ländlich mit strukturschwachen urbanen Mittelzentren	durchschnittlich	stark ausgeprägt

Abbildung 9 Zuordnung zu Vergleichsringen

Vergleichsring 1	Vergleichsring 1	Vergleichsring 1	Vergleichsring 1	Vergleichsring 1
Stadt Burgdorf Stadt Buxtehude Stadt Laatzen Stadt Langenhagen Stadt Lehrte Stadt Lingen Stadt Wolfsburg	Stadt Braunschweig Stadt Celle Stadt Delmenhorst Stadt Göttingen Stadt Hannover Stadt Lüneburg Stadt Oldenburg Stadt Osnabrück Stadt Wilhelmshaven	Landkreis Aurich Landkreis Cloppenburg Landkreis Emsland Landkreis Graftschaft-Bentheim Landkreis Leer Landkreis Wittmund Landkreis Vechta	Landkreis Ammerland Landkreis Celle Landkreis Cuxhaven Landkreis Diepholz Landkreis Harburg Landkreis Hildesheim Landkreis Lüneburg Landkreis Nienburg Landkreis Oldenburg Landkreis Osnabrück Landkreis Osterholz Landkreis Peine Landkreis Rotenburg (Wümme) Landkreis Heidekreis Landkreis Stade Landkreis Verden Landkreis Wesermarsch Region Hannover	Landkreis Friesland Landkreis Göttingen Landkreis Goslar Landkreis Hameln-Pyrmont Landkreis Helmstedt Landkreis Holzminden Landkreis Lüchow-Dannenberg Landkreis Northeim Landkreis Schaumburg Landkreis Uelzen Landkreis Wolfenbüttel Stadt Emden Stadt Salzgitter

Die Studie mündete in der Entwicklung eines Umsetzungskonzepts, das die gesammelten Erkenntnisse zusammenfasst und in praktische Anwendungen überführt. Es wurden Qualitätsrichtlinien und Leitfäden formuliert sowie ein Konzept für Fortbildungen entworfen. Die Anforderungen und das Handlungsempfehlungen wurden in einem speziellen Empfehlungsworkshop zusammengefasst und besprochen. Darüber hinaus wurde das Umsetzungskonzept umfassend mit dem Projektbeirat sowie dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung diskutiert, präzisiert und weiterentwickelt.

Detaillierte Methodenberichte für die einzelnen Erhebungen sind nachfolgend zusammengefasst.

## 4.1 Online-Recherche

Um einen breiten Überblick über das Angebot an bestehenden Beteiligungsformaten, -prozessen und -methoden für junge Menschen in Niedersachsen zu gewinnen, wurde eine breit angelegte Online-Recherche durchgeführt. Die Recherche wurde vor allem über lokale Pressemitteilungen, Internetauftritte der niedersächsischen Gemeinden, Berichten und Studien und anderen Publikation umgesetzt. Diese Bestandsaufnahme bildete die Grundlage für die Kategorisierung von Beteiligungsformaten in Rahmen der Soll-Analyse.

Der Online-Recherche wurde das Begriffsverständnis aus Kapitel 3 zugrundegelegt, um zu identifizieren, welche Aktivitäten als Formen politischer Beteiligung aufzunehmen sind. Soziale Beteiligungsformen, wie z. B. in Schulen oder Vereinen, werden in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt. Zu Beginn der Erhebung wurden Indikatoren für die systematische Erfassung der Beteiligungsformate entwickelt: Diese Indikatoren umfassten: Dauer der Maßnahme, Digitalisierungsgrad, Partizipationsform, Partizipationsstufe, Handlungsfeld, Ebene, Zielgruppenreichung, durchführende Organisation und Gemeindegröße. Dann erfolgte eine breite Online-Recherche in Kommunen mit einer Einwohnerzahl von über 100.000 anhand einer Stichwortliste, die als Grundlage für die Suche diente. Nach Abschluss dieser explorativen Recherchephase erfolgte eine Ausweitung der Stichwortliste auf Grundlage der erzielten Ergebnisse. Zudem wurde der Indikator Handlungsfeld, welcher zuvor die Felder Stadtplanung, Bildung, Freizeit und Demokratie beinhaltete um das Handlungsfeld Klimaschutz erweitert. Die Recherche wurde im weiteren Vorgehen auf alle 92 Gemeinden mit über 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern erweitert, um eine umfassendere Datengrundlage zu schaffen.

In einem nächsten Schritt wurde eine teilnahmeorientierte Suche durchgeführt, wobei Daten aus bereits etablierten Konzepten wie „Kinderfreundliche Kommune“ erfasst wurden. Zusätzlich wurden partizipative Planspiele wie „Pimp your Town“ und nicht-institutionalisierte Partizipationsformen, wie beispielsweise „Fridays for Future“, einbezogen und trugen zur weiteren Diversifizierung der erhobenen Daten bei.

Durch die hohe Anzahl an Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde aus diesen eine repräsentative Stichprobe von 45 Gemeinden gezogen und in die Online-Recherche aufgenommen. Da alle Kommunen der Vergleichsringe 1 und 2 bereits in den ersten Schritten der Erhebung bearbeitet wurden, fand eine Zufallsstichprobe mit gleichmäßiger Verteilung unter den verbleibenden drei Vergleichsringen Anwendung. Insgesamt wurden mit der Online-Recherche 249 Beteiligungsangebote für junge Menschen in niedersächsischen Kommunen erfasst und anschließend ausgewertet. Die Auswertung erfolgte anhand der vorher definierten Indikatoren. Die Ergebnisse wurden den Projektbeirat vorgestellt und gemeinsam diskutiert.

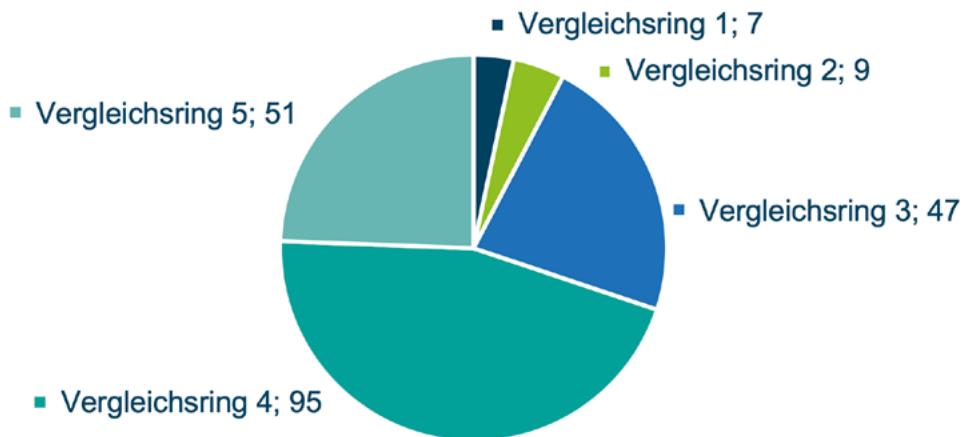
Zudem wurde die Erhebung durch eine gezielte Abfrage bei allen Kommunen zu ihren Beteiligungsprozessen der letzten drei Jahre erweitert. Hierbei wurden auch kleinere Kommunen einbezogen und Prozesse ohne Internetmeldungen wurden explizit berücksichtigt (siehe 4.2 kommunale Abfrage).

Tabelle 2 Überblick über die Online-Recherche

• <b>Grundgesamtheit</b>	Alle Gemeinden in Niedersachsen
• <b>Erhebungszeitraum</b>	Juni 2023 bis November 2023
• <b>Netto-Stichprobe</b>	209 Gemeinden
• <b>Indikatoren</b>	Die Indikatoren wurden von den Mitarbeiterinnen von IMAP entwickelt und beinhalteten: Dauer der Maßnahme, Digitalisierungsgrad, Partizipationsform, Partizipationsstufe, Handlungsfeld, Ebene, Zielgruppenerreichung, durchführende Organisation, Gemeindegröße
• <b>Erhebungsmethode</b>	Die Erhebung wurde als umfassende Online-Recherche durchgeführt.

Bei der Erhebung wurde auf eine repräsentative Verteilung der fünf IBN-Vergleichsrings geachtet. Aufgrund der hohen Einwohnerzahlen und relativ kleinen Anzahl an Gemeinden in den urban geprägten Vergleichsrings 1 und 2 wurden diese bereits in ihrer Gesamtheit in den ersten Erhebungsphasen bei Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern erfasst. Die ländlicher geprägten Vergleichsrings 3, 4 und 5 wurden darauffolgend durch eine Stichprobenziehung mit gleicher Verteilung einbezogen, jedoch kam es durch die von den Vergleichsrings unabhängige teilnahmeorientierte Suche zu einer gewissen Verzerrung der Verteilung in der Stichprobe. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgte ebenfalls insgesamt und für jeden Vergleichsring separat.

Abbildung 10 Stichprobe der Online-Recherche (Anzahl, N = 209)





## 4.2 Kommunale Abfrage

Um praktische Einblicke in das Spektrum der Beteiligungsmöglichkeiten in Niedersachsen und die bestehenden Rahmenbedingungen zu erhalten, wurden die Kommunen und Gemeinden zu ihren Beteiligungsmöglichkeiten befragt. Dies ermöglichte neben der Online-Recherche einen breiteren Überblick über das Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen, indem auch kleinere Kommunen ohne Internetpräsenz und Prozesse ohne Internetmeldungen aufgenommen werden konnten.

Eine Abfrage zu den vorhandenen festen Beteiligungsgremien für junge Menschen in Niedersachsen, beispielsweise Jugendparlamente wurde bereits in der Vergangenheit durchgeführt und die Ergebnisse dem Projekt zur Verfügung gestellt. Diese Ergebnisse wurden durch eine erneute Abfrage der festen Gremien der Jugendbeteiligung ergänzt. Unsere Abfrage hatte zudem das Ziel, umfassendere Daten aus der Perspektive der Kommunen zu anderen Formaten der Beteiligung zu erhalten. Die Kommunen wurden daher gebeten anzugeben, welche anderen Beteiligungsangebote es in den letzten drei Jahren für junge Menschen in der Kommune gab.

Für jedes eingegebene Beteiligungsformat (ausgenommen der festen Gremien) wurden den Abfrageteilnehmenden anschließende Fragen zu den Prozessen gestellt. Dabei gaben sie Informationen zu den bei der Online-Recherche bereits entwickelten Indikatoren Dauer des Prozesses (dauerhafte Beteiligung, einmalige Veranstaltung), Beteiligungsstufe (siehe Abbildung 3), Handlungsfeld der Beteiligung, Format (digital, analog, hybrid), Zielgruppe und umsetzende Akteure des Beteiligungsprozesses an.

Im Anschluss wurden die Daten anhand dieser Indikatoren ausgewertet und die Ergebnisse für die IBN-Vergleichsringe aufgeschlüsselt.

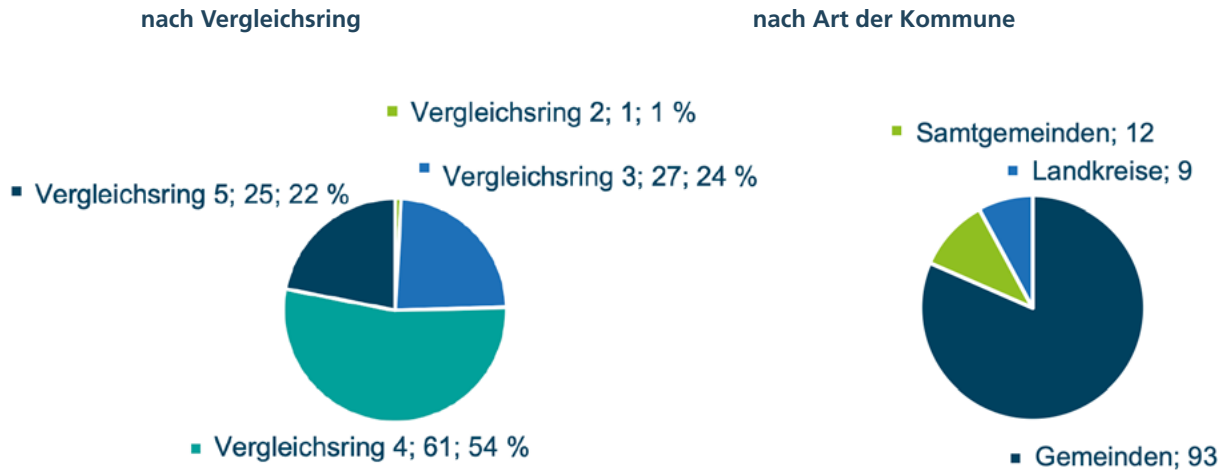
Die Umfrage wurde zwischen dem 05. Oktober 2023 und 17.11.2023 durchgeführt. Der Entwurf des Fragebogens wurde mit dem Projektbeirat am 28. August 2023 abgestimmt. Nach dem erhaltenen Feedback wurde der Fragebogen finalisiert und in einer benutzerfreundlichen GDPR-konformen Ansicht über LamaPoll programmiert, die auch für mobile Geräte optimiert wurde. LamaPoll ist nach DIN ISO 27001 zertifiziert und durch das BSI auditiert.

**Tabelle 3 Überblick über die kommunale Abfrage**

• <b>Grundgesamtheit</b>	Alle Gemeinden in Niedersachsen
• <b>Befragungszeitraum</b>	05. Oktober 2023 – 17. November 2023
• <b>Netto-Stichprobe</b>	114 Kommunen: 93 Gemeinden, 9 Landkreise, 12 Samtgemeinden mit insgesamt 57 konstituierenden Gemeinden
• <b>Fragebogen</b>	Der Fragebogen wurde von den Mitarbeiterinnen der IMAP GmbH in enger Abstimmung mit Mitarbeitenden des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung entwickelt.
• <b>Erhebungsmethode</b>	Die Befragung wurde in Form einer Online-Befragung mit LamaPoll realisiert. Der Fragebogen wurde komplett vorgeprogrammiert und für die mobile Bearbeitung optimiert. Sprungregeln wurden automatisiert.
• <b>Durchschnittliche Befragungsdauer</b>	Extreme Ausreißer ausgeschlossen (Dauer > 1 Stunde) dauerte die Umfrage im Schnitt 24 Minuten.
• <b>Bewerbungsmethoden</b>	Der Aufruf zur Teilnahme erfolgte über den Niedersächsischen Städte- und Landkreistag an die Kommunen, Samtgemeinden und Landkreise. Aufgrund einer anfangs geringen Rücklaufquote wurde am 17. Oktober 2023 und am 07. November 2023 erneut zur Beantwortung des Fragebogens aufgerufen.

Die Umfrage wurde über den Niedersächsischen Städte- und Landkreistag an alle niedersächsischen Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise versendet. Der Rücklauf belief sich nach Ende des Erhebungszeitraums auf 114 Kommunen. Diese Kommunen sind zu unterteilen in 93 Gemeinden, 9 Landkreise und 12 Samtgemeinden mit insgesamt 57 konstituierenden Gemeinden. Aus Vergleichsring 1 hat keine Kommune teilgenommen und auch der Vergleichsring 2 ist mit einem Rücklauf kaum repräsentiert. Die Vergleichsringe 3, 4 und 5 sind repräsentativ in Betracht der Anzahl an Kommunen in den Vergleichsringen vertreten.

Abbildung 11 Kommunen nach Vergleichsringen und Art der Kommune (Anzahl, N = 114)



### 4.3 Interviews mit Expertinnen und Experten

Um einen detaillierteren Einblick in das Beteiligungsangebot in Niedersachsen und vorliegende förderliche oder hinderliche Bedingungen zu gewinnen sowie die Situation auf kommunaler Ebene facettenreicher darstellen zu können, wurden Interviews mit sieben Expertinnen und Experten für Kinder- und Jugendbeteiligung geführt. Expertinnen und Experten aus dem Bildungsbereich wurden aufgrund der Fokussierung auf den Bereich der politischen Partizipation nicht befragt (vgl. Kapitel 3). Ziel war zudem, die übrigen empirischen Ergebnisse zu validieren.

Die Interviews wurden zwischen dem 21. September 2023 und dem 16. Januar 2024 durchgeführt. Der Leitfaden für diese Interviews wurde von IMAP entwickelt – hierbei gab es zwei Varianten: Eine für Vertretende von Kommunalverwaltungen und eine für Personen, die sich in Bezug auf das gesamte Bundesland mit der Thematik auseinandersetzen, wobei ein Großteil der Fragen sich glich. Der Leitfaden wurde mit der Projektgruppe und dem Projektbeirat besprochen.

Insgesamt haben sieben Interviews stattgefunden, wobei drei der Interviewten niedersachsenweit in Projekten zur politischen Partizipation tätig sind und vier Interviewte der kommunalen Ebene zuzuordnen sind. Die Interviews wurden telefonisch oder digital geführt und aufgenommen, die darauf basierend erstellten Protokolle wurden unterstützt durch die Software MAXQDA qualitativ vergleichend entlang der Fragestellungen und Untersuchungsbereiche des Schwerpunktberichts ausgewertet.

Der Projektbeirat hat Expertinnen und Experten für die Interviews vorgeschlagen, die Projektgruppe (Auftraggeber und IMAP) hat einstimmig eine Auswahl basierend auf der inhaltlichen Passung getroffen. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die interviewten Personen. Mit den Interviewten wurde vereinbart, dass zwar keine Namen, aber der institutionelle Kontext im Bericht genannt werden würde. Aussagen, die sich auf diese Interviews beziehen, werden im Folgenden mit den Kurzbelegen gemäß untenstehender Tabelle belegt.

Tabelle 4 Überblick über die Expertinnen- und Experteninterviews

Organisation	Ebene	Kurzbeleg
Jugendförderung einer kreisfreien Stadt	Kommunalverwaltung	(Exp.-kommunal-1)
Stadtjugendpflege einer kreisfreien Stadt	Kommunalverwaltung	(Exp.-kommunal-2)
Jugendreferat einer Samtgemeinde	Kommunalverwaltung	(Exp.-kommunal-3)
Kreisjugendpflege	Kommunalverwaltung	(Exp.-kommunal-4)
Verein im Bereich politische Bildung	landesweit	(Exp.-Verein-landesweit-1)
Verein im Bereich politische Bildung	landesweit	(Exp.-Verein-landesweit-2)
Verein im Bereich politische Bildung	landesweit	(Exp.-Verein-landesweit-3)

#### 4.4 Online-Befragung junger Menschen

Im Zuge der Studie wurde die Online-Befragung durchgeführt, um eine Bestandsaufnahme der subjektiven Dimension von Partizipation zu erstellen. Das Ziel war es, an die Erhebung des Beteiligungsangebot anknüpfend retrospektiv einen umfassenden Überblick über die Qualität der im Rahmen der Bestandsaufnahme ermittelten Beteiligungsformate und -methoden aus der Sicht der Teilnehmenden zu gewinnen. Weiterhin diente die Online-Befragung dazu, zu ergründen, inwieweit strukturelle oder kulturelle Faktoren die Zufriedenheit der jungen Menschen mit den Beteiligungsprozessen beeinflussten. Jungen Menschen in Niedersachsen, die bisher nicht politisch aktiv waren, wurden mittels Filterfunktionen andere Fragen gestellt als denen, die bereits politische Erfahrung hatten. Unterschiedliche Altersgruppen wurden ebenso unterschiedlich adressiert, um den rechtlichen Rahmenbedingungen der politischen Partizipation gerecht zu werden. Die Online-Umfrage diente auch der Rekrutierung von Teilnehmenden für die Fokusgruppengespräche, indem die Bereitschaft zur Teilnahme abgefragt wurde.

Wie in Tabelle 1 dargestellt, richtete sich die Online-Befragung an Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 10 bis 27 Jahren. Der Fragebogen vom Projektteam bei IMAP entwickelt, wobei sie sich von Fragebatterien aus groß angelegten Studien wie dem European Social Survey, der International Civic and Citizenship Education Study und dem World Value Survey inspirieren ließen. Zusätzlich wurden Fragebögen aus regionalen Untersuchungen zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg gesichtet und als Ergänzung einbezogen. Nach seiner Entwicklung wurden der Fragebogen vom IMAP-Projektteam in eine jugendgerechte Sprache übertragen. Der Fragebogen wurde bewusst kurz und klar gehalten, um den Zeitaufwand für die Befragten minimal zu halten. Der Entwurf des Fragebogens (vgl. Anhang) wurde am 28. August 2023 mit dem Projektbeirat abgestimmt. Nach den eingegangenen Rückmeldungen wurde der Fragebogen finalisiert und in einer benutzerfreundlichen Ansicht DSGVO-konform über LamaPoll programmiert, die auch für mobile Endgeräte optimiert war. LamaPoll ist nach DIN ISO 27001 zertifiziert und vom BSI geprüft. Vor dem Einsatz im Feld wurde der Fragebogen intern und mit Unterstützung von sieben jungen Menschen getestet. Auf Grundlage des Feedbacks und der Testergebnisse wurden gegebenenfalls weitere Optimierungen am Fragebogen vorgenommen.

Die Verbreitung des Fragebogens erfolgte nach den Sommerferien im September mittels eines Links und QR-Codes über die Social-Media-Kanäle des Ministeriums, die Netzwerke der Jugendhilfeplanung sowie weitere relevante Zielgruppen der Auftaktveranstaltung. Um eine formelle Bearbeitung des Online-Fragebogens zu fördern, wurden über die Netzwerke der Jugendhilfeplanung entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen, wie etwa die Nutzung

in schulischen Kontexten oder bei Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden. Ursprünglich war geplant, den Fragebogen für etwa zwei Wochen im Feld zu belassen, um eine hohe Priorität und zeitnahe Bearbeitung zu gewährleisten. Im Laufe des Teilnehmermanagements wurde jedoch der Rücklauf des Fragebogens überwacht und analysiert, um eine Stichprobengröße von mindestens 600 Befragten zu erreichen. Die Herausforderung bestand darin, ausschließlich Teilnehmende aus Niedersachsen zu rekrutieren, was durch eine initiale Abfrage der Postleitzahl und des Wohnorts im Fragebogen gelöst wurde. Basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen wurde die Erhebungsphase verlängert und die Rekrutierungsstrategie angepasst, um eine hohe Rücklaufquote auch bei jungen Menschen mit geringerer formaler Bildung sicherzustellen.

Nach Beendigung der Feldphase wurden die Daten bereinigt, analysiert und attraktiv in Diagrammform aufbereitet. Die Ergebnisse in Kapitel 5.2 liefern einen breiten Überblick über Muster und Abweichungen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen. Um die Daten anzureichern, wurden zusätzliche Informationen zum Urbanisierungsgrad der Wohnorte und zu Vergleichsringen hinzugezogen. Eine Zuordnung erfolgte über die Angaben zum Wohnort. Auf Basis der Ergebnisse wurden Hypothesen formuliert, die in den nachfolgenden Fokusgruppensprechungen vertiefend untersucht wurden. Die zentralen Ergebnisse der Online-Befragung sowie die daraus abgeleiteten Implikationen für die multimethodischen Fokusgruppengespräche wurden am 27. September 2023 diskutiert und gemeinsam mit dem Konzept für die Fokusgruppengespräche vorgestellt.

**Tabelle 5 Überblick über die Online-Befragung junger Menschen**

<b>• Grundgesamtheit</b>	Alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zwischen 10 und 27 Jahren.
<b>• Befragungszeitraum</b>	04. September 2023 – 12. Oktober 2023
<b>• Netto-Stichprobe</b>	4.425
<b>• Fragebogen</b>	Der Fragebogen wurde von den Mitarbeiterinnen der IMAP GmbH entwickelt. Entwürfe wurden mit der Projektgruppe und dem Projektbeirat besprochen.
<b>• Erhebungsmethode</b>	Die Befragung wurde in Form einer Online-Befragung mit LamaPoll realisiert. Der Fragebogen wurde komplett vorprogrammiert und für die mobile Bearbeitung optimiert. Sprungregeln wurden automatisiert. Wie in Abbildung 12 zu sehen, haben mit 54 Prozent mehr als die Hälfte der Teilnehmenden den Online-Fragebogen auf ihrem Mobiltelefon bearbeitet.
<b>• Durchschnittliche Befragungsdauer</b>	Ausreißer ausgeschlossen dauerte die Befragung im Durchschnitt 9 Minuten 51 Sekunden.
<b>• Bewerbungsmethoden</b>	Um eine optimale Ausschöpfung zu erzielen, wurde die Online-Umfrage über Social-Media-Kanäle des Ministeriums sowie die Netzwerke des Landesjugendhilfeausschusses nach dem Schneeballprinzip beworben. Darüber hinaus wurden Schülerinnen und Schüler über die Schulen z. B. über IServ auf die Teilnahme an der Online-Umfrage hingewiesen. Wie in Abbildung 12 zu sehen, konnte der hohe Rücklauf insbesondere durch die Verbreitung der Online-Umfrage über das Schneeballprinzip erreicht werden: 77 Prozent gelangen über den direkten Link zur Online-Umfrage. Auch die Beiträge des Ministeriums und anderen Akteuren auf Instagram haben zu einem hohen Rücklauf beigetragen (11 Prozent).

Abbildung 12 Gerätestatistik zur Online-Umfrage (Anteil in Prozent)

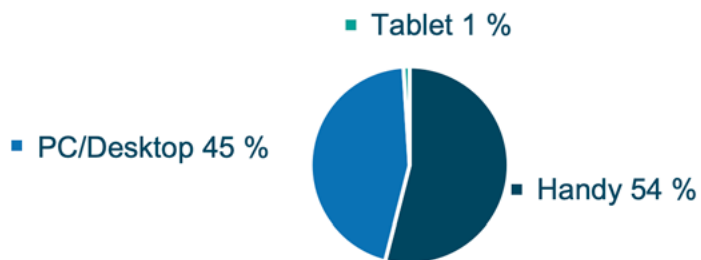
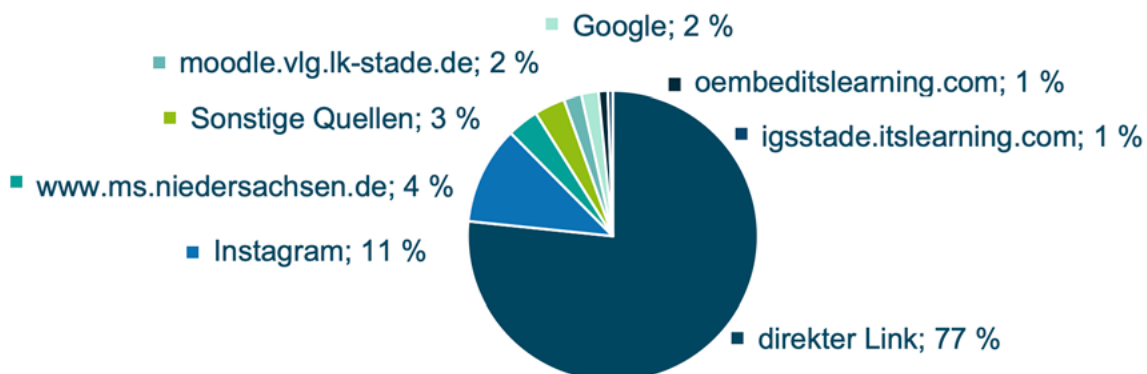


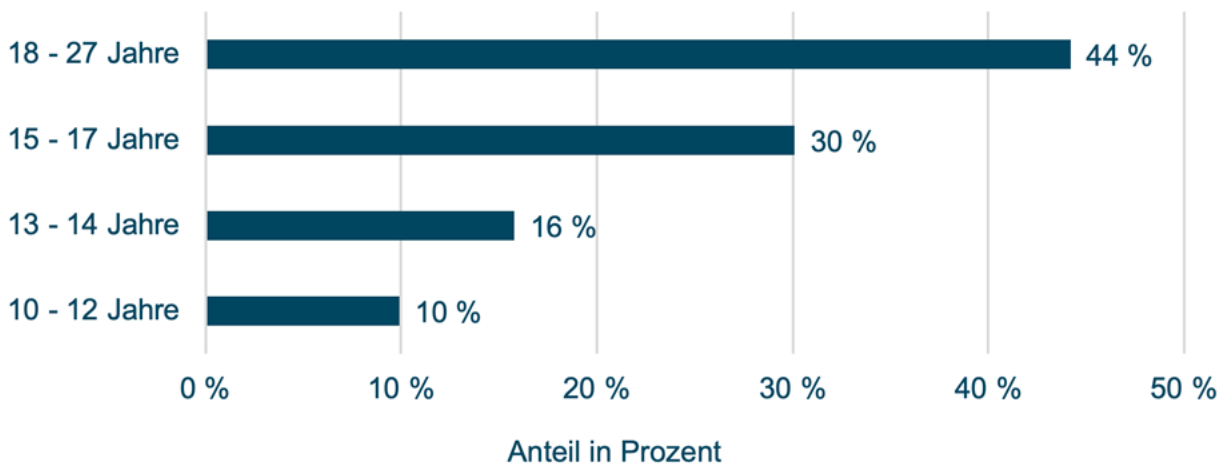
Abbildung 13 Referrer zur Online-Umfrage (Anteil in Prozent)



Die Mobilisierung junger Menschen zur Teilnahme an einer Studie stellt oftmals eine Herausforderung dar, insbesondere wenn es um die Erreichung einer breiten und repräsentativen Zielgruppe geht. Häufig tendieren solche Erhebungen dazu, überproportional Teilnehmende mit höherem (angestrebten) formalen Bildungsabschluss anzuziehen, was die Repräsentativität der Ergebnisse einschränken kann. Bei Online-Umfragen wird diese Herausforderung zusätzlich durch die erforderliche technische Affinität verstärkt, welche die Teilnahmebarriere für weniger technikversierte Personen erhöht. Auch in der vorliegenden Stichprobe sind ältere Altersgruppen und junge Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss stärker vertreten. Insbesondere zeigen sich ältere Jugendliche und diejenigen mit einem höheren formellen Bildungsstand in der Regel technikversierter, wodurch die Online-Umfrage speziell für diese Zielgruppen eine besonders anschlussfähige und effektive Methode darstellt.

Abbildung 14 zeigt zunächst die Verteilung der Teilnehmenden der Online-Umfrage nach Altersgruppen auf. Die Einteilung der Altersgruppen erfolgte in Anlehnung an die Definition der Alterseinteilung für die Fokusgruppen, um eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse zwischen den verschiedenen Erhebungsmethoden zu gewährleisten. Die Ergebnisse zeigen, dass der Anteil der Altersgruppe unter den Teilnehmenden der Online-Umfrage mit dem Alter steigt. Junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 27 Jahren machen mit 44 Prozent den größten Anteil an der Stichprobe aus. Die Altersgruppen der Kinder sind zwar am wenigsten stark vertreten, mit insgesamt 26 Prozent der Befragten ist die Beteiligung der Kinder an der Online-Umfrage jedoch fast genauso stark ausgeprägt wie die Beteiligung der Jugendlichen (30 Prozent). Diese Verteilung lässt auf eine relativ ausgeglichene Stichprobenszusammensetzung über die verschiedenen Altersgruppen hinweg schließen.

Abbildung 14 Alter der Befragten (Anteil in Prozent, N = 2206)



In Abbildung 15 wird der Bildungsstand der Teilnehmenden an der Online-Umfrage dargestellt. Der Bildungsstand bezieht sich bei Schülerinnen und Schülern auf den angestrebten Schulabschluss. Bei allen anderen Befragten bezieht sich der Bildungsstand auf den höchsten erreichten Bildungsabschluss. Es zeigt sich, dass der Bildungsstand der Befragten überwiegend durch höhere Bildungsabschlüsse gekennzeichnet ist: 60 Prozent der Teilnehmenden haben das Abitur absolviert. Weitere zehn Prozent verfügen über das Fachabitur, während 15 Prozent mit einem Realschulabschluss die drittgrößte Gruppe bilden. Ein geringerer Anteil von vier Prozent hat einen Hauptschulabschluss, und drei Prozent der Befragten haben angegeben, keinen Schulabschluss zu besitzen. Zudem gibt es sieben Prozent der Teilnehmenden, die einen anderen Abschluss angegeben haben. Hierbei handelte es sich in der Mehrheit um präzisierende Angaben zum Schulabschluss oder Informationen zum weiteren Bildungsweg, z. B. Ausbildung oder Studium. Diese Verteilung unterstreicht die für derartige Studien übliche Tendenz, dass vor allem Personen mit höherem (angestrebtem) formalen Bildungsabschluss an der Umfrage teilgenommen haben. Im Verlauf der Analyse unterscheiden wir zwischen Befragten mit abgeschlossenem Bildungsabschluss, die entweder bereits ihr Abitur absolviert haben oder es anstreben, und jenen, die keinen Abiturabschluss haben oder diesen nicht anstreben. Abbildung 16 veranschaulicht, dass, wenn man die Kategorie der „anderen Abschlüsse“ außer Acht lässt, zwei Drittel, also 66 Prozent, der Befragten ein Abiturabschluss haben oder diesen anstreben, während das verbleibende Drittel einen anderen Bildungsabschluss aufweist oder anstrebt.

Abbildung 17 stellt die Verteilung der Befragten auf die fünf verschiedenen Vergleichsringen dar. Die Ergebnisse zeigen, dass die Befragten mehrheitlich aus Vergleichsring 4 stammen; also ländlichen Regionen mit strukturstarke urbanen Mittelzentren, in denen überdurchschnittlich viele junge Menschen leben. Der zweitgrößte Anteil mit 16 Prozent ist dem Vergleichsring 2 zugeordnet; was strukturstarke städtischen Regionen mit unterdurchschnittlichem Anteil junger Menschen und stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren entspricht.

Vergleichsring 3 folgt mit 11 Prozent (224 Personen). Vergleichsring 5 umfasst 8 Prozent der Befragten, was 159 Personen entspricht. Der kleinste Anteil von 4 Prozent (70 Personen) wird Vergleichsring 1 zugeordnet. Hierbei handelt es sich um strukturstarke, städtische Gebiete, mit unterdurchschnittlichem Anteil junger Menschen und weniger stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren.



Abbildung 15 (Angestrebter) Bildungsabschluss der Befragten (Anteil in Prozent, N = 2078)

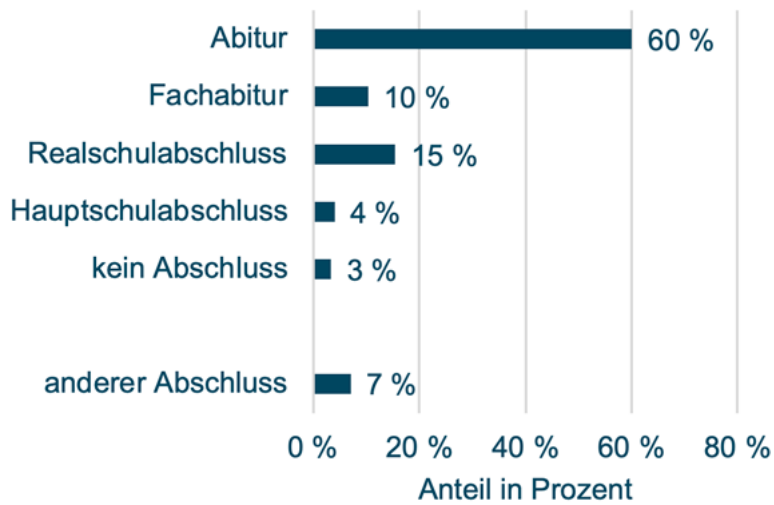


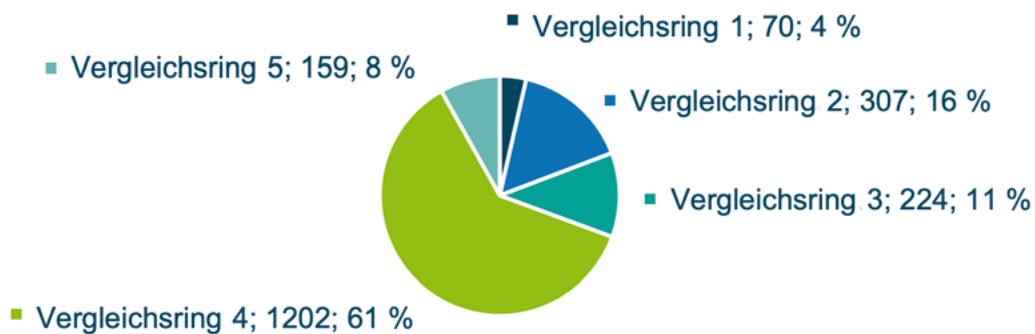
Abbildung 16 Befragte mit (angestrebtem) Abitur und anderen (angestrebten) Abschlüssen (Anteil in Prozent, N = 2078)

- anderer Abschluss (angestrebt) 34 %



- Abitur (angestrebt) 66 %

Abbildung 17 Befragte der Online-Umfrage nach Vergleichsringen (Anzahl; Anteil in Prozent, N = 2078)



In unserer Online-Umfrage ist es gelungen, Personen aus allen Altersgruppen gleichmäßig zu berücksichtigen. Jedoch zeigt sich bei der Betrachtung der angestrebten Bildungsabschlüsse und der Herkunft aus unterschiedlichen Vergleichsrings eine gewisse Schiefelage in unserer Stichprobe. Insbesondere sind Teilnehmende mit (angestrebten) Abiturabschluss und aus dem Vergleichsring 4 überrepräsentiert, während diejenigen mit einem anderen (angestrebten) Abschluss sowie aus den Vergleichsrings 1 und 5 unterrepräsentiert sind. Dieser Umstand ist wichtig und muss bei der Analyse und Interpretation der Umfrageergebnisse berücksichtigt werden.

## 4.5 Fokusgruppengespräche

Mithilfe von Fokusgruppens Diskussionen soll auf der einen Seite der Kenntnisstand politischer Beteiligungsmöglichkeiten bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen exploriert werden. Neben der Bekanntheit von Beteiligungsformaten und -prozessen erfragen wir zusätzlich, welche Beteiligungsmöglichkeiten Kinder, Jugendliche und Erwachsene bereits genutzt haben, warum und wie zufrieden sie mit der Beteiligung waren. Auf der anderen Seite stehen in den Fokusgruppens Diskussionen die Interessen und Wünsche der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Blick auf politische Beteiligung im Vordergrund. An dieser Stelle werden auch die Umstände thematisiert, unter welchen bestimmte Beteiligungsformate und -methoden für die Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen als attraktiv und effektiv bewertet werden.

Die Fokusgruppens Diskussionen wurden strukturiert durch einen Gesprächsleitfaden, der neben den Leitfragen auch Hinweise zum Einsatz kreativer analoger Methoden enthält (vgl. Anhang). Dieser wurde im Projektbeirat am 27.09.2023 abgestimmt.

Um eine vertrauliche Gesprächsatmosphäre zu gestalten und sicherzustellen, dass die Fokusgruppens Diskussionen zielgruppengerecht sowohl in Bezug auf die Inhalte als auch die Ansprache sind, war die Durchführung von insgesamt vier Fokusgruppen vorgesehen<sup>14</sup>. Aufgrund der terminlichen Verfügbarkeit der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen konnte diese Aufteilung nicht exakt umgesetzt werden.

Die Fokusgruppens Gespräche fanden 10. und 11. Oktober 2023 in einem Jugendzentrum in Peine statt. Peine wurde ausgewählt, da hier Kommunen der verschiedenen Vergleichsrings in näherer Umgebung liegen. Arbeitsergebnisse der kreativen Methoden wurden in der Gruppe diskutiert sowie fotografiert; Die Fokusgruppens Diskussionen wurden aufgezeichnet und im Anschluss verschriftlicht. Die Protokolle der Fokusgruppens Diskussion wurden schließlich inhaltsanalytisch mittels der Software MAXQDA computergestützt ausgewertet.

---

<sup>14</sup> Ursprünglich war die folgende Aufteilung vorgesehen: Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren – Jugendliche im Alter von 13 bis 14 Jahre – Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren – Junge Erwachsene im Alter von 18 bis 27 Jahre

Tabelle 6 Überblick über die Fokusgruppengespräche

• <b>Grundgesamtheit</b>	Alle Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen aus folgenden Altersgruppen: 1. Kinder im Alter von 10 bis 12 Jahren 2. Jugendliche im Alter von 13 bis 14 Jahren 3. Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren 4. Junge Erwachsene im Alter von 18 bis 27 Jahren
• <b>Geplante Netto-Stichprobe</b>	Je 6 bis 8 Teilnehmende/Fokusgruppe Insgesamt 24 bis 32 Teilnehmende
• <b>Ablaufplan</b>	Der Ablaufplan wurde von den Mitarbeitenden der IMAP GmbH entwickelt und mit der Projektgruppe und dem Projektbeirat abgestimmt.
• <b>Erhebungsmethode</b>	Die Befragung wurde in Form multimethodischen Fokusgruppenbefragung in Präsenz durchgeführt. Die Ergebnisse wurden protokolliert und fotografisch dokumentiert.
• <b>Geplanter Befragungsort</b>	Kindgerechter Veranstaltungsort im Bereich Helmstedt/Peine/Gifhorn. Es wird ein Transport zur Verfügung gestellt.
• <b>Mögliche Termine</b>	10.10.23, 15 – 16.30 Uhr: Fokusgruppe 1 10.10-23, 17 – 18.30 Uhr: Fokusgruppe 3 11.10.23, 15 – 16.30 Uhr: Fokusgruppe 2 11.10.23: 17 – 18:30 Uhr: Fokusgruppe 4
• <b>Geplante Befragungsdauer</b>	Max. 1,5 Stunden
• <b>Bewerbungsmethoden</b>	Um eine optimale Ausschöpfung zu erzielen, wird die Zielgruppe über Social-Media-Kanäle des Ministeriums sowie die Netzwerke der Landesjugendhilfeplanung nach dem Schneeballprinzip beworben. Darüber hinaus kann auf die Abfrage der Teilnahmebereitschaft in der Online-Umfrage zurückgegriffen werden. Um eine optimale Verteilung der Teilnehmenden zu erreichen, wird zusätzlich auf die direkte Ansprache von Akteuren aus dem Kinder- und Jugendhilfebereich zurückgegriffen. Als Anreiz dient ein Einkaufsgutschein.

Bei der Zusammensetzung der Fokusgruppen wurde angestrebt, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit unterschiedlichen Geschlechtern bzw. der Geschlechtsidentitäten, Bildungsständen und sozioökonomischen Hintergründen zu erreichen. Zudem sollten junge Menschen mit Wohnorten in verschiedenen Vergleichsringen erreicht, sowie eine ausgewogene Zusammensetzung der Teilnehmenden hinsichtlich des Urbanisierungsgrads ihres Lebensmittelpunkts erreicht werden.

Zur Anmeldung an den Fokusgruppensitzungen wurde ein Online-Formular bereitgestellt. Dies erhielten zum einen Personen, die bei der Online-Befragung Teilnahmebereitschaft signalisiert hatten. Zum anderen wurden junge Menschen über Jugendzentren und Jugendwerkstätten kontaktiert und zur Anmeldung eingeladen, hierfür telefonierte das Forscherinnenteam verschiedene Einrichtungen in der Region ab und erhielt Unterstützung durch den Projektbeirat. Um die Teilnahme zu ermöglichen, wurden den jungen Menschen die Anfahrtskosten erstattet. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmenden einen Einkaufsgutschein über 15 € als Teilnahmeanreiz. Nach einer intensiven Rekrutierungsphase konnte die Zusammensetzung Tabelle 7 erreicht werden.

Tabelle 7 Zusammensetzung der Fokusgruppen

Altersgruppe	Anzahl Teilnehmende	Bildungsstand	Vergleichsring	Kurzbeleg
8 bis 14 Jahre	3	2x Abitur angestrebt, 1x Grundschule	4	FG 8- bis 14-Jährige
15 bis 17 Jahre	5	3x Real-, 2x Hauptschule	4	FG 15- bis 17-Jährige
9 bis 14 Jahre	3	Je 1x Abitur angestrebt, Haupt-, Realschule	4	FG 9- bis 14-Jährige
18 bis 27 Jahre	10	5x Abitur, 3x Realschule, 1x Hauptschule, 1x unklar	teils 4, teils 2	FG 18- bis 27-Jährige

## 4.6 Kritische Würdigung des methodischen Vorgehens

In der kritischen Würdigung unseres methodischen Ansatzes zur Untersuchung politischer Teilnehmungsangebote in Niedersachsen offenbaren wir wesentliche Informationslücken. Zudem reflektieren wir die Effektivität unserer Rekrutierungsmethoden und die Notwendigkeit, diese an die Diversität der Zielgruppe anzupassen.

### **Schwierig zugängliche Informationen zum politischem Teilnehmungsangebot in Niedersachsen:**

Die Informationslage zu politischen Teilnehmungsangeboten für junge Menschen in Niedersachsen ist unvollständig und stellt somit eine zentrale Herausforderung dar. Während Daten zu Jugendparlamenten in den Kommunen verfügbar sind, fehlt ein umfassender Überblick über weitere Angebote. Unsere eingehende Online-Recherche konnte diese Lücke zwar deutlich verkleinern, aber nicht vollständig schließen, besonders in kleineren Gemeinden. Auch eine zusätzliche kommunale Abfrage bietet aufgrund des geringen Rücklaufs lediglich einen begrenzten Einblick und keine vollständige Erfassung der politischen Teilnehmungslandschaft. Diese Datenlücken sind für die effektive Einbindung junger Menschen in politische Prozesse sehr problematisch.

**Effektive Rekrutierung von Studienteilnehmenden:** Wie in Teilnehmungsprozessen selbst, ist die Erreichung junger Menschen im Rahmen von Studien wie dieser eine große Herausforderung. Die Online-Befragung zeigte besonders gute Ergebnisse durch den Einsatz von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die direkten Kontakt zur Zielgruppe hatten. Auch die Social-Media-Aktivitäten trugen maßgeblich zur erfolgreichen Rekrutierung bei. Im Rahmen der Fokusgruppensitzungen erwies sich die persönliche Ansprache von interessierten jungen Menschen und gezielte Rekrutierung über lokale Kooperationspartnerinnen und -partner als erfolgreich.

**Erreichung von jungen Menschen mit niedrigem formalem Bildungsabschluss:** Trotz dieser Erfolge ermöglichte es diese Strategie nicht, mit der Online-Umfrage junge Menschen mit geringerem formalem Bildungsabschluss in ausreichendem Maße zu erreichen. Auch zusätzliche Bemühungen, diese Gruppe durch gezielte Werbung über IHKs, Berufsschulen, Jugendwerkstätten sowie Vereine und Verbände anzusprechen, waren nicht vollständig erfolgreich. Die Fokusgruppen jedoch boten einen Ausgleich in der Unterrepräsentation von niedrig Gebildeten. Durch die gezielte Kooperation mit dem Jugendzentrum in Peine konnten wir zeigen, dass der direkte Kontakt durch vertraute Bezugspersonen entscheidend ist, um niedrig gebildete junge Menschen zu erreichen. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutung von persönlichen und vertrauensvollen Beziehungen in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, insbesondere wenn es um Zielgruppen mit einem niedrigen formalen Bildungsabschluss geht.

**Konzeption von vergleichbaren Erhebungsinstrumenten für junge Menschen als diverse**

**Gruppe:** Im Rahmen der Online-Befragung und der Fokusgruppengespräche ist es gelungen, ein altersübergreifendes Befragungskonzept zu entwickeln, das vergleichbare Ergebnisse ermöglicht. Im Rahmen der Fokusgruppengespräche konnte durch den direkten Kontakt zu den Teilnehmenden außerdem sehr gut auf die Bedarfe und Kenntnisstände der jungen Menschen eingegangen werden. Die Online-Befragung war hingegen für Personen mit schlechten Deutschkenntnissen, eingeschränkter Alphabetisierung oder niedrigem formalen Bildungsabschluss nur schwer zu bearbeiten. Auch für die Fachkräfte, die bei der Bearbeitung des Fragebogens wertvolle Unterstützung leisteten, war die Übersetzungsarbeit sehr mühsam. Bei der Interpretation der Studienergebnisse ist zu berücksichtigen, dass der hohe Bildungsstand der Teilnehmenden der Online-Befragung möglicherweise zu einer positiven Verzerrung der Ergebnisse führt. Dies kann sich auf die Repräsentativität und somit auf die Validität der Schlussfolgerungen auswirken, insbesondere wenn neben der Bildungsstruktur der Grundgesamtheit weitere Faktoren in Betracht gezogen werden. Es ist daher wichtig, diese Verzerrung bei der Analyse und beim Ziehen von Schlussfolgerungen zu berücksichtigen.

# 5 Ergebnisse

Die Struktur der Ergebnispräsentation gliedert sich in zwei Hauptteile: Angebot und Nachfrage. Im ersten Teil wird der Ist- und Soll-Zustand des Beteiligungsangebots betrachtet, basierend auf den Ergebnissen der Online-Recherche, der kommunalen Abfrage und den Expertinnen- und Experteninterviews. Im zweiten Teil wird die Nachfrage untersucht, wobei die Daten aus der Online-Umfrage, den Fokusgruppengesprächen und ergänzenden Expertinnen- und Experteninterviews herangezogen werden. Diese Struktur ermöglicht eine umfassende Analyse sowohl des aktuellen Zustands als auch der Bedürfnisse im Bereich politischer Beteiligungsangebote. Aus den Überschneidungen und Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen zu Angebot und Nachfrage ergeben sich schließlich die Ableitungen und Schlussfolgerungen unserer Analyse.

## 5.1 Angebot: Beteiligungsprozesse und -formate für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Niedersachsen

Die Erhebung des aktuellen Beteiligungsangebots basiert auf der Online-Recherche und der kommunalen Abfrage. Da hier lediglich der Ist-Zustand des Angebots erfasst werden konnte wurden ergänzend die Interviews mit den Expertinnen und Experten genutzt, um Informationen zu einem gewünschten Soll-Zustand zu erhalten. Zudem wurden die Interviews mit den Expertinnen und Experten genutzt, um Lücken aus der kommunalen Abfrage und der Online-Recherche zu füllen.

### 5.1.1 Angebote auf Landesebene

Im Rahmen der Erhebungen konnten keine weiteren Angebote zur Beteiligung von jungen Menschen an Landespolitik identifiziert werden, als die in Kapitel 2.2.1.2 zum Forschungsstand geschilderten. Zwar ist im derzeitigen Koalitionsvertrag angestrebt, das „Recht auf Beteiligung auch in die Niedersächsische Verfassung aufnehmen“ das Wahlalter „auf mindestens 16 Jahre zu senken“<sup>15</sup>, diese Vorhaben wurden aber zum Stand der Berichtslegung noch nicht umgesetzt.

Auf Landesebene gibt es derzeit keine Vertretung von jungen Menschen, die den Jugendräten u. ä. auf kommunaler Ebene entspräche, dort „gibt es kein vergleichbares Gremium und es gibt auch keinen gesetzlichen Auftrag dazu. Menschen unter 18 müssen im Land nicht politisch beteiligt werden“ (Exp.-Verein-landesweit-1).

Zwar wurden auch in den weiteren Interviews verschiedene Projekte und Initiativen dargestellt, die landesweit angeboten werden, sich aber vor Ort dann jeweils auf Kommunalpolitik und nicht auf Landespolitik beziehen.

### 5.1.2 Angebote auf kommunaler Ebene

Die Analyse der politischen Beteiligungsangebote für junge Menschen in Niedersachsen durch Online-Recherche und kommunale Abfrage liefert einen möglichst umfassenden Überblick über die gegenwärtige Landschaft der Beteiligungsmöglichkeiten. Die Online-Recherche identifizierte insgesamt 249 Beteiligungsmöglichkeiten über 209 Gemeinden. Abbildung 18 zeigt die Verteilung nach Vergleichsringen (eine Erläuterung zu den Vergleichsringen findet sich in Abbildung 8 und Abbildung 9 in Kapitel 4). Besonders in den urban geprägten Vergleichsringen 1 und 2 wurde eine Vielzahl von politischen Beteiligungsangeboten festgestellt, trotz einer geringeren Gemeindeanzahl, jedoch mit hoher Bevölkerungsdichte. Die ländlich geprägten Vergleichsringe 3, 4 und 5 zeigten eine noch breitere Palette an Beteiligungsmöglichkeiten, wobei Vergleichsring 4 mit 105 Angeboten besonders hervorstach. Die kommunale Abfrage ergänzte diesen Überblick durch zusätzliche Daten aus 114 Kommunen, Insgesamt wurden dabei 223 Beteiligungsmöglichkeiten angegeben.

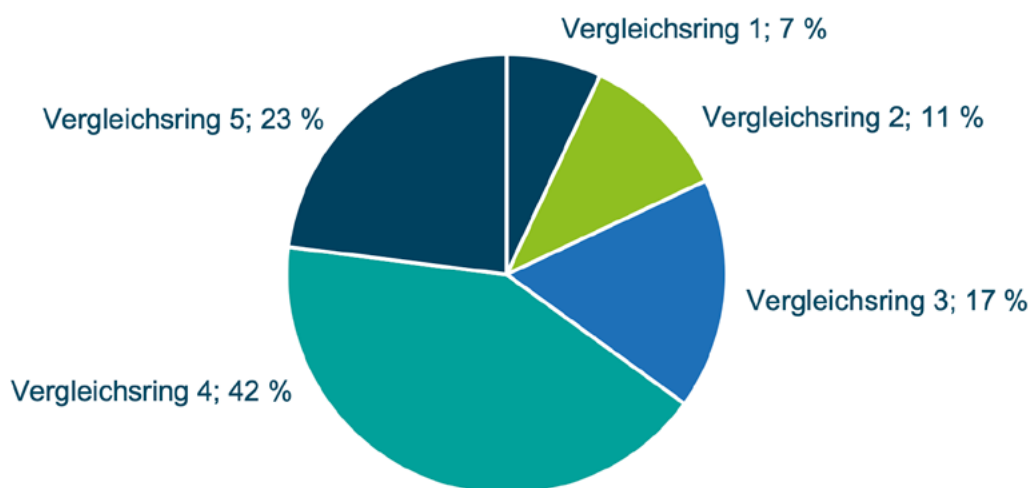
<sup>15</sup> [https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/12/SPD\\_NDS\\_LTW\\_Koalitionsvertrag\\_2022\\_2027\\_Web.pdf](https://www.spdnds.de/wp-content/uploads/sites/77/2022/12/SPD_NDS_LTW_Koalitionsvertrag_2022_2027_Web.pdf); zuletzt abgerufen am 16.02.2024.



Diese Abfrage ermöglichte eine tiefergehende Einsicht in die Beteiligungslandschaft, indem sie Folgefragen zu den bereits identifizierten Indikatoren beantwortete (vgl. Fragebogen im Anhang) und somit ein präziseres Bild der politischen Partizipation junger Menschen auf kommunaler Ebene zeichnete.

Erhobene Indikatoren wie Dauer der Maßnahme, Digitalisierungsgrad, Partizipationsform, Partizipationsstufe, Handlungsfeld, Zielgruppenerreichung und durchführende Organisation ermöglichen eine detaillierte Analyse und Vergleich der Beteiligungsformate sowohl gesamthaft als auch spezifisch nach Vergleichsringen. Diese kombinierte Herangehensweise durch Online-Recherche und kommunale Abfrage bietet eine solide Datenbasis zur Bewertung der aktuellen Situation und zur Identifizierung von Bereichen, die einer verstärkten Aufmerksamkeit oder Verbesserung bedürfen. Sie offenbart die Vielfalt und Breite der Beteiligungsangebote in Niedersachsen und liefert wichtige Erkenntnisse für die Weiterentwicklung und Förderung einer niedrigschwelligen, umfassenden und wirksamen politischen Partizipation junger Menschen.

Abbildung 18 Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen  
(Online-Recherche, Anteile in Prozent, N = 249)

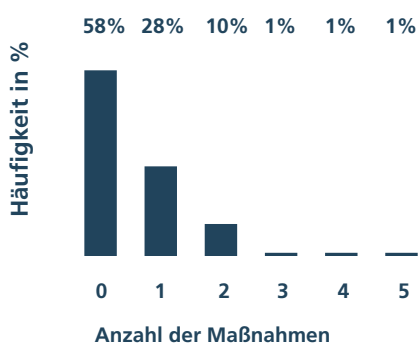


### 5.1.2.1 Zeitliche begrenzte und dauerhafte politische Beteiligungsmöglichkeiten

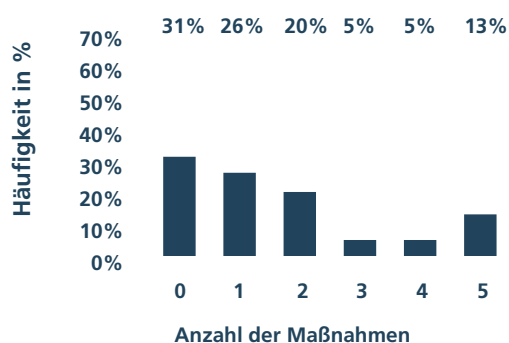
Mit 58 Prozent geben mehr als die Hälfte der befragten Kommunen an, keine dauerhaften Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Etwa 28 Prozent der Gemeinden bieten eine dauerhafte Maßnahme an und 10 Prozent bieten zwei Maßnahmen an. Auch bei den temporären Beteiligungsmöglichkeiten überwiegt der Anteil derer, die gar keine Maßnahmen anbieten, mit 31 Prozent. Hier bieten 26 Prozent eine Maßnahme und 20 Prozent zwei Maßnahmen an.

Abbildung 19 Verteilung dauerhafte und temporäre Maßnahmen  
(kommunale Abfrage, Angabe in Prozent, N = 249)

#### Dauerhafte angelegte Jugendparlamente, Jugendräte oder andere Gremien



#### Temporäre Beteiligungsprozesse für junge Menschen zu einem bestimmten Thema



Ein Großteil der identifizierten Beteiligungsmöglichkeiten ist auf eine dauerhafte Beteiligung ausgelegt (siehe Abbildung 20). Dies lässt sich auch über eine hohe Repräsentation fester Gremien wie Jugendparlamente mit einem leicht zugänglichen Internetauftritt erklären. Mit der Online-Recherche konnten 51 Kommunen mit solchen Gremien identifiziert werden. Laut einer Expertin gebe es derzeit eine Jugendgruppe, die sich für den „Dachverband der Kinder- und Jugendparlamente in Niedersachsen“ stark mache und inzwischen 80 Kinder- und Jugendparlamente identifizieren konnte. Dies deckt sich auch mit der Angabe des Jugendparlamentes Hannover, welches mit der Initiative „Finde dein Jugendparlament“ ebenso ca. 80 feste Gremien in Niedersachsen aufführt. Allerdings gebe es auch eine Dunkelziffer, da es keine Systematik gebe, wo Jugendparlamente, die entstehen, gemeldet würden (Exp.-Vereinslandesweit-3). Mehrstufige Beteiligungsprozesse wurden mit nur drei Prozent am seltensten identifiziert, während einmalige Maßnahmen zur Beteiligung wie beispielsweise Aktionen, Zukunftswerkstätten und Planspiele etwa ein Viertel der gefundenen Möglichkeiten abbilden. Mit Blick auf die Verteilung nach Vergleichsringen in Abbildung 22 ist auffällig, dass der Anteil an einmaligen Veranstaltungen in Vergleichsring 3 deutlich höher ausfällt als in den übrigen Vergleichsringen. Zudem konnten in Vergleichsring 1 und 2 keine mehrstufigen Prozesse identifiziert werden. An dieser Stelle ist jedoch auf die geringe Fallzahl an Beteiligungsmöglichkeiten in diesen beiden Vergleichsringen insgesamt zu verweisen.

Abbildung 20 Dauer der Maßnahmen insgesamt (Online-Recherche, Angaben in Prozent, N = 249)

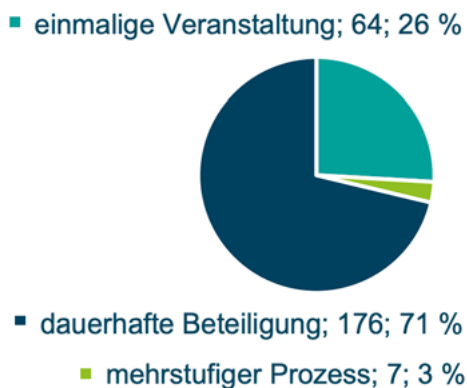
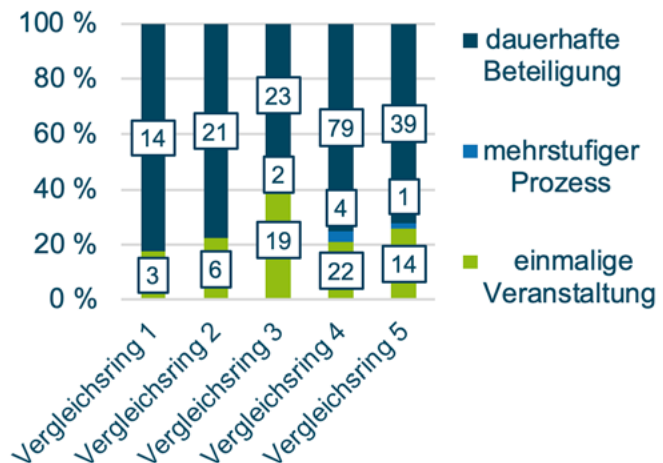


Abbildung 21 Dauer der Maßnahmen nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Angaben in Prozent, N = 249)



### 5.1.2.2 Digitalisierungsgrad der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

Die Analyse der politischen Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen durch zwei separate Erhebungen – die Online-Recherche und die kommunale Abfrage – liefert aufschlussreiche Ergebnisse zum Digitalisierungsgrad dieser Angebote. Die Ergebnisse in Abbildung 22, Abbildung 23 und Abbildung 24 zeigen konsistent, dass die Mehrheit der Partizipationsmöglichkeiten im Präsenz-Format angeboten werden, was dem eher traditionellen Ansatz in der politischen Beteiligung unterstreicht. Bei der Online-Recherche wurden gerade die von Kommunen bzw. Verwaltungen durchgeführte Formate überwiegend analog durchgeführt. Digitale Formate machen in den Ergebnissen der Online-Recherche fast ein Drittel der Beteiligungsangebote aus. Diese digitalen Prozesse finden sich besonders bei von jungen Menschen selbstorganisierter politischer Partizipation wieder, wie zum Beispiel „Fridays for Future“-Ortsgruppen. In der Kommunalabfrage sind es mit 15 Prozent halb so viele digitale Beteiligungsmöglichkeiten wie in der Online-Recherche. Allerdings wurde in der kommunalen Abfrage zusätzlich noch die Möglichkeit der schriftlichen Beteiligung berücksichtigt, die mit 14 Prozent einen fast gleich großen Anteil ausmacht. Hybride Beteiligungsmethoden kommen sowohl in der Online-Recherche als auch der kommunalen Abfrage am wenigsten häufig vor. Der Anteil liegt bei der Online-Recherche bei 22 Prozent, wobei insbesondere die institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten nur gelegentlich im hybriden Format angeboten wurden. Dementsprechend liegt der Anteil der hybriden Angebote bei der kommunalen Abfrage lediglich bei 7 Prozent.

Abbildung 22 Digitalisierungsgrad der Beteiligungsmöglichkeiten insgesamt (Online-Recherche, Anteile in Prozent, N = 249)

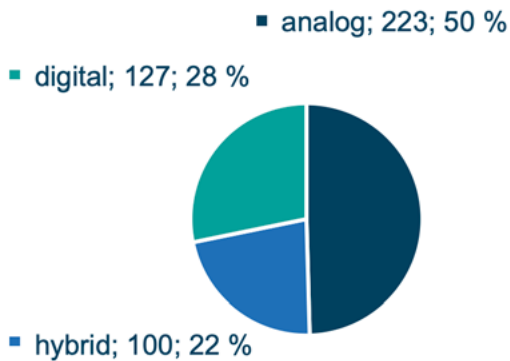


Abbildung 23 Digitalisierungsgrad der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)

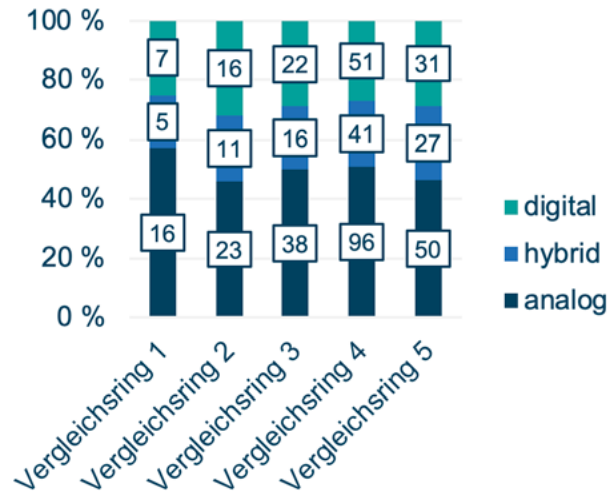
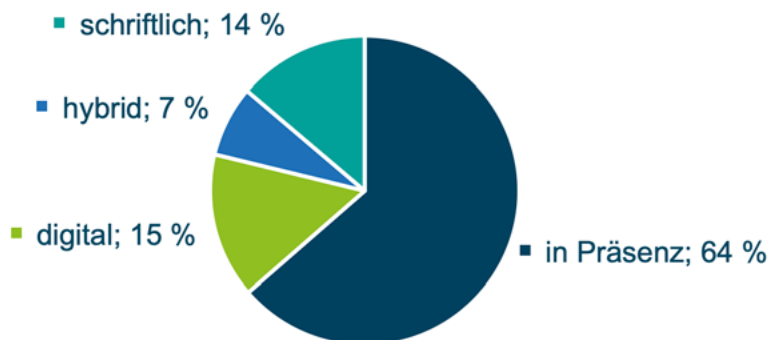


Abbildung 24 Digitalisierungsgrad der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 269)



In Bezug auf den Digitalisierungsgrad unterscheiden sich dauerhafte und temporäre Maßnahmen mit Ausnahme des Hybridformats nicht signifikant. Diese Konsistenz über die Erhebungsmethoden hinweg legt nahe, dass die Wahl des Formats unabhängig von der Dauerhaftigkeit der Partizipationsangebote erfolgt und dass hybride Formate möglicherweise eine spezifische Nische innerhalb der politischen Partizipationslandschaft besetzen. Über die Vergleichsringe hinweg lassen sich über die Formate ebenfalls keine signifikanten Unterschiede feststellen. Dies deutet darauf hin, dass die Präferenz für Präsenz-, digitale, schriftliche oder hybride Formate eher von anderen Faktoren als von geographischen oder strukturellen Bedingungen abhängt.

Die parallelen Ergebnisse aus der Online-Recherche und der kommunalen Abfrage unterstreichen die Robustheit der Befunde bezüglich des Digitalisierungsgrades politischer Partizipationsmöglichkeiten. Herauszuheben ist insbesondere die Diskrepanz zwischen den von den jungen Menschen viel häufiger selbstgewählten digitalen Beteiligungsmöglichkeiten und dem dahingegen sehr gering ausgeprägten Digitalisierungsgrad kommunaler politischer Teilnehmungsangebote für junge Menschen. Diese Ergebnisse bieten eine solide Grundlage für weiterführende Diskussionen über die Entwicklung und Förderung digitaler und hybrider Partizipationsformate, um die politische Beteiligung junger Menschen zu verstärken und zu diversifizieren. Insbesondere die geringe Verbreitung hybrider Formate trotz ihrer Potenziale für eine flexible, umfassende und niedrigschwellige Beteiligung wirft wichtige Fragen für zukünftige Strategien und Maßnahmen auf.

### 5.1.2.3 Institutionalisierte und nicht-institutionalisierte politische Beteiligungsmöglichkeiten

Die Unterscheidung zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten politischen Beteiligungsmöglichkeiten folgt dem Begriffsverständnis, das diesem Schwerpunktbericht zugrunde liegt (vgl. Kapitel 3.1). Mit Blick auf die Unterscheidung zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten politischen Beteiligungsmöglichkeiten sind lediglich Rückschlüsse auf Basis der Online-Recherche möglich, der die subjektive Definition des Schwerpunktberichts zugrunde liegt (vgl. Kapitel 3.1.3). Bei der kommunalen Abfrage wurden dahingegen lediglich Angebote der Kommunen abgefragt, die per Definition institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeiten darstellen (vgl. Kapitel 3.1.2).

Aus der Online-Recherche geht hervor, dass institutionalisierte Beteiligungsformate, wie die Mitarbeit in permanenten Gremien, 47 Prozent des erfassten Angebots ausmachen (vgl. Abbildung 25). Dennoch ist ein beträchtlicher Anteil nicht-institutionalisierter Formen zu verzeichnen, was die Bedeutung selbstorganisierter Partizipationsmöglichkeiten unterstreicht und auf eine vielfältige politische Beteiligungslandschaft hinweist.

Die Ergebnisse verdeutlichen zudem, dass sich die Verteilung zwischen institutionalisierten und nicht-institutionalisierten Beteiligungsformen je nach geographischer Lage signifikant unterscheiden kann. In den Vergleichsringen 1 und 3 werden anteilig die meisten institutionalisierten Beteiligungsmöglichkeiten angeboten, was auf eine stärkere Präsenz offizieller Partizipationsstrukturen in strukturstarken Gebieten mit weniger ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren hindeutet. Vergleichsring 5 hingegen bietet anteilig die wenigsten institutionalisierten Möglichkeiten und weist einen höheren Anteil an nicht-institutionalisierten Formen auf, was die Präferenz für flexiblere und informellere Beteiligungsansätze in strukturschwachen Regionen mit stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren nahelegt. Diese Erkenntnisse unterstreichen die Komplexität der politischen Partizipationslandschaft für junge Menschen. Sie zeigen, dass neben den traditionellen, institutionalisierten Angeboten auch ein beachtlicher Raum für nicht-institutionalisierte, selbstorganisierte Beteiligungsformen besteht, die in der politischen Bildungs- und Engagementförderung nicht übersehen werden sollten. Die geographischen Unterschiede in der Verfügbarkeit und Art der Beteiligungsmöglichkeiten weisen zudem auf die Notwendigkeit hin, regionalspezifische Ansätze zu entwickeln, um die politische Partizipation junger Menschen umfassend zu unterstützen und zu fördern.

Abbildung 25 Partizipationsformen insgesamt (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)

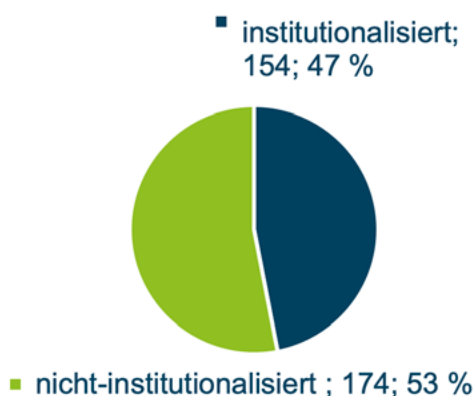
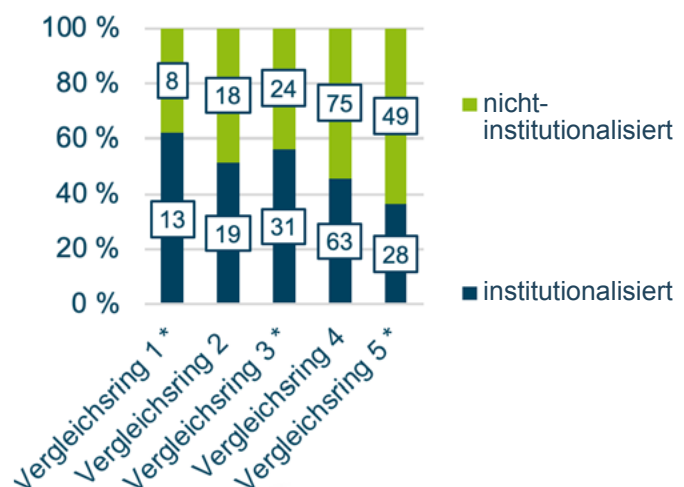


Abbildung 26 Partizipationsformen nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)



\* Mittelwertsunterschiede nach Vergleichsringe für mind. eine Gruppe mit mind. einem anderen Vergleichsring sind signifikant

#### 5.1.2.4 Partizipationsstufen der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

Die Analyse der Partizipationsstufen in der politischen Beteiligung junger Menschen basieren auf den Ergebnissen sowohl der Online-Recherche als auch der kommunalen Abfrage und liefern ein detailliertes Bild der verschiedenen Ebenen, auf denen Jugendliche in politische Prozesse einbezogen werden. Beide Erhebungen zeigen, dass die Partizipationsangebote hauptsächlich auf den Stufen des Anhörens und der Mitgestaltung angesiedelt sind, wobei „Mitgestalten“ als die vorherrschende Form der Partizipation identifiziert wurde. Diese Stufe kennzeichnet sich durch aktive Beteiligung in permanenten Gremien, wie beispielsweise das Einbringen eigener Themen in Sitzungen der Stadtverwaltung.

Die Ergebnisse der Online-Recherche in Abbildung 27 verdeutlichen, dass ein beachtlicher Teil der Beteiligungsmöglichkeiten – 68 von 249 identifizierten Formaten – Elemente des „Mitbestimmens“ beinhaltet, während die Stufe „Mitentscheiden“ mit nur 18 identifizierten Formaten deutlich seltener vorkommt. Diese Verteilung bleibt über alle Vergleichsringe hinweg konsistent (vgl. Abbildung 23), was darauf hinweist, dass die Möglichkeit für junge Menschen, in politischen Entscheidungsprozessen eine entscheidende Rolle zu spielen, eher begrenzt ist.

Die Ergebnisse der kommunalen Abfrage ergänzen diese Erkenntnisse. Wie in Abbildung 29 zu sehen, ist die Mehrheit der Beteiligungsmaßnahmen darauf ausgerichtet, Ideen und Input zu sammeln (26 Prozent), gefolgt von Informieren und Rückmeldung einholen (jeweils 21 Prozent). Darüber hinaus wurden 18 Prozent der Maßnahmen durchgeführt, um Entscheidungen einzugrenzen und vorzubereiten, und 15 Prozent, um Entscheidungen durch die Beteiligten treffen zu lassen. Interessanterweise wurden zwischen dauerhaften und temporären Beteiligungsprozessen sowie über die verschiedenen Vergleichsringe hinweg keine signifikanten Unterschiede in Bezug auf die Partizipationsstufe festgestellt.

Die parallele Betrachtung der Ergebnisse aus beiden Erhebungen unterstreicht, dass die Beteiligung junger Menschen in der Politik tendenziell auf frühen Stufen der Partizipation wie dem Anhören und der Mitgestaltung konzentriert ist. Während diese Stufen wichtige Elemente der Einbindung darstellen, bleibt die direkte Einflussnahme auf Entscheidungen – insbesondere auf der Ebene des Mitentscheidens – relativ selten. Diese Erkenntnisse werfen wichtige Fragen hinsichtlich der Tiefe und des Umfangs der politischen Partizipation junger Menschen auf und weisen auf die Notwendigkeit hin, Wege zu finden, um Jugendliche stärker in Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihre Rolle von der bloßen Beratung hin zu tatsächlicher Entscheidungsmacht zu erweitern.

Abbildung 27 Partizipationsstufen der Beteiligungsmöglichkeiten insgesamt (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)

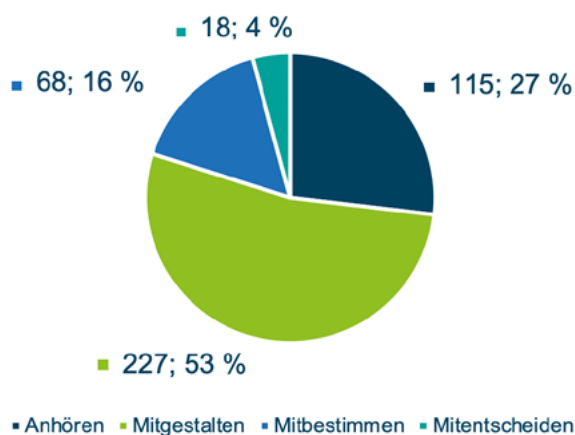


Abbildung 28 Partizipationsstufe der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)

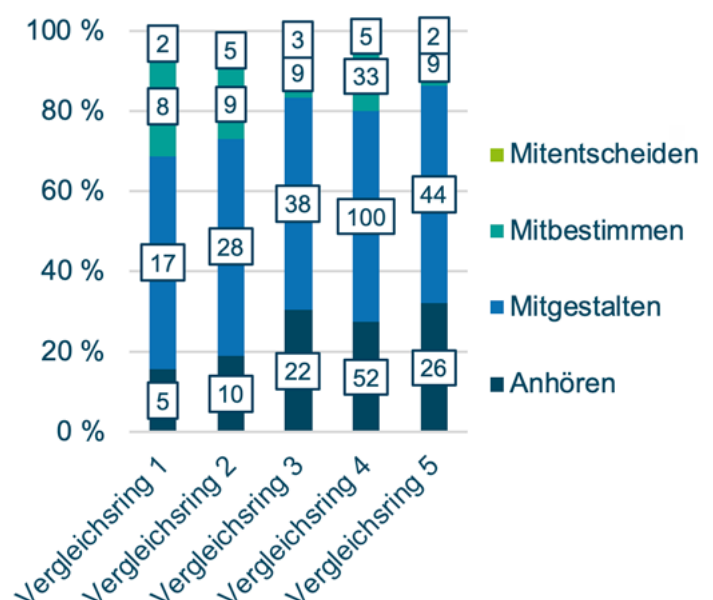
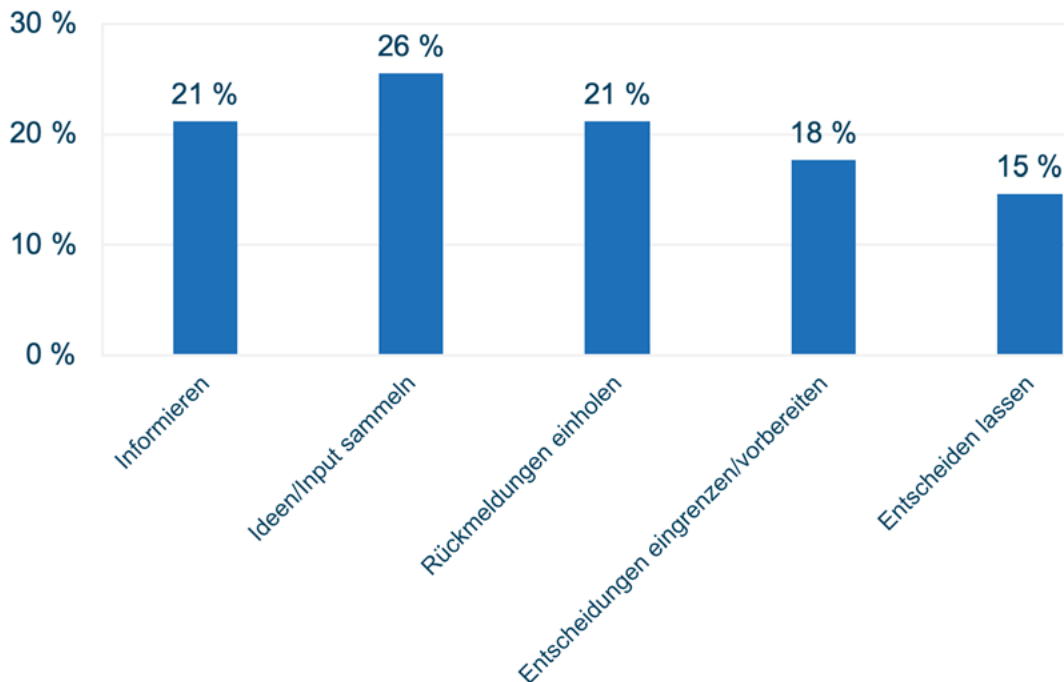


Abbildung 29 Partizipationsstufen der Beteiligungsmöglichkeiten  
(kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 697)



#### 5.1.2.5 Handlungsfelder der politischen Beteiligungsmöglichkeiten

Die Analyse der politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach Handlungsfeldern, basierend auf den Ergebnissen der Online-Recherche und der kommunalen Abfrage, zeigt unterschiedliche thematische Schwerpunkte auf.

Die Online-Recherche, visualisiert in Abbildung 30, identifiziert Bildung als das dominierende Handlungsfeld mit 26 Prozent, gefolgt von Demokratie (25 Prozent) und Stadtplanung (24 Prozent). Zusammen machen diese Felder 75 Prozent der politischen Beteiligungsmöglichkeiten aus, was auf eine starke Konzentration auf diese Themen hindeutet. Freizeitaktivitäten ist ein Handlungsfeld, das weniger vertreten ist. Zusätzliche Analysen zeigen jedoch, dass das Handlungsfeld „Freizeit“ mehrheitlich im Rahmen der institutionalisierten Beteiligung bearbeitet wird (100 von 154 Beteiligungsmöglichkeiten). Das Handlungsfeld Klimaschutz wurde nachträglich in die Recherche mitaufgenommen. Es ist mit 12 Prozent zwar das am wenigsten repräsentierte Handlungsfeld, bedurfte jedoch dennoch einer eigenen separaten Erfassung. Andere zusätzliche Felder wie Mobilität und Verkehr, Digitalisierung und Abfallentsorgung wurden mit einer deutlich geringeren Häufigkeit erfasst. Über die verschiedenen Vergleichsrunde hinweg waren keine Unterschiede in der Verteilung der Handlungsfelder zu beobachten.

Ergänzend dazu zeigen die Ergebnisse der kommunalen Abfrage in Abbildung 32, dass die meisten Beteiligungsmöglichkeiten im Handlungsfeld Freizeit angesiedelt waren; mit 28 Prozent die höchste Vertretung unter den abgefragten Feldern. Es folgen Demokratie (19 Prozent), Stadtplanung (17 Prozent) und Bildung (15 Prozent). Umwelt und Verkehr werden als die am seltensten thematisierten Felder aufgeführt, was auf eine geringere Priorisierung dieser Themen in den kommunalen Maßnahmen schließen lässt.

Die Ergebnisse der kommunalen Abfrage spiegeln die Ergebnisse der Online-Recherche im Großen und Ganzen wider. In beiden Datensätzen sind die Unterschiede zwischen temporären und dauerhaften Maßnahmen in allen Handlungsfeldern statistisch nicht signifikant, was darauf hindeutet, dass die Themenwahl relativ stabil ist und nicht von der Art der Maßnahme abhängt.



Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Bildung, Stadtplanung, Freizeit und Demokratie wichtige Handlungsfelder in der politischen Partizipation junger Menschen darstellen, die sowohl durch Online-Plattformen als auch durch kommunale Initiativen abgedeckt werden. Dabei ist das Handlungsfeld Freizeit besonders in institutionalisierten Beteiligungsprozessen vertreten und weniger in nicht-institutionalisierten Prozessen. Die geringere Vertretung von Feldern wie Umwelt und Verkehr in der kommunalen Abfrage könnte ein Anzeichen dafür sein, dass bestimmte Themen in der offiziellen politischen Agenda der Kommunen weniger Raum einnehmen. Diese Erkenntnisse können für die Entwicklung zukünftiger Beteiligungsstrategien genutzt werden, um sicherzustellen, dass eine breite Palette von Themen, die für junge Menschen von Interesse sind, berücksichtigt wird.

Abbildung 30 Handlungsfeld der Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)

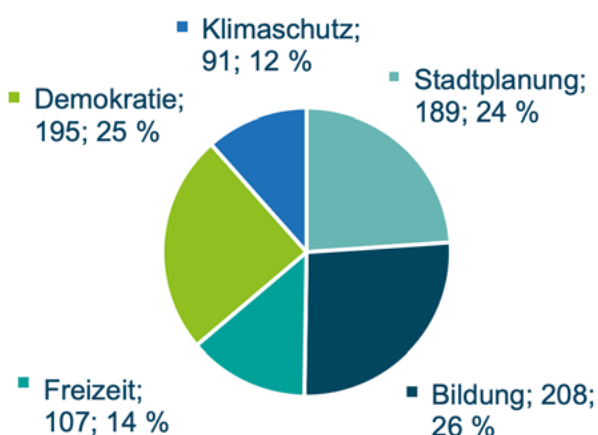


Abbildung 31 Handlungsfeld der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsring (Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)

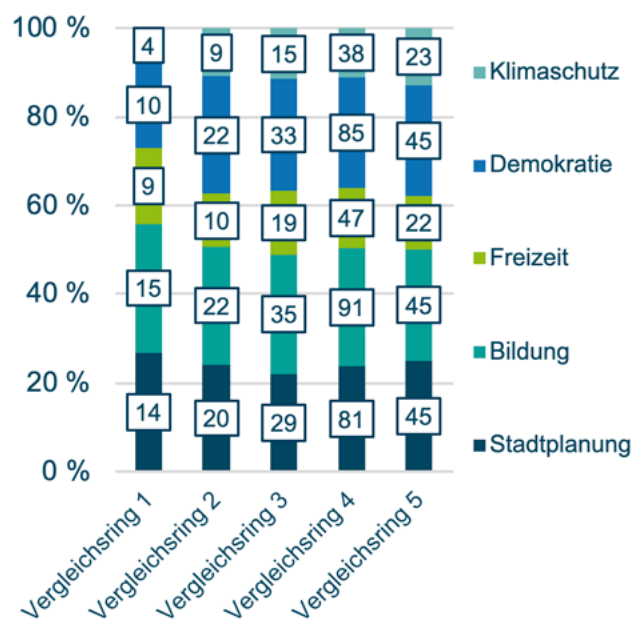
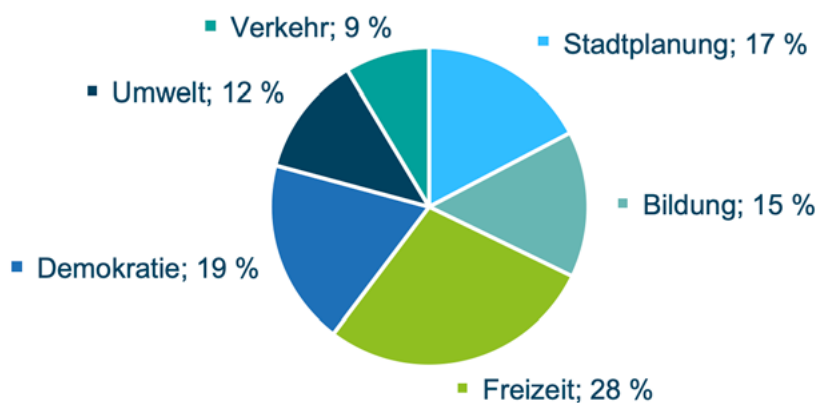


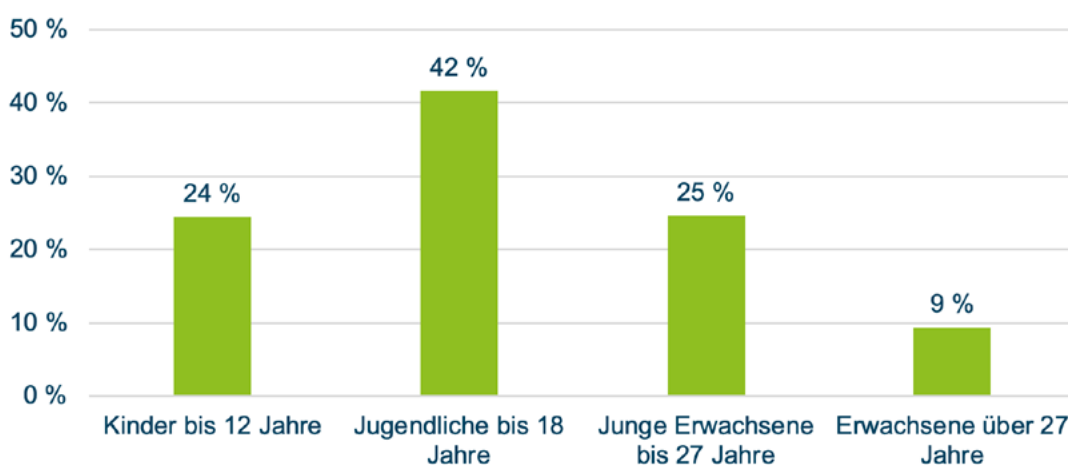
Abbildung 32 Handlungsfeld der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 502)



### 5.1.2.6 Zielgruppen und ihre Erreichung bei den politischen Beteiligungsmöglichkeiten

Zu den Zielgruppen und der Zielgruppenerreichung lassen die Daten aus der kommunalen Abfrage sowie die Ergebnisse der Interviews mit Expertinnen und Experten Rückschluss zu. Die Ergebnisse der kommunalen Abfrage in Abbildung 33 zeigen ein deutliches Bild: Der Großteil der Maßnahmen konzentriert sich auf Jugendliche bis 18 Jahre, die mit 42 Prozent die Hauptzielgruppe darstellen. Ein weiteres Viertel der Angebote richtet sich an junge Erwachsene bis 27 Jahre und ein knappes weiteres Viertel an Kinder bis 12 Jahre. Lediglich 9 Prozent der Maßnahmen adressierten zusätzlich zu jungen Menschen auch Erwachsene über 27 Jahre. Diese Verteilung spiegelt die explizite Fokussierung auf Minderjährige wider. Es wurden keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Zielgruppen zwischen dauerhaften und temporären Maßnahmen festgestellt, ebenso zeigen sich über die verschiedenen Vergleichsringe hinweg keine signifikanten Unterschiede.

Abbildung 33 Zielgruppe der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 353)



Die Expertinnen- und Experteninterviews ergänzen diese Ergebnisse mit tieferen Einblicken in die Praxis und Herausforderungen der Zielgruppenerreichung. Ein Experte aus einer ländlich geprägten Region ist der Meinung, dass manche Diversitätsdimensionen in seiner Kommune eine untergeordnete Rolle spielen, da es nur sehr wenige queere Personen oder Menschen mit Migrationshintergrund gebe. In Bezug auf das Bildungsniveau ist er bemüht, auch „sogenannte Bildungsbenachteiligte“ mitzunehmen und Angebote dementsprechend anzupassen (Exp.-kommunal-3).

Die Expertinnen und Experten sind zudem der Meinung, dass Beteiligung mit zunehmendem **Alter** einfacher werde. Dies hänge mit zunehmender Schulbildung und der Fähigkeit sich schriftlich auszudrücken zusammen: „Grundsätzlich wird Beteiligung weniger berücksichtigt, je jünger die Kinder sind, was nachvollziehbar ist, da die Methoden auch schwieriger sind.“ (Exp.-kommunal-2). Außerdem würden die Lebensrealitäten der jungen Menschen mit zunehmendem Alter denen der Erwachsenen ähnlicher (Exp.-Verein-landesweit-1)

Inwiefern die erreichte Gruppe **divers** ist, hängt zudem stark vom jeweiligen Beteiligungsformat ab: „Je intellektueller ein Format ist und je mehr es erfordert, desto größer wird natürlich der Anteil der gesellschaftlichen Gewinner, also der Bildungsstarken und der Finanzstarken.“ (Exp.-kommunal-2). Je nach Format sei politisches Engagement auch ein Ehrenamt und auch das müsse man „ein Stückweit auch leisten können“ (Exp.-kommunal-2), dies deckt sich mit der Erfahrung eines anderen Experten: „Leider spricht [das sogenannte Jugendforum] nur eine bestimmte Gruppe von jungen Menschen an, vorwiegend aus höheren Bildungsschichten und finanziell gut abgesicherten Familien“ (Exp.-kommunal-1).

Um die Frage der Diversität der beteiligten jungen Menschen zu gewährleisten könne man auf zwei Systeme setzen: So sei die gesamte Jugendarbeit mit ihrem „Facettenreichtum [...] eine sehr gute Ressource für kommunalpolitische Beteiligungsprozesse. [...] Die Bandbreite der erreichten Jugendlichen durch Kinder- und Jugendarbeit im Allgemeinen ist schon sehr groß, und sie deckt meiner Einschätzung nach auch tatsächlich relativ gut die gesellschaftliche Struktur ab.“ Noch repräsentativer würde es, wenn man auf das System Schule setze, wobei hier die Freiwilligkeit eingeschränkt sei (Exp.-kommunal-2).

Ein anderer Experte ist der Meinung, dass von einer guten Vermittlung zwischen den Lebenswelten der Jugendlichen und der Kommunalverwaltung alle Jugendlichen profitieren: „Es kommt nicht so sehr aufs Alter an, sondern eher auf die Übersetzungsleistung“ (Exp.-Vereinslandesweit-1).

Zentral für das Erreichen verschiedener Zielgruppen ist demnach (1) die Kombination verschiedener Formate, (2) die Kombination verschiedener Ansprachewege (über Netzwerke, Werbung, digital) und (3) relevanter und interessanter Themen. Schließlich ist eine adäquate Moderation bzw. Übersetzung innerhalb der Formate entscheidend, damit alle gehört werden können.

In Bezug auf die Ansprache der Zielgruppen zeigen die Ergebnisse der Online-Recherche in Abbildung 34, dass 45 Prozent der Beteiligungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum beworben werden. Soziale Medien spielen ebenfalls eine wichtige Rolle und werden für 29 Prozent der Zielgruppenansprache verwendet, sowohl von selbstorganisierten Beteiligungsformaten als auch von Verwaltungen. Die Ansprache über das soziale Umfeld ist insbesondere bei selbstorganisierten Partizipationsformen wie den „Fridays for Future“ Netzwerken relevant und spiegelt sich in 18 Prozent der identifizierten Beteiligungsmöglichkeiten wider. Bildungseinrichtungen und Vereine bzw. Organisationen werden mit 5 bzw. 3 Prozent weniger für die Zielgruppenansprache genutzt. In Vergleichsring 1 wurden diese Formen der Zielgruppenerreichung nicht identifiziert, was eine gewisse Abweichung darstellt. Abgesehen davon zeigt sich in Abbildung 35 über die Vergleichsringe hinweg ein homogenes Bild der Zielgruppenerreichung, welches die generelle Verteilung widerspiegelt.

Abbildung 34 Zielgruppenerreichung bei Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)

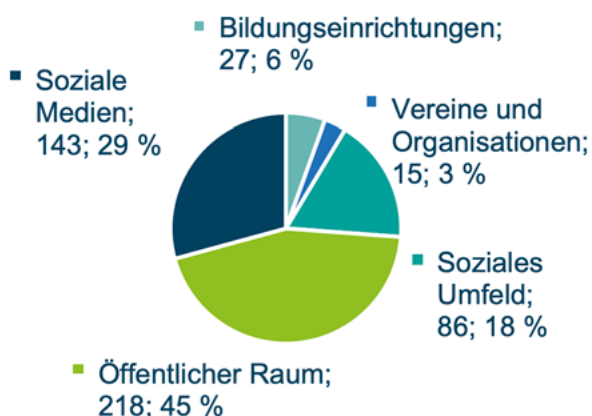
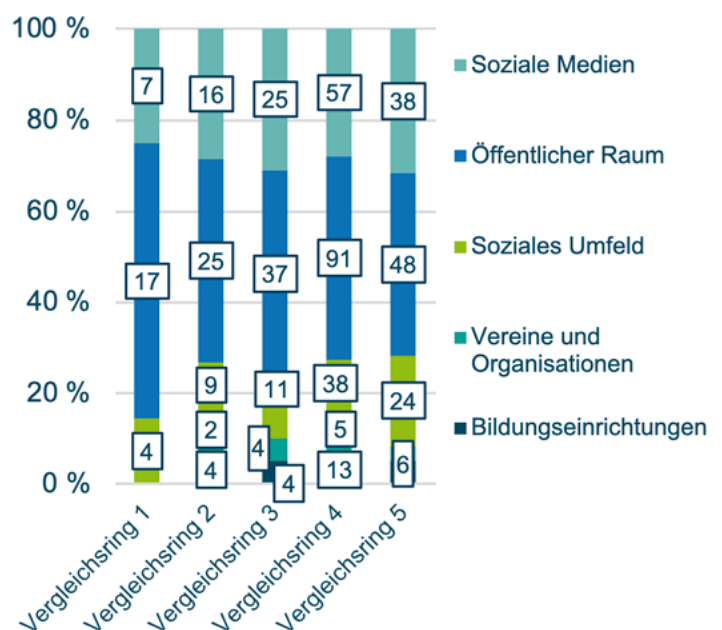


Abbildung 35 Zielgruppenerreichung bei Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)



### 5.1.2.7 Durchführende Organisationen der Beteiligungsmöglichkeiten

Die Synthese der Ergebnisse aus der Online-Recherche und der kommunalen Abfrage hinsichtlich der durchführenden Organisationen politischer Beteiligungsmöglichkeiten in Abbildung 36, Abbildung 37 und \* Mittelwertsunterschiede zwischen mind. zwei Vergleichsringen bei mind. einem Akteur sind signifikant

Abbildung 38 zeigt aufschlussreiche Tendenzen.

Beide Erhebungen bestätigen, dass Verwaltungen eine zentrale Rolle bei der Durchführung der Beteiligungsmöglichkeiten einnehmen, wobei die Online-Recherche eine Beteiligung von 39 Prozent und die kommunale Abfrage eine Beteiligung von 42 Prozent ausweist. Zivilgesellschaftliche Akteure stellen einen fast ebenso großen Anteil, mit 38 Prozent laut Online-Recherche und 23 Prozent laut kommunaler Abfrage. Sie spielen besonders bei selbstorganisierten Teilnehmungsformen eine signifikante Rolle. Netzwerke werden in der Online-Recherche spezifisch mit 21 Prozent benannt, während die kommunale Abfrage diese möglicherweise unter „Andere Akteure“ subsummiert, die dort 13 Prozent ausmachen. Privatwirtschaftliche Akteure sind in beiden Erhebungen vertreten, aber in geringerem Umfang, mit nur 2 Prozent in der Online-Recherche und 14 Prozent in der kommunalen Abfrage. Wissenschaftliche Akteure werden ausschließlich in der kommunalen Abfrage erwähnt und bilden dort mit 8 Prozent das Schlusslicht.

Interessante regionale Unterschiede werden in der Online-Recherche aufgezeigt, wo Vergleichsring 5 einen geringeren Anteil an Verwaltungen und einen höheren Anteil an zivilgesellschaftlichen Akteuren und Netzwerken aufweist, was auf eine weniger institutionalisierte Teilnehmungsstruktur in strukturschwachen Regionen mit stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren hindeutet. Die kommunale Abfrage zeigt signifikante Unterschiede zwischen den Vergleichsringen 3 und 4 sowie 3 und 5, vor allem bei nicht-wissenschaftlichen Akteuren. Es wird auch eine signifikante Varianz zwischen dauerhaften und temporären Maßnahmen in Bezug auf die durchführenden Organisationen festgestellt, wobei wissenschaftliche Akteure wiederum eine Ausnahme bilden.

Zusammenfassend legen die Ergebnisse nahe, dass Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Akteure die Hauptakteure bei der Durchführung politischer Teilnehmungsprozesse sind. Die Rolle von Netzwerken und privaten Akteuren ist zwar geringer, aber dennoch relevant, insbesondere in strukturschwachen Regionen mit stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren und bei selbstorganisierten Formaten. Die signifikanten Unterschiede zwischen den Vergleichsringen und die Art der Maßnahmen unterstreichen die Diversität der Durchführungslandschaft politischer Partizipation und spiegeln die Vielfalt an Strukturen und Ansätzen wider, die in verschiedenen Regionen und Kontexten zum Tragen kommen.

Abbildung 36 Durchführende Organisation der Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Recherche, Anteile in Prozent, Datenbeschriftung inkl. Fallzahlen, N = 249)

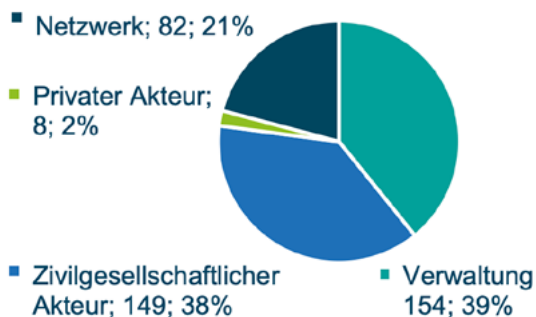
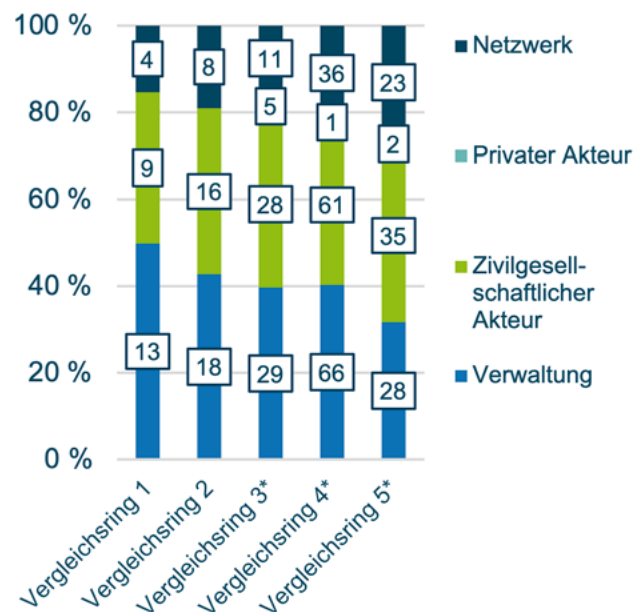
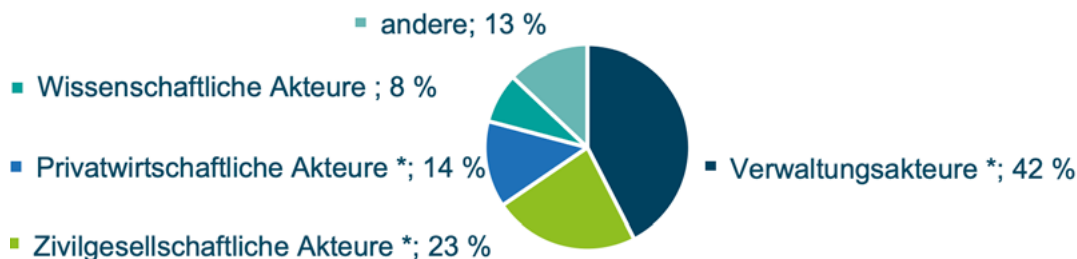


Abbildung 37 Durchführende Organisation der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (Online-Recherche, Balken in Prozent, Datenbeschriftung in Fallzahlen, N = 249)



\* Mittelwertsunterschiede zwischen mind. zwei Vergleichsringen bei mind. einem Akteur sind signifikant

Abbildung 38 Durchführende Organisation der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Anteile in Prozent, N = 269)



\* Mittelwertsunterschiede zwischen dauerhaften und temporären Maßnahmen sind signifikant

#### 5.1.2.8 Politische Responsivität bei den Beteiligungsmöglichkeiten

Die kommunale Abfrage zur politischen Responsivität, definiert als die Berücksichtigung von Beteiligungsergebnissen im weiteren politischen Entscheidungsprozess, liefert Einsichten in das Ausmaß, in dem die Stimmen der jungen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich Einfluss nehmen. Die Befragten in der kommunalen Abfrage bewerteten die Responsivität auf einer Skala von 1 bis 5, mit einem Durchschnittswert von 3,2. Interessanterweise zeigte sich, dass die Ergebnisse temporärer Maßnahmen mit einem höheren Durchschnittswert von 3,8 tendenziell häufiger in den politischen Entscheidungsprozess einfließen als jene der dauerhaften Maßnahmen, die einen Durchschnitt von 3,3 aufwiesen.

Die Durchschnittswerte variieren über die Vergleichsringe hinweg, wobei der Vergleichsring 2 mit einem Wert von 1 den niedrigsten Durchschnitt verzeichnet. Allerdings basiert dieser Wert lediglich auf einem einzigen Beteiligungsprozess, weshalb diese Zahl als nicht aussagekräftig betrachtet werden muss. Der Vergleichsring 5 hingegen zeigt mit einem Wert von 4,2 die höchste durchschnittliche politische Responsivität. Trotz dieser Unterschiede in den Durchschnittswerten ist festzustellen, dass die Variation über die Vergleichsringe hinweg statistisch

nicht signifikant ist. Ebenso erweisen sich die Unterschiede zwischen den dauerhaften und temporären Maßnahmen als nicht signifikant.

Diese Erkenntnisse deuten darauf hin, dass, obwohl temporäre Maßnahmen scheinbar besser in den politischen Entscheidungsprozess integriert werden, insgesamt keine signifikanten Unterschiede hinsichtlich der Berücksichtigung von Bürgerbeteiligung zwischen den verschiedenen Vergleichsringen bestehen. Dies könnte darauf hinweisen, dass die politische Responsivität nicht notwendigerweise von der Struktur oder Dauerhaftigkeit der Beteiligungsprozesse abhängt, sondern von anderen Faktoren beeinflusst wird, die in der Befragung nicht erfasst wurden. Die Gleichförmigkeit der Responsivität über die verschiedenen Bereiche hinweg bietet eine Basis für die weitere Untersuchung darüber, wie politische Entscheidungsträgerinnen und -träger die Beiträge der Beteiligungsprozesse bewerten und inwiefern diese in substantielle politische Aktionen übersetzt werden.

Abbildung 39 Politische Responsivität nach Dauer der Beteiligungsmöglichkeiten (kommunale Abfrage, Mittelwerte N = 249)

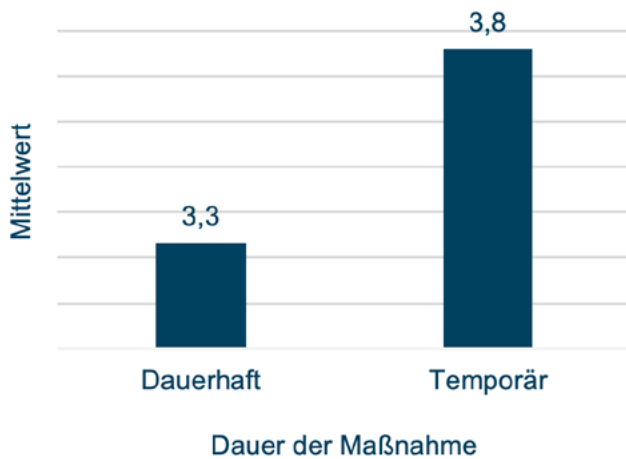
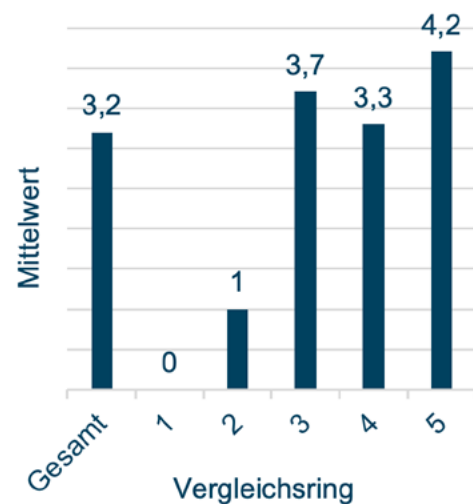


Abbildung 40 Politische Responsivität bei den Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen (kommunale Abfrage, Mittelwerte N = 249)



### 5.1.3 Förderliche und hinderliche Bedingungen

Hinweise zu den förderlichen und hinderlichen Bedingungen bei der Gestaltung eines politischen Beteiligungsangebots lassen sich aus den Interviews mit Expertinnen und Experten extrahieren, deren Meinungen aus dem kommunalen Bereich sowie Beobachtungen aus der Praxis in die Diskussion einfließen, um ein umfassendes Bild der aktuellen Situation und möglicher Verbesserungspfade zu skizzieren. Nachfolgend wird auf Basis dieser Datenbasis ein tiefgehender Blick auf die strukturellen, ressourcenbezogenen und kommunikativen Aspekte geworfen, die die politische Beteiligung junger Menschen begünstigen oder behindern. Es werden Einsichten aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet, beginnend mit der kritischen Analyse der strukturellen Verankerung politischer Beteiligungsprozesse und der Klarheit gesetzlicher Ansprüche, über die Notwendigkeit angemessener Budgets und Ressourcenausstattung, bis hin zu den Herausforderungen und Chancen der Zielgruppenansprache und -erreichung durch unterschiedliche Kanäle und Netzwerke.

#### 5.1.3.1 Mangel an strukturierter Herangehensweise und unklare Definition des gesetzlichen Anspruchs

Verschiedene Expertinnen und Experten bemängeln, dass es keine „systematische Herangehensweise“ gebe (Exp.-kommunal-2) und die „strukturelle Verankerung [bspw. in Form eines politischen Beschlusses]“ fehle (Exp.-kommunal-3). „Es gibt immer wieder punktuelle Beteiligung [...]. Ich nehme das aber so wahr, dass das nicht strukturell verankert ist, sondern nach Bedarf umgesetzt wird.“ (Exp.-Verein-landesweit-3). Wenn politische Beteiligung junger Menschen auf kommunaler Ebene institutionalisiert werden sollte, müsse von der Landesebene

eine Struktur geschaffen werden (Exp.-Verein-landesweit-1). Eine Expertin hat aber auch den Eindruck, dass dieser Mangel langsam ins politische Bewusstsein gerate: „Die Forderung ‚wir brauchen Kinder- und Jugendbeteiligung und dafür müssen wir Strukturen schaffen‘, das merke ich, ist langsam angekommen.“ – die Einrichtung der Fachstelle Jugendbeteiligung sei ein Signal dafür (Exp.-Verein-landesweit-3).

Mehrere Expertinnen und Experten sprechen sich dafür aus, die Soll-Regelung des § 36 NKomVG durch eine **Muss-Regelung** zu ersetzen: „Wir haben die Kommunalverfassung, da haben wir noch eine „Soll“-Bestimmung drin, das sollte eine „Muss“-Bestimmung werden, wobei das „Muss“ natürlich kontrollierbar sein müsste.“ (Exp.-kommunal-3). Die aktuelle „Soll-Formulierung“ bedeute, dass man begründen müsse, wenn man Beteiligung nicht umsetzen könne, dies sei „so eine kleine Lücke“. In anderen Bundesländern gebe es eine Muss-Formulierung „und das wäre sicherlich auch mein Anliegen, um auch die entsprechenden Strukturen auf kommunaler Ebene zu schaffen [...] das würde ich mir sehr wünschen.“ (Exp.-Verein-landesweit-3). Ein weiterer Experte ist der Meinung, dass eine entsprechende Veränderung der Soll- in eine Muss-Formulierung der Thematik eine größere Bedeutung verleihen würde, sorgt sich aber zugleich, dass dies „Panik“ bei den Verantwortlichen auslösen könne und fordert daher unterstützende Maßnahmen (Exp.-kommunal-1). Ein weiterer Experte ist der Meinung, es müsse im Bereich der politischen Beteiligung „dringend etwas passieren [...] damit sich da endlich etwas bewegt und die Gesetze ein Stück weiter umgesetzt werden“. Wie genau dies zu erreichen ist, lässt er offen, meint aber es müsse „Handreichungen oder Verpflichtungen geben“ und wünscht sich ein stärkeres Einsetzen des Landes für die politische Beteiligung junger Menschen gegenüber Landkreisen und Kommunen (Exp.-kommunal-4).

Zudem berichten Expertinnen und Experten, dass die Umsetzung des Anspruchs, **junge Menschen an den Belangen** zu beteiligen, die sie betreffen, gelegentlich daran scheitert, dass unklar ist, was dieser Anspruch bedeutet: Zum einen ist unklar, was diese „Belange“ genau sind: „Ich sehe nicht, dass Jugendliche an allem beteiligt werden, was sie betrifft. Man argumentiert dann, dass das neue Baugebiet nichts mit Jugendlichen zu tun hat. Aber wer wohnt denn da später? [...] Natürlich müssen sie beteiligt werden. Auch die Straßenführung hat etwas mit Kindern und Jugendlichen zu tun, aber man spricht das gerne ab und beteiligt sie nur beim Spielplatzumbau.“ (Exp.-Verein-landesweit-2). Zum anderen ist die Abgrenzung zwischen „Alltagspartizipation“ und politischer Beteiligung ein Streitpunkt: „Wenn ich den Kollegen vor Ort erzähle, dass ich mich für kommunalpolitische Beteiligung einsetze, beziehe ich mich nicht auf die Alltagsbeteiligung, wie zum Beispiel die Entscheidung über das nächste Essen oder den nächsten Film. Es geht um die politische Beteiligung, bei der es um Mitreden und Mitgestalten in Bezug auf das Quartier, den Kiez, die Stadt oder Infrastrukturprojekte wie eine Bahnlinie geht. Dies ist eine andere Ebene der Beteiligung, und leider ist die Wertschätzung dafür nicht so hoch, wie sie eigentlich sein sollte.“ (Exp.-kommunal-1)

### 5.1.3.2 Budget und Ressourcenausstattung

Die befragten kommunalen Expertinnen und Experten vertreten jeweils Kommunen, die nach eigener Angabe jeweils relativ gut ausgestattet sind. Dies erachten sie als förderlich für das örtliche Beteiligungsangebot: Im Rahmen der Interviews mit Expertinnen und Experten wurde deutlich, dass sich das Angebot für politische Partizipation vor Ort stark unterscheidet: Aus einer Samtgemeinde wird berichtet, dass man im Haushalt nun einen Etat für Kinder- und Jugendbeteiligung eingestellt habe, um Anreize für Beteiligungsprojekte zu setzen (Exp.-kommunal-3), in einer kreisfreien Stadt gibt es ebenfalls ein Budget und mehrere Planstellen für das Thema Jugendbeteiligung, basierend auf einem Austausch mit anderen Personen auf ähnlichen Positionen bezeichnet die interviewte Person dies als „absolut luxuriöse Situation“ (Exp.-kommunal-1). Mit diesen Mitteln würden u. a. Neugestaltungen von Spiel- und Jugendplätzen durch einen fortlaufenden Beteiligungsprozess von Kindern und Jugendlichen begleitet, eine Jugendkonferenz sowie zukünftig ein Jugendparlament organisiert. Trotzdem müsse der Interviewte „persönlich dafür kämpfen, dass Beteiligung als Querschnittsthema anerkannt wird“ (Exp.-kommunal-1). Aus einer weiteren Kommune wird ebenfalls die „Spielplatzbeteiligung“ als Selbstverständlichkeit dargestellt. Zusätzlich gebe es hier eine wiederkehrende stadtweite Befragung von Schülerinnen und Schülern zum Thema Freizeit und Gremien wie Stadtschülerinnen- und Stadtschülerrat und Stadtjugendring – letztere wird mit drei Vollzeitstellen begleitet, was sehr umfangreich im Vergleich zu anderen



Kommunen sei (Exp.-kommunal-2). Ein Experte fordert zudem finanzielle Mittel für Projekte auf lokaler Ebene (Exp.-kommunal-3). Aus Sicht einer Expertin brauche Demokratie Erfahrung (Exp.-Verein-landesweit-2), hierfür sind finanzielle Mittel notwendig.

### 5.1.3.3 Mangelndes Wissen und Aufmerksamkeit sowie Bedarf nach Weiterbildungsmöglichkeiten

Aus Sicht der Expertinnen und Experten ist zentral für ein gutes Beteiligungsangebot, dass es von dafür qualifizierten Menschen durchgeführt wird. Einerseits mangle es in Politik und Verwaltung an Bewusstsein und Wissen zu dieser Thematik (Exp.-kommunal-1, Exp.-kommunal-2, Exp.-kommunal-4). So vermutet eine Expertin, dass vielen Personen in der Kommunalverwaltung der Inhalt von § 36 NKomVG und wie explizit Jugendbeteiligung dort gefordert ist, nicht bekannt sei. Es mangle dann nicht an Willen, sondern an Bewusstsein für den Aufwand, der notwendig sei, um hier Veränderungen anzustoßen (Exp.-kommunal-4). Dies verstärkte die in Abschnitt 5.1.3.1 geschilderte Unklarheit der gesetzlichen Vorgabe zusätzlich. In einer Kommune wird die Bedeutung des politischen Rückhalts im Stadtrat unterstrichen: Hier wurde ein Jugendparlament gefordert, woraufhin das Thema „viel Aufmerksamkeit erhalten“ habe und „konkrete Maßnahmen, darunter mehr Finanzmittel, zusätzliche Stellen und die Einrichtung eines Jugendbüros“ umgesetzt werden konnten (Exp.-kommunal-1).

Aber auch bei pädagogischen Fachkräften bedürfe es Qualifizierung (Exp.-kommunal-1, Exp.-kommunal-2). Ressourcen für die Fortbildung von Menschen, die Kinder- und Jugendbeteiligung durchführen, werden gefordert, denn es sei „wichtig, dass das Qualifizierte machen, das ist eine Grundlage für diese Arbeit“ (Exp.-kommunal-3).

Für beide Zielgruppen können man an bestehende Angebote anknüpfen, so werden die Fortbildungsangebote des Deutschen Kinderhilfswerks mehrfach genannt (Exp.-kommunal-1, Exp.-Verein-landesweit-3). Diese hätten eine längere Zeit nicht stattgefunden, die Moderationsausbildung für Kinder- und Jugendbeteiligung für Fachkräfte sei in Niedersachsen nun wieder verfügbar (Exp.-Verein-landesweit-3).

### 5.1.3.4 Bürokratische Hürden vs. Niedrigschwelligkeit von Angeboten

Vertretende der Kommunen sind bemüht, Beteiligungsangebote niedrigschwellig zu gestalten. Dazu werden u. a. digitale Angebote als zentral erachtet. Junge Menschen bewegen sich viel im digitalen Raum und „Wenn man beteiligen möchte, trauen sich junge Menschen eher, das mal kurz ins Handy zu tippen oder kurz einen QR-Code zu scannen als drei Seiten Befragung auszufüllen.“ (Exp.-kommunal-4). Digitale Beteiligung wird insbesondere als wichtig erachtet, „um junge Menschen zu erreichen, die vielleicht keine Lust haben, sich regelmäßig zu beteiligen“ (Exp.-kommunal-1). Zudem achten Jugendliche sehr darauf, was andere denken, so dass die Anonymität des digitalen Raums förderlich sein könne. Diese Anonymität werde – so die Erfahrung einer Expertin – nicht für „Spaßantworten“ ausgenutzt, sondern ermögliche „wertvolle Antworten, die jeder für sich treffen kann, ohne sozialen Druck zu verspüren“ (Exp.-Verein-landesweit-1).

Allerdings stehen diese Tools auf kommunaler Ebene engagierten Personen häufig nicht oder nicht in dem gewünschten Maße zur Verfügung. „Doch trotz der Vielzahl von digitalen Tools stehen uns aufgrund von verwaltungstechnischen und datenschutztechnischen Gründen begrenzte Möglichkeiten zur Verfügung“ (Exp.-kommunal-1). Häufig fehle es an einer „jugendgerechten Ansprache, einer jugendgerechten Erreichung von Menschen, aber auch fehlende Kanäle zur Beteiligung“ (Exp.-Verein-landesweit-1). Zwar seien „Soziale Medien das Mittel der Wahl“, diese dürften aber teilweise nur indirekt über die Pressestelle der Kommunen bespielt werden (Exp.-kommunal-4).

Ein anderer Experte schildert, dass er Jugendlichen gerne Verpflegung bereitstelle, um einen längeren konzentrierten Austausch zu ermöglichen, oder Fahrtkosten erstatte. Der Kauf der Fahrkarten sei in der Verwaltung kompliziert gewesen und zugleich habe er Sorge, dass dies vom Rechnungsprüfungsamt angemahnt werden könne. Er könne hier weitere Beispiele anführen bei denen er „verwaltungsintern [vor] absolute Herausforderungen“ gestellt werde (Exp.-kommunal-1).

### 5.1.4 Zusammenfassung und Fazit: Die politischen Teilteilungsangebote in Niedersachsen

Die Untersuchung der politischen Teilteilungsangebote für junge Menschen in Niedersachsen, basierend auf Online-Recherche, kommunaler Abfrage und Expertinnen und Experteninterviews, offenbart vorrangig Angebote auf kommunaler Ebene mit einer Neigung zu dauerhaften und präsenzbasierten Formaten. Digitale und hybride Teilteilungsformen werden, trotz ihrer Relevanz für junge Menschen, seltener genutzt, was eine Lücke zwischen den Teilteilungspräferenzen junger Menschen und den angebotenen Formaten aufzeigt. Institutionalisierte Formen der Teilteiligung dominieren, obwohl eine signifikante Anzahl nicht-institutionalisierter Angebote auf eine dynamische Teilteiligungslandschaft hinweist. Dennoch bleiben echte Entscheidungsmacht und höhere Partizipationsstufen wie „Mitentscheiden“ für junge Menschen oft unzugänglich. Die thematische Fokussierung liegt auf Bildung, Stadtplanung und Demokratie, während andere wichtige Bereiche wie Umwelt und Verkehr unterrepräsentiert sind.

Hauptakteure bei der Durchführung dieser Angebote sind Verwaltungen und zivilgesellschaftliche Organisationen, wobei die politische Responsivität – die Einbindung der Teilteiligungsergebnisse in politische Entscheidungen – über verschiedene Maßnahmen und Regionen hinweg keine signifikanten Unterschiede aufweist.

Die Interviews verdeutlichen den Bedarf einer systematischen, strukturell verankerten Herangehensweise an politische Teilteiligung und den dringenden Wunsch, gesetzliche „Soll“-Vorschriften in verbindliche „Muss“-Bestimmungen zu überführen, um eine effektive und verbindliche Teilteiligungsstruktur zu etablieren.

Zusammenfassend zeigt sich, dass trotz einer Vielfalt an Teilteiligungsangeboten strukturelle, technologische und thematische Lücken bestehen. Es besteht ein dringender Bedarf, politische Teilteiligungsangebote weiterzuentwickeln, um sie zugänglicher, relevanter und wirkungsvoller für junge Menschen zu gestalten und ihre aktive Rolle in der demokratischen Gesellschaft Niedersachsens zu stärken. Eine wichtige Bedeutung kommt hier der Schule als Bindeglied zwischen Peers, Elternhaus und gesteuerter Erziehung zu Demokratiebewusstsein zu.

## 5.2 Nachfrage: Erfahrungen und Wünsche von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Online-Befragung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen dargestellt und durch die Ergebnisse der Fokusgruppeninterviews ergänzt. Hierdurch kann überprüft werden, ob sich die Nachfrage zu Teilteiligungsangeboten in Niedersachsen mit dem Angebot decken und wo Lücken bestehen. In einem ersten Schritt werden die Ergebnisse univariat dargestellt. In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse bivariat mit den individuellen und kontextbasierten Faktoren in Bezug gesetzt, die im Rahmen des Forschungsstands (vgl. Kapitel 2.3) und des theoretischen Modells (vgl. Kapitel 3.2) als wichtige Bedingungsfaktoren von politischer Teilteiligung identifiziert wurden. Dazu gehören insbesondere die soziodemographischen Variablen Alter, Bildung und die Vergleichsringe. Die Ergebnisse werden weiterhin entlang verschiedener Bereiche präsentiert. Begonnen wird mit der Nutzung politischer Teilteiligungsmöglichkeiten, also der politischen Aktivität, welche die abhängige Variable darstellt. Nachfolgend werden die Ergebnisse zur sozialen Teilteiligung, den Themen, zu denen sich beteiligt wurde, die Erwartungen an und die Zufriedenheit mit Teilteiligungsangeboten, das Interesse und Information sowie teilteiligungsspezifische Einstellungen vorgestellt, die dazu dienen politische Aktivität oder Passivität zu erklären. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Daten aus der Online-Umfrage nicht repräsentativ sind, sondern lediglich Rückschlüsse auf die Stichprobe zulassen (vgl. Kapitel 4.4), in der junge Menschen mit einem höheren formalen Bildungsgrad überrepräsentiert sind. Diese Überrepräsentation hat auch Auswirkungen auf die Signifikanztests.

### 5.2.1 Politische Aktivität und Passivität

Die politische Aktivität beziehungsweise Passivität junger Menschen wurde anhand von verschiedenen Fragebatterien erfasst<sup>16</sup>. Zunächst erhielten die Teilnehmenden eine Liste mit 20 Beteiligungsmöglichkeiten in Niedersachsen und wurden gebeten, die Beteiligungsmöglichkeiten anzukreuzen, die sie in den letzten 12 Monaten genutzt haben (siehe Abbildung 41).

Mit Blick auf die Wahlbeteiligung von jungen Menschen in Niedersachsen ist zu erkennen, dass weniger als die Hälfte der befragten Personen von ihrem Wahlrecht bei der Bundes-, Landtags- und Kommunalwahl Gebrauch gemacht haben (siehe Abbildung 41). Die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl ist mit 43 Prozent am höchsten. Hier ist jedoch zu betonen, dass bei Kommunalwahlen in Niedersachsen alle deutschen oder EU-Staatsangehörigen aktiv wahlberechtigt sind, die am Wahltag 16 Jahre alt sind (Niedersächsische Landeswahlleiterin, 2024). Somit können bei der Kommunalwahl in Niedersachsen mehr Menschen wählen als bei der Landtags- beziehungsweise Bundestagswahl. Zum Vergleich liegen amtliche Statistiken zur Bundes- und Landtagswahl 2017 in Niedersachsen vor. Für die Kommunalwahlen werden diese Daten nicht generiert. Die offiziellen Wahlstatistiken zur letzten Landtagswahl und Bundestagswahl zeigen eine etwas höhere Wahlbeteiligung bei den jungen Menschen. Bei den Landtagswahlen in Niedersachsen 2017 lag die offizielle Wahlbeteiligung zwischen 39 und 44 Prozent je nach Altersgruppe (Landesamt für Statistik Niedersachsen, 2019b). Bei der Bundestagswahl 2017 lag die Wahlbeteiligung laut offiziellen Statistiken je nach Altersgruppe zwischen 61 und 65 Prozent (Landesamt für Statistik Niedersachsen, 2019a). Die hier vorliegenden Daten zur Beteiligung an den Landtags- und Bundestagswahlen in Niedersachsen sind daher wahrscheinlich etwas unterschätzt. Ein Experte ist der Meinung, dass die Herabsetzung des passiven Wahlrechts eine Möglichkeit wäre, „Jugendliche wirklich zu beteiligen“ (Exp.-kommunal-2). Aus seiner Sicht wäre es „konsequent“, die Meinung von Jugendlichen nicht nur einzuholen und zu vertreten, sondern zu ermöglichen, dass sie sich selbst vertreten, indem das passive Wahlrecht herabgesetzt wird und bspw. Jugendliche in den Rat gewählt werden könnten. Dies erfordere eine breite Debatte, aber „der Schlüssel [...] liegt im passiven Wahlrecht, wenn echte Mitbestimmung erreicht werden soll“ (Exp.-kommunal-2).

Neben der Beteiligung an Wahlen stehen den jungen Menschen in Niedersachsen noch viele weitere Möglichkeiten zur Verfügung sich politisch einzubringen. Dabei werden Boykotte/ Buykotte am häufigsten von den befragten jungen Menschen als politische Beteiligungsmöglichkeiten wahrgenommen. Somit hat mehr als die Hälfte der befragten Personen in den letzten 12 Monaten ein Produkt aus politischen, ökologischen oder ethischen Gründen (nicht) gekauft. Die Teilnahme an Petitionen und ehrenamtliches Engagement sind ebenfalls weit verbreitet und wurden von rund 40 Prozent der Befragten angegeben. 24 bis 30 Prozent der Befragten haben außerdem angegeben, expressive Formen von politischer Beteiligung genutzt zu haben; angefangen von der Teilnahme an öffentlichen Demonstrationen, politischen Diskussionen oder Kampagnen bis hin zu Tragen eines politischen Abzeichens. Etwa jede fünfte befragte Person hat schon einmal an einer offenen Veranstaltung zu einem bestimmten Thema teilgenommen. Die Teilnahme an institutionalisierten Formen der politischen Beteiligung ist deutlich geringer. Die Ergebnisse der Analyse des Beteiligungsangebots (vgl. Kapitel 5.1) legen nahe, dass diese in den jeweiligen Kommunen nicht angeboten beziehungsweise nicht ausreichend beworben wurden. Nur wenige Befragte gaben an, illegale Formen der politischen Partizipation ausgeübt zu haben (siehe Abbildung 41).

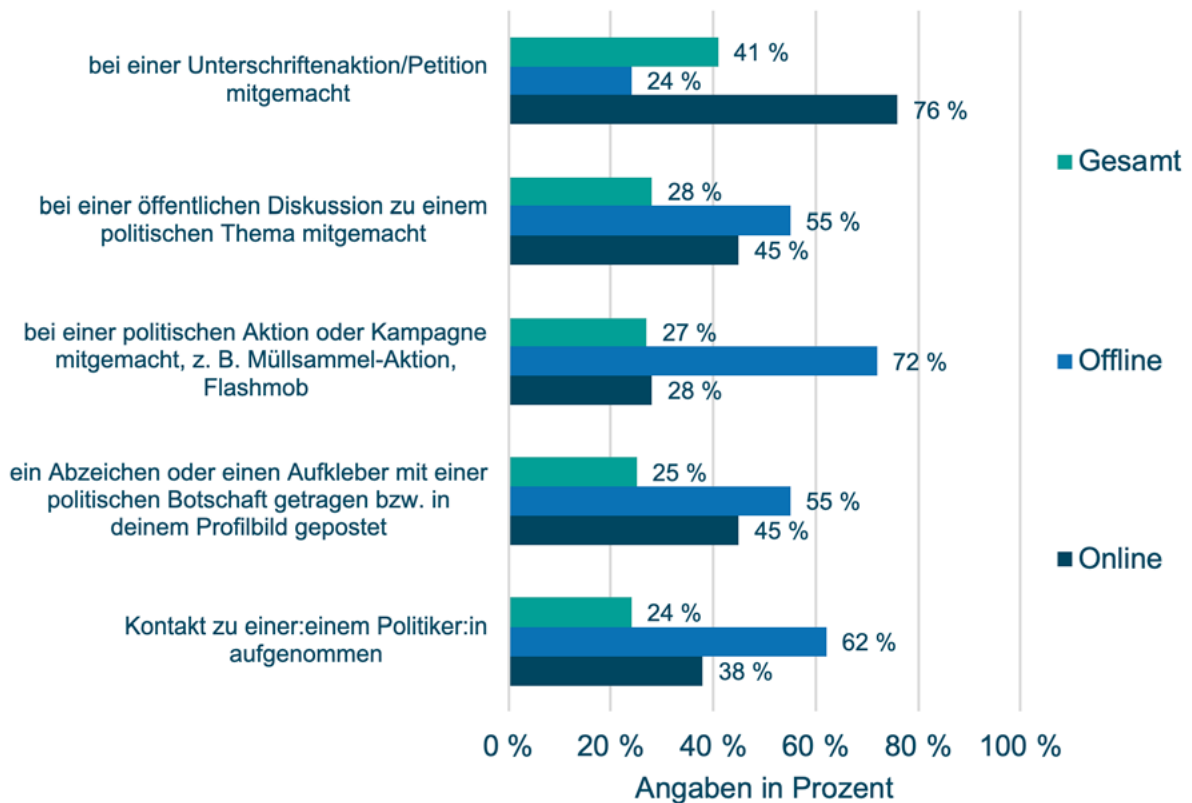
<sup>16</sup> Die Fragebatterie wurde aus Items aus groß angelegten Studien, wie dem European Social Survey, der International Civic and Citizenship Education Study und dem World Value Survey zusammengestellt. Zusätzlich wurden Fragebögen aus regionalen Untersuchungen zur Kinder- und Jugendbeteiligung in Baden-Württemberg gesichtet und als Ergänzung einbezogen (vgl. Kapitel 4.4).

Abbildung 41 Genutzte Beteiligungsmöglichkeiten offline,  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2483)



Darüber hinaus wurden den Teilnehmenden weitere fünf Beteiligungsmöglichkeiten aufgelistet und dabei explizit zwischen Online- und Offline-Möglichkeiten unterschieden. Abbildung 42 stellt die Unterscheidung zwischen genutzten Beteiligungsmöglichkeiten in Online- und Offline-Beteiligung sowie die Beteiligung insgesamt dar. Die Ergebnisse zeigen, dass lediglich Petitionen vorwiegend online genutzt werden. Die übrigen abgefragten Beteiligungsmöglichkeiten werden insbesondere offline genutzt.

Abbildung 42 Genutzte Beteiligungsmöglichkeiten online und offline, (Online-Umfrage; Angaben in Prozent, N = 2086)



Basierend auf den beiden Fragebatterien zur Erhebung des politischen Beteiligungsniveaus unter den befragten jungen Menschen der Online-Umfrage wurde die Anzahl der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten pro Person berechnet. Dabei wurden Wahlen und illegale Formen von politischer Partizipation ausgenommen.<sup>17</sup> Die Ergebnisse sind in Abbildung 43 dargestellt. Es zeigt sich, dass sich eine große Mehrheit von drei Vierteln der befragten jungen Menschen politisch beteiligt. Lediglich ein Viertel der befragten jungen Menschen geben an, sich nicht politisch beteiligt zu haben. 16 Prozent der Befragten haben eine Form der politischen Beteiligung genutzt, während rund 14 Prozent zwei Formen genutzt haben. Der Anteil der Jugendlichen sinkt weiter mit der Anzahl der genutzten Partizipationsmöglichkeiten. Im Durchschnitt haben die befragten jungen Menschen drei verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten genutzt. Damit zeigt sich ein beachtliches politisches Beteiligungsniveau bei den jungen Menschen in Niedersachsen, obgleich bei der Interpretation der Zahlen die Unterrepräsentation von Personen mit niedrigerem formellem Bildungsgrad berücksichtigt werden muss, wodurch die Ergebnisse nicht für alle jungen Menschen in Niedersachsen zutreffend sind. Hierzu geben die nachfolgenden Analysen nach Bildungsstand und Altersgruppen weiteren Aufschluss.

<sup>17</sup> Wahlen werden in der Partizipationsforschung standardmäßig separat von anderen politischen Beteiligungsformen analysiert, da sich die Wahlbeteiligung deutlich von anderen Formen der politischen Beteiligung unterscheidet. Illegale Formen werden nicht berücksichtigt, um zu vermeiden, dass sie im Folgenden gemeinsam mit legalen Formen hinsichtlich ihrer Gelingensfaktoren untersucht werden.

Abbildung 43 Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)



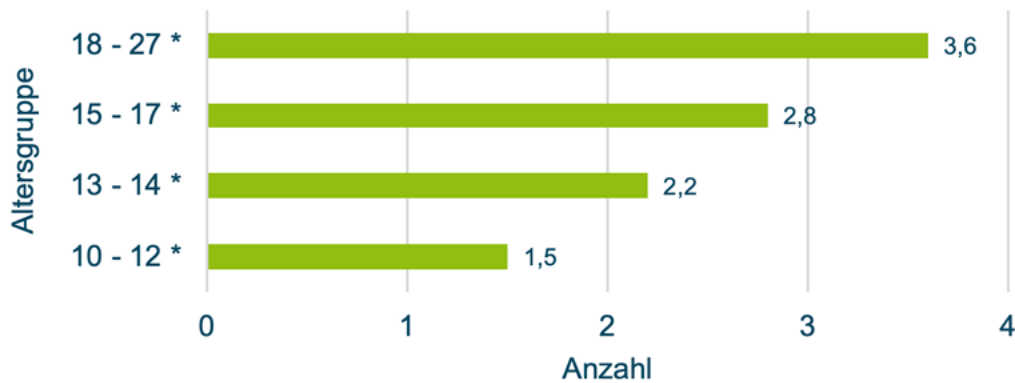
Durch die bivariate Analyse der Anzahl genutzter Beteiligungsmöglichkeiten lassen sich weitere Muster erkennen. So ist zu beobachten, dass die Anzahl der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten mit dem Alter ansteigt (siehe Abbildung 44). Diese positive Korrelation zwischen dem Alter und der Anzahl der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten könnte darauf hinweisen, dass ältere junge Menschen möglicherweise über eine breitere Palette an politischen Ressourcen oder ein gesteigertes Interesse an verschiedenen Formen der Partizipation verfügen. Dabei sind die Mittelwertunterschiede zwischen allen Gruppen statistisch signifikant.

Zudem ist die Anzahl genutzter Beteiligungsmöglichkeiten höher bei den Befragten mit Abitur bzw. diejenigen, die diesen Abschluss anstreben, als bei Personen mit einem anderen Abschluss (inkl. angestrebt). So haben Personen mit Abitur (inkl. angestrebt) in den letzten zwölf Monaten im Schnitt 3,2 Beteiligungsmöglichkeiten genutzt, wohingegen Personen mit einem anderen (angestrebten) Abschluss durchschnittlich nur 2,5 Möglichkeiten der politischen Partizipation genutzt haben. Auch hier sind die Mittelwertunterschiede statistisch signifikant (siehe Abbildung 45).

Betrachtet man die Anzahl der Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen in Abbildung 46 fällt auf, dass die Anzahl genutzter Partizipationsmöglichkeiten bei jungen Menschen aus den Vergleichsringen 1, 2 und 5 am höchsten sind. Vergleichsring 2 zeigt trotz gleicher struktureller Stärke und städtischer Lage wie Ring 1 ein höheres Partizipationsniveau, was durch die stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren beeinflusst sein könnte. In Vergleichsring 5 scheint es, dass die Kombination aus strukturellen Schwächen und stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren junge Menschen möglicherweise motiviert, sich stärker zu engagieren, um Veränderungen herbeizuführen. Sowohl das hohe politische Partizipationsniveau in Ring 1 und Ring 5 weisen darauf hin, dass diese Belastungsfaktoren könnten ein höheres Bewusstsein und damit eine stärkere Partizipationsbereitschaft bewirken. In den Vergleichsringen 3 und 4 werden weniger Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen genutzt. Die geringere Nutzung von Partizipationsmöglichkeiten in diesen Ringen könnte darauf hindeuten, dass strukturelle Stärke und ein ländliches Umfeld ohne ausgeprägte soziale Belastungsfaktoren weniger Anreiz für partizipatives Engagement bieten. Die Mittelwertunterschiede sind für die Vergleichsringe 2 und 3, 2 und 4 sowie 2 und 5 statistisch signifikant. Außerdem sind die Mittelwertunterschiede zwischen den Vergleichsringpaaren 3 und 5 sowie 4 und 5 statistisch signifikant.



Abbildung 44 Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2206)



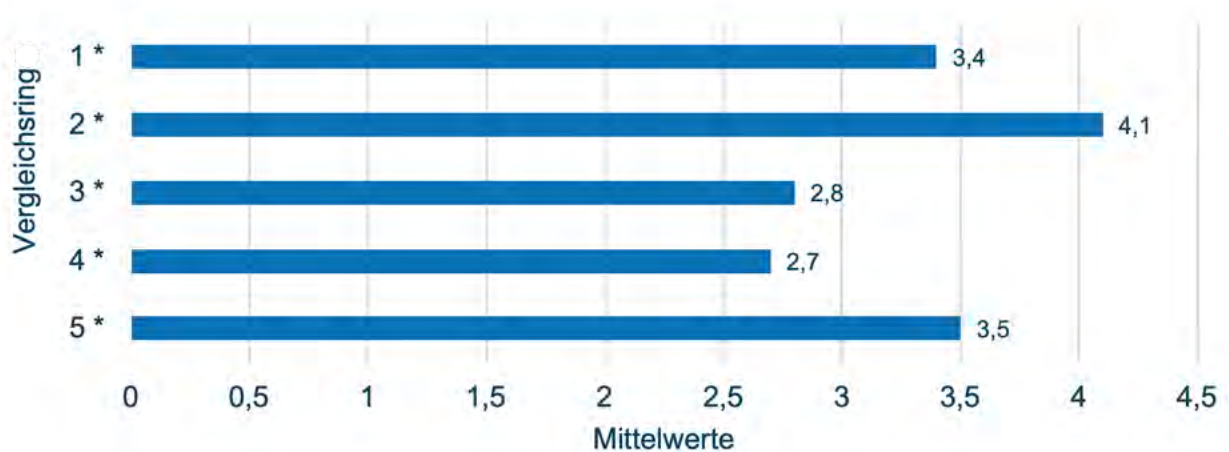
\*Mittelwertunterschiede zwischen Altersgruppen sind signifikant

Abbildung 45 Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2206)



\*Mittelwertunterschiede nach Bildungsabschluss sind signifikant

Abbildung 46 Anzahl der genutzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsrings (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1962)



\* Mittelwertsunterschied ist mit mind. einem anderen Vergleichsring signifikant

Wie im theoretischen Teil des vorliegenden Schwerpunktberichts (siehe Kapitel 2.1.1) ausführlich diskutiert wurde, gibt es viele verschiedene Formen politischer Partizipation. Diese lassen sich einerseits in Online- und Offline-Partizipation unterscheiden, andererseits werden in der Forschungsliteratur auch in formelle/informelle, legale/illegale, legitime/illegitime und konventionelle/unkonventionelle Formen der Beteiligung differenziert. Da diesem Schwerpunktbericht ein umfassendes Verständnis von politischer Beteiligung zugrunde liegt (vgl. Kapitel 3.1) wurden die verschiedenen Formen der politischen Beteiligung in der Online-Umfrage berücksichtigt. Für die weitere Analyse wurden diese Formen durch eine ausführliche Hauptkomponentenanalyse zu einem Faktor extrahiert. So lässt sich für die weitere Analyse



zwischen politischer Aktivität und politische Passivität unterscheiden. Wahlen und illegale Protestaktionen, wie z. B. politische Slogans sprayen oder Vandalismus, wurden bei der Hauptkomponentenanalyse nicht berücksichtigt<sup>18</sup>. Drei Viertel der befragten jungen Menschen sind in den letzten 12 Monaten politisch aktiv gewesen. Ein Viertel der Befragten ist im vergangenen Jahr politisch passiv geblieben (siehe Abbildung 47). Eine erneute Betrachtung nach Altersgruppen in Abbildung 48 und (angestrebten) formellen Bildungsgrad in Abbildung 49 zeigt auch hier eine abnehmende politische Aktivität mit zunehmendem Alter: Die jüngste Gruppe ist fast zur Hälfte politisch aktiv, während der Anteil bei den ältesten Befragten auf 15 Prozent sinkt. Befragte, die ein Abitur anstreben oder diesen Bildungsabschluss bereits erlangt haben, sind tendenziell politisch aktiver sind als jene, die einen anderen Bildungsabschluss anstreben.

Abbildung 47 Politische Aktivität u. Passivität  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 1978)

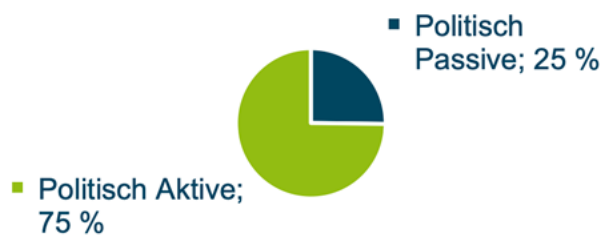


Abbildung 48 Politische Aktivität u. Passivität nach Altersgruppen  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 1978)

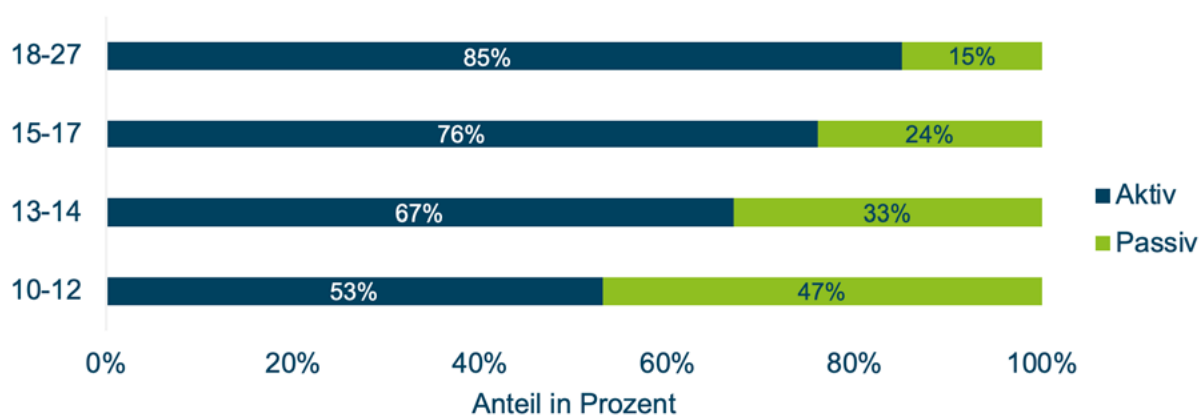
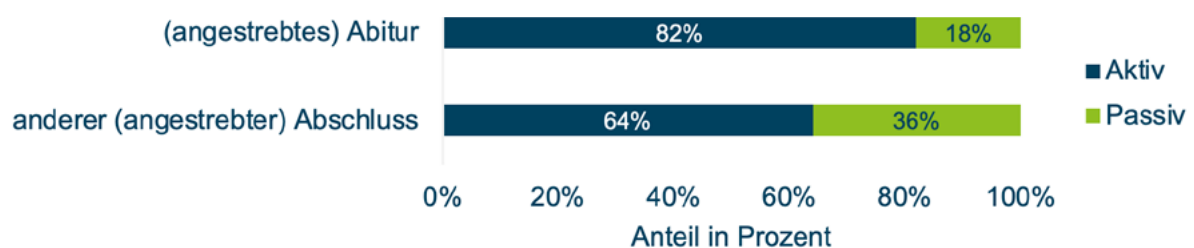


Abbildung 49 Politische Aktivität u. Passivität nach (angestrebtem) Bildungsabschluss  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)

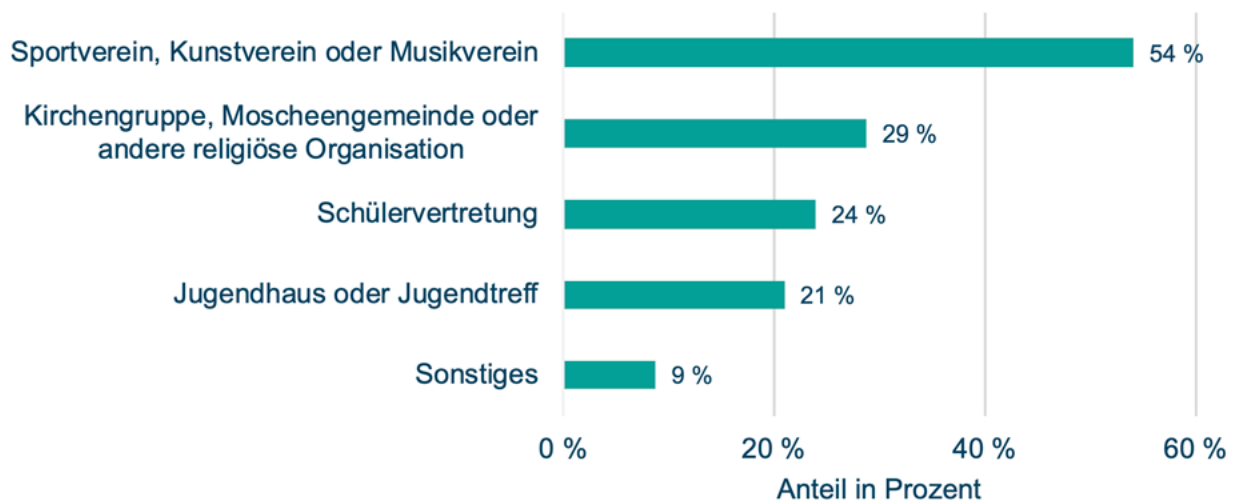


<sup>18</sup> Illegale Formen werden nicht berücksichtigt, um zu vermeiden, dass sie im Folgenden gemeinsam mit legalen Formen hinsichtlich ihrer Gelingensfaktoren untersucht werden.

### 5.2.2 Soziale Beteiligung

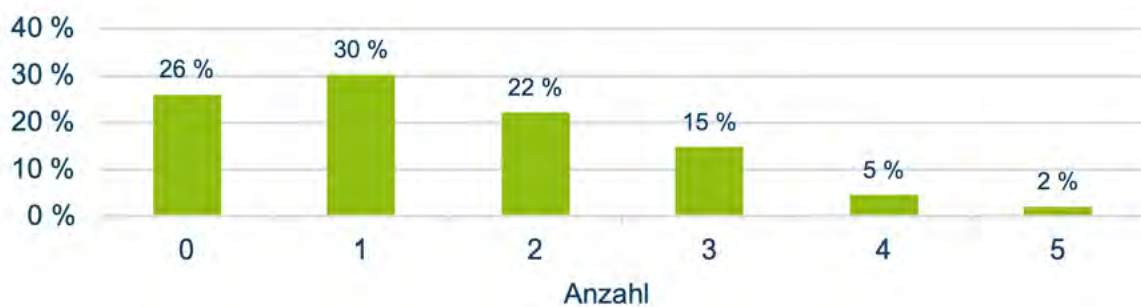
Soziale Beteiligung bezieht sich auf sämtliche gruppenorientierte Aktivitäten, die Gelegenheit schaffen, andere Menschen zu treffen und gemeinsam produktive oder freizeitliche Tätigkeiten zu unternehmen (vgl. Kapitel 3). Da empirische Studien gezeigt haben, dass soziale Aktivitäten die politische Beteiligungsbereitschaft fördern (siehe Kapitel 2.1.2), wurden neben der politischen Beteiligung auch verschiedene Formen soziale Beteiligung der jungen Menschen abgefragt. Die Beteiligung in Freizeitvereinen, wie z. B. zu den Themen Sport, Kunst und Musik kommt dabei mit 54 Prozent am häufigsten vor. Etwa ein Drittel beteiligt sich in religiösen Organisationen. 24 Prozent engagieren sich in SchülerInnen- und Schülervertretungen. Ein Fünftel der Befragten beteiligt sich in einem Jugendhaus oder Jugendtreff (siehe Abbildung 50).

Abbildung 50 Genutzte soziale Beteiligungsmöglichkeiten  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



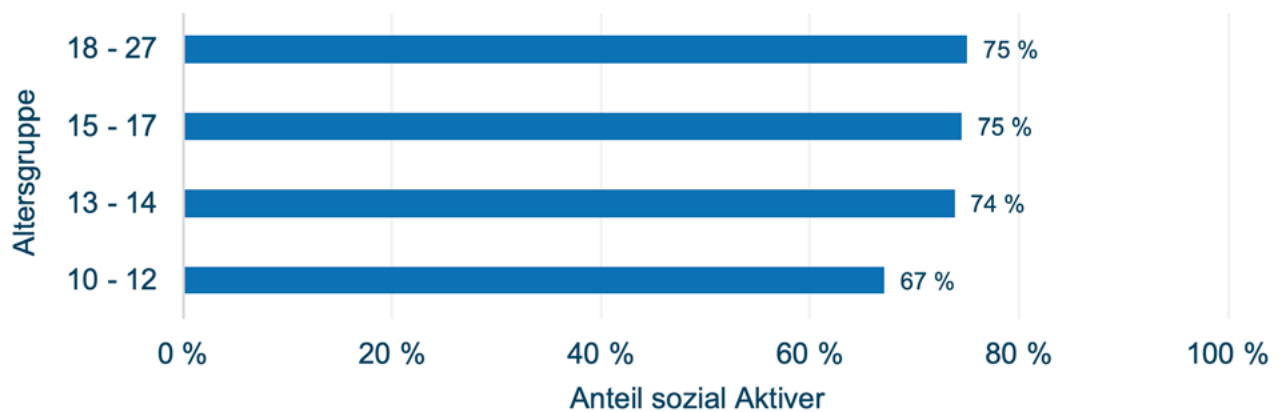
Analog zur Präsentation der politischen Aktivität haben wir auch die soziale Aktivität anhand der Anzahl der genutzten sozialen Beteiligungsmöglichkeiten aufbereitet. Abbildung 51 zeigt an, dass in Übereinstimmung mit dem Forschungsstand (vgl. Kapitel 2.3.1.3) das Niveau von sozialer Partizipation dem Niveau von politischer Partizipation entspricht und drei Viertel der befragten Personen sich sozial beteiligt haben. Dabei haben 30 Prozent mindestens eine Form der sozialen Beteiligung genutzt. Nur zwei Prozent der befragten jungen Menschen haben im vergangenen Jahr fünf soziale Beteiligungsmöglichkeiten genutzt.

Abbildung 51 Anzahl der genutzten sozialen Beteiligungsmöglichkeiten  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



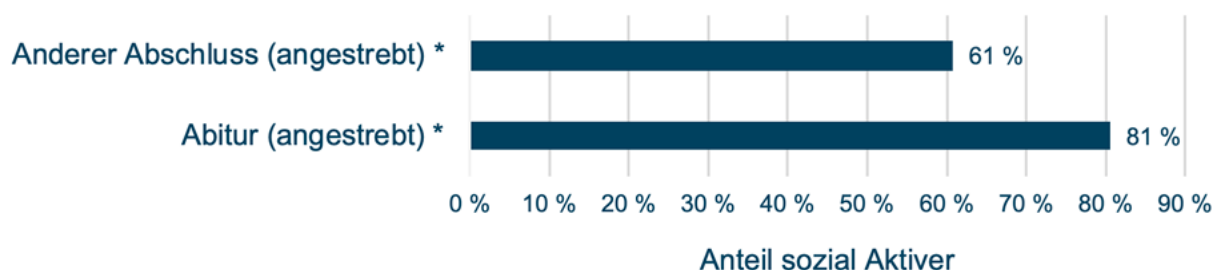
Im Gegensatz zu den Ergebnissen der politischen Partizipation sind bei der Betrachtung des Alters keine großen Unterschiede hinsichtlich der Anzahl genutzter sozialer Beteiligungsmöglichkeiten zu erkennen, was die Relevanz der Unterscheidung zwischen sozialer und politischer Partizipation unterstreicht. So sind rund drei Viertel der jungen Menschen zwischen 13 und 27 Jahren sozial aktiv. 67 Prozent der Kinder zwischen 10 bis 12 Jahren gaben an, dass sie sich sozial beteiligt haben (siehe Abbildung 52). Die Unterschiede zwischen den Gruppen sind nicht signifikant.

Abbildung 52 Soziale Aktivität nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



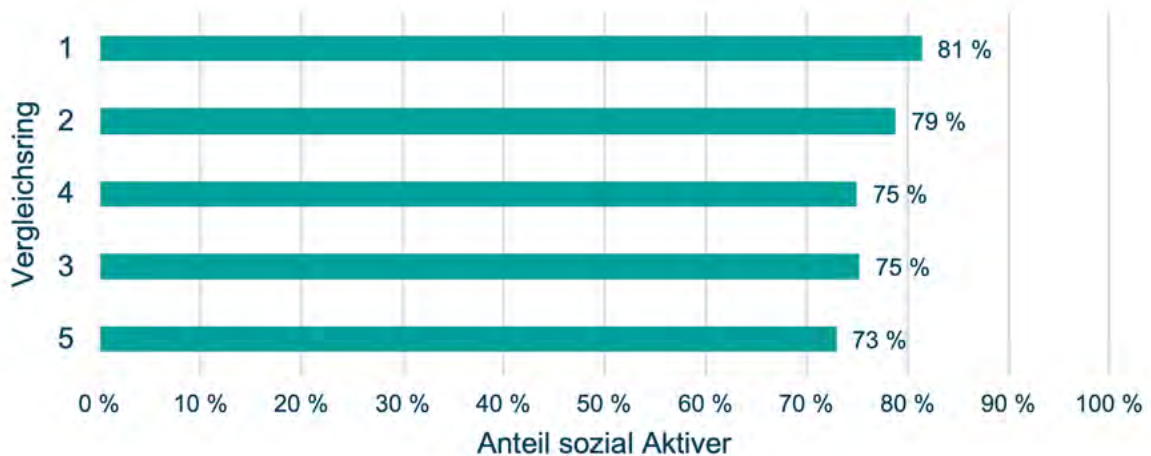
Ein höheres Beteiligungsniveau liegt bei jungen Menschen mit Abitur als bei jungen Menschen ohne Abitur vor. Hier sind die Mittelwertunterschiede zwischen den Gruppen signifikant (siehe Abbildung 53). In Bezug auf die Betrachtung der sozialen Aktivität nach Vergleichsringen ist insgesamt ein hohes Niveau an sozialer Beteiligung zu erkennen. In Vergleichsring 1 gaben 81 Prozent der befragten jungen Menschen an, soziale Partizipationsmöglichkeiten zu nutzen. Jedoch muss hier eingeräumt werden, dass die Fallzahl mit nur 70 befragten Personen in Vergleichsring 1 nicht hoch war. In den Vergleichsringen 2 bis 5 waren es – wie auch insgesamt – rund drei Viertel der befragten Personen, die soziale Aktivitäten angegeben haben (siehe Abbildung 54). Es bestehen zwischen den Vergleichsringen keine signifikanten Unterschiede.

Abbildung 53 Soziale Aktivität nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)



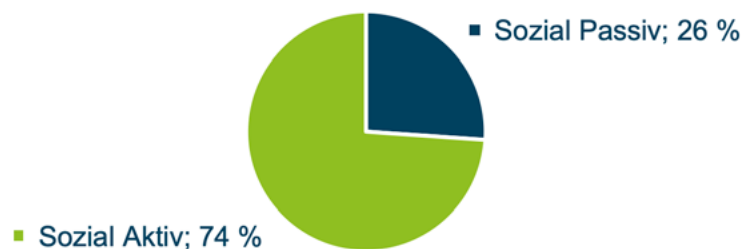
\* Mittelwertunterschiede nach Bildungsgruppe sind signifikant

Abbildung 54 Soziale Aktivität nach Vergleichsrings (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 1962)



Zusammenfassend ist zu erkennen, dass sich auch bei sozialer Beteiligung ca. drei Viertel der befragten jungen Menschen beteiligen. Dabei wurden all jene berücksichtigt, die angaben, mindestens eine Form der aufgelisteten sozialen Partizipationsformen genutzt zu haben. Hierbei wurden fast alle Items zur sozialen Beteiligung berücksichtigt. Aufgrund der niedrigen Fallzahl bei der Kategorie „Sonstige“, wurde diese nicht mit aufgenommen. Ein Viertel der befragten Personen hat sich nicht sozial beteiligt. Interessant ist, dass sich ein ähnliches Muster bereits bei der politischen Beteiligung abgezeichnet hat (siehe Abbildung 55) – mit einem Unterschied: Während das Niveau sozialer Beteiligung unabhängig vom Alter der jungen Menschen ist, besteht ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Anzahl der genutzten politischen Partizipationsformen und dem Alter.

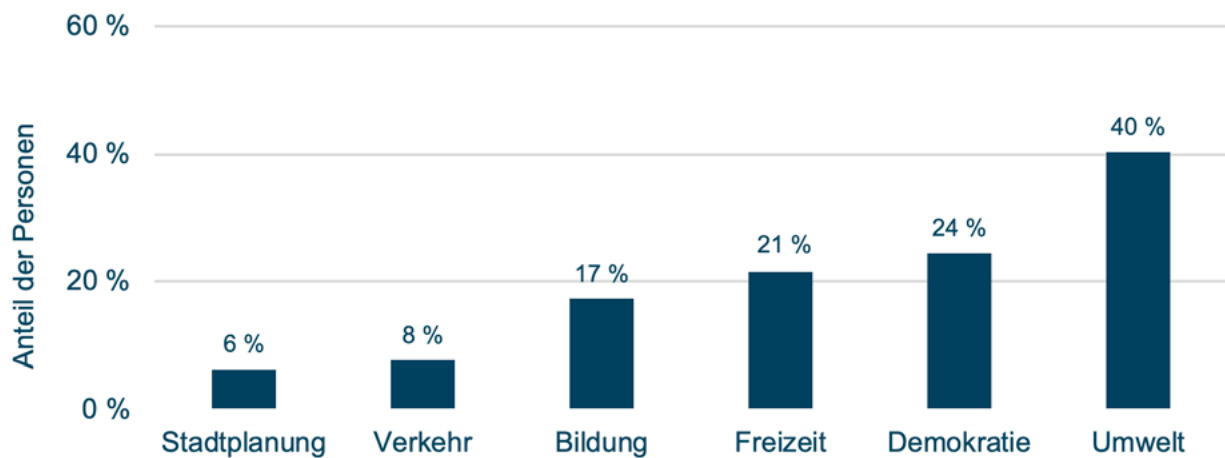
Abbildung 55 Soziale Aktivität und Passivität (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)



### 5.2.3 Themen der Beteiligung

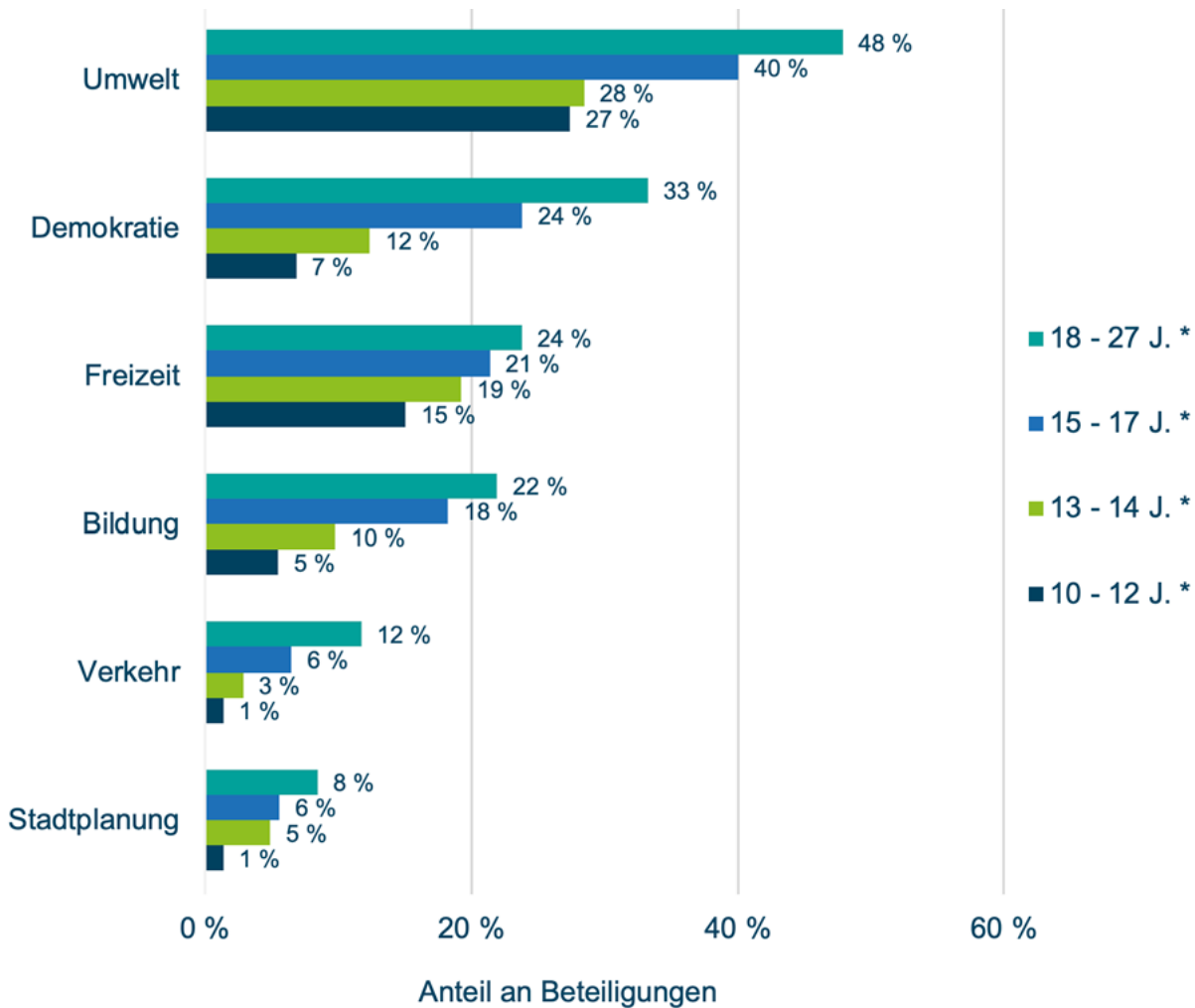
Die Relevanz der Beteiligungsangebote hängt maßgeblich davon ab, ob junge Menschen Interesse zeigen und sich aktiv einbringen. Daher sollten Beteiligungsmöglichkeiten zu Themen angeboten werden, die die jungen Menschen tatsächlich betreffen. In der durchgeführten Online-Umfrage wurden Themen abgefragt, für die üblicherweise Beteiligungsangebote auf kommunaler und Landesebene angeboten werden. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass der Großteil der befragten jungen Menschen sich hauptsächlich im Umweltbereich (40 Prozent) engagiert. Dies ist angesichts der Popularität von Initiativen wie „Fridays for Future“ und anderen Umweltorganisationen verständlich. Im Gegensatz dazu zeigen nur wenige Jugendliche Interesse an Themen wie Stadtplanung (sechs Prozent) und Verkehr (acht Prozent). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass noch nicht alle Befragten im Straßenverkehr aktiv sind. Besonders auffällig sind die niedrigen Beteiligungsraten im Bereich Stadtplanung (siehe Abbildung 56). Die Expertinnen- und Experteninterviews zeigen, dass Kommunen Beteiligung tendenziell zunächst bei der Gestaltung von Spielplätzen anbieten (vgl. Kapitel 5.1.3.1 und 5.1.3.2).

Abbildung 56 Themen der Beteiligung (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



Ein ähnliches Muster an Themen der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten zeigt sich auch in Bezug auf die zwei soziodemografischen Merkmale. Dabei steigt die Beteiligung in allen Bereichen mit dem Alter. In den Bereichen Umwelt und Demokratie unterscheiden sich alle Altersgruppen signifikant voneinander. Lediglich zwischen den zwei Altersgruppen der Kinder (10 bis 12 Jahre und 13 bis 14 Jahre) gibt es keine signifikanten Unterschiede. Im Bereich Stadtplanung und Freizeit unterscheiden sich die jungen Erwachsenen (18 bis 27 Jahre) von Kindern zwischen 10 und 12 Jahren. Im Bereich Verkehr unterscheiden sich junge Erwachsene (18 bis 27 Jahre) von allen anderen Altersgruppen signifikant. Grund hierfür könnte sein, dass sie aktivere Verkehrsteilnehmende sind. Im Bereich Bildung unterscheiden sich zudem Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren und jungen Erwachsenen von Kindern zwischen 10 bis 14 Jahren (siehe Abbildung 57).

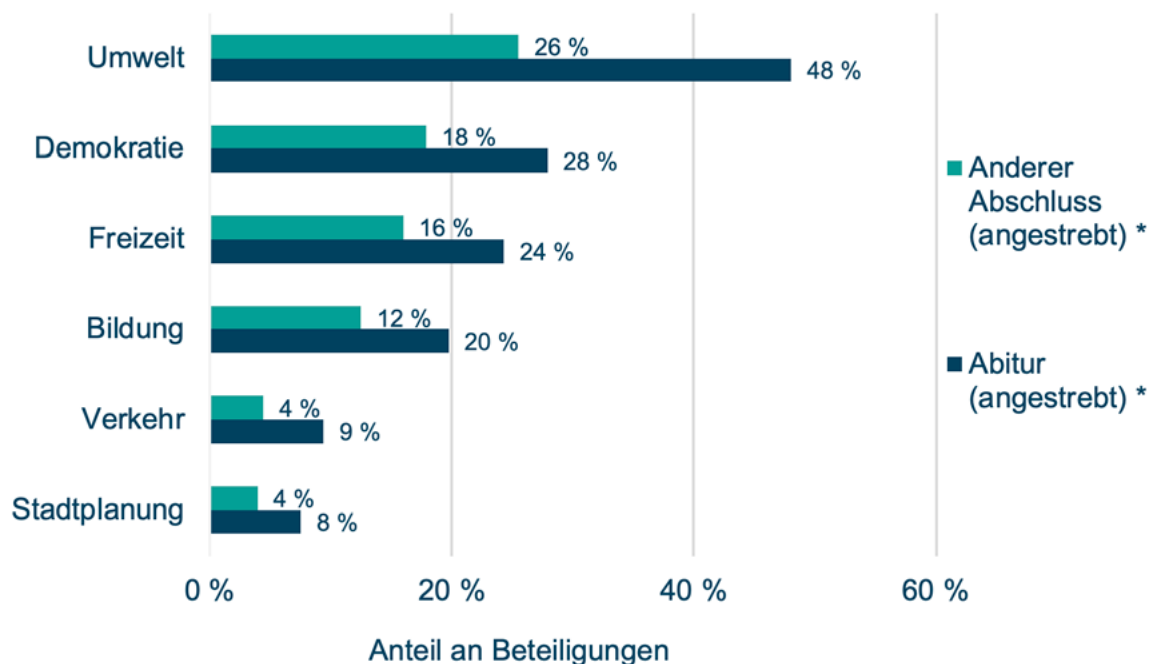
Abbildung 57 Themen der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent N = 2206)



\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einer weiteren Altersgruppe signifikant

In Bezug auf den Bildungsstand der Befragten ist zu erkennen, dass das Beteiligungsniveau von jungen Menschen mit Abitur bei allen Themen höher ist. Dabei wird der Unterschied zwischen den jungen Menschen ohne und mit Abitur größer, je höher auch das Beteiligungsniveau ist. Die Unterschiede nach Beteiligungsniveau sind bei allen Themenbereichen signifikant (siehe Abbildung 58).

Abbildung 58 Themen der Beteiligung nach (angestrebtem) Bildungsabschluss  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



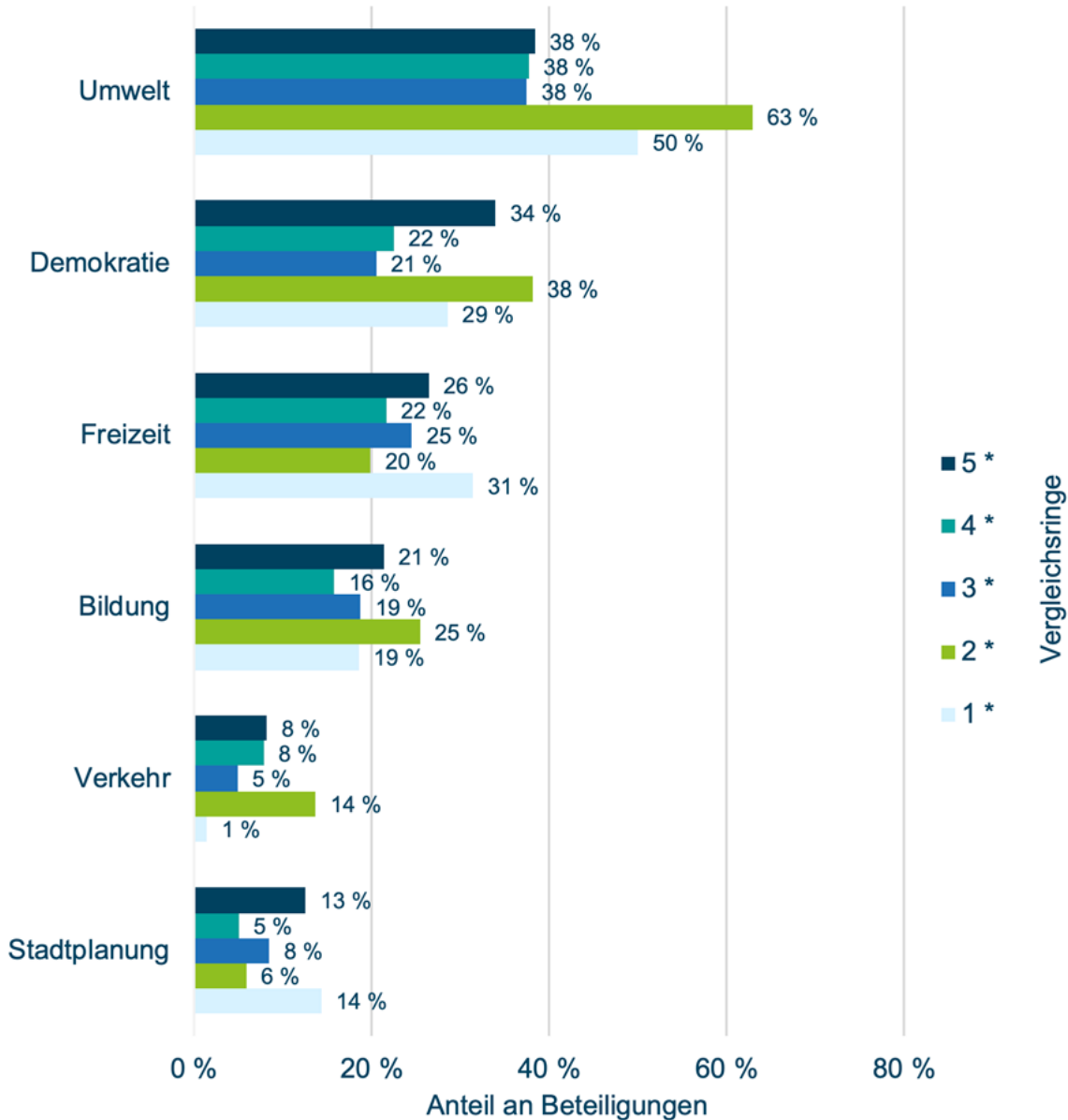
\* Mittelwertsunterschiede nach Bildungsgruppe sind signifikant

Bei der Betrachtung der Themen nach Vergleichsringen in Abbildung 59 fällt auf, dass ein hoher Anteil der Beteiligung in den Vergleichsringen 2 und 1 zu verorten sind. Dies deutet darauf hin, dass junge Menschen in städtischen und strukturstarken Gebieten eher an Beteiligungsmöglichkeiten teilnehmen. Die Ergebnisse für Vergleichsring 1 sind jedoch aufgrund der niedrigen Fallzahl von 70 Befragten nicht aussagekräftig. Ein geringerer Anteil an Beteiligungen hat in den Vergleichsringen 3 und 4 stattgefunden. Das könnte bedeuten, dass ländliche Gebiete mit weniger städtischen Merkmalen eine niedrigere Beteiligungsrate aufweisen. In Bezug auf das Engagement junger Menschen in verschiedenen Themenbereichen ergaben sich interessante Unterschiede: Die signifikanten Unterschiede im Bereich Stadtplanung in den Vergleichsringen 4 zu 1 und 5 könnten auf die unterschiedlichen Kombinationen von städtischen und ländlichen Merkmalen sowie Strukturstärke hinweisen. Es scheint, als ob die jungen Menschen in ländlichen Gebieten mit strukturstarken urbanen Zentren (Ring 4) oder in strukturschwachen, ländlich-mittleren Zentren (Ring 5) unterschiedlich zu Stadtplanungsfragen stehen als die in strukturstarken, städtischen Gebieten (Ring 1). Hinsichtlich des Verkehrs sind die Unterschiede in den Vergleichsringen 2 zu 1 und 3 signifikant. Die Unterschiede im Bereich Verkehr zwischen den Vergleichsringen 2 zu 1 und 3 deuten darauf hin, dass Verkehrsfragen in strukturstarken städtischen Gebieten (Ring 2) anders wahrgenommen werden als in strukturstarken ländlichen Gebieten mit Industrieregionen (Ring 3) oder in städtischen Gebieten mit weniger Befragten (Ring 1). Bei bildungsbezogenen Themen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen den Gruppen 2 und 4, der auf die Strukturstärke sowie die städtische und ländliche Lage zurückzuführen ist. Hinsichtlich der Freizeitgestaltung gibt es keine signifikanten Unterschiede zwischen den Vergleichsringen. Im Demokratiebereich sind es vor allem die Gruppen 2 und 5, die sich im Vergleich zu 3 und 4 stärker zu diesem Thema engagieren, was auf eine höhere Beteiligung in städtischen Gebieten (Ring 2) und in ländlichen Gebieten mit strukturschwachen urbanen Mittelzentren (Ring 5) hinweist, im Gegensatz zu den anderen ländlichen Gebieten. In Bezug auf Umweltthemen sind die Gruppen 2 im Vergleich zu 3, 4 und 5 besonders aktiv. Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass dort insgesamt mehr Möglichkeiten zur Beteiligung bestehen (vgl. Kapitel 5.1.2).



Die Trends zeigen, dass das Engagement und die Beteiligung junger Menschen in den verschiedenen Themenbereichen von der Strukturstärke, der städtischen oder ländlichen Prägung sowie dem Anteil an Kindern und Jugendlichen und der soziale Belastungsfaktoren abhängt, indem in Anlehnung an die Merkmale die drängendsten Themen vor Ort priorisiert werden.

Abbildung 59 Themen der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten nach Vergleichsringen  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einem weiteren Vergleichsring signifikant

## 5.2.4 Erwartungen an Beteiligung

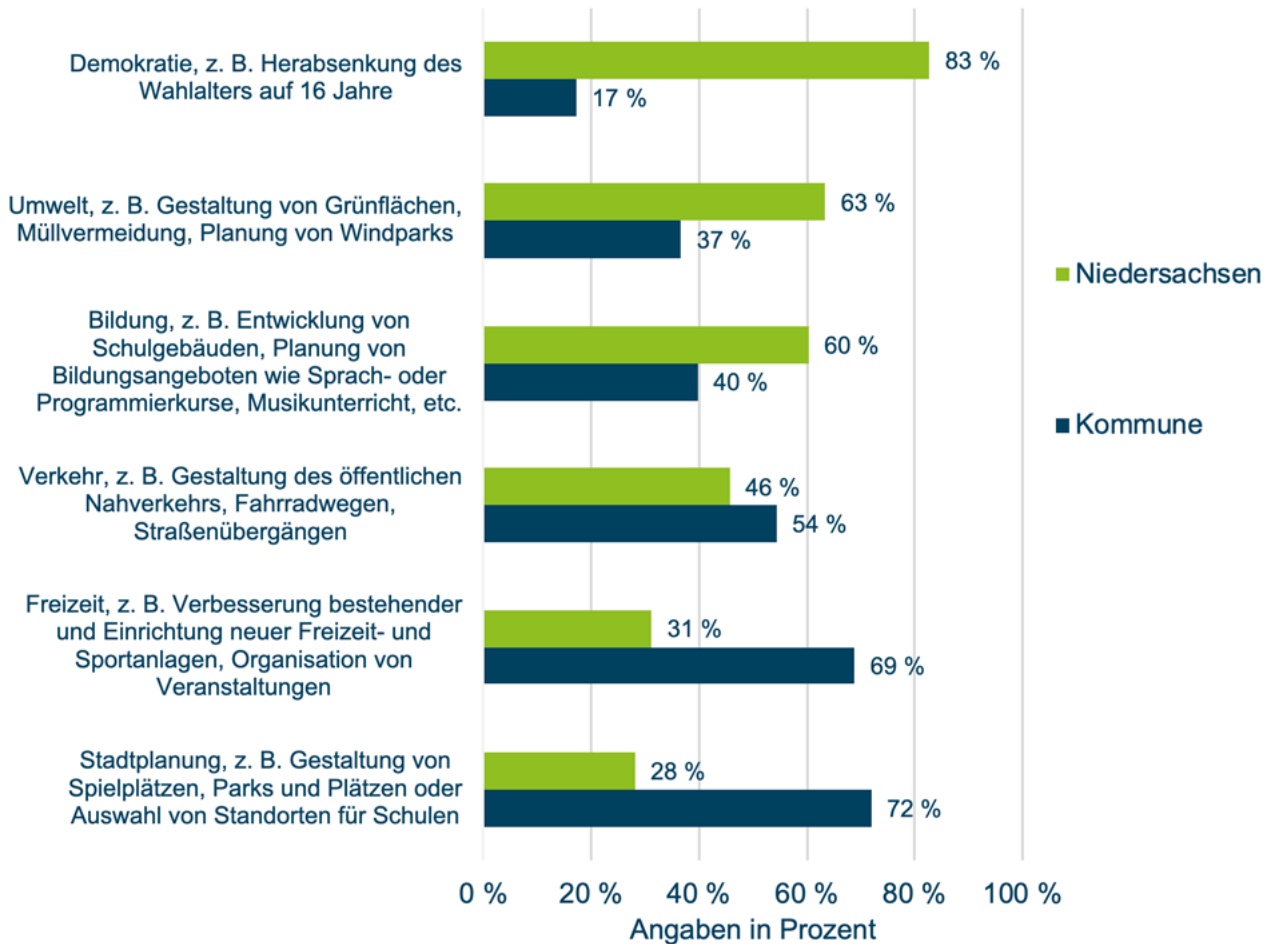
Die Beschreibung der Erwartungen an politische Beteiligungsmöglichkeiten in Niedersachsen bietet einen bedeutsamen Einblick darüber, wie ein Beteiligungsangebot gestaltet sein sollte, damit es von jungen Menschen in Niedersachsen positiv aufgenommen wird und sie sich dabei wirklich wahrgenommen fühlen. Die Ergebnisse aus den Fokusgruppengesprächen verdeutlichen, dass auch die Teilnehmenden selbst die Beteiligung junger Menschen für sehr wichtig halten – allerdings gilt hier zu berücksichtigen, dass hier eine gewisse Selbstselektion vorliegt. Sie gehen davon aus, dass echte Beteiligung vor Erreichen der Volljährigkeit wichtig ist, denn „Wenn man sich erst einbringen kann, wenn man volljährig ist, haben manche da auch keinen Bock drauf.“ (FG 8- bis 14-Jährige). Dies bestärken auch Fachpersonen: „Die Wahl ab 16 in Niedersachsen ist positiv, aber die fehlende Erfahrung bis dahin stellt eine Herausforderung dar. Kinder müssen frühzeitig in partizipative Prozesse eingeführt werden, ähnlich wie beim Zähneputzen“ (Exp.-Verein-landesweit-2). Jugendliche wollen ihre Meinung sagen und nicht alles „wegstecken“ (FG 15- bis 17-Jährige). Zudem sind sie der Meinung, dass junge Menschen insbesondere bei Themen, die sie besonders betreffen, eine Expertise mitbringen, die Erwachsene nicht hätten (bspw. bei der Gestaltung eines Jugendzentrums) (FG 9- bis 14-Jährige). Außerdem bringen sie unkonventionelle Lösungen mit, die manchmal erfolgsversprechender sind als Altbekanntes (FG 18- bis 27-Jährige). Daher fordern sie „es sollte einfachere Wege geben, sich einzubringen und dass man auch gehört wird, was wollen die Jugendliche, wie finden die das denn wir sind ja auch die neue Generation.“ (FG 15- bis 17-Jährige) und appellieren: „Mehr ist immer besser. Man sollte das gleich anbieten und nicht warten, dass die Jugendlichen das einfordern.“ (FG 8- bis 14-Jährige).

Eine Lebenswelt, die von verschiedenen Expertinnen und Experten – ausdrücklich nicht aus dem Bereich der Bildungsverwaltung – als sehr relevant für die Erwartungen junger Menschen an Beteiligungsprozesse eingeschätzt wird, ist die Schule. Es wird positiv hervorgehoben, dass das niedersächsische Schulgesetz bereits viele Möglichkeiten biete, „demokratische Prozesse in Schulen zu etablieren“, bspw. bei der Wahl von Schülervertretungen. Dies sollte auf die Grundschule ausgedehnt werden (Exp.-Verein-landesweit-2). Dies geht anderen aber noch nicht weit genug: „Gerade im Kontext Schule werden junge Menschen immer nur so am Rande beteiligt. [...] [Das Thema Beteiligung] ist in den meisten Kitas angekommen, aber es setzt sich nicht in Schule fort.“ (Exp.-Verein-landesweit-3), eine Expertin ist sogar der Meinung „mit dem Eintritt in die Schule wird jungen Menschen Beteiligung abgewöhnt“, nachdem in den Kitas sehr viel für Demokratiebildung getan werde, erfahren die jungen Menschen in der Schule schnell, „dass sie nicht überall mitreden dürfen“ (Exp.-kommunal-4). Zudem fehle es „oft an Erfahrung, nicht nur an klassischem Unterricht“ (Exp.-Verein-landesweit-2). Für zivilgesellschaftliche Akteure sei es aber häufig herausfordernd mit Schulen zusammenzuarbeiten, da diese zahlreichen Ansprüchen gegenüberstünden und häufig nicht flexibel auf neue Angebote eingehen könnten. „Es braucht einfach eine Schulleitung, die das Thema Jugendbeteiligung insgesamt im Blick hat und es im Unterricht mit verankert, eine starke Schulleitung, [...] die junge Menschen ernstnehmen möchte in der Umgebung, in der sie leben, und das ist eben die Kommune und die Schule als Teil davon“ (Exp.-Verein-landesweit-3).

Vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse wäre es interessant gewesen, auch die Perspektive einer Expertin oder eines Experten aus der Bildungsverwaltung zu hören, um ein umfassenderes Bild zu erhalten und die Sichtweisen innerhalb der Bildungsverwaltung zu verstehen. Dies hätte möglicherweise zu einem tieferen Verständnis der Herausforderungen und Potenziale bei der Implementierung von Beteiligungsprozessen in Schulen beitragen können. Angesichts der Bedeutung, die die Schule als Ort für die Heranführung junger Menschen an politische Beteiligung in dieser Studie erlangt hat, sollte in den weiteren Maßnahmen die Einbindung von Expertinnen und Experten aus der Bildungsverwaltung erfolgen. Dieser Schritt ist entscheidend, um die Implementierung und Verstetigung von Beteiligungsprozessen im schulischen Kontext weiter zu fördern und zu vertiefen, sodass alle jungen Menschen effektiv an politischen Prozessen teilhaben können.

Die Umfrageergebnisse der Online-Befragung decken zudem Themen auf, bei denen junge Menschen ein verstärktes Bedürfnis haben sich zu beteiligen. Wie in Abbildung 60 zu sehen, stehen hier die Themen Demokratie, Stadtplanung und Freizeit im Vordergrund. Differenzierter sind ebenfalls unterschiedliche Beteiligungswünsche auf den unterschiedlichen politischen Ebenen zu erkennen.

Abbildung 60 Beteiligungswünsche nach Themen auf Landes- und Kommunalebene (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2192)

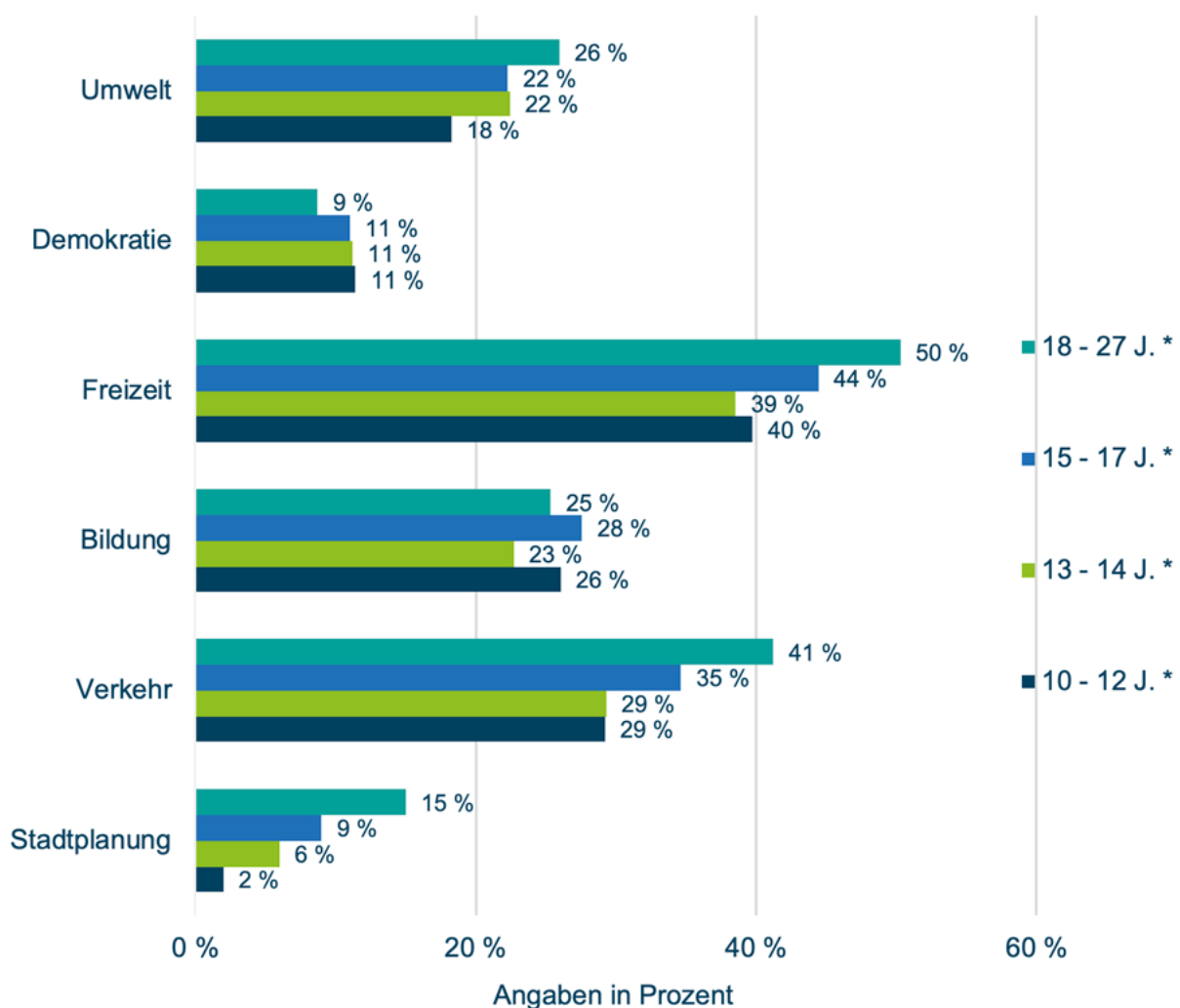


Während auf Landesebene 83 Prozent der Befragten einen Wunsch nach Beteiligung im Bereich Demokratie äußern, liegt der Anteil auf kommunaler Ebene bei 17 Prozent. Der Wunsch, im Bereich Umwelt etwas zu ändern, ist bei 63 Prozent auf Landesebene und bei 37 Prozent der Befragten auf kommunaler Ebene vorhanden. Auch im Bereich Bildung besteht insbesondere auf Landesebene mit 63 Prozent ein hohes Interesse an Beteiligung, während der Wunsch nach Beteiligung in diesem Bereich auf kommunaler Ebene von 40 Prozent der Befragten unterstützt wird. Andersherum besteht ein hohes Interesse an Beteiligung im Bereich der Stadtplanung insbesondere auf kommunaler Ebene. Während 72 Prozent der Befragten auf dieser Ebene angeben, gern etwas verändern zu wollen, sind dies auf Landesebene nur 28 Prozent. Gleichermäßen besteht bei 69 Prozent der Befragten auf kommunaler Ebene ein Interesse, sich im Bereich Freizeit zu beteiligen. Auf Landesebene liegt der Anteil hingegen bei 31 Prozent. Auch in Hinblick auf Verkehr wünschen sich auf kommunaler Ebene 54 Prozent der Befragten Veränderung, während dies auf Landesebene 46 Prozent sind. Zusätzlich gibt es einen signifikanten Anteil von 65 Prozent der Befragten, der Veränderungen in „etwas anderem“ wünscht, vorwiegend auf Landesebene. Auf kommunaler Ebene äußern 35 Prozent der Befragten das Bedürfnis nach Veränderungen in anderen, nicht näher spezifizierten Bereichen (siehe Abbildung 60).

Es wird somit deutlich, dass Beteiligung auf Landesebene insbesondere in den Bereichen Demokratie, Umwelt und Bildung gewünscht wird, während es auf kommunaler Ebene die Themen Stadtplanung, Freizeit und Verkehr sind. Die Ergebnisse sind konsistent zu dem, was auf den jeweiligen politischen Ebenen auch tatsächlich realisierbar ist, was darauf hinweist, dass die befragten jungen Menschen über ein Verständnis des politischen Systems in Niedersachsen verfügen.

Betrachtet man die Beteiligungswünsche im eigenen Wohnort in den Bereichen Stadtplanung, Verkehr und Freizeit aufgeschlüsselt nach Altersgruppen (siehe Abbildung 61), fallen insbesondere die folgenden Punkte auf: In allen befragten Altersgruppen besteht ein hoher Wunsch, sich im Bereich Freizeit zu beteiligen. Am höchsten ist dieser Anteil bei den 18- bis 27-Jährigen, wobei sich jeder zweite gerne in diesem Bereich beteiligen würde. Bei den 15- bis 17-Jährigen sind es 44 Prozent, während sich bei den 13- bis 14-Jährigen 39 Prozent in diesem Bereich beteiligen möchten. Hier sind die Mittelwertunterschiede zwischen den Altersgruppen 18 bis 27 Jahren und 13 bis 14 Jahren sowie 15 bis 17 Jahren signifikant. Ebenfalls besteht ein hoher Wunsch nach Beteiligung im Bereich Verkehr, der in der Altersgruppe 18 bis 27 Jahre mit 41 Prozent am höchsten ist. Insgesamt besteht in dieser Altersgruppe in allen Bereichen das größte Interesse an Beteiligung, ausgenommen sind lediglich die Bereiche Demokratie und Bildung. Im Bereich der Stadtplanung haben ältere Gruppen einen größeren Wunsch sich zu dem Thema zu beteiligen als jüngere. Insgesamt fällt der Wunsch aber eher gering aus. Hier unterscheiden sich die Erwachsenen (18 bis 27 Jahren) signifikant von den Kindern zwischen 10 und 12 Jahren.

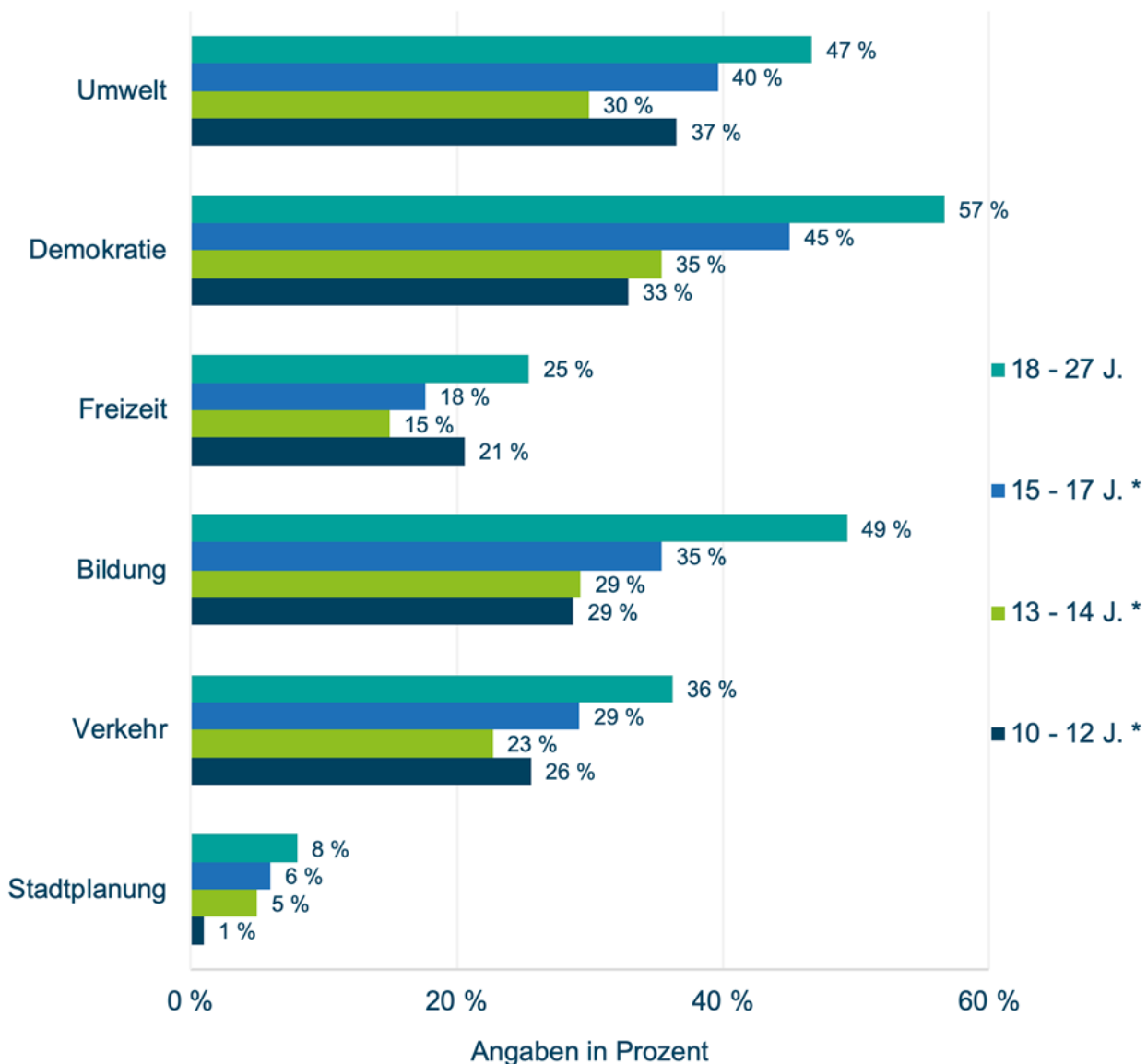
Abbildung 61 Beteiligungswünsche nach Themen im eigenen Wohnort nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einer weiteren Altersgruppe signifikant

Auch auf Landesebene zeigt sich, dass die älteste Gruppe die größten Beteiligungswünsche in allen Bereichen äußert. Insbesondere im Bereich Demokratie würden sich gern mehr als die Hälfte aller 18- bis 27-Jährigen beteiligen, während es in allen anderen Gruppen weniger als die Hälfte sind. Hier sind die Unterschiede für die Altersgruppen 15 bis 17 Jahren und 18 bis 27 Jahren signifikant. Im Bereich der Stadtplanung haben ältere Gruppen einen größeren Wunsch sich zu dem Thema zu beteiligen als jüngere. Im Bereich Verkehr wünschen sich 36 Prozent der 18- bis 27-Jährigen Beteiligung, während es in den anderen Gruppen zwischen 23 und 29 Prozent sind. Die Unterschiede sind dabei alle statistisch signifikant. Auch im Bereich Bildung ist der Kontrast groß. Während sich fast die Hälfte aller 18- bis 27-Jährigen gerne in diesem Bereich einbringen würde, liegt der Anteil bei den 15- bis 17-Jährigen bei 35 Prozent und bei den 13- bis 14- und 10- bis 12-Jährigen jeweils bei 29 Prozent. Im Bereich der Umwelt lässt sich eine Abstufung erkennen. Während 47 Prozent der 18- bis 27-Jährigen gerne etwas in diesem Bereich verändern würden, sind es bei den 15- bis 17-Jährigen 40 Prozent und bei den 13- bis 14-Jährigen lediglich noch 30 Prozent. Ein weniger großes Interesse an Beteiligung besteht im Bereich Freizeit, wobei es bei den 18- bis 27-Jährigen 25 Prozent sind, bei den 15- bis 17-Jährigen noch 18 Prozent und bei den 13- bis 14-Jährigen auf 15 Prozent abfällt (siehe Abbildung 62).

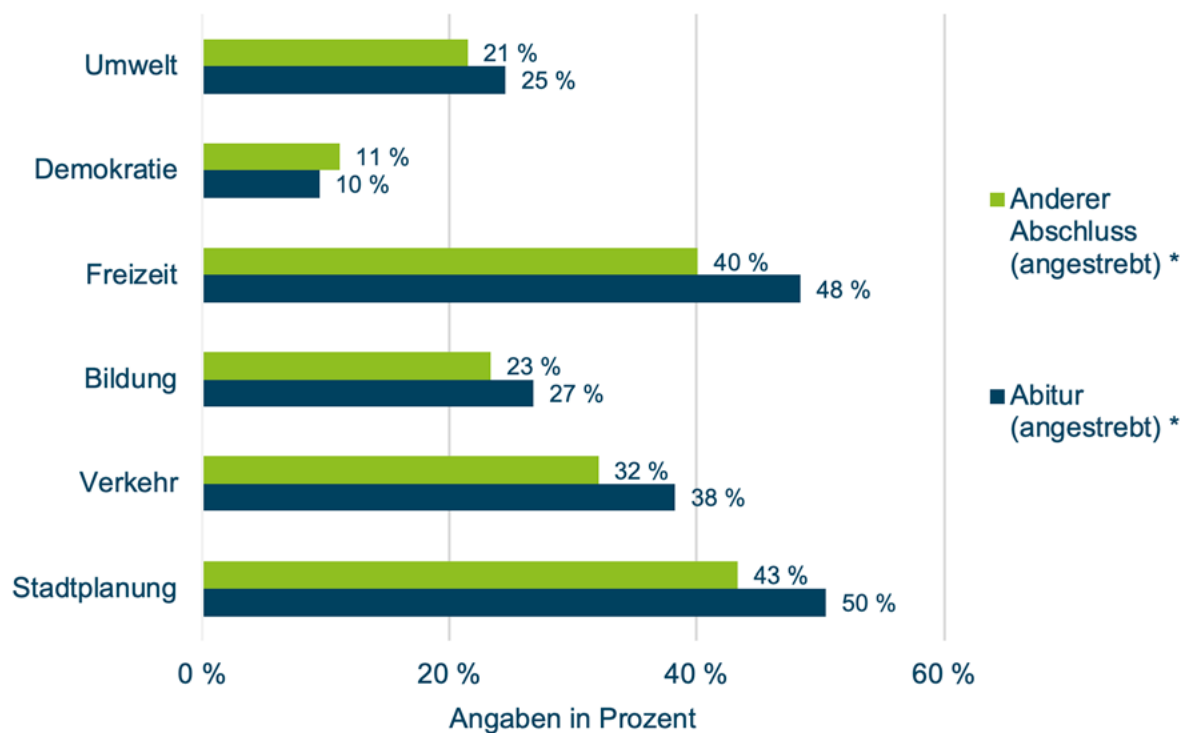
Abbildung 62 Beteiligungswünsche nach Themen in Niedersachsen nach Altersgruppen  
(Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einer weiteren Altersgruppe signifikant

Betrachtet man die Beteiligungswünsche auf kommunaler Ebene nach (angestrebtem) Bildungsabschluss, fällt insbesondere auf, dass junge Menschen mit höherem formellem Bildungsgrad (Abitur) stärkere Wünsche äußern als junge Menschen ohne Abitur. Im Bereich Stadtplanung würden sich beispielsweise gerne die Hälfte der jungen Menschen mit Abitur einbringen und 43 Prozent derjenigen ohne Abitur. Gleichmaßen besteht ein Wunsch nach Beteiligung im Bereich Verkehr bei 38 Prozent derjenigen mit Abitur, aber nur bei 32 Prozent derjenigen ohne Abitur. Während generell ein großes Interesse an Beteiligung im Bereich Freizeit besteht, liegt der Anteil derjenigen ohne Abitur mit 40 Prozent unter dem Anteil von 48 Prozent bei denjenigen mit Abitur. Die Unterschiede nach Altersgruppen sind für die Bereiche Stadtplanung, Verkehr und Freizeit signifikant (siehe Abbildung 63).

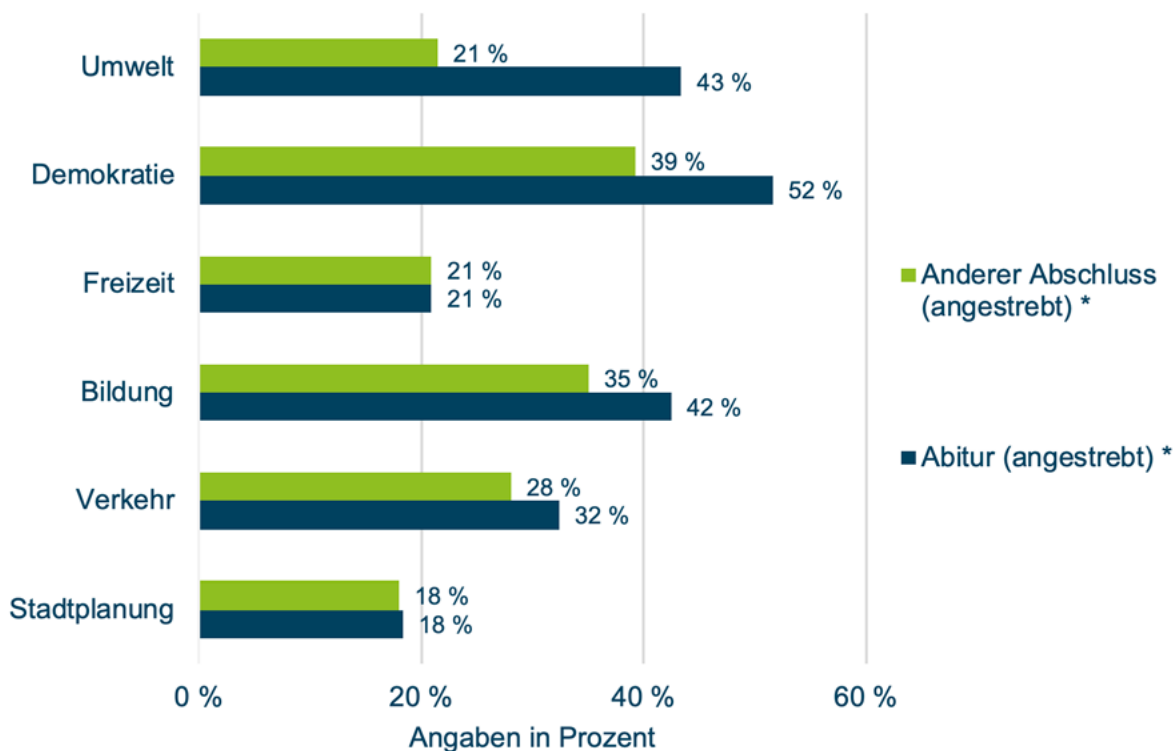
Abbildung 63 Beteiligungswünsche nach Themen im eigenen Wohnort nach (angestrebtem) Bildungsstatus (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2206)



\* Mittelwertsunterschiede nach Bildungsgruppe sind signifikant

Derselbe Trend ist auch auf Landesebene zu beobachten (siehe Abbildung 64), wobei auch hier insgesamt ein größeres Interesse an Beteiligung bei denjenigen mit Abitur besteht. Während mehr als die Hälfte mit Abitur sich gerne im Bereich Demokratie einbringen möchte, liegt der Anteil derjenigen ohne Abitur nur bei 39 Prozent. Im Bereich Umwelt besteht bei 43 Prozent derjenigen mit Abitur ein Wunsch nach Beteiligung, während es bei denjenigen ohne Abitur mit 21 Prozent um etwa die Hälfte weniger sind. Auch im Bereich Bildung besteht ein geringeres Interesse an Beteiligung bei jungen Menschen ohne Abitur 35 Prozent als bei jungen Menschen mit Abitur 42 Prozent. Während generell ein geringerer Wunsch besteht sich auf Landesebene im Bereich Verkehr einzubringen, sind es 32 Prozent derjenigen mit Abitur, die hieran ein Interesse äußern und 28 Prozent der jungen Menschen ohne Abitur. Die Unterschiede nach Altersgruppen sind für die Bereiche Verkehr, Bildung, Demokratie und Umwelt signifikant.

Abbildung 64 Beteiligungswünsche nach Themen in Niedersachsen nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N =2206)



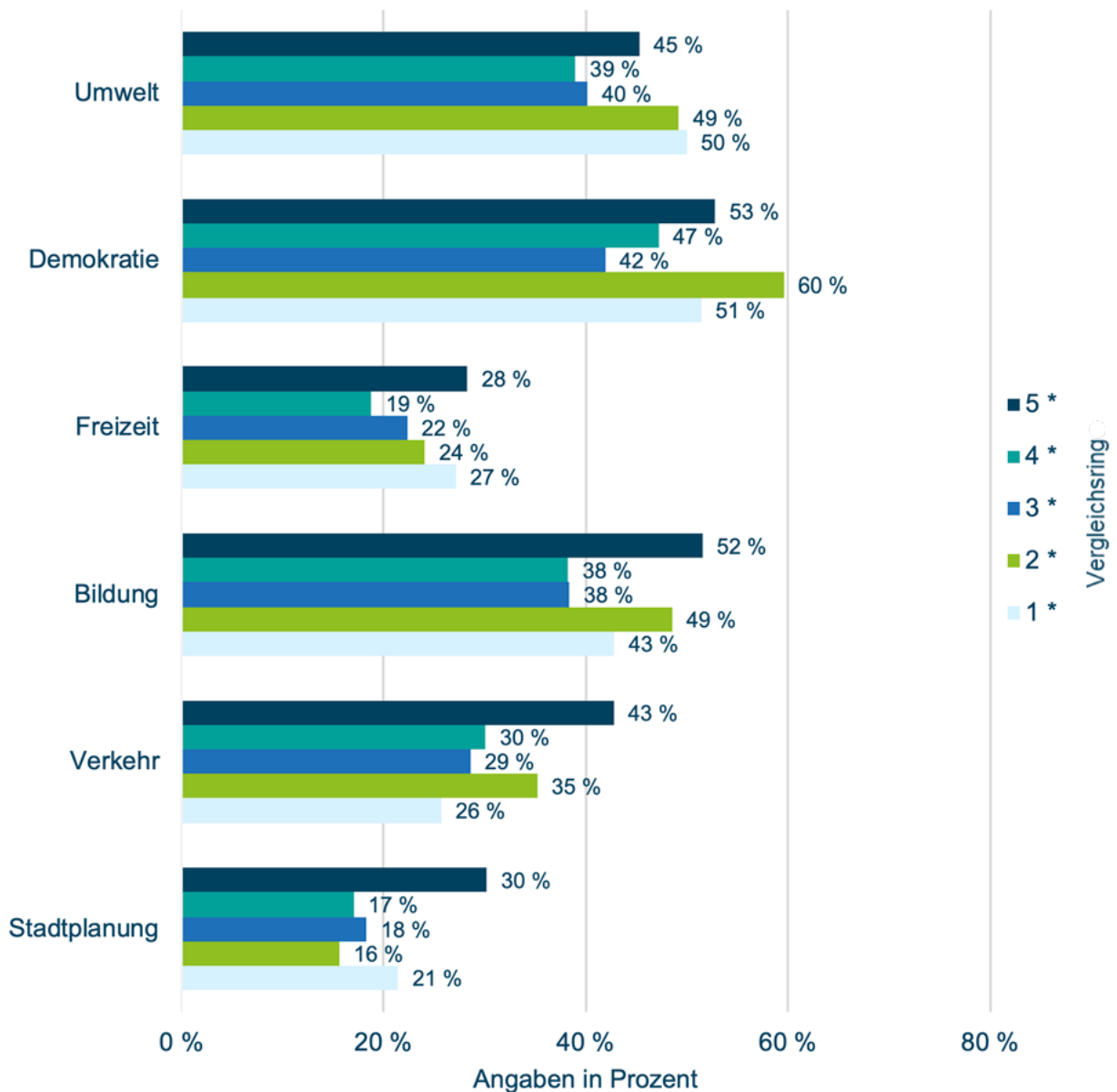
\* Mittelwertsunterschiede nach Bildungsgruppe sind signifikant

Hinsichtlich der Vergleichsringe lässt sich in Abbildung 65 erkennen, dass große Beteiligungswünsche auf kommunaler Ebene in Vergleichsring 2 zum Thema Stadtplanung bestehen. Es sind jedoch keine signifikanten Unterschiede zu erkennen. Auf Landesebene äußern junge Menschen aus Vergleichsring 5 hohe Beteiligungswünsche in allen Bereichen. Außerdem sind die Themen Demokratie, Umwelt, Bildung und Verkehr in den Vergleichsringen 2 und 4 besonders wichtig. Bei der Analyse verschiedener Themen und Vergleichsringe fällt auf, dass signifikante Verbindungen zwischen den folgenden Bereichen bestehen: In Bezug auf Stadtplanung ergibt sich eine deutliche Unterscheidung, wobei der fünfte Vergleichsring im Vergleich zu den Vergleichsringen 2, 3 und 4 besonders hervorsticht. Im Bereich Verkehr zeigt sich eine signifikante Relation, wobei der fünfte Vergleichsring im Vergleich zu den Vergleichsringen 3 und 4 besonders relevant ist. Hinsichtlich Bildung lassen sich Unterschiede erkennen, wobei der vierte Vergleichsring im Vergleich zu den Vergleichsringen 2 und 5 besonders herausragt. Für das Thema Freizeit konnte keine signifikante Relation zwischen den betrachteten Vergleichsringen identifiziert werden. Die Thematik der Demokratie zeigt eine klare Differenzierung, wobei die Vergleichsringe 3 und 4 im Vergleich zum Vergleichsring 2 besonders relevant sind. Das Interesse am Thema Demokratie in Ring 2 könnte durch die stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren motiviert sein. Im Kontext der Umwelt besteht eine signifikante Relation, wobei der vierte Vergleichsring im Vergleich zum Vergleichsring 2 statistisch besonders heraussticht. Die Ergebnisse für die Vergleichsringe weisen darauf hin, dass sowohl in besonders strukturstarken als auch besonders strukturschwachen Regionen Bildung ein wichtiger Themenbereich für Beteiligung junger Menschen ist. Städtische Gebiete (Vergleichsringe 1 und 2) zeigen ein höhere Beteiligungswünsche in fast allen Bereichen, insbesondere dort, wo soziale Belastungsfaktoren stark ausgeprägt sind. Dies könnte auf eine höhere Sensibilisierung für diese Themen hindeuten.

Die Ergebnisse legen nahe, dass Beteiligungswünsche in verschiedenen Themenbereichen durch eine Kombination von Faktoren beeinflusst werden, einschließlich der Strukturstärke/-schwäche, des städtischen/ländlichen Kontexts, des Anteils an Kindern und Jugendlichen sowie sozialer Belastungsfaktoren. Insbesondere scheinen soziale Belastungsfaktoren in städtischen und strukturschwachen ländlichen Gebieten einen deutlichen Einfluss auf den Wunsch nach Beteiligung in vielen Themen zu haben.



Abbildung 65 Beteiligungswünsche nach Themen in Niedersachsen nach Vergleichsringen  
(Online-Befragung, Angaben in Prozent, N = 2206)



\* Mittelwertsunterschiede nach Vergleichsringe für mind. eine Gruppe mit mind. einem anderen Vergleichsring sind signifikant

Darüber hinaus wurden in den Fokusgruppen Erfahrungen zu Beteiligungen mit lokalem Bezug geschildert (FG 8- bis 14-Jährige). Beispielsweise haben Jugendliche sich mit dem Bürgermeister zum Bolzplatz, Kriminalität vor Ort und dem Wunsch nach weniger Leerstand ausgetauscht (FG 9- bis 14-Jährige). Diese Themenoffenheit fordern die älteren befragten jungen Menschen grundsätzlich: In Kommunen mit Jugendräten sei dies „schon super“, auf Landesebene hingegen sei die Themenvielfalt eingeschränkt. Hier gebe es zwar zu ausgewählten Themen Gremien (bspw. Landesschülerrat für Schulpolitik, Landesjugendring für Jugendarbeit), „aber es gibt ja noch viel, viel mehr Themen, die relevant sind [...] und das wird noch viel zu wenig gesehen.“ (FG 18- bis 27-Jährige).

Neben den Beteiligungswünschen nach Themen wurde außerdem abgefragt, in welchen Formaten sich junge Menschen in Niedersachsen beteiligen möchten (siehe Abbildung 66). Die Ergebnisse zeigen, dass sich die jungen Menschen eine breite Vielfalt an unterschiedlichen Formaten wünschen. Der Wunsch nach einer Beteiligung mit jungen Menschen ist nahezu genauso stark ausgeprägt wie die Beteiligung gemeinsam mit Erwachsenen. Auch digitale

und analoge Formate werden nahezu gleichermaßen stark gewünscht, mit einer leicht höheren Präferenz für digitalen Formaten. Die Ergebnisse dazu, ob junge Menschen sich eher einmal, kurzfristig oder dauerhaft politisch einbringen möchten, zeigt, dass zeitlich begrenzte Formate im Mittel von den jungen Menschen bevorzugt werden. Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund des politischen Teilnahmeangebots, das eher auf dauerhafte Beteiligung ausgerichtet ist, besonders relevant (vgl. Kapitel 5.1.2.1). Dass der Wunsch nach Beteiligung mit jeder Partizipationsstufe steigt, ist ebenfalls ein wichtiges Ergebnis. So ist zu erkennen, dass junge Menschen mitentscheiden möchten, was ebenfalls eine Diskrepanz zum verfügbaren politischen Teilnahmeangebot in Niedersachsen darstellt (vgl. Kapitel 5.1.2.4).

Abbildung 66 Formatspezifische Beteiligungswünsche (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1998)

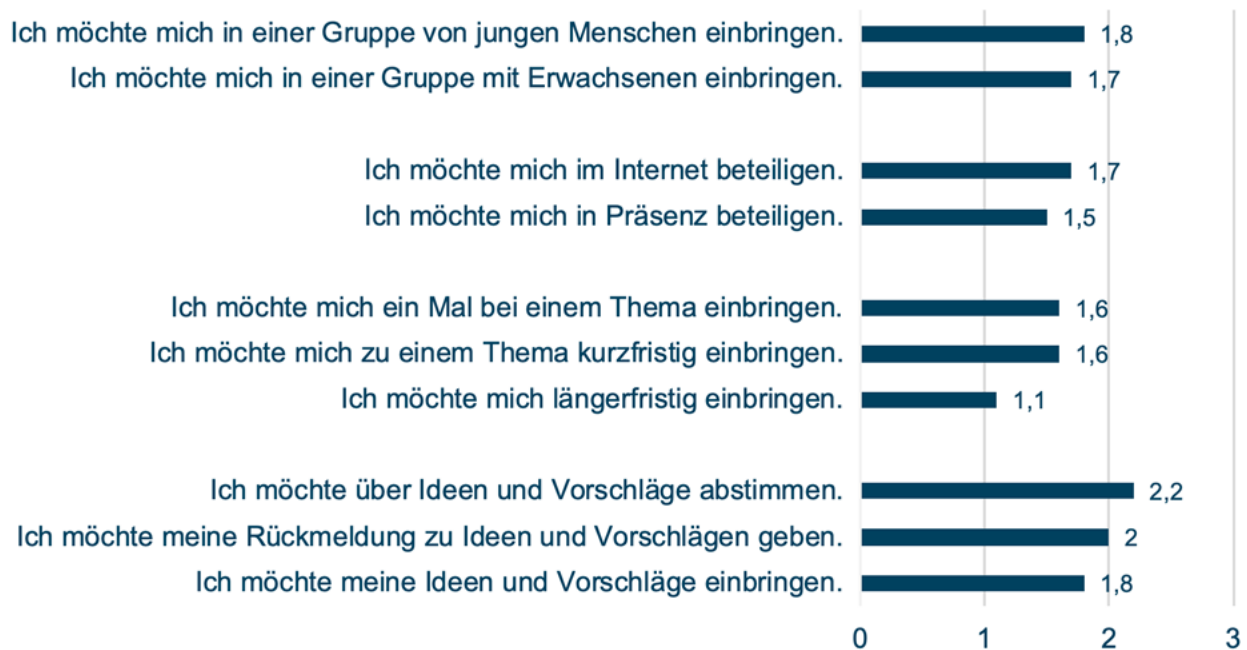
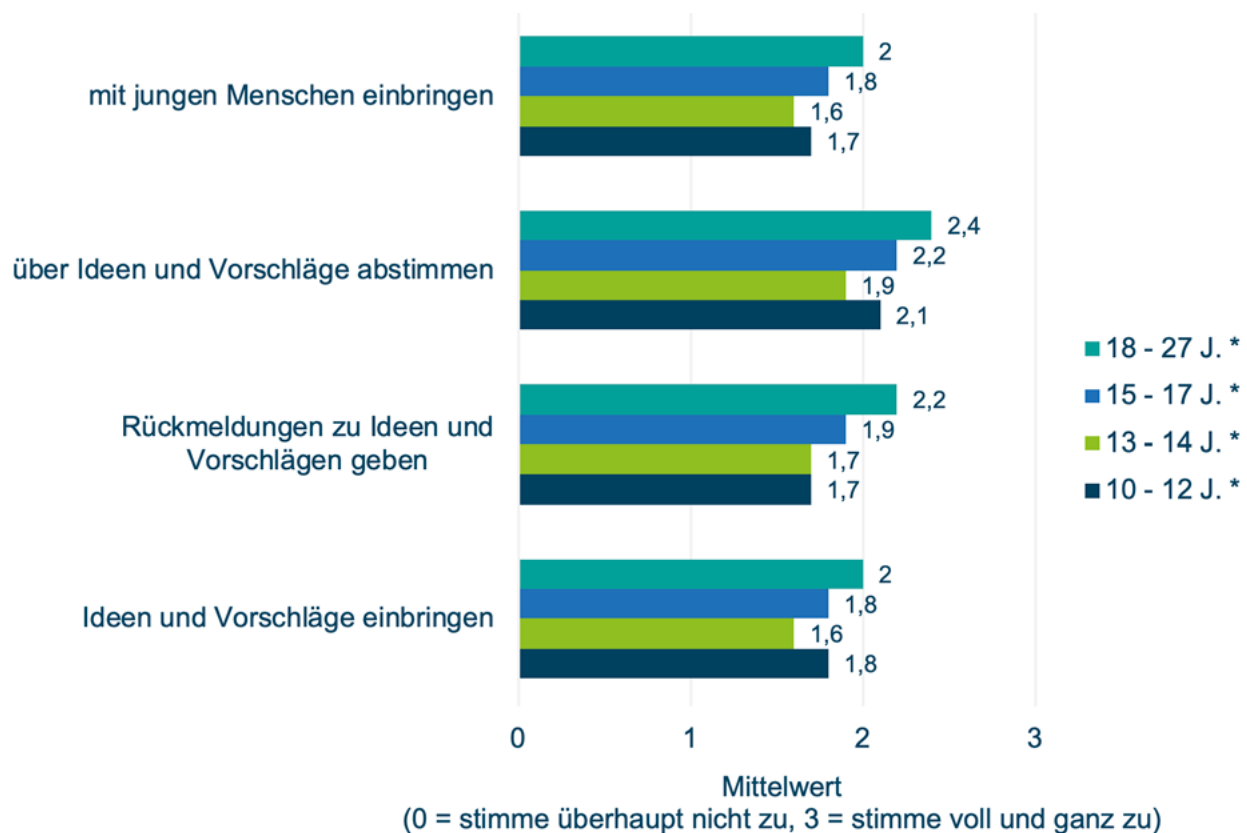


Abbildung 67 präsentiert die signifikanten Unterschiede der formatspezifischen Wünsche junger Menschen nach Alter. Items, bei denen keine signifikanten Altersunterschiede identifiziert wurden, werden nicht dargestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass Jugendliche und junge Erwachsene eine deutlich höhere Neigung zur gemeinsamen Beteiligung mit Gleichaltrigen im Vergleich zu jüngeren Jugendlichen haben. Interessanterweise sticht hierbei die jüngste Gruppe hervor, die entgegen dem allgemeinen Trend einen überraschend höheren Zustimmungswert aufweist. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Altersgruppen signifikant, wenn es um formatspezifische Beteiligungswünsche geht. Die einzige Ausnahme bildet die jüngste Altersgruppe der 10- bis 12-Jährigen, die sich nicht wesentlich von den beiden nachfolgenden Gruppen (13 bis 14 Jahre und 15 bis 17 Jahre) unterscheidet. Besonders hervorzuheben ist, dass junge Erwachsene die stärksten formatspezifischen Partizipationswünsche auf allen Ebenen äußern. Überraschend äußert auch die jüngste Altersgruppe starke Partizipationswünsche, insbesondere hinsichtlich Ideen- und Vorschlagseinbringung sowie Mitentscheidung. Im Bereich der Ideen- und Vorschlagseinbringung unterscheidet sich die älteste Altersgruppe signifikant von den 13- bis 14-Jährigen und den 15- bis 17-Jährigen. Bei der Möglichkeit zur Rückmeldung geben zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen allen Altersgruppen, mit Ausnahme der beiden jüngsten Gruppen. In Bezug auf Abstimmungen gibt es ähnliche Muster wie bei der gemeinsamen Einbringung mit jungen Menschen. Alle Altersgruppen weisen signifikante Unterschiede voneinander auf, wobei nur die 10- bis 12-Jährigen keinen wesentlichen Unterschied zu den beiden darauffolgenden Gruppen aufweisen (jedoch unterscheiden sich die Gruppen 2 und 3 voneinander). Diese Ergebnisse verdeutlichen die enge Verbindung zwischen altersspezifischen Präferenzen und formatspezifischen Beteiligungswünschen.

Zur Ausgestaltung von Beteiligungsprozessen äußerten sich auch Teilnehmende an Fokusgruppen: Gerade die Jüngeren wünschten sich Beteiligungsformate, in denen sie mit

Gleichaltrigen in den Austausch kommen können und es eine Vermittlung zwischen ihnen und „der Politik“ gibt (FG 15- bis 17-Jährige). So äußerte eine Teilnehmerin, „wenn ich direkt mit Politikerinnen oder Politikern sprechen soll, irgendwie bin ich dann so stumm und denke ich darf nichts Falsches sagen. Es ist einfach entspannter, wenn ich mit gleichaltrigen Personen rede, die nicht Politiker sind.“ (FG 8- bis 14-Jährigen). Die älteren befragten jungen Menschen hingegen bewerteten die Fokusgruppendifkussion selbst deshalb als positiv, weil sie nicht innerhalb der eigenen „Bubble“ stattgefunden habe (FG 18- bis 27-Jährige). Zugleich forderten sie Formate, die es verschiedenen Personen gleichermaßen ermöglichen, sich einzubringen. So sei beispielsweise ausreichend Zeit notwendig, damit auch nicht-geübte Sprechende ihre Gedanken zunächst sortieren können (FG 18- bis 27-Jährige). Zudem müsse man verschiedene „Aktivitätsniveaus“ ansprechen und sowohl Einstiege schaffen und informieren als auch aktivieren und verstetigen (FG 18- bis 27-Jährige).

Abbildung 67 Formatspezifische Beteiligungswünsche nach Altersgruppen  
(Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1785)

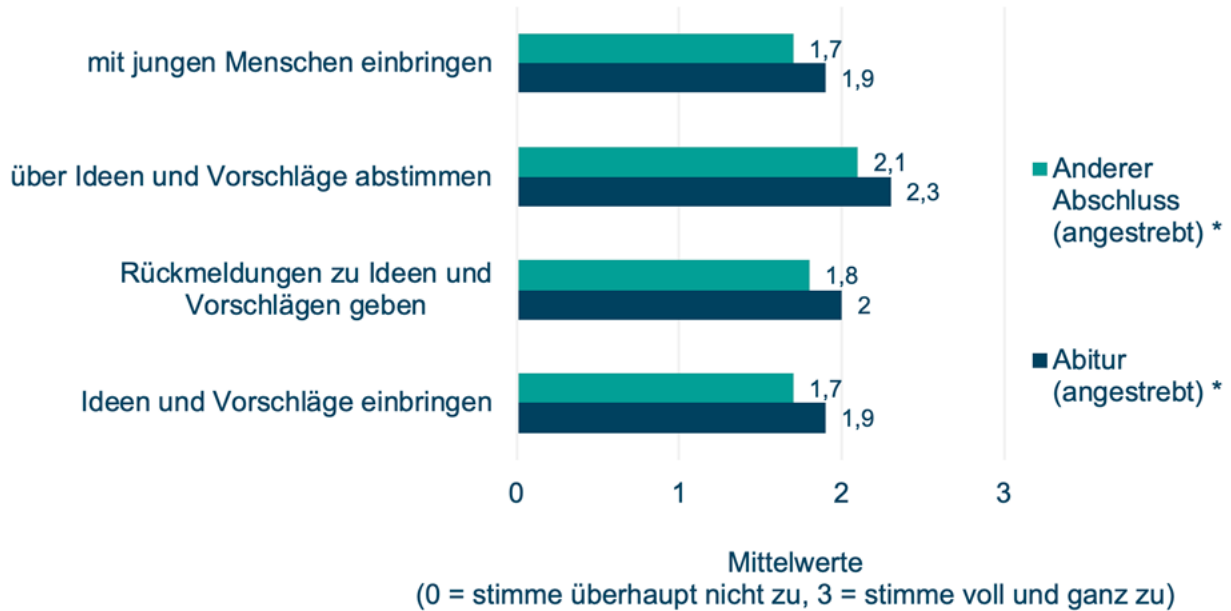


\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einer weiteren Altersgruppe signifikant

Des Weiteren ist festzustellen, dass Menschen mit Abitur höhere formatspezifische Beteiligungswünsche äußern. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Gruppen alle signifikant (siehe Abbildung 68). Die Untersuchung der signifikanten Mittelwertunterschiede zwischen den Vergleichsringen zeigt (siehe Abbildung 69), dass die stärksten Beteiligungswünsche in den Vergleichsringen 1 und 2 liegen. Insbesondere bei der Einbringung von Ideen und Vorschlägen sind die Unterschiede deutlich erkennbar. Hierbei unterscheidet sich der städtische Vergleichsring 2 signifikant von den eher ländlichen Vergleichsringen 3 und 4. Hinsichtlich der Möglichkeit, Rückmeldungen zu geben, zeigen sich ebenfalls signifikante Unterschiede. Vergleichsring 1 unterscheidet sich signifikant von Vergleichsring 3, während Vergleichsring 2 signifikante Unterschiede zu den Vergleichsringen 3, 4 und 5 aufweist. In Bezug auf Abstimmungen sind Vergleichsringe 2 und 3 signifikant voneinander verschieden, ebenso wie Vergleichsring 4 im Vergleich zu Vergleichsring 2. Die gemeinsame Einbringung mit jungen Menschen zeigt signifikante Unterschiede zwischen Vergleichsring 2 und den Vergleichsringen 3 und 4. Die Unterschiede in den Vergleichsringen scheinen dabei primär darauf zurückzuführen zu sein, ob es sich um eine städtische oder ländliche Region handelt. Sie verdeutlichen die vielfältigen Präferenzen und Bedürfnisse in Bezug auf verschiedene

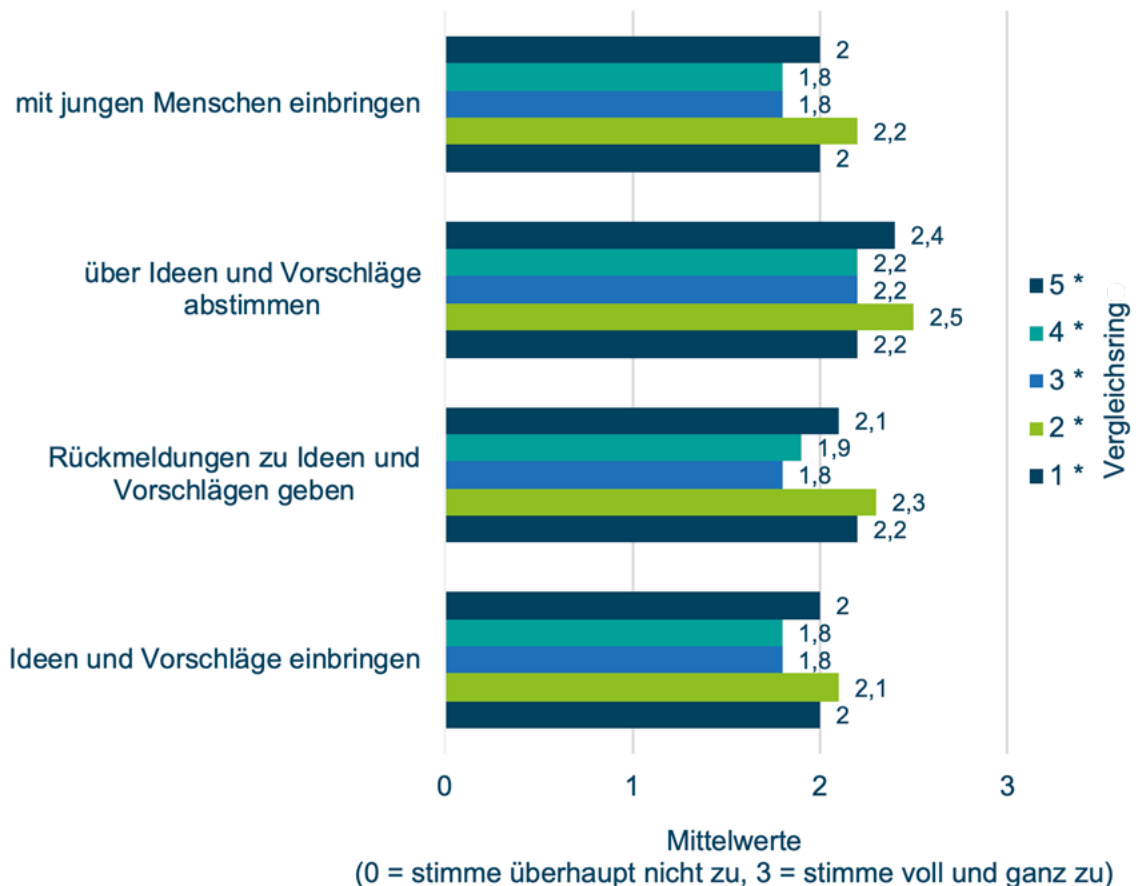
Beteiligungsformate und unterstreichen die Bedeutung der Altersgruppenunterschiede bei der Betrachtung der Mittelwertunterschiede.

Abbildung 68 Formatspezifische Beteiligungswünsche nach (angestrebtem) Bildungsabschluss  
(Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2055)



\* Mittelwertsunterschiede nach Bildungsgruppe sind signifikant

Abbildung 69 Formatspezifische Beteiligungswünsche nach Vergleichsringen  
(Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1859)



Die Jugendlichen in den Fokusgruppendifkussionen präferieren dahingegen eher langfristige gegenüber punktuellen Formaten: „In unserer Nachbargemeinde gibt es ein Jugendparlament. Bei uns gab es nur zwei Termine, wo man sich beteiligen konnte, das fand ich etwas albern, zwei Termine können da auch nichts bringen und ich hatte auch keine Zeit“ – wobei dies in erster Linie so zu sein scheint, dass sie sich von den langfristigen Formaten größere Einflussmöglichkeiten erhoffen (FG 8- bis 14-Jährige).

### 5.2.5 Zufriedenheit mit dem Beteiligungsangebot

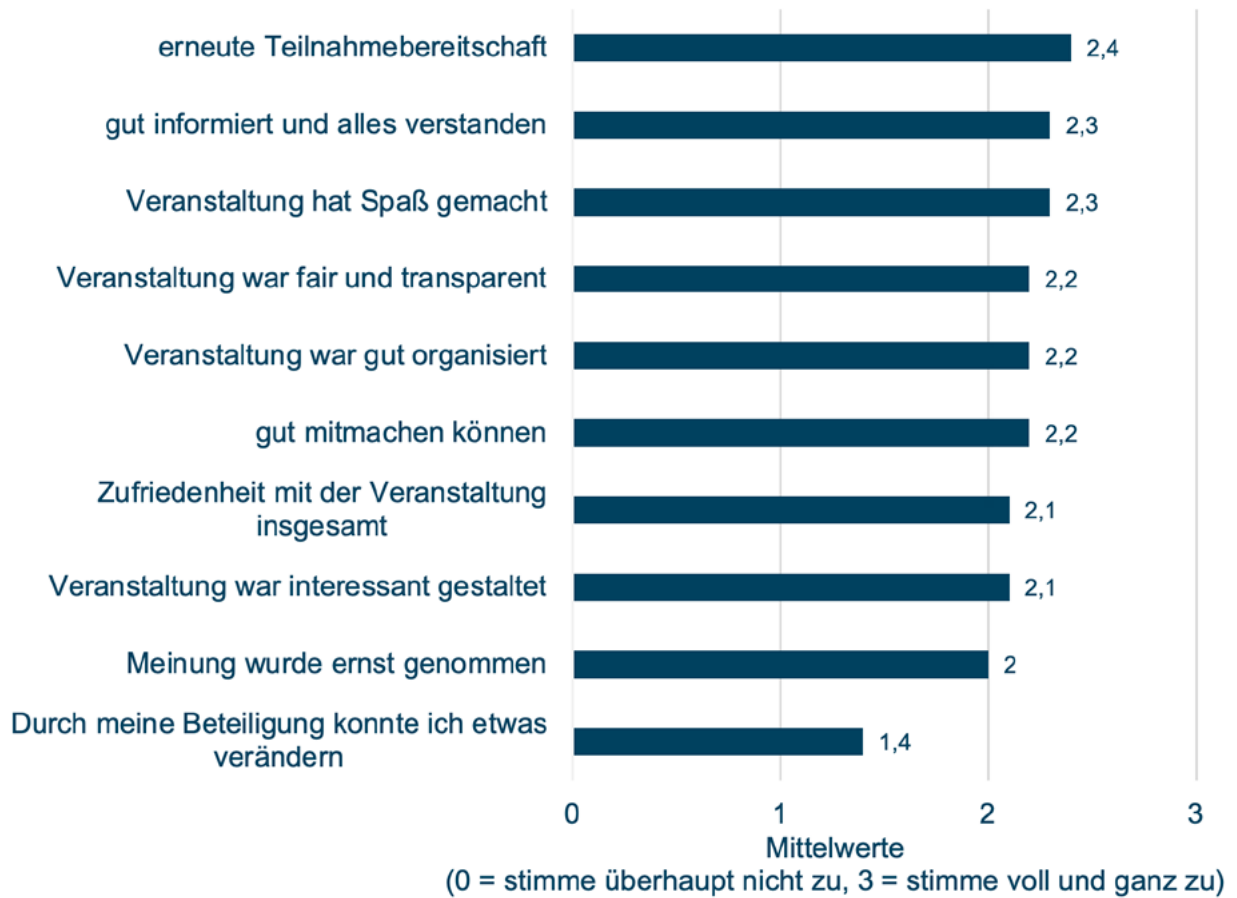
Die Zufriedenheit mit dem Beteiligungsangebot spielt eine entscheidende Rolle für die erneute politische Partizipation junger Menschen. Diese Zusammenhangsbegründung basiert auf verschiedenen Faktoren. Erstens fördert eine positive Erfahrung mit Beteiligungsangeboten das Vertrauen junger Menschen in politische Prozesse und Institutionen. Wenn ihre Beteiligungsmöglichkeiten als erfüllend und wirksam wahrgenommen werden, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie diese positiven Erfahrungen erneut suchen und sich erneut politisch engagieren. Zweitens ist die Zufriedenheit mit dem Beteiligungsangebot eng mit dem Gefühl der Relevanz und Bedeutsamkeit verbunden. Wenn junge Menschen erkennen, dass ihre Teilnahme einen wirklichen Einfluss hat und dass ihre Anliegen ernst genommen werden, steigt ihre Bereitschaft, sich erneut politisch zu beteiligen. Drittens wirkt sich die Zufriedenheit mit dem Beteiligungsangebot auf die emotionale Bindung an politische Prozesse aus. Ein positiver und erfüllender Beteiligungsprozess kann das Interesse junger Menschen an politischen Themen stärken und ihre Motivation fördern, sich auch in Zukunft aktiv einzubringen. Insgesamt schafft eine zufriedenstellende Beteiligungserfahrung ein positives Umfeld, das junge Menschen dazu ermutigt, ihre politische Partizipation fortzusetzen. Dies unterstreicht die Bedeutung einer bedarfsgerechten, ansprechenden und effektiven Gestaltung von Beteiligungsangeboten, um die kontinuierliche politische Einbindung der jungen Generation zu gewährleisten.

Im vorliegenden Bericht wurde zwischen der Zufriedenheit mit den genutzten Beteiligungsformaten einerseits und der Zufriedenheit mit dem Gesamtangebot andererseits unterschieden. Dabei wurde die Prozessqualität abgefragt. Diese Aussage bezieht sich auf die Struktur, Transparenz, Fairness und Effektivität des gesamten Ablaufs, in dem Bürgerinnen und Bürger aktiv in politische Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Partizipation authentisch, niedrigschwellig und zielgerichtet ist. Es wurde auch die Ergebnisqualität abgefragt, welche sich auf die Güte und Relevanz der erzielten Ergebnisse und Entscheidungen bezieht, die aus der Bürgerbeteiligung hervorgehen. Es wird besonderer Wert auf die Wirksamkeit der ergriffenen Maßnahmen gelegt, wobei verschiedene Perspektiven berücksichtigt werden und die tatsächlichen Auswirkungen auf die Gemeinschaft oder das politische System im Fokus stehen. Für den weiteren Verlauf wird jedoch nur die Wirksamkeit auf individueller Ebene berücksichtigt.

#### 5.2.5.1 Zufriedenheit mit genutzten Beteiligungsformaten

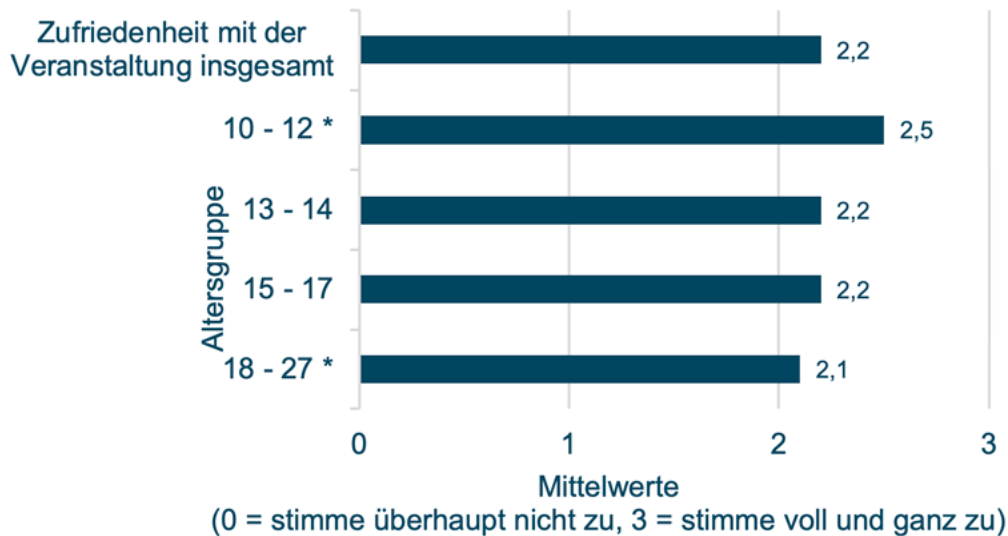
Die jungen Menschen, die in der Vergangenheit an Beteiligungsveranstaltungen wie Jugendforen teilgenommen haben, wurden gebeten, ihre Zufriedenheit mit der jeweiligen Veranstaltung zu bewerten. Abbildung 70 ist ersichtlich, dass die befragten Personen generell zufrieden mit den jeweiligen Beteiligungsveranstaltungen waren. Interessant ist jedoch, dass die Zufriedenheit mit der Effektivität der Beteiligung im Rahmen einer Veranstaltung mit einem Mittelwert von 1,4 auf einer Skala von 0 bis 3 am geringsten ausfiel. Hier stellt sich die Frage, mit welchen Erwartungen die Teilnehmenden an den Veranstaltungen teilgenommen haben und inwiefern diese Erwartungen erfüllt wurden. Es wäre von Interesse zu erfahren, ob die niedrige Bewertung der Effektivität darauf zurückzuführen ist, dass die Erwartungen der Teilnehmenden nicht erfüllt wurden.

Abbildung 70 Beurteilung der Teilnahme an Beteiligungsveranstaltungen zu einem bestimmten Thema (Online-Umfrage, N = 232)



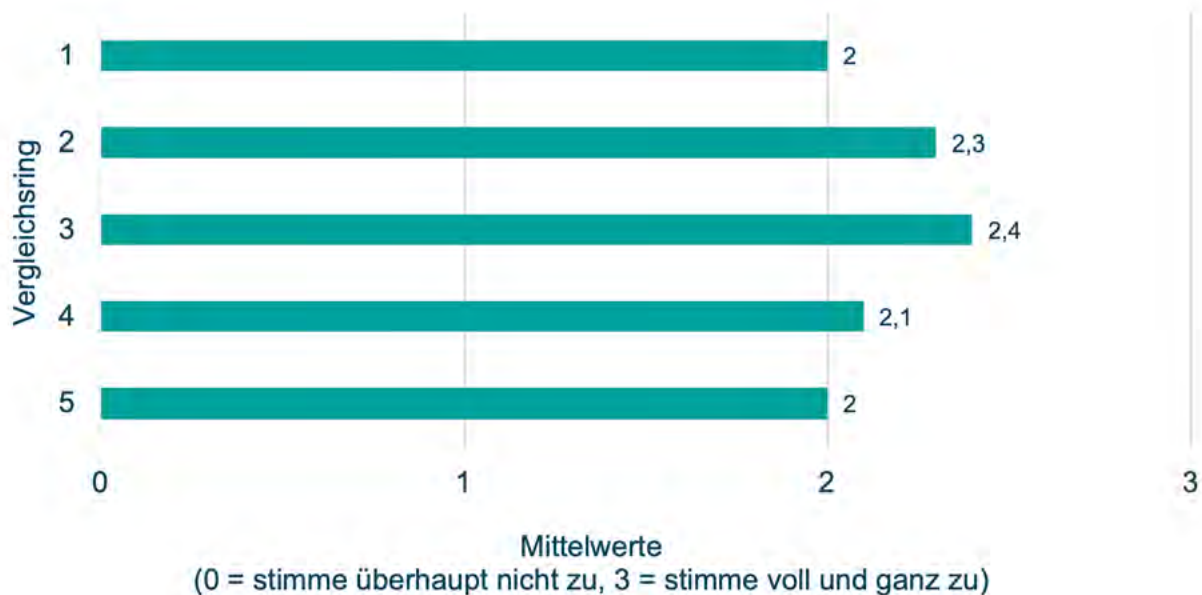
In einer Hauptfaktorenanalyse wurden die Items der Prozessqualität und Ergebnisqualität gegenübergestellt und untersucht, wie stark sie miteinander korrelieren. Laut den Ergebnissen der Hauptfaktorenanalyse macht eine Unterscheidung jedoch keinen Sinn, zumal die Ergebnisqualität nur aus einem Item besteht, während die Prozessqualität sieben Variablen umfasst. Daher wurden alle Items zu einem Index Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen zusammengefasst. Bei der bivariaten Betrachtung des Index Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen und den drei soziodemografischen Merkmalen fällt auf, dass die Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen mit dem Alter minimal abnimmt. Dabei sind nur Unterschiede zwischen der ältesten und der jüngsten Altersgruppe statistisch signifikant (siehe Abbildung 71). In Bezug auf den (angestrebten) formellen Bildungsabschluss bestehen keine signifikanten Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Abitur. In den Vergleichsringen ist die Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen in Vergleichsring 2 am höchsten und in Vergleichsring 5 am niedrigsten. Die Unterschiede sind jedoch nicht signifikant (siehe Abbildung 72).

Abbildung 71 Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen nach Altersgruppen, (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 189)



\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einer weiteren Altersgruppe signifikant

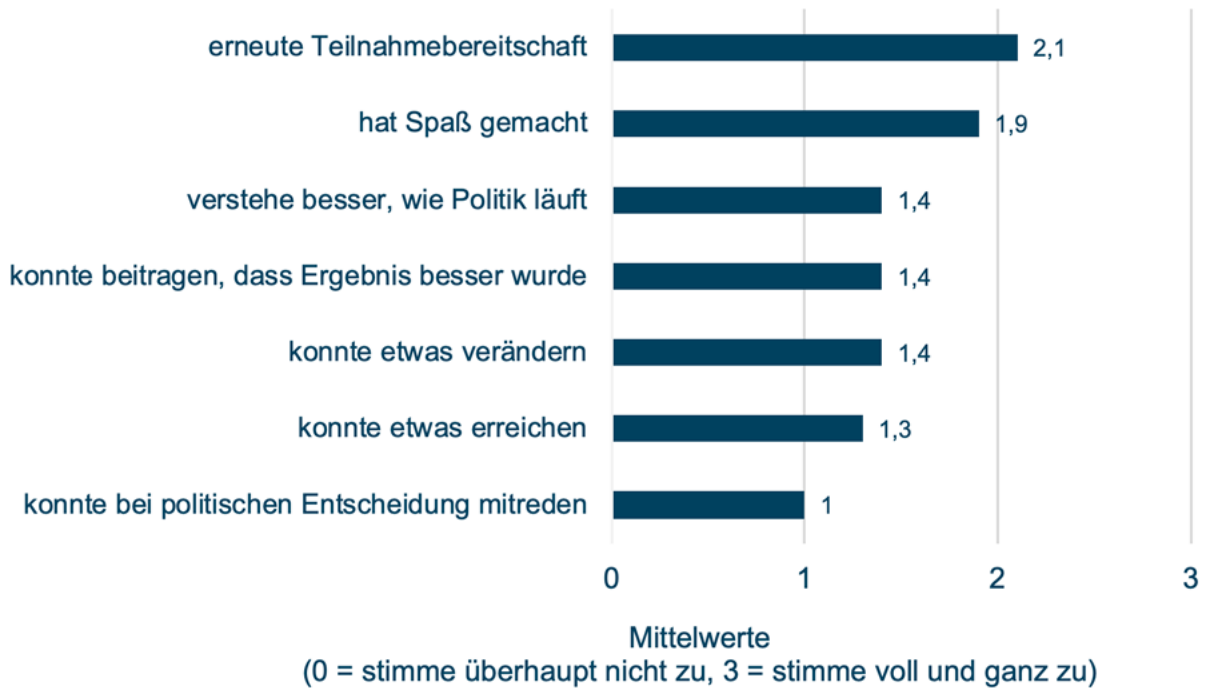
Abbildung 72 Zufriedenheit mit den Beteiligungsveranstaltungen nach Vergleichsrings (Online-Umfrage, (Mittelwerte, N = 1502)



Weiterhin wurde allgemein nach der Zufriedenheit mit den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten gefragt. In Abbildung 73 ist erneut zu erkennen, dass die wahrgenommene Effektivität der eigenen Beteiligung niedrig bewertet wird (Mittelwerte zwischen 1 und 1,4 auf einer Skala von 0 bis 3). Die Prozessqualität hinsichtlich dessen, ob die Beteiligung Spaß gemacht hat, wurde mit 1,9 bewertet. Trotz der niedrigen eigenen Effektivitätswahrnehmung ist eine erneute Beteiligungsbereitschaft mit 2,1 recht hoch. Dieses Ergebnis unterstreicht die Bedeutsamkeit der Prozessqualität für politische Beteiligung junger Menschen – gerade wenn die Effektivität der Beteiligungsprozesse defizitär ist.

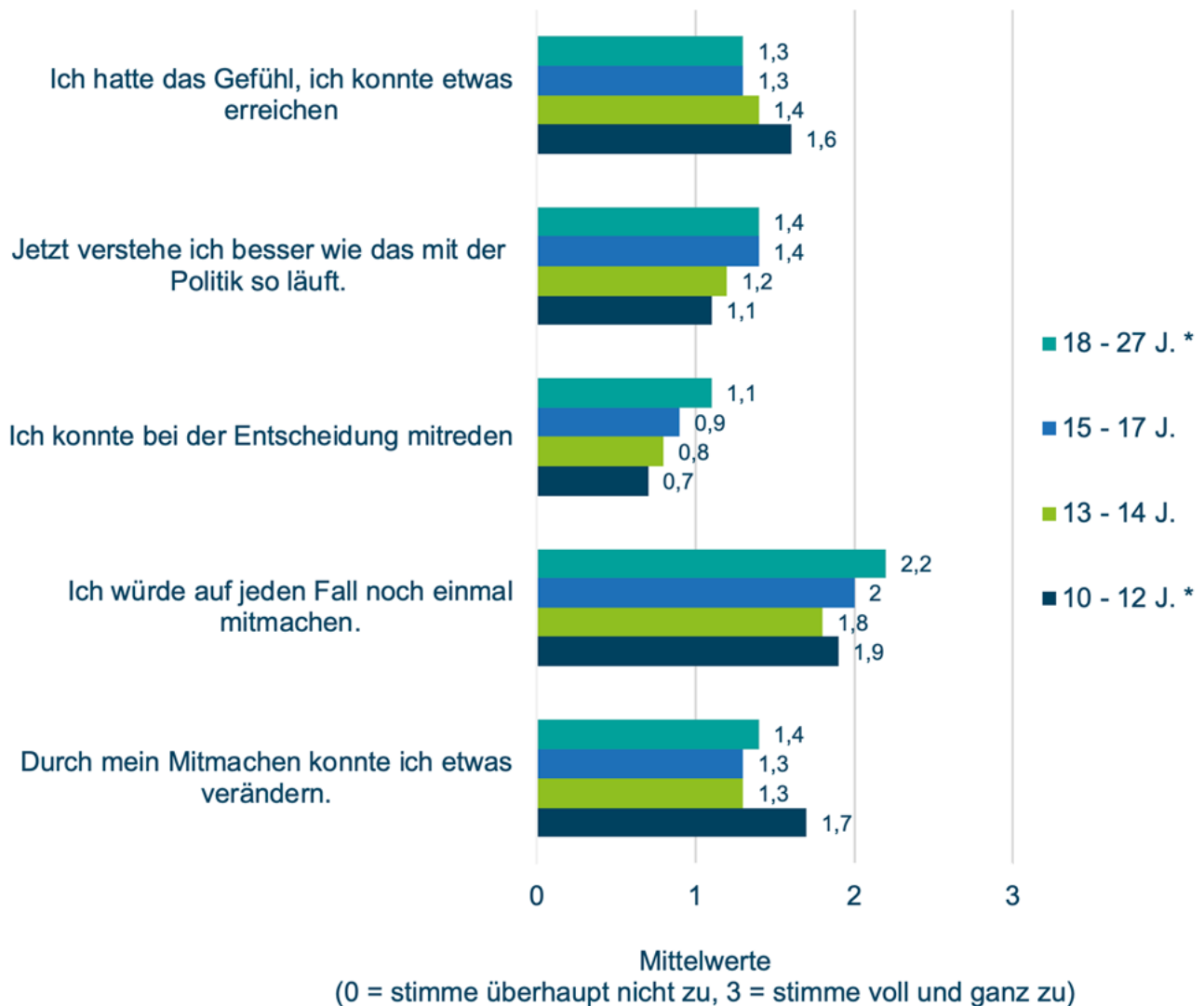


Abbildung 73 Beurteilung genutzter Beteiligungsmöglichkeiten, (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1639)



Mit Blick auf die Altersunterschiede fällt in Abbildung 74 auf, dass junge Erwachsene sich besser einbringen konnten und die höchste Teilnahmebereitschaft haben. Die Gruppe der 18- bis 27-Jährigen unterscheidet sich signifikant von der jüngsten Gruppe. Beim Item „ich konnte bei der Entscheidung mitreden“ sind die Unterschiede dieser Gruppe signifikant zu allen anderen Altersgruppen. Kinder haben die höchste politische Selbstwirksamkeit – auch wenn sie weniger gut mitmachen konnten als die älteren Gruppen. Die Gruppe der 10- bis 12-Jährigen unterscheidet sich dabei signifikant von allen anderen Altersgruppen.

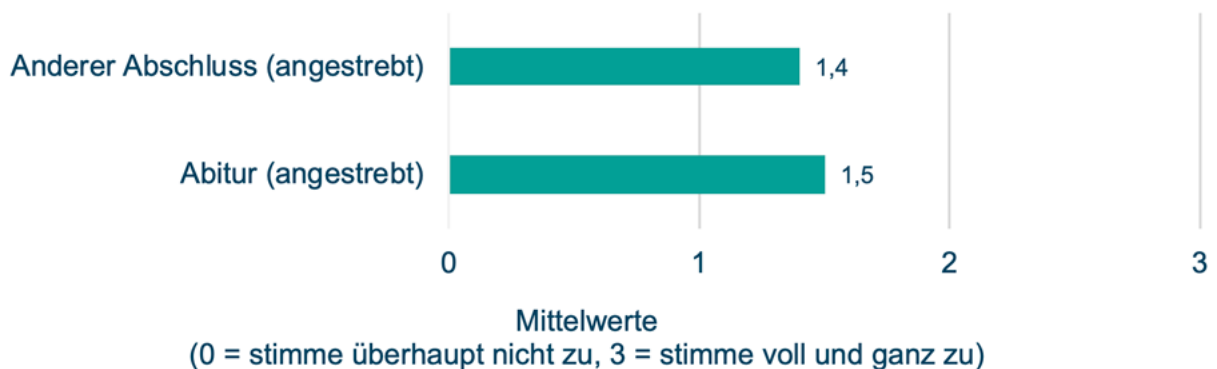
Abbildung 74 Beurteilung der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten nach Altersgruppen  
(Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1639)



\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einer weiteren Altersgruppe signifikant

Die einzelnen Items wurden zu einem Index zusammengefasst. Bei der Betrachtung der bivariaten Zusammenhänge mit den soziodemografischen Merkmalen sind leichte Unterschiede zu erkennen. Obgleich die Unterschiede zwischen den zwei Bildungsgruppen (mit und ohne Abitur) nur sehr gering sind, ist dieser Unterschied signifikant (siehe Abbildung 75). Die Unterschiede zwischen Alter und Vergleichsring ist nicht signifikant.

Abbildung 75 Zufriedenheit mit anderen Beteiligungsmöglichkeiten nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1639)



Auch in den Fokusgruppendifkussionen haben die jungen Menschen unterstrichen, dass ihnen die Effektivität der Beteiligung wichtig ist. So wurden verschiedene Formate dann als positiv bewertet, wenn sie einen Einfluss auf den politischen Prozess hatten. So wird die Teilnahme an einer Diskussion mit dem Bürgermeister als positive Erfahrung, die die Jugendlichen gern wiederholen würden, geschildert, denn „es wurden auch Sachen erfüllt, die man gesagt hat“ (FG 9- bis 14-Jährige), ähnliche Aussagen finden sich in Bezug auf Petitionen (FG 18- bis 27-Jährige). Zugleich ist dies ein zentraler Kritikpunkt der jungen Menschen am derzeitigen Beteiligungsangebot: „Es muss eine Reaktion darauf geben und es muss sich etwas verändern.“ (FG 8- bis 14-Jährige). Aus Sicht der 18- bis 27-Jährigen in der Fokusgruppe reichten entsprechende Formate nicht aus: „Es gibt selten Möglichkeiten, wo man die Meinung so äußern kann, dass sie auch in die politischen Prozesse einfließt.“

Als besonders positives Beispiel wurde in einer Fokusgruppe die Teilnahme am Jugendrat beschrieben. Dieser Jugendrat ermöglichte einen „kurzen Draht zur Kommunalpolitik“, er hat „Antragsrecht im Stadtrat“, so dass von Jugendlichen erarbeitete Positionen dort abgestimmt und meist sogar positiv beschieden würden. Dies ermöglichte eine direkte und schnelle Einflussnahme, man wisse dann auch, dass Anliegen bei den richtigen Ansprechpersonen ankämen. Rückmeldungen an Jugendliche fänden statt, was als zentral erachtet wird (FG 18- bis 27-Jährige). Auch andere Jugendliche äußern „Also ich will Jugendparlamente überall“, allerdings nur, wenn „die was bringen“ (FG 8- bis 14-Jährige).

Ein Format, dem in den verschiedenen Erhebungen eine große potenzielle Bedeutung zugemessen wird, sind digitale Tools. In einer Fokusgruppe wurde der Wunsch geäußert, das Beteiligungsangebot um digitale Formate zu erweitern: „[Ich wünsche mir eine] Website, wo junge Menschen über etwas diskutieren könnten. Ich finde dann hat man direkt eine Zielgruppe, die dann alle zusammen auf demselben Stand sind“ (FG 15- bis 17-Jährige). Eine Expertin schilderte, dass sie mit dem Rücklauf, den sie auf eine Online-Befragung, die zusätzlich mit Postkarten beworben wurde, sehr zufrieden gewesen sei (Exp.-kommunal-4). In der Online-Befragung antworteten auf die offene Frage „Gibt es noch etwas, das du uns sagen möchtest“ 19 der 214 Personen, die dieses Textfeld nutzten, dass die Umfrage selbst eine gute Möglichkeit sei, sich zu beteiligen, einige der Antworten waren beispielsweise:

- „Ich finde die Idee der Umfrage sehr gut, denn so können Leute wie ich auch etwas beitragen.“
- „Danke, dass es überhaupt die Möglichkeit gibt, sich an Umfragen wie dieses zu beteiligen. Allein dadurch fühlt man sich als junger Mensch bereits einen deutlichen Schritt mehr wahrgenommen.“
- „Es war sehr gut, dass es jemanden interessiert hat was man zu diesem Thema denkt.“
- Als weiteres digitales Tool wurde auf die App „PLACEm“ hingewiesen, dies sei ein „tolles Mitrede-Tool“ (Online-Befragung), siehe dazu auch Kapitel 2.2.1.2).

Aus den Fokusgruppendifkussionen lassen sich zudem Gestaltungsmerkmale von Beteiligungsprozessen ableiten. Beispielsweise schilderten Kinder und Jugendliche, dass manchmal Zuständigkeiten nicht nachvollziehbar sind (so war bspw. unklar, an wen man eine

Beschwerde über nicht ausreichende Schulbusse zwischen zwei Landkreisen richten sollte) (FG 8- bis 14-Jährige). Ein anderes wiederkehrendes Thema sind zeitliche Horizonte: So schildert bspw. ein junger Erwachsener, dass er sich für die Einrichtung eines Jugendrates eingesetzt hatte, was zunächst positiv aufgenommen, aber dann mit Verweis auf langsame Prozesse nicht zu einem Ergebnis gekommen war, sein Fazit „Bis dahin bin ich kein Jugendlicher mehr, dann brauche ich das nicht mehr“ (FG 18- bis 27-Jährige). Aus Sicht anderer Befragter sei es daher wichtig zu klären, was der Zweck eines Teilnehmungsangebots ist und wozu man beitragen könne (FG 18- bis 27-Jährige). Des Weiteren ist die Bekanntheit von Formaten wichtig für deren Erfolg (siehe dazu Kapitel 5.2.6). Teilweise äußern Jugendliche auch, dass Hemmschwellen bei etablierteren Formaten wie Jugendorganisationen politischer Parteien zu hoch seien „Ich bin zu schüchtern, um mit fremden Leuten zu reden“ (FG 8- bis 14-Jährige). Hier gilt es, durch Vermittlung oder Übersetzungsleistungen die Anliegen der jungen Menschen in Teilnehmungsprozessen einerseits anknüpfungsfähig zu machen und andererseits Erwartungsmanagement zu betreiben. Von einem Beispiel einer erfolgreichen Vermittlung berichteten die Jugendlichen einer anderen Fokusgruppensitzung: Hier hatte das Jugendzentrum einen politischen Austausch organisiert – zunächst wurde im Jugendzentrum über die Wünsche der Jugendlichen gesprochen, danach hat ein gemeinsamer Besuch im Rathaus beim Bürgermeister stattgefunden. Die Teilnahme an dieser Diskussion schildern die Jugendlichen als positive Erfahrung, u. a., da „auch Sachen erfüllt wurden, die man gesagt hat“ (FG 9- bis 14-Jährige). Aus Sicht der jungen Erwachsenen sollten jungen Menschen grundlegende Informationen zu politischen Prozessen vermittelt und beispielsweise die folgenden Fragen beantwortet werden: „Wie und wo funktioniert es überhaupt, also an wen kann man sich wenden, welche Gremien sind das, was braucht man dafür? Was kommt dabei rum? Was kann ich davon erwarten, wenn ich eine Petition starte, was kann ich davon erwarten, wenn ich im Stadtrat eine Frage stelle. Was sind da die Ergebnisse und Effekte, für welches Thema brauche ich welche demokratischen Mittel?“ (FG 18- bis 27-Jährige). Darüber hinaus wurde berichtet, was möglich ist, wenn interessierte junge Menschen auf entsprechende (individuelle) Förderung treffen: Ein junger Erwachsener wurde sogar ehrenamtlicher Bürgermeister, nachdem er sich engagieren wollte, aber auch unterstützt wurde. Ein anderer junger Erwachsener mit eigener Einwanderungsgeschichte sitzt nun im Landesbeirat für Jugendarbeit, nachdem er sich über Möglichkeiten informiert und von Jugendpflegenden der Stadt unterstützt wurde (FG 18- bis 27-Jährige).

Grundsätzlich wünschen sich junge Erwachsene einen respektvollen Umgang auf Augenhöhe, wertschätzend und antidiskriminierend (FG 18- bis 27-Jährige).

Im Rahmen der Gruppenarbeit in der Fokusgruppensitzung haben die jungen Erwachsenen viele für sie zentrale Aspekte zusammengetragen und präsentiert: „Wir haben Rahmenbedingungen gesammelt für ein Event zur Beteiligung, das wir uns wünschen. Wir brauchen Verbindlichkeit und Regelmäßigkeit, dass das nicht nur mal so ein tolles Projekt ist, sondern dass das an die Politik angebunden ist und dass da auch was passiert. Gleichzeitig muss das attraktiv für Jugendliche sein und Jugendliche da abholen, wo sie sind, in den Schulen usw. Es muss aber natürlich auch mit einem Budget ausgestattet werden damit es etwas Ernsthaftes ist, damit das Projekt von Anfang an gut ausgestattet ist. Und im Nachhinein muss es ein Feedback an die Teilnehmenden geben, damit die sehen es ist auch wirklich etwas passiert, es lohnt sich, sich einzubringen. Dann muss es themenoffen sein, dass man alle Themen einbringen kann.“ (FG 18- bis 27-Jährige).

#### 5.2.5.2 Zufriedenheit mit dem Gesamtangebot

In Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Gesamtangebot wurde gefragt, wie die Befragten die Möglichkeiten junger Menschen einschätzen, an ihrem Wohnort oder in Niedersachsen etwas zu verändern. Die Ergebnisse in Abbildung 76 zeigen, dass sich die Teilnehmenden auf kommunaler und Landesebene mehr Möglichkeiten wünschen, etwas zu verändern. Der Mittelwert auf einer Skala von 0 bis 3 beträgt 2. Bei der Frage, ob die Möglichkeiten zur Beteiligung auf Kommunal- und Landesebene ausreichend sind, fällt die Bewertung ähnlich aus. So liegt der Mittelwert bei 1,1 für die Kommunalebene und bei 1,3 auf Landesebene.

Ähnliche Ergebnisse zeigen sich auch bei der Betrachtung nach Altersgruppen in Abbildung 76. Hierbei bestehen signifikante Mittelwertunterschiede zwischen den Altersgruppen 10 bis 12 Jahren und 13 bis 14 Jahren sowie den 15- bis 17-Jährigen und 18- bis 27-Jährigen. Die

Beurteilung des politischen Beteiligungsangebots unterscheidet sich nicht signifikant nach (angestrebtem) Bildungsabschluss, weshalb von einer Darstellung der Ergebnisse an dieser Stelle abgesehen wird. Die Beurteilung des politischen Beteiligungsangebots unterscheidet sich nicht signifikant nach (angestrebtem) formellen Bildungsabschluss, weshalb von einer Darstellung der Ergebnisse an dieser Stelle abgesehen wird.

Abbildung 76 Beurteilung politischer Beteiligungsangebote und Wünsche an das politische Beteiligungsangebot auf Kommunal- und Landesebene (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1787)

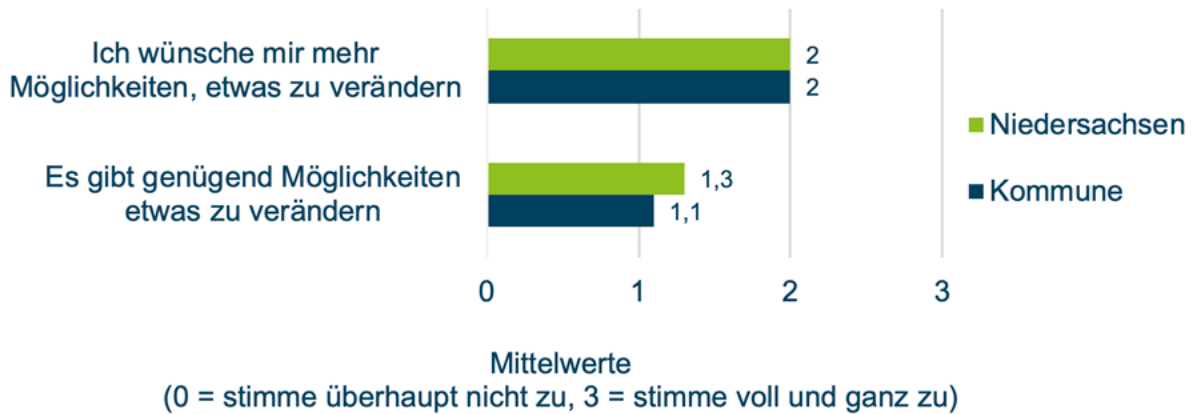
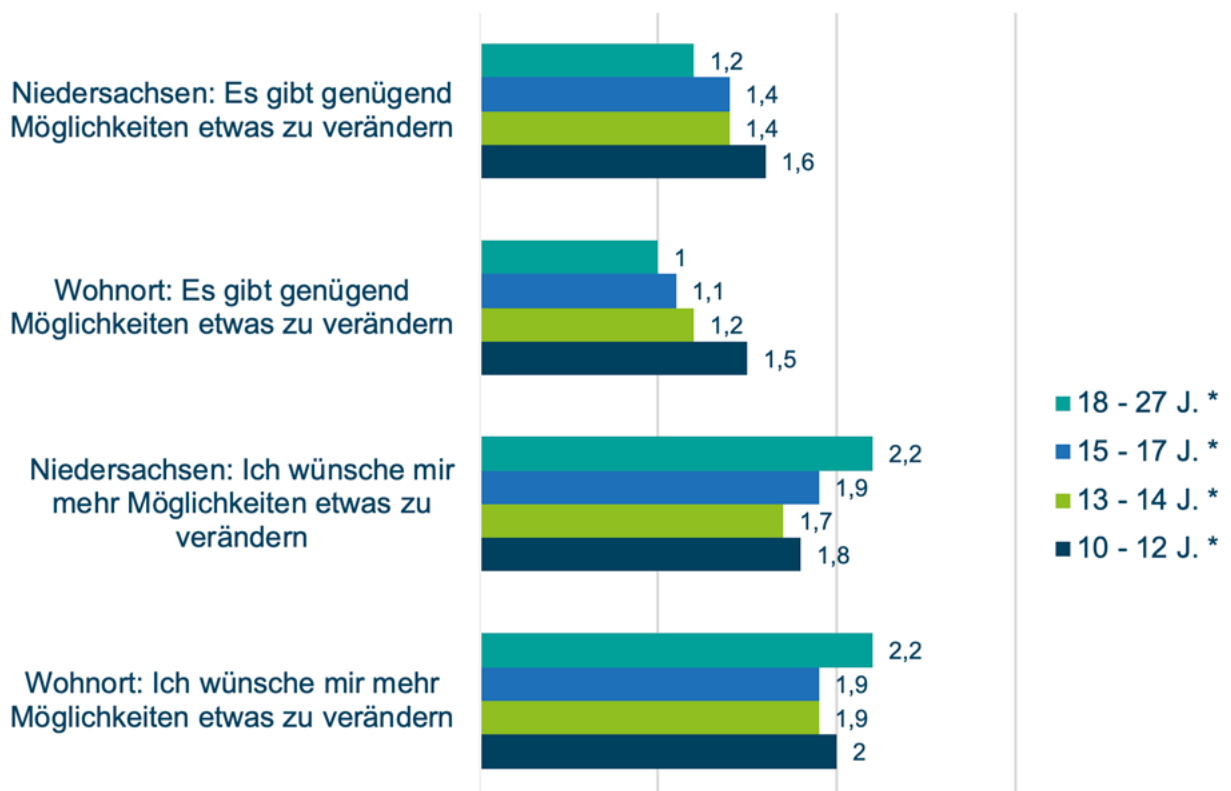


Abbildung 77 Beurteilung des politischen Beteiligungsangebots und Wünsche an das politische Beteiligungsangebot nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1787)

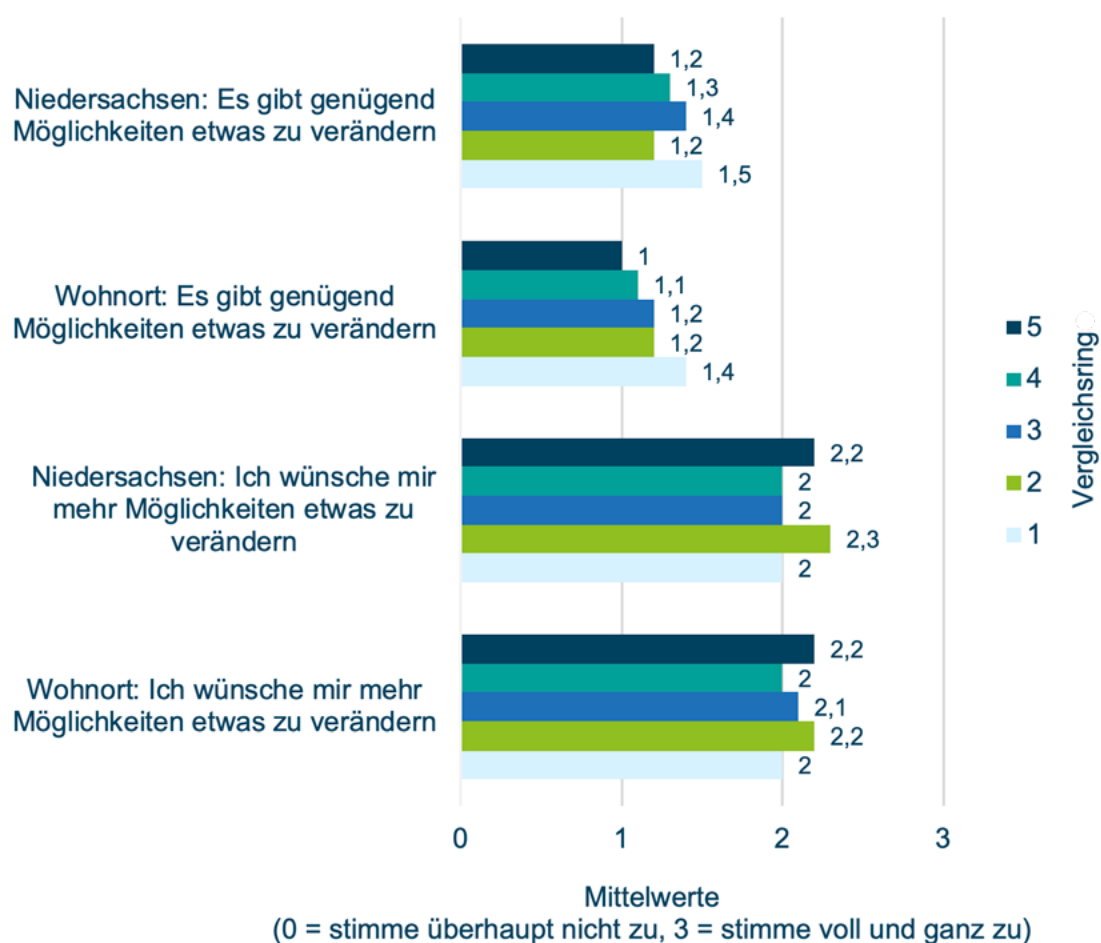


\* Mittelwertsunterschiede sind mit mind. einer weiteren Altersgruppe signifikant

In Hinblick auf die Vergleichsringe bestehen ebenfalls keine signifikanten Unterschiede bei der Beurteilung des Beteiligungsangebots, wie in Abbildung 78 zu sehen. Es bestehen jedoch signifikante Unterschiede bei dem Wunsch nach mehr Möglichkeiten auf kommunaler Ebene. Dieser ist in Vergleichsring 2 signifikant höher als bei Vergleichsring 4. Dieses Ergebnis könnte darauf hinweisen, dass in städtischen Gebieten mit stark ausgeprägten sozialen Belastungs-

faktoren ein höheres Bewusstsein und Bedürfnis für partizipative Angebote besteht, während die vorhandenen Partizipationsangebote in ländlichen, strukturell starken Gebieten mit urbanen Zentren als ausreichend empfunden werden oder dass andere Faktoren wie zum Beispiel eine geringere Wahrnehmung sozialer Belastungen eine Rolle spielen. Gleichsam ist der Wunsch auf Landesebene in Vergleichsring 2 signifikant höher als in 3 und 4. Zwischen Vergleichsringen 5 und 4 bestehen ebenfalls Unterschiede. Die Unterschiede zwischen Ring 5 und 4 könnten darauf hinweisen, dass in ländlichen Gebieten mit strukturschwachen urbanen Zentren ein größeres Bedürfnis nach Beteiligungsmöglichkeiten besteht, möglicherweise aufgrund einer höheren Wahrnehmung sozialer und struktureller Defizite.

Abbildung 78 Beurteilung des politischen Teilungsangebots und Wünsche an das politische Teilungsangebot nach Vergleichsringen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1685)



Der Umfang des Teilungsangebots wurde auch in den Fokusgruppensdiskussionen besprochen: Insgesamt decken sich die Angaben mit denen der Online-Befragung: Zwar sehen die jungen Menschen Möglichkeiten sich einzubringen, diese sind aus ihrer Sicht aber einerseits nicht niedrigschwellig genug und andererseits nicht ausreichend umfassend: „Man kann sich einbringen, aber auch nicht viel“ (FG 15- bis 17-Jährige), beispielsweise könne man einen Brief an den Bürgermeister schreiben oder sich bei einzelnen Terminen äußern (FG 8- bis 14-Jährige). Öffentliche Diskussionen gebe es in Kleinstädten aber zu selten und aktiv auf Entscheidungsträgerinnen und -träger zuzugehen könne man „nur übers Internet und auch nur wenn ich einen wichtigen Grund habe, ich weiß dann nicht, was ich sagen soll“ (FG 15- bis 17-Jährige). Eine junge Erwachsene meint, dass es zur Zeit viel Mühe koste, sich Beteiligung zu erkämpfen: „Ich habe mich wirklich reingefuchst, wie die Prozesse funktionieren. [...] Für mich sehe ich die Beteiligungsmöglichkeiten fine, sehe aber auch, wie viel Mühe dahintersteht“ (FG 18- bis 27-Jährige). In einer Fokusgruppensdiskussion wird zusammengefasst „Ich habe das Gefühl, dass ich Dinge wegstecken muss und nicht meine Meinung sagen kann.“ (FG 15- bis 17-Jährige).

### 5.2.6 Interesse und Information

Ein grundlegendes politisches Interesse ist für politische Partizipation unabdingbar. So beschreibt Niedermayer (2005) „Ein gewisses Interesse der Bürger an Politik gilt gemeinhin als eine notwendige Voraussetzung der Funktionsfähigkeit demokratischer politischer Systeme: Ohne politisches Interesse ist eine politische Beteiligung schlecht vorstellbar, und ohne politische Beteiligung gibt es keine demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im politischen Prozess“ (2005, S. 20). Darüber hinaus ist die Kenntnis über politische Beteiligungsangebote für junge Menschen von entscheidender Bedeutung, da sie einen informierten Zugang zu partizipativen Möglichkeiten ermöglicht und somit das demokratische Engagement fördert. Diese Informationen sind essenziell, um die politische Teilnahme junger Menschen zu stärken, ihre Interessen zu vertreten und ihre aktive Rolle in der demokratischen Gesellschaft zu unterstützen.

In der Online-Umfrage wurde das politische Interesse sowie die Information über Beteiligungsangebote von jungen Menschen abgefragt. Die Befragten wurden gebeten acht Aussagen zum diesen Themen von „stimme überhaupt nicht zu“ (= 0) bis „stimme voll und ganz zu“ (= 3) zu bewerten. Die Mittelwerte der Ergebnisse sind in Abbildung 79 zu sehen.

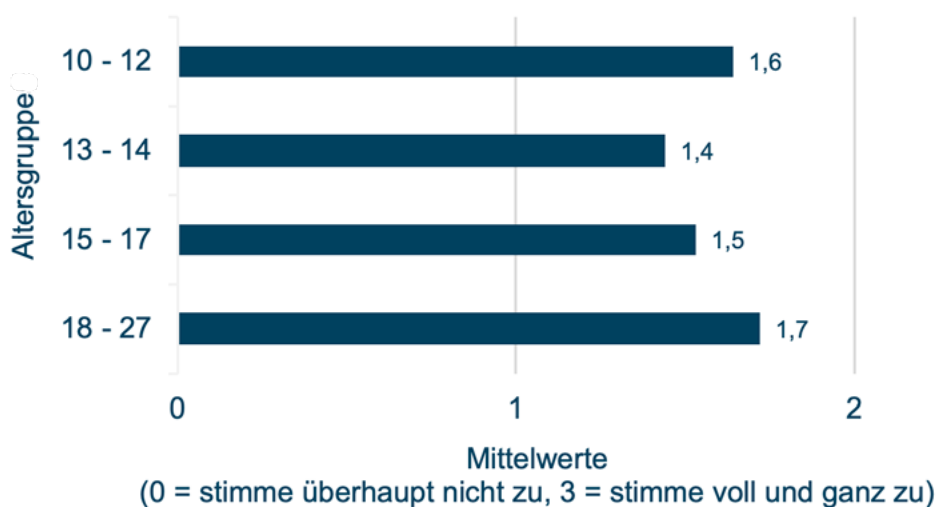
Abbildung 79 Politisches Interesse und Information über Beteiligungsangebote  
(Online-Umfrage, Mittelwerte N = 2206)





Die Mittelwerte der Aussagen zum Interesse am Geschehen am Wohnort oder in Niedersachsen sind am niedrigsten mit Mittelwerten von 0,9 und 1,1. Die Fragen nach dem wahrgenommenen Informationsstand über Themen und Vorhaben am Wohnort und in Niedersachsen haben die höchsten Mittelwerte mit Werten von 1,9 und 2,1. Ebenso stimmen die Befragten zu, sich über Beteiligungsmöglichkeiten am Wohnort und in Niedersachsen informiert zu fühlen, wie die Mittelwerte von 1,7 und 2,0 zeigen. Auch wurde mit einem Mittelwert von 1,9 angegeben, dass die Beteiligten im Durchschnitt eher zustimmen, dass sie keine Lust haben sich politisch zu beteiligen. Die Befragten stimmen im Durchschnitt eher nicht zu, dass sie keine Zeit zu haben sich politisch zu beteiligen mit einem Mittelwert von 1,4. Im nächsten Schritt werden die Fragen nach der Durchführung einer Hauptkomponentenanalyse<sup>19</sup> in zwei Variablen aufgegliedert: Desinteresse und Interesse/Information über politische Beteiligung. Die erste Variable Desinteresse besteht aus den Variablen „Ich habe keine Lust mich zu beteiligen“ und „Ich habe keine Zeit mich zu beteiligen“. Die Variable „Information über Beteiligung“ besteht aus folgenden Variablen: „ich interessiere mich dafür, was in Niedersachsen passiert“; „ich interessiere mich dafür, was in meinem Wohnort passiert“; „ich weiß wie ich mich in Niedersachsen beteiligen kann“; „Ich weiß, wie ich mich in meinem Wohnort beteiligen kann“; „ich fühle mich gut über die Themen und Pläne in Niedersachsen informiert“; „ich fühle mich gut über die Themen und Pläne in meinem Wohnort informiert. Betrachtet man die Mittelwertsunterschiede der Variable Desinteresse aufgegliedert nach Altersgruppe, finden sich signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen der 18- bis 27-Jährigen und 13- und 14-Jährigen sowie der 18- bis 27-Jährigen und der 15- bis 17-Jährigen, sowie zwischen den Altersgruppen der 10- bis 12-Jährigen und der 13- bis 14-Jährigen. Es gibt keinen signifikanten Unterschied in den Mittelwerten der Variable zwischen den Befragten mit und ohne Abitur, weshalb von einer Darstellung der Ergebnisse abgesehen wird.

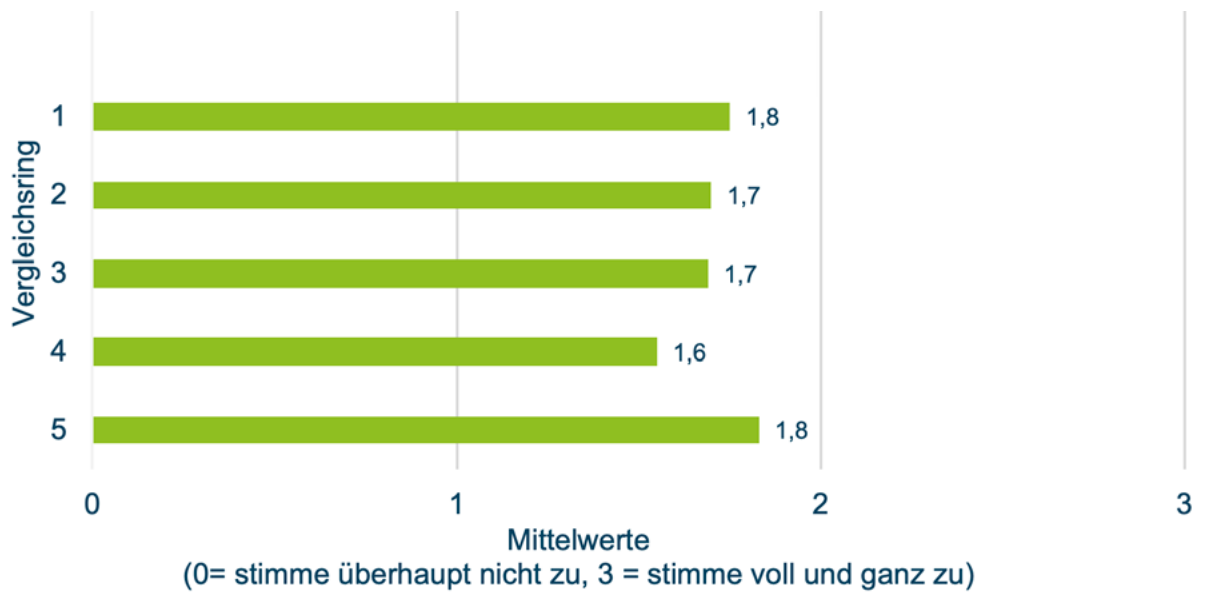
Abbildung 80 Desinteresse nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2121)



Ein Vergleich der Mittelwerte der Variable Desinteresse nach Vergleichsring zeigt einen signifikanten Unterschied in den Mittelwerten zwischen Vergleichsring 4 und 5 (Abbildung 81). Das Desinteresse ist in strukturschwachen ländlichen Regionen mit stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren folglich größer als in strukturstarken ländlichen Gebieten mit weniger stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren.

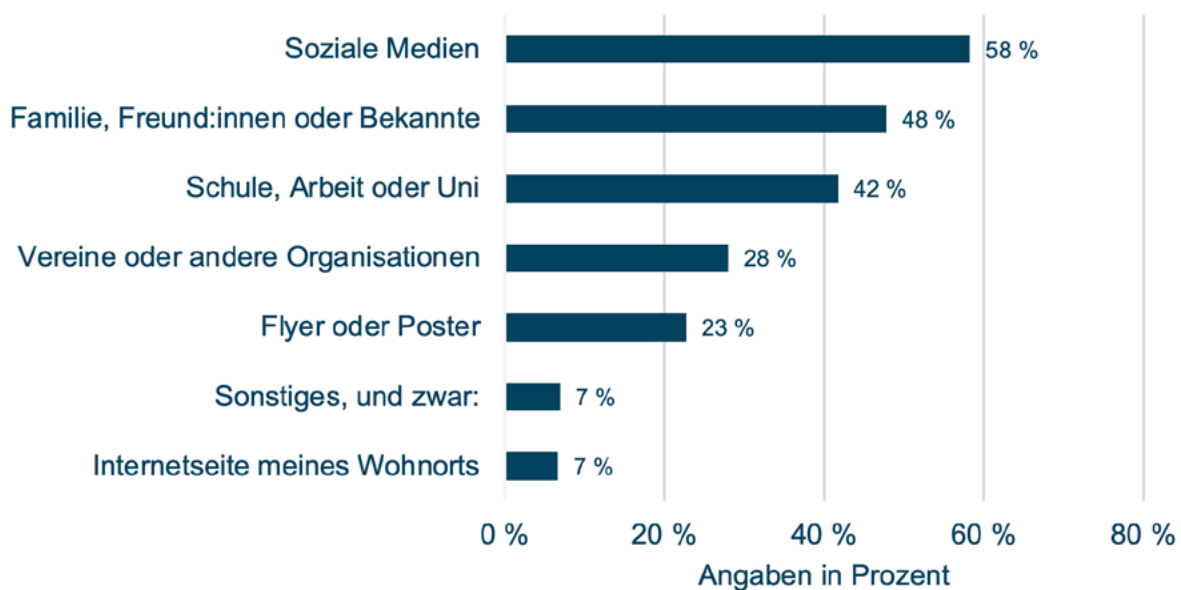
<sup>19</sup> Die Ergebnisse sind auf Anfrage bei den Autorinnen erhältlich.

Abbildung 81 Desinteresse nach Vergleichsrings (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1911)



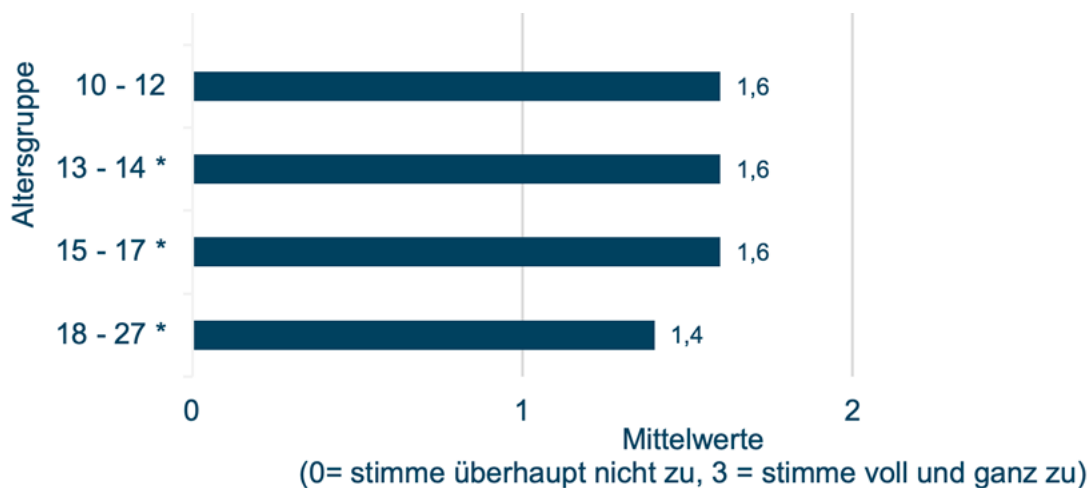
Wie bereits betont wurde, ist die Verfügbarkeit von Informationen über Beteiligungsangebote entscheidend für die politische Partizipation von (jungen) Menschen. Interessant ist dabei, die verschiedenen Kanäle zu untersuchen, über die junge Menschen ihre Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten beziehen (siehe Abbildung 82). Über die Hälfte der Befragten erhielt diese Informationen über soziale Medien (58 Prozent). Etwa die Hälfte wurde durch den Familien- und Freundeskreis oder über schulische, berufliche oder universitäre Kontakte informiert. 28 Prozent bezogen ihre Informationen über Vereine oder andere Organisationen, während etwa ein Viertel der Befragten diese in Flyern oder auf Postern las. Nur 7 Prozent der Befragten erhielten Informationen über Beteiligungsangebote über die Internetseite ihres Wohnorts, was darauf hinweisen könnte, dass Kommunen ihre Angebote möglicherweise nicht ausreichend bewerben oder die Informationen schwer auffindbar sind (vgl. hierzu auch Kapitel 4.1 und 4.6). Hierauf sollte ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Weitere sieben Prozent gaben an, dass sie Informationen über sonstige Kanäle erhielten, darunter eigene Recherchen, politisches Engagement, parteiliche Quellen sowie postalische Zustellung.

Abbildung 82 Informationsquellen zu genutzten Beteiligungsmöglichkeiten (Online-Umfrage, Angaben in Prozent, N = 2151)



Betrachtet man die Information über Beteiligungsangebote von jungen Menschen nach Altersgruppen in Abbildung 83 ist auffällig, dass die älteste Gruppe am wenigsten über Partizipationsmöglichkeiten informiert ist (Mittelwert von 1,4 gegenüber 1,6). Die jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis 27 Jahren unterscheiden sich dabei signifikant von den beiden jüngeren Altersgruppen im Alter von 13 bis 14 Jahren sowie 15 bis 17 Jahren. Die Beobachtung, dass die älteste Gruppe (18 – 27 Jahre) im Vergleich zu den jüngeren (unter 18 Jahren) am wenigsten über Partizipationsmöglichkeiten informiert ist (Mittelwert von 1,4 gegenüber 1,6), kann auf verschiedene Faktoren zurückzuführen sein. Diese Altersgruppe steht in einer Übergangsphase zwischen Jugend und Erwachsenenalter und wird möglicherweise noch nicht vollständig von den spezifischen Informationskanälen für politische Beteiligung erreicht. Zudem könnten Unterschiede in der Bildung, dem sozialen Umfeld oder den individuellen Interessen eine Rolle spielen und zu einer geringeren Informationsverfügbarkeit führen. Es wäre interessant, genauer zu untersuchen, welche Informationsquellen diese Altersgruppe bevorzugt und wie diese Präferenzen ihre Kenntnisse über Beteiligungsmöglichkeiten beeinflussen

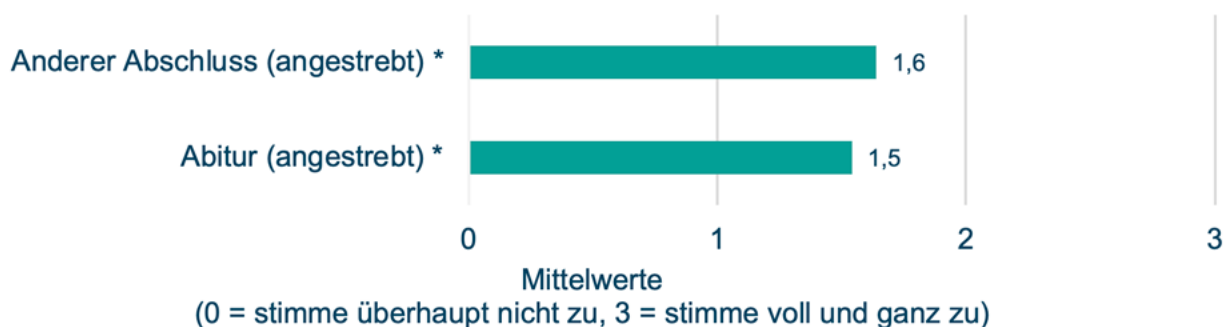
Abbildung 83 Information nach Altersgruppe (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2121)



\* Altersgruppe weist mit mind. einer anderen Altersgruppe signifikante Mittelwertsunterschiede auf

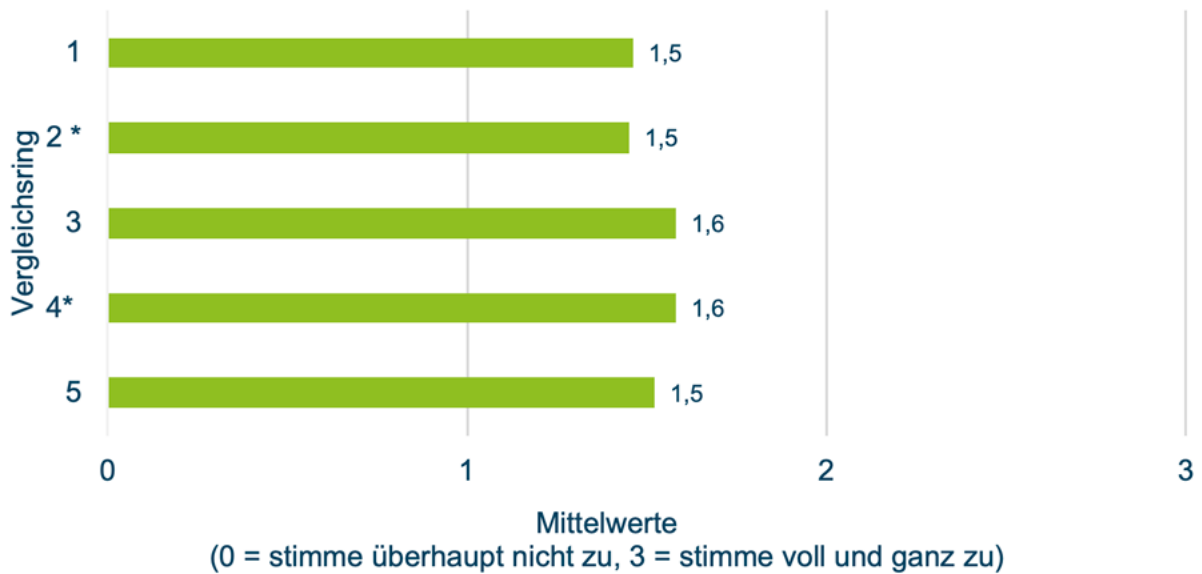
Personen ohne Abitur sind weniger über politische Beteiligungsmöglichkeiten informiert als Personen mit Abitur. Diese Ergebnisse sind konsistent zu der wissenschaftlichen Literatur (siehe Kapitel 2.3.1). Die Mittelwertunterschiede sind signifikant (siehe Abbildung 84). In den Vergleichsringen ist die Informiertheit über Beteiligungsmöglichkeiten ebenfalls ähnlich. Die Unterschiede zwischen den Vergleichsringen 2 und 4 sind signifikant (siehe Abbildung 85) und deuten darauf hin, dass die Informiertheit in ländlichen Gebieten etwas besser ausgeprägt ist als in städtischen Gebieten.

Abbildung 84 Mittelwerte Information nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1931)



\* Mittelwertsunterschiede sind signifikant

Abbildung 85 Information nach Vergleichsrings (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1911)



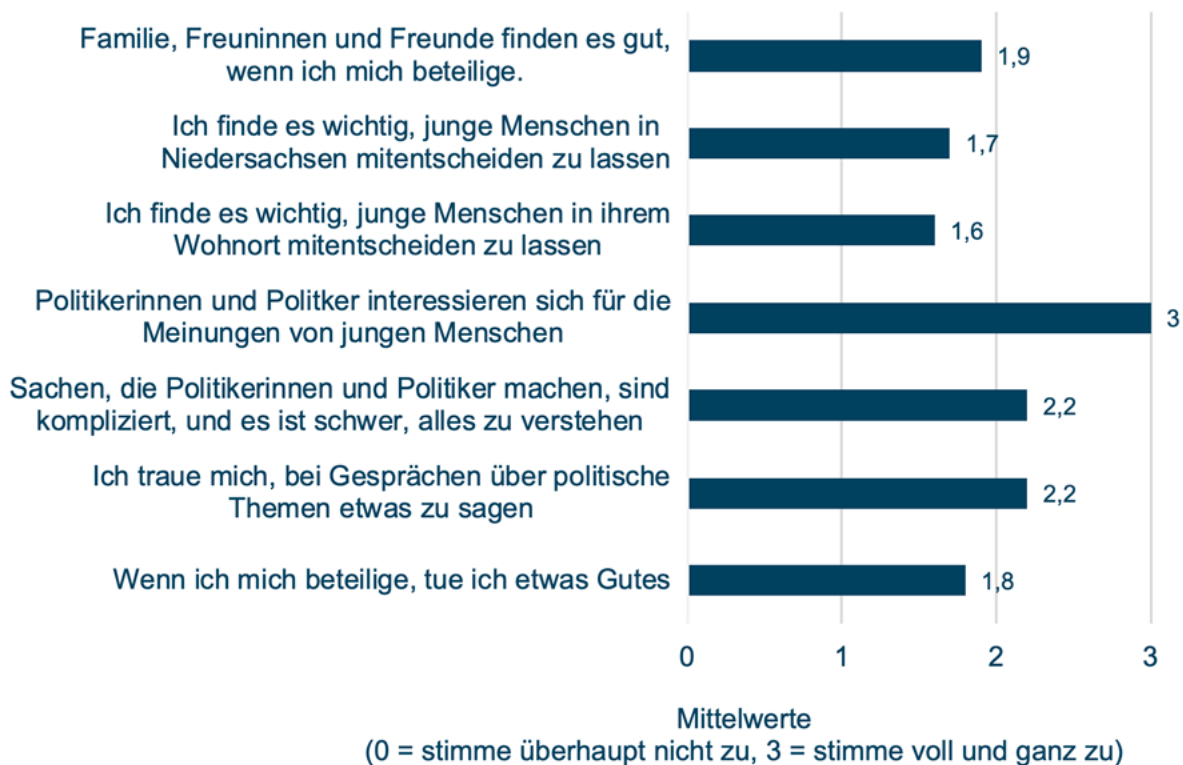
\* Vergleichsring weist mit mind. einem anderen Vergleichsrings signifikante Mittelwertsunterschiede auf

Die Ergebnisse aus den Fokusgruppengesprächen bestärken die Ergebnisse aus der Online-Befragung. So wünschen sich die jungen Menschen, dass Beteiligungsangebote besser beworben werden, denn es sei zentral, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von den Angeboten erfahren (FG 8- bis 14-Jährige, FG 18- bis 27-Jährige). Dies betreffe nicht nur konkrete Beteiligungsangebote sondern – noch grundlegender – die Information über (Lokal-) Politik: Diese werde häufig nur über Lokalzeitungen vermittelt, womit man aber nur einen kleinen Teil der Bevölkerung erreiche – so die Kritik der jungen Erwachsenen. Häufig sei es schwierig, relevante Informationen zu erhalten (FG 18- bis 27-Jährige). Die Jugendlichen empfehlen daher, auf verschiedene Kanäle gleichzeitig zu setzen und „ganz viel Werbung auf unterschiedlichen Kanälen“ verbreiten (FG 8- bis 14-Jährige). Darüber hinaus wurde deutlich, dass ein zentraler Kanal, über den junge Menschen auf verschiedene Beteiligungsangebote aufmerksam werden, die Schule ist. So wird beispielsweise berichtet, dass man über die Schule vermittelt an „Fridays for Future“ Demonstrationen teilgenommen habe (FG 15- bis 17-Jährige, FG 8- bis 14-Jährige). Das Besondere in der Schule sei, dass dies „der einzige Ort [ist], an dem man sich mit Leuten austauscht, mit denen man nicht befreundet ist.“ (FG 8- bis 14-Jährige).

### 5.2.7 Beteiligungsspezifische Einstellungen

Die Forschungsliteratur hat verschiedene Einstellungen identifiziert, die förderlich bzw. hinderlich für die politische Beteiligung sind (siehe Kapitel 2.3.1.2). Diese wurden anhand einer Fragenbatterie erfasst, die in Abbildung 86 zu sehen ist. Die Befragten wurden gebeten sieben Aussagen von „stimme überhaupt nicht zu“ (= 0) bis „stimme voll und ganz zu“ (= 3) zu bewerten.

Abbildung 86 Beteiligungsspezifische Einstellungen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2120)



Die Ergebnisse in Abbildung 86 zeigen, dass der Mittelwert für die Aussage „Politikerinnen und Politiker interessieren sich für die Meinungen von jungen Menschen“ bei 3 liegt. Die Mittelwerte der Aussagen, dass es wichtig ist, junge Menschen in Niedersachsen, bzw. an ihrem Wohnort mitentscheiden zu lassen liegen bei 1,7 bzw. bei 1,6. Hier ist eine Diskrepanz zu erkennen: Auf der einen Seite glauben junge Menschen, dass sich Politikerinnen und Politiker für ihre Meinungen interessieren, auf der anderen Seite finden sie es weniger wichtig, dass sich junge Menschen in ihrem Wohnort oder in Niedersachsen beteiligen. Für die Aussagen „Sachen, die Politikerinnen und Politiker machen, sind kompliziert, und es ist schwer alles zu verstehen“ und „Ich traue mich bei Gesprächen über politischen Themen etwas zu sagen“ haben einen Mittelwert von 2,2<sup>20</sup>. Auch hier ist eine Diskrepanz zu erkennen, denn junge Menschen geben an, dass sie sich trauen sich politisch zu äußern, gleichzeitig finden sie Politik schwer zu verstehen. Die Mittelwerte für die Aussagen, „Familie und Freunde finden es gut, wenn ich mich beteilige“ und „Wenn ich mich beteilige, tue ich etwas Gutes“ liegen bei 1,8 bzw. bei 1,9.

Auch in den Fokusgruppen wurden diese Themen diskutiert. Dort berichteten junge Erwachsene, die sich bereits politisch engagieren, dass sie sich häufig wegen ihres jungen Alters nicht ernstgenommen fühlen, ihnen werde beispielsweise von Freundinnen und Freunden der Eltern entgegnet: „Du hast ja noch gar nicht so viel erlebt, du weißt nicht, worüber du redest“. Dadurch hätten sie „oft das Gefühl, man muss erstmal fünf Jahre Lohnarbeit geleistet haben, dann darf man mitreden“ (FG 18- bis 27-Jährige). Ähnliche Erfahrungen schildern jüngere Jugendliche, sie fühlen sich nicht gehört. Teilweise kommen weitere Dimensionen der Diskriminierung hinzu, so schildern manche den Eindruck in der Schule auf Grund ihrer Herkunft schlechter behandelt zu werden als andere Jugendliche (FG 9- bis 14-Jährige). Außerdem beobachten sie in ihrem Alltag eine herablassende Haltung von Erwachsenen gegenüber Jugendlichen und kritisieren dies, bspw. wenn eine Lehrerin sie anschreie und nicht beantworte, warum, „dann fühle ich mich so, als würden Kinder keine Rechte haben.“ (FG 9- bis 14-Jährige). Vereinzelt halten Jugendliche selbst ihre Meinung für nicht wichtig genug: „Manchmal hab ich das Gefühl, dass mir nicht zugehört wird, aber ich bin ja auch nur irgendeine Person, das kann ich auch verstehen“ (FG 15- bis 17-Jährige). Andere hingegen haben selbst die Sorge, sich nicht gut genug auszukennen, um mitreden zu können:

<sup>20</sup> Mit Cronbachs Alpha von 0,808

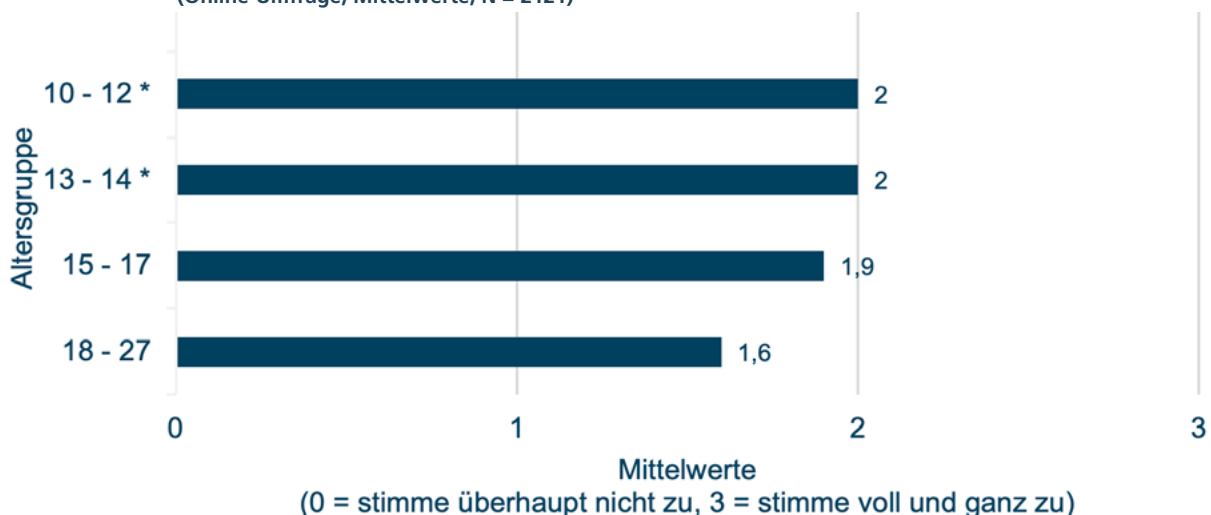
„Ich habe mir schon öfter Gedanken gemacht, wie ich mich einbringen kann, aber ich wusste auch nicht, ob ich herkommen soll und schon so Ahnung haben muss oder nicht“ (FG 15- bis 17-Jährige). Das von älteren Erwachsenen gelegentlich vorgebrachte Argument, dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene nicht die entsprechenden Kenntnisse und Fähigkeiten mitbringen würden, um sich politisch zu beteiligen hält hingegen eine junge Erwachsene für hinfällig: „Ihr [Erwachsenen] macht auch Fehler und dürft trotzdem überall dabei sein“ (FG 18- bis 27-Jährige).

In den Fokusgruppendifkussionen wurde teilweise auch Unsicherheit in Bezug auf die Bedeutung der eigenen Meinung geäußert. Einerseits meinten Kinder und Jugendliche „Ich hab' oft auch keine richtige Meinung zu Dingen“ (FG 8- bis 14-Jährige), oder „Ich persönlich hatte noch kein großes Anliegen, das ich ändern wollte“ (FG 15- bis 17-Jährige). Gleichzeitig wird aber auch der Wunsch geäußert, zur Beteiligung aufgefordert zu werden, damit man einen Anreiz hat, sich intensiver mit politischen Fragestellungen auseinanderzusetzen (FG 15- bis 17-Jährige). Ansonsten habe man als junger Mensch wenig Bezug und Wissen zur Politik, der Schulunterricht sei einer der wenigen Anknüpfungspunkte (FG 15- bis 17-Jährige).

Eine Hauptkomponentenanalyse der Onlinebefragungsergebnisse legt nahe, dass sich die Fragenbatterie thematisch in zwei Komponenten unterscheiden lässt: Einerseits in beteiligungsförderliche Einstellungen („Familie, Freundinnen und Freunde finden es gut, wenn ich mich beteilige“, „ich finde es wichtig junge Menschen in Niedersachsen mitentscheiden zu lassen“, „ich finde es wichtig junge Menschen in ihrem Wohnort mitentscheiden zu lassen“, „ich traue mich, bei Gesprächen über politische Themen etwas zu sagen“, „wenn ich mich beteilige, tue ich etwas Gutes“), andererseits in beteiligungshinderliche Einstellungen („Sachen, die Politikerinnen und Politiker machen, sind kompliziert, und es ist schwer, alles zu verstehen“)<sup>21</sup>. Folglich werden zwei neue Variablen gebildet.

Die Mittelwertunterschiede für die Altersgruppen bei der Variable beteiligungsförderliche Einstellungen sind bis auf die Gruppen 10- bis 12- und 13- bis 14-Jährigen signifikant (siehe Abbildung 87). Hinsichtlich einer beteiligungshinderlichen Einstellung besteht kein signifikanter Mittelwertunterschied nach Altersgruppe, weshalb von einer Darstellung der Ergebnisse an dieser Stelle abgesehen wird.

Abbildung 87 Beteiligungsförderliche Einstellungen nach Altersgruppen (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 2121)



\* Mittelwertsunterschiede sind signifikant

<sup>21</sup> Das Item „Politiker und Politikerinnen interessieren sich für die Meinungen von jungen Menschen“ kann aus statistischen Gründen nicht weiter betrachtet werden, da Faktorladung < 0,5.

In der Forschung wird davon ausgegangen, dass Einstellungen zur Beteiligung und einem hohen formellen (angestrebten) Bildungsabschluss positiv miteinander zusammenhängen (vgl. Kapitel 2.3.1). Jedoch zeigen die Ergebnisse der Befragung, dass Personen mit einem anderen (angestrebten) Bildungsabschluss (also ohne Abitur) tendenziell eher beteiligungsförderliche Einstellungen haben als Personen mit (angestrebten) Abiturabschluss. Entgegen den Annahmen aus der Forschungsliteratur vertreten die befragten Personen ohne (angestrebtem) Abiturabschluss eher beteiligungsförderliche Einstellungen als Personen mit (angestrebtem) Abiturabschluss (siehe Abbildung 88; mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent).

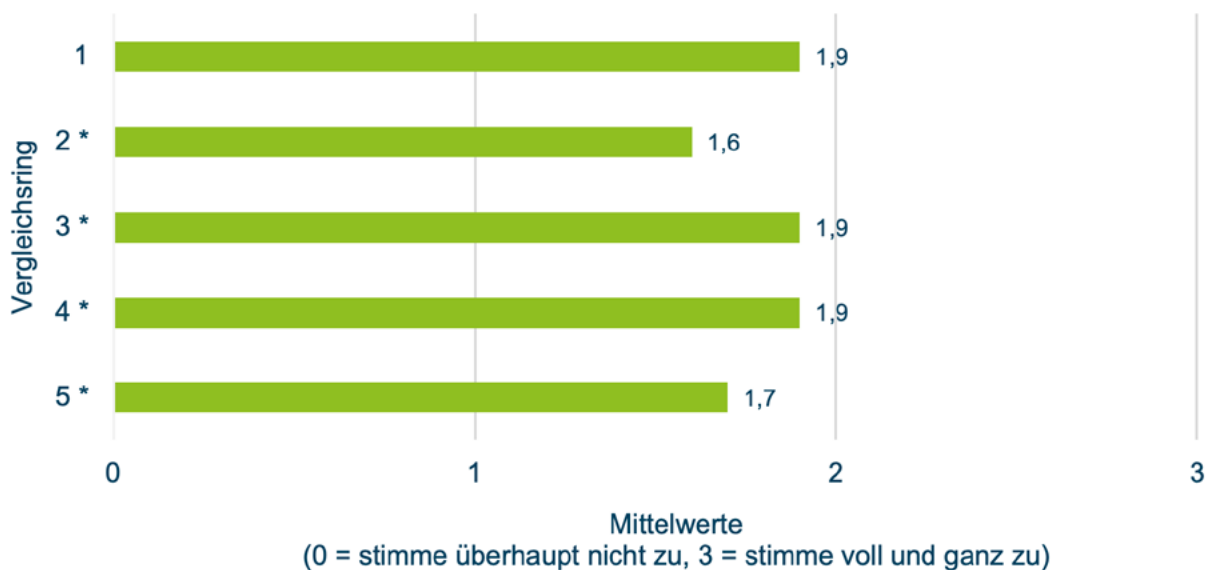
Abbildung 88 Beteiligungsförderliche Einstellungen nach (angestrebtem) Bildungsabschluss (Online-Umfrage, (Mittelwerte, N = 1931))



\* Mittelwertsunterschiede sind signifikant

Ein Vergleich der Mittelwerte der beteiligungsförderlichen Einstellungen nach Vergleichsring in Abbildung 89 zeigt einen signifikanten Unterschied in den Mittelwerten zwischen Vergleichsrings 2 und 3 sowie 4, was auf eine breite Verbreitung beteiligungsförderlicher Einstellungen in ländlichen Regionen spricht. Auch die Unterschiede zwischen den Vergleichsrings 3 und 5 sowie 4 und 5 sind statistisch signifikant. In den strukturstarken Vergleichsrings 3 und 4 mit weniger ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren ist das Niveau beteiligungsförderlicher Einstellungen höher als im strukturschwachen Vergleichsring 5 mit stark ausgeprägten sozialen Belastungsfaktoren. Bei der Variable beteiligungshinderliche Einstellungen bestehen keine signifikanten Mittelwertunterschiede nach Vergleichsrings.

Abbildung 89 Beteiligungsförderliche Einstellungen nach Vergleichsrings (Online-Umfrage, Mittelwerte, N = 1911)



\* Mittelwertsunterschiede nach Vergleichsringe für mind. eine Gruppe mit mind. einem anderen Vergleichsring sind signifikant



Im Rahmen der Fokusgruppendifkussion mit den jungen Erwachsenen kritisierten diese das mangelnde Demokratieverständnis von Teilen der Bevölkerung: „Jeder möchte seine eigene Meinung nicht nur vertreten, sondern auch umgesetzt sehen. [...] Aber in Demokratie geht es darum, dass sich Menschen zusammensetzen und einen Konsens finden und das ist teilweise bei den Jugendlichen und bei den Erwachsenen nicht möglich.“ Dies sei ein „gesamtgesellschaftliches Problem, dass vielen die Bedeutung von Demokratie nicht bewusst ist, egal wie alt oder jung.“ Aus Sicht der Befragten habe dies u. a. „den Hintergrund, dass die Leute das Gefühl haben, dass Politik an ihnen vorbei gemacht wird.“ (FG 18- bis 27-Jährige).

### 5.2.8 Zusammenfassung und Fazit: Die Nachfrageseite von politischer Beteiligung junger Menschen

Die Nachfrageseite politischer Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen zeigt ein vielschichtiges Bild. Junge Menschen engagieren sich politisch und sozial, wobei die Themen Umweltschutz und Bildung besonders hervorstechen. Sie erwarten von Beteiligungsangeboten vor allem Transparenz, Einflussmöglichkeit und die Berücksichtigung ihrer Interessen. Trotz eines grundsätzlichen Interesses an politischer Partizipation besteht eine gewisse Zurückhaltung, sich aktiv einzubringen, was teilweise auf Unzufriedenheit mit den vorhandenen politischen Beteiligungsangeboten und mangelnde Information zurückgeführt werden kann. Die jungen Menschen wünschen sich insgesamt mehr politische Beteiligungsangebote, insbesondere auf Landesebene. Darüber hinaus wünschen sie mehr digitale und zeitlich begrenzte Beteiligungsformate, die besser zu ihrem Lebensalltag passen und eine breitere Themenpalette abdecken. Insbesondere die Bedeutung von sozialen Medien für Information und Engagement wird betont. Diese Erkenntnisse unterstreichen die Notwendigkeit, das Beteiligungsangebot stärker an den Bedürfnissen und Erwartungen junger Menschen auszurichten, um ihre aktive Teilhabe und Zufriedenheit mit dem demokratischen Prozess zu fördern.

## 5.3 Angebot und Nachfrage der politischen Beteiligungsangebote für junge Menschen in Niedersachsen

Die Zusammenführung der Ergebnisse aus der Angebotserhebung (Online-Recherche, kommunale Abfrage, Expertinnen- und Experteninterviews) und der Nachfrageerhebung (Online-Umfrage, Fokusgruppengespräche, Experteninterviews) zeigen, dass die Bemühungen um eine umfassende, breite und niedrigschwellige politische Beteiligung junger Menschen in Niedersachsen in die richtige Richtung gehen. Insbesondere die Fokussierung auf Bildung, Stadtplanung und Demokratie findet Anklang, während gleichzeitig eine starke Nachfrage nach Umweltthemen besteht. Die Nutzung digitaler und zeitlich begrenzter Formate durch junge Menschen spiegelt eine Anpassung an moderne Kommunikationswege und Interessen wider.

Die Ergebnisse der Angebots- und Nachfrageseite offenbaren jedoch auch eine Diskrepanz zwischen den politischen Beteiligungsangeboten für junge Menschen in Niedersachsen und deren tatsächlicher Nutzung sowie Wünschen, die Raum für Verbesserungen und Erweiterungen des Angebots geben, um noch besser auf die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche junger Menschen einzugehen. So ist die Angebotsseite durch eine Vielzahl an kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten geprägt, mit einem Fokus auf dauerhafte und präsenz-basierte Formate. Digitalisierung und hybride Formate werden seltener genutzt. Hauptthemen sind Bildung, Stadtplanung und Demokratie. Die Nachfrageseite zeigt, dass sich junge Menschen auch auf Landesebene politische Beteiligungsmöglichkeiten wünschen sowie digitale und zeitlich begrenzte Beteiligungsformen bevorzugen und nachfragen. Darüber hinaus sind sie vor allem im Umweltbereich aktiv. An den von den Kommunen fokussierten Themen zeigen sie im Vergleich weniger Interesse. Es besteht folglich eine Lücke hinsichtlich der angebotenen Themen und Formate im Vergleich zu den Interessen und der Nutzung durch junge Menschen. Diese Lücke zwischen den präferierten und angebotenen Themen und Formaten unterstreicht die Notwendigkeit, das Beteiligungsangebot in Niedersachsen anzupassen, um es relevanter und ansprechender für junge Menschen zu gestalten und deren Interessen besser zu reflektieren.

Die Analyse der Ergebnisse aus Angebot und Nachfrage zeigt sowohl Überlappungen als auch Diskrepanzen zwischen den politischen Beteiligungsangeboten für junge Menschen in Niedersachsen und den von jungen Menschen präferierten Beteiligungsmöglichkeiten. Während einige Themen und Formate die Interessen und Wünsche der jungen Menschen treffen, offenbaren andere Bereiche deutliche Lücken, die Verbesserungspotenzial bieten. Aufbauend auf diesen Erkenntnissen bietet das Umsetzungskonzept im nächsten Kapitel einen strategischen Rahmen, um die identifizierten Lücken zu schließen und die Synergien weiter zu stärken.

# 6 Umsetzungskonzept zur Stärkung und Sicherung von Beteiligungsprozessen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen

Das Umsetzungskonzept basiert auf einer umfassenden Forschungsbasis (vgl. 4 Methodisches Vorgehen) und zeigt auf, wie Fachkräfte und Träger in Niedersachsen optimal unterstützt werden können, um ein gutes Beteiligungsangebot für junge Menschen in Niedersachsen zu gestalten. Die nachfolgend festgelegten Kriterien, Anforderungen, Handlungsempfehlungen, Qualitätsleitlinien und Leitfäden sowie das Fortbildungskonzept basieren auf einer umfangreichen Datenbasis, auf mehrstufigen Analyseprozessen und auf einem kontinuierlichen Reflexionsprozess. Diese umsichtige Vorgehensweise stellt nicht nur sicher, dass die entwickelten Empfehlungen den realen Bedürfnissen und Erfahrungen junger Menschen in Niedersachsen gerecht werden, sondern gewährleistet praxisorientierte und umsetzbare Empfehlungen aus Sicht von Fachkräften und Trägern.

Das Umsetzungskonzept orientiert sich an den folgenden drei Leitfragen:

- Welche Anforderungen sind an einen guten Beteiligungsprozess für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auf Landes- und kommunaler Ebene geknüpft?
- Welche finanziellen, fachlichen, personellen und sozialen Ressourcen unterstützen die Umsetzung von Beteiligungsprozessen?
- Welche Ressourcen stärken Beteiligung unter welchen Umständen besonders gut?

Diese Fragen dienen als Richtschnur für die Implementierung des Konzepts, um sicherzustellen, dass die Beteiligungsprozesse den Anforderungen und Bedürfnissen der Zielgruppen entsprechen und effektiv umgesetzt werden können.

## 6.1 Qualitätsleitlinien

Die Gestaltung effektiver politischer Beteiligungsangebote und -prozesse für junge Menschen in Niedersachsen steht im Mittelpunkt der nachfolgenden Abschnitte. Dabei wird ein doppeltes Augenmerk gelegt: Zum einen auf die Schaffung eines umfassenden, vielfältigen und niedrigschwelligen Beteiligungsangebots, zum anderen auf die sorgfältige Ausarbeitung der Prozesse selbst, die diese Angebote begleiten. Ziel ist es, durch eine systematische Einbindung und Gestaltung einen Rahmen zu schaffen, der junge Menschen nicht nur zur Teilnahme einlädt, sondern ihnen auch die Möglichkeit bietet, aktiv auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen und somit echte Mitgestalterinnen und Mitgestalter ihrer Gemeinschaft zu werden. Im ersten Teil wird detailliert auf die Kriterien eingegangen, die ein qualitativ hochwertiges Beteiligungsangebot ausmachen. Der zweite Teil konzentriert sich auf die Kriterien für die Durchführung guter Beteiligungsprozesse. Beide Teile zusammen bieten einen umfassenden Rahmen dafür, wie Beteiligungsangebote und -prozesse in Niedersachsen gestaltet werden sollten, um die politische Teilhabe junger Menschen zu fördern und zu stärken.

### 6.1.1 Kriterien für ein gutes Beteiligungsangebot in Niedersachsen

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung in Kapitel 5 (vgl. für eine Zusammenfassung Kapitel 5.1.4, Kapitel 5.2.8 und Kapitel 5.3) verdeutlichen, wie wichtig es für die Jugendbeteiligung in Niedersachsen ist es, ein transparentes, vielseitiges und niedrigschwelliges Angebot zu schaffen, das durch seine Gestaltungsmöglichkeiten und die systematische Einbindung in bestehende Strukturen überzeugt. Durch eine zentrale Informationsplattform soll Transparenz gewährleistet werden. Der vielfältige Gestaltungsspielraum soll sowohl auf Landes- als

auch kommunaler Ebene zur Mitgestaltung einladen. Die Vielfalt des Angebots und seine Niedrigschwelligkeit zielen darauf ab, alle jungen Menschen unabhängig von Fähigkeiten und (angestrebtem) formellen Bildungsabschluss zu erreichen. Wertschätzung durch gesetzliche Verankerung und entsprechende Ressourcen soll die Jugendbeteiligung als Grundpfeiler der Demokratie festigen. Effektivität und Verantwortung runden das Profil ab, indem die Bedürfnisse junger Menschen in politische Entscheidungen einfließen und die Qualität der Angebote kontinuierlich evaluiert wird.

Hierfür muss ein gutes Beteiligungsangebot für junge Menschen in Niedersachsen folgende Kriterien erfüllen:

1. **Transparenz:** Eine Übersicht über das aktuelle Beteiligungsangebot auf kommunaler und auf Landesebene finden junge Menschen auf einer zentralen Webseite, inkl. Informationen zur Beteiligungsstufe, dem aktuellen Stand und den nächsten Schritten.
2. **Gestaltungsspielraum:** Wo Entscheidungen auf Landesebene vorbereitet und auf kommunaler Ebene weiterbearbeitet werden, gibt es Beteiligungsangebote auf Landes- und kommunaler Ebene.
3. **Vielfalt:** Das Beteiligungsangebot umfasst viele und verschiedene Formate.
4. **Das dauerhafte und themenübergreifende Beteiligungsangebot ist durch punktuelle und kurzfristige Beteiligungsangebote zu bestimmten Themen komplementiert.**
5. **Das Beteiligungsangebot umfasst analoge und digitale Formate.**
6. **Junge Menschen haben die Möglichkeit, sich gemeinsam mit Erwachsenen zu beteiligen.**
7. **Junge Erwachsene haben die Möglichkeit, sich ohne Erwachsene zu beteiligen.**
8. **Kinder und Jugendliche haben die Möglichkeit sich mit der Unterstützung von Erwachsenen zu beteiligen.**
9. **Inklusivität:** Das Beteiligungsangebot wird von jungen Menschen aus unterschiedlichen Altersgruppen, mit unterschiedlichen Fähigkeiten und (angestrebten) formellen Bildungsabschlüssen wahrgenommen und genutzt.
10. **Wertschätzung:** Die Beteiligung von jungen Menschen ist an eine gesetzliche Vorgabe geknüpft, mit einem Budget und Anreizen. Diese Punkte verdeutlichen, dass Beteiligung ernst genommen wird.
11. **Anschlussfähigkeit:** Das Beteiligungsangebot für junge Menschen fügt sich in das bereits bestehende Beteiligungsangebot für Erwachsene ein.
12. **Effektivität:** Politische Entscheidungen reflektieren die Interessen, Wünsche und Bedürfnisse junger Menschen in einer Weise, die deren Zufriedenheit mit der Politik und Demokratie auf kommunaler und Landesebene fördert.
13. **Verantwortung:** Kinder- und Jugendbeteiligung wird auf den verschiedenen Ebenen jeweils zentral koordiniert und gesteuert sowie ressort- bzw. themenübergreifend berücksichtigt. Die Qualität des Beteiligungsangebots wird regelmäßig und systematisch evaluiert.

Abschließend ist es für die Umsetzung eines erfolgreichen Beteiligungsangebots in Niedersachsen unerlässlich, dass alle oben genannten Kriterien in eine kohärente Strategie integriert werden. Die strategische Ausrichtung muss auf die Schaffung eines dauerhaften, attraktiven und zugänglichen Rahmens ausgerichtet sein, der junge Menschen in die Lage versetzt, aktive Mitgestalterinnen und Mitgestalter ihrer Gemeinschaft zu sein.

### 6.1.2 Kriterien für gute Beteiligungsprozesse

Zur Gestaltung effektiver Beteiligungsprozesse für junge Menschen in Niedersachsen ist es entscheidend, dass diese Prozesse frühzeitig und auf den jeweils relevanten Verwaltungsebenen ansetzen. Transparenz ist durch umfassende Information auf verschiedenen Kanälen zu gewährleisten, wobei die Schritte klar und nachvollziehbar kommuniziert werden. Eine breite Streuung der Werbung für Beteiligungsmöglichkeiten, die Nutzung von Schulen und Vereinen für direkte Einladungen, die Kombination digitaler und analoger Formate sowie deren altersgerechte Anwendung sind wichtige Pfeiler. Niedrigschwelligkeit und Vielfalt sollen alle jungen Menschen ansprechen, indem punktuelle bis dauerhafte Beteiligung auf allen Stufen ermöglicht wird. Wertschätzung zeigt sich in gut gestalteten und zugänglichen Beteiligungsorten, sowie in der Einbindung junger Menschen als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt. Effektivität und Verantwortlichkeit im Prozess münden in einer zügigen politischen Berücksichtigung der Beteiligungsergebnisse und einer fortlaufenden Einbindung der Jugendlichen.

Konkret müssen gute Beteiligungsprozesse für junge Menschen folgende Kriterien erfüllen:

**Gestaltungsspielraum:** Beteiligung erfolgt frühzeitig im Entscheidungsprozess und erfolgt je nach Zuständigkeitsbereich auf lokaler und/oder Landesebene.

**Transparenz:** Über den Beteiligungsprozess wird umfassend auf unterschiedlichen digitalen und analogen Kanälen informiert. Teilnehmende wissen zu jeder Zeit, welche Schritte als nächstes anstehen und warum.

- Die Beteiligungsmöglichkeiten werden auf Social Media beworben sowie im öffentlichen Raum, insbesondere an Haltestellen, im ÖPNV, an Fahrradwegen, am Ortseingang.
- Junge Menschen werden in den Schulen sowie in Vereinen und anderen Organisationen direkt zur Beteiligung eingeladen, z. B. in Freizeitvereinen, religiösen Organisationen, Jugendverbänden, Jugendzentren.

**Digitalisierung:** Der Beteiligungsprozess kombiniert digitale und analoge Beteiligungsformate.

- Digitale Beteiligungsformate werden insbesondere auf Landesebene eingesetzt, analoge Formate vorwiegend vor Ort in den Kommunen.
- Digitale Beteiligungsformate werden insbesondere mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchgeführt, mit Kindern werden analoge Beteiligungsformate durchgeführt.

**Inklusivität:** In Beteiligungsprozessen werden zielgruppenspezifische Beteiligungsmöglichkeiten geboten z. B. längere Diskussionsrunden mit jungen Erwachsenen, kürzere kreative Workshops mit Kindern und Jugendlichen.

**Vielfalt:** Der Beteiligungsprozess bietet den jungen Menschen viele Anknüpfungspunkte.

- Der Beteiligungsprozess ermöglicht punktuelle, kurzfristige und dauerhafte Beteiligung über alle Partizipationsstufen hinweg.
- Der Beteiligungsprozess bietet übergreifende Formate sowie einzelne Formate für spezifische Altersgruppen an.
- Der Beteiligungsprozess bietet spezifische Formate für junge Menschen mit niedrigem formellem Bildungsgrad an. Der Beteiligungsprozess bietet spezifische Formate für junge Menschen mit niedrigerem formellen (angestrebten) Bildungsgrad an.

**Wertschätzung:** Die Beteiligungsprozesse mit jungen Menschen werden als wichtig erachtet. Die analogen und digitalen Beteiligungsorte bieten ein Rahmenprogramm, sind gut erreichbar, barrierefrei und attraktiv hergerichtet.

- Zeitintensive analoge Beteiligungsveranstaltungen bieten eine Verpflegung und Aufwandsentschädigung an.

- Prominente politische Entscheidungsträgerinnen und -träger und zivilgesellschaftliche Akteure werden in die Beteiligungsprozesse mit jungen Menschen eingebunden.
- Junge Menschen werden als Expertinnen und Experten ihrer Lebensrealität ernst genommen.
- Anschlussfähigkeit: Die Beteiligungsprozesse sind methodisch vielfältig und auf Augenhöhe. Sie bieten jungen Menschen verschiedene Ausdrucksmöglichkeiten und eine ernsthafte Auseinandersetzung.

**Effektivität:** Die Beteiligungsergebnisse werden im politischen Prozess zügig aufgegriffen und weiterbearbeitet. Über die Entscheidungen wird transparent kommuniziert; was wird umgesetzt, was nicht und warum? Die Rückmeldungen enthalten ggf. alternative Vorschläge an die jungen Menschen, zu denen wiederum neu beteiligt und entschieden wird.

**Einbindung in Folgeprozesse:** Die jungen Menschen werden in die Umsetzung von politischen Entscheidungen eingebunden, so dass sie Teil des gesamten Prozesses sind.

Zur Sicherstellung, dass die Beteiligungsprozesse für junge Menschen in Niedersachsen nicht nur theoretische Konzepte bleiben, sondern gelebte Praxis werden, ist es wesentlich, den Fokus auf die Implementierung und das Monitoring dieser Prozesse zu legen. Die aktive und kontinuierliche Einbindung junger Menschen in die Umsetzung und die iterative Verbesserung des Angebots werden essenziell sein. Dazu gehört auch, dass Beteiligungsergebnisse in tatsächliche Maßnahmen und Politikgestaltung einfließen und somit die Relevanz und Wirkmächtigkeit der Jugendbeteiligung unter Beweis stellen. Nur durch eine solche ganzheitliche und handlungsorientierte Herangehensweise kann die Jugendbeteiligung in Niedersachsen als vorbildlicher Prozess etabliert und die politische Landschaft nachhaltig geprägt werden.

## 6.2 Anforderungen und Gelingensbedingungen: Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sowie junge Menschen

Angesichts des breiten Kriterienkatalogs für ein gutes Beteiligungsangebot und gute Beteiligungsprozesse stehen diejenigen, die sich in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen engagieren, bei der Gestaltung von Beteiligungsprozessen für diese jungen Menschen vor besonders großen Herausforderungen. Denn die Organisatorinnen und Organisatoren solcher Beteiligungsprozesse müssen ihre Arbeit nicht nur an dem tatsächlichen Alltag der jungen Menschen ausrichten, sie müssen auch dazu beitragen, dass diese jungen Menschen Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellung entwickeln, die sie benötigen, um sich politisch zu beteiligen.

Die konkreten Anforderungen an die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sowie junge Menschen bei Beteiligungsprozessen sind in Tabelle 8 zusammengefasst. Die Tabelle zeigt, dass politische Beteiligung von jungen Menschen sowohl an die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sowie an die jungen Menschen Anforderungen hinsichtlich Kenntnisse, Fähigkeiten und Haltungen stellt. Wichtige Kompetenzen wie Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkmanagement und Konfliktmanagement sind ebenso gefordert wie ein demokratisches Wissen und Verständnis politischer Prozesse. Die jungen Menschen sollten sich als vollwertige Bürgerinnen und Bürger verstanden fühlen. Auf der anderen Seite wird von den jungen Menschen eine demokratische Haltung abverlangt, die auch ein Bewusstsein für die Grenzen der Beteiligung umfasst. Es zeigt sich, dass eine erfolgreiche Beteiligung eine Kombination aus Fachwissen, kommunikativer Kompetenz und einer demokratischen Grundhaltung erfordert.

Tabelle 8 Anforderungen an Akteure der Kinder- und Jugendarbeit sowie junge Menschen bei Beteiligungsprozessen

Akteure der Kinder- und Jugendarbeit	Junge Menschen
<b>Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation, insbesondere Social Media</li> <li>• Netzwerkmanagement; Netzwerkaufbau und -pflege</li> <li>• Konzeption, Durchführung und Evaluation von Beteiligungsprozessen mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen</li> <li>• Erwartungs- und Konfliktmanagement</li> <li>• Kompetenzen im Bereich Antidiskriminierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Medienkompetenzen, bspw. vertrauenswürdige Quellen (Fake News)</li> <li>• Demokratisches Wissen und Verständnis politischer Entscheidungsprozesse</li> <li>• Beteiligungskompetenzen: Meinungen strukturiert mündlich und schriftlich kommunizieren können, vor Gruppen sprechen</li> </ul>
<b>Haltung</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Die Beteiligung junger Menschen ist wichtig.</li> <li>• Junge Menschen als vollwertige Bürgerinnen und Bürger mit ihren Belangen ernst nehmen.</li> </ul>	<p>Demokratische Haltung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Beteiligung als demokratische Tugend von Bürgerinnen und Bürgern</li> <li>• Internes politisches Selbstbewusstsein: „Ich kann etwas bewirken“</li> <li>• Kompromissfähigkeit</li> </ul>

## 6.3 Handlungsempfehlungen: Ressourcen für starke Beteiligung

Aus den eingehenden Analysen dieses Schwerpunktberichts wurden in den vorangehenden Kapiteln umfassende Qualitätsleitlinien sowie Anforderungen und Gelingensbedingungen entwickelt, um die politische Teilhabe junger Menschen in Niedersachsen zu stärken und zu erweitern (vgl. Kapitel 6.1 und 6.2). Die Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit, durchgehend im politischen Prozess diverse Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu schaffen. Dies erfordert ein vielseitiges Angebot, das sowohl dauerhafte, formalisierte Strukturen wie Jugendparlamente und andere Gremien als auch zeitlich begrenzte Initiativen, wie beispielsweise themenspezifische Beteiligungsveranstaltungen, umfasst. Wichtig ist hierbei, dass die Angebote niedrigschwellig, altersspezifisch sowie altersübergreifend gestaltet und sowohl online als auch offline zugänglich sind. Derartige Angebote sollten nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch auf Landesebene verfügbar und effektiv miteinander verknüpft sein. Ziel ist es, jungen Menschen frühzeitig politische Beteiligungsmöglichkeiten zu bieten, wenn Entscheidungsprozesse noch gestaltbar sind. Eine enge Kooperation zwischen der kommunalen und der Landesebene ist hierfür unerlässlich. Dadurch können junge Menschen nicht nur bei der Entwicklung der Rahmenbedingungen auf Landesebene mitwirken, sondern auch in den Kommunen bei der konkreten Umsetzung aktiv beteiligt werden.

Um die Anforderungen an ein vielseitiges politisches Beteiligungsangebot für junge Menschen in Niedersachsen zu erfüllen und das Beteiligungsangebot dementsprechend weiterzuentwickeln, empfehlen die Verfasserinnen dieses Schwerpunktberichts auf I) Landes- und II) kommunaler Ebene die nachfolgenden Maßnahmen umzusetzen, und durch III) flankierende Maßnahmen zu unterstützen. Die Handlungsempfehlungen basieren auf den empirischen



Ergebnissen und nehmen insbesondere die Perspektiven der befragten jungen Menschen in den Blick. Sie sind auf der Mesoebene formuliert; nicht zu abstrakt, um eine praxisnahe Orientierung zu geben, aber auch nicht zu konkret, um Handlungsspielraum und Flexibilität für die Umsetzung zu gewährleisten. Sie basieren auf der Analyse der notwendigen Maßnahmen auf den Ebenen Struktur, Prozesse und Haltung (siehe Kapitel 8.6) und sind daher als System zu verstehen, indem unterschiedliche Empfehlungen sinnvoll ineinandergreifen. Die Handlungsempfehlungen wurden ausführlich mit dem Projektbeirat sowie weiteren Expertinnen und Experten im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung sowie der Lenkungsgruppe diskutiert. Insbesondere die Handlungsempfehlung I.3 zur Einrichtung einer themenübergreifenden und dauerhaften Vertretung von jungen Menschen selbst auf Landesebene sowie die Handlungsempfehlung II.4 zur Stärkung der Verantwortlichkeit für das Querschnittsthema Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene wurden besonders kontrovers diskutiert. Die Handlungsempfehlungen sollen zur Weiterbearbeitung und Diskussion anregen, um gemeinsam mit allen relevanten Beteiligten die optimalen Strategien für die politische Beteiligung junger Menschen zu entwickeln.

## **I. Landesebene**

### **1. Aufnahme des Rechts auf Kinder- und Jugendbeteiligung in die Niedersächsische Verfassung**

Es wird empfohlen, das Recht auf politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen formell in die Verfassung Niedersachsens zu integrieren.

Diese Maßnahme, die bereits im aktuellen Koalitionsvertrag vorgesehen ist, jedoch noch nicht umgesetzt ist, würde nicht nur ein starkes politisches Zeichen setzen, sondern auch eine verfassungsrechtliche Basis für die politische Einbindung junger Menschen auf Landesebene schaffen und weitere Maßnahmen auf Landesebene unterfüttern. Zur Umsetzung dieses Anspruchs der angemessenen politischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sollten neben der Herabsenkung des Wahlalters (vgl. Handlungsempfehlung I.2) auch die Einrichtung eines dauerhaften und themenübergreifenden Gremiums (vgl. Handlungsempfehlung I.3) und die Umsetzung zeitlich begrenzter politischer Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen (vgl. Handlungsempfehlung I.4) forciert werden. Daher empfehlen wir, das Recht auf politische Beteiligung für Kinder und Jugendliche in die Niedersächsische Landesverfassung aufzunehmen. Als Grundlage für die konkrete Ausgestaltung dieser Verfassungsänderung sollten sowohl die bestehende kommunale Rechtslage (vgl. Kapitel 2.2.1.1) sowie die Empfehlungen zur Anpassung der kommunalen Rechtslage (vgl. Handlungsempfehlung II.1) dienen. Zudem könnten Beispiele aus anderen Bundesländern herangezogen werden.

### **2. Aktives Wahlrecht bei Landtagswahlen ab 16 Jahren**

Es wird empfohlen, das Wahlalter für Landtagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen. Die Sozialisationsforschung zeigt, dass Kinder schon im frühen Schulalter beginnen, ein grundlegendes Verständnis von politischen Konzepten zu entfalten, und im Laufe ihrer Teenagerjahre ein komplexeres Verständnis entwickeln, das es ihnen ermöglicht, politische Sachverhalte kritisch zu beurteilen und eigene Meinungen zu bilden. In der Regel wird angenommen, dass Jugendliche im Alter von etwa 16 Jahren ein Niveau an politischer Reife erreichen, das ihnen ermöglicht, informierte Entscheidungen zu treffen, was sich häufig im Wahlalter widerspiegelt.

Zwar sind bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen junge Menschen ab 16 Jahren bereits wahlberechtigt. Dies gilt aber noch nicht – im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern – für die Landtagswahlen. Eine Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Landtagswahlen in Niedersachsen wurde von allen befragten Expertinnen und Experten sowie junge Menschen der Studie befürwortet. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag sieht eine Absenkung des Wahlalters auf mindestens 16 Jahre vor. Das Wahlrecht ist ein besonders hervorgehobenes Beteiligungsrecht, da es den jungen Menschen nicht nur ermöglicht, über die Zusammensetzung der Legislative mitzubestimmen, sondern auch ein starkes Signal der gesellschaftlichen Anerkennung der Reife und Urteilsfähigkeit junger Menschen darstellt.

Mit Beginn der Strafmündigkeit ab 14 Jahren (§ 19 StGB, § 1 Abs. II Nr.3 JGG) wird Jugendlichen grundsätzlich schon in einem jüngeren Alter eine Einsichtsfähigkeit unterstellt. Auch das Erreichen der uneingeschränkten Religionsmündigkeit ist an das Erreichen des 14. Lebensjahres gekoppelt. Eine Absenkung der Wahlaltersgrenze auf 16 Jahre würde also noch unberücksichtigt lassen, dass für andere Rechtskreise die nötige Einsichtsfähigkeit bereits früher angenommen wird.

### 3. Formalisiertes Jugendbeteiligungsgremium auf Landesebene

Es wird empfohlen, die politische Partizipation junger Menschen auf Landesebene zu institutionalisieren und eine permanente, themenübergreifende Vertretung junger Menschen einzurichten, deren Anliegen strukturiert in politische Prozesse einfließen. Dafür sollten verschiedene Partizipationsformate in Betracht gezogen werden, wie etwa Jugendbeiräte, Jugendforen, Jugendräte, Kinder- und Jugendausschüsse oder Jugendparlamente.

Mit dem Landesbeirat für Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendkommission (KiJuKo) bestehen zwei Gremien auf Landesebene, in denen die Perspektiven junger Menschen dauerhaft vertreten sind. Eine direkte Beteiligung von jungen Menschen ist aber keine Bedingung. Die KiJuKo ist organisatorisch an das Landesjugendamt, der Landesbeirat für Jugendarbeit beim Landesjugendring angesiedelt. Die KiJuKo soll das Sozialministerium und den Landtag bezüglich der „Belange von Kindern und Jugendlichen“ beraten und kann je nach Auslegung dieser Formel themenübergreifend agieren, der Landesbeirat für Jugendarbeit hat den thematischen Fokus auf Jugendarbeit. Darüber hinaus beschäftigt sich der Landesjugendhilfeausschuss mit der Gestaltung der Jugendarbeit (vgl. Kapitel 2.2.1.2). Diese Gremien sind nur wenigen jungen Menschen in Niedersachsen bekannt, wie die Fokusgruppengespräche gezeigt haben. Eine Beteiligung junger Menschen in diesen Gremien ist nicht garantiert und steht nur sehr wenigen jungen Menschen offen. Gleichzeitig besteht bei den befragten jungen Menschen ein Bedarf für eine themenübergreifende Beteiligung auf Landesebene, die echte Mitbestimmung ermöglicht (vgl. Kapitel 5.2.4). Auch im Rahmen der Interviews mit Expertinnen und Experten wurde die Relevanz des passiven Wahlrechts betont (vgl. Kapitel 5.2.1).

Die Erkenntnisse zu den kommunalen Jugendbeteiligungsgremien geben Aufschluss darüber, wie eine äquivalente Vertretung auf Landesebene ausgestaltet sein könnte<sup>22</sup> (vgl. Kapitel 5.1.2.1) und ermöglichen eine systematische Verknüpfung der Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler und auf Landesebene. Daher möchten wir beispielhaft darlegen, wie ein Niedersächsisches Jugendbeteiligungsgremium konkret gestaltet sein könnte, so dass es den Bedürfnissen der befragten jungen Menschen entgegenkommt und sich sinnvoll in ein Gesamtkonstrukt einfügt, in dem politische Beteiligung auf Landesebene optimal mit der politischen Beteiligung auf kommunaler Ebene verknüpft wird.

Im Optimalfall sollte ein Niedersächsisches Jugendbeteiligungsgremium als Teil der Legislative beim niedersächsischen Landtag eingerichtet werden. Um an die kommunalen Jugendbeteiligungsgremien anzuknüpfen und Anreize für die Einrichtung von kommunalen Jugendbeteiligungsgremien zu liefern, könnte sich das Niedersächsisches Jugendbeteiligungsgremium aus Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Jugendbeteiligungsgremien zusammensetzen. Dabei gilt es aber zu berücksichtigen, dass noch nicht alle Niedersächsischen Kommunen über ein formalisiertes Jugendbeteiligungsgremium verfügen. Die jungen Menschen aus diesen Kommunen wären folglich nicht vertreten. Daher empfehlen wir, Mechanismen für eine möglichst repräsentative Besetzung eines Jugendbeteiligungsgremiums auf Landesebene zu konzipieren, denkbar wäre, z. B. eine direkte Wahl von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu ermöglichen oder durch eine Quotierung unterrepräsentierte Gruppen sichtbar zu machen. Das Niedersächsische Jugendbeteiligungsgremium sollte Entscheidungsfreiheit bei den zu bearbeitenden Themen haben und in allen Angelegenheiten konsultiert werden. Das Niedersächsische Jugendbeteiligungsgremium sollte regelmäßig tagen, wobei auch digitale Treffen möglich sein sollten.

<sup>22</sup> Äquivalente Vertretung bedeutet hier eine Vertretung mit gleichwertigen Funktionen und Beteiligungsmöglichkeiten, jedoch nicht notwendigerweise durch ein identisches Jugendbeteiligungsgremium. Die spezifische Ausgestaltung sollte die kontextuellen Unterschiede zwischen Landes- und Kommunalebene berücksichtigen, um die besonderen Anforderungen und Möglichkeiten auf Landesebene adäquat zu reflektieren.

Seine Beschlüsse und Empfehlungen sollten dem Landtag bzw. den Landtagsausschüssen zur Berücksichtigung vorgelegt werden. Es gilt zu prüfen, inwiefern eine Einbindung des Niedersächsischen Jugendbeteiligungsgremiums in die Beratungsfolge bei Gesetzesvorhaben mit Kinder- und Jugendrelevanz sichergestellt werden könnte. Möglicherweise kann das Verfahren des Jugend-Checks auf Bundesebene bzw. der Jugend-Check Thüringen hier Inspiration und Orientierung für Niedersachsen stiften (vgl. 2.2.1.3). Das Land Niedersachsen sollte die notwendige finanzielle und organisatorische Unterstützung für die effektive Arbeit des Niedersächsischen Jugendbeteiligungsgremiums gewährleisten.

#### **4. Umsetzung zeitlich begrenzter politischer Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen**

Es wird empfohlen, neben dem Wahlrecht ab 16 Jahren und dem formalisierten Jugendbeteiligungsgremium auf Landesebene eine Vielzahl an unterschiedlichen zeitlich begrenzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen.

Die Ergebnisse der Online-Umfrage und den Fokusgruppengesprächen haben gezeigt, dass junge Menschen eine Kombination aus dauerhaften und zeitlich begrenzten politischen Beteiligungsmöglichkeiten bevorzugen (vgl. 5.2.4). Dabei zeigen die befragten jungen Menschen insgesamt eine etwas stärkere Präferenz für zeitlich begrenzte Formate.

Neben der Verankerung des Beteiligungsrechts in der Niedersächsischen Verfassung (vgl. Empfehlung I.1) sollte hierfür die politische Beteiligung von jungen Menschen in sämtlichen Ressorts mitgedacht werden. Wir empfehlen einen Methodenmix aus digitalen und Präsenzformaten, angepasst an die Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen. Insbesondere sollte auf die Gestaltung altersgruppenspezifischer sowie zielgruppenübergreifender niedrigschwelliger Beteiligungsformate geachtet werden, um eine breite und wirkungsvolle Partizipation zu gewährleisten. Darüber hinaus könnten die Verwaltungsmitarbeitenden das im Optimalfall zur Verfügung gestellte Beteiligungsportal (vgl. Handlungsempfehlung I.6) nutzen, um ihre Beteiligungsprozesse einzutragen und die jungen Menschen darüber zu informieren und zu beteiligen. Für die Konzeption, Umsetzung und Nachbereitung von politischen Beteiligungsprozessen für junge Menschen bedarf es einer Qualifizierung von Verwaltungsmitarbeitenden. Zu diesem Zweck werden in diesem Schwerpunktbericht Leitfäden zur Verfügung gestellt (vgl. Kapitel 6.4.2) und ein Fortbildungskonzept vorgeschlagen (vgl. Kapitel 6.5).

#### **5. Förderung der Kinder- und Jugendarbeit**

Es wird empfohlen, die Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit verstärkt zu unterstützen.

Die Ergebnisse des Schwerpunktberichts haben gezeigt, dass die Akteure der Kinder- und Jugendarbeit eine besonders wichtige Rolle bei der politischen Beteiligung von jungen Menschen spielen und mit einer Vielzahl an Aufgaben konfrontiert sind (vgl. Kapitel 6.2). Angesichts ihrer zentralen Bedeutung und den Herausforderungen, die sie angesichts knapper Ressourcen im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik meistern müssen, ist es essenziell, in die Ressourcen und Kapazitäten der Kinder- und Jugendarbeit zu investieren, um sicherzustellen, dass junge Menschen die Möglichkeit haben, aktiv am politischen Diskurs teilzunehmen und ihre Rechte und Interessen vertreten können.

#### **6. Zentrale Fachberatungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung**

Es wird empfohlen, das Aufgabenspektrum der Fachberatungsstelle auszuweiten und die Ressourcenausstattung der Fachberatungsstelle in Anlehnung an die Anpassung des Aufgabenspektrums anzupassen.

Im Jahr 2023 wurde eine zentrale Fachberatungsstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene eingerichtet. Ziel der Fachberatungsstelle ist es, durch Beratung, Qualifikation und Vernetzung von Fachkräften das Thema Beteiligung von Kindern- und Jugendlichen in Niedersachsen sinnvoll in der Kinder- und Jugendarbeit und darüber hinaus zu verankern. Die Fachkräfte werden bei ihrer Aufgabe unterstützt, die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten. Die Diskussion um Grundlagen der Beteiligung und Qualitätsstandards als

auch deren Weiterentwicklung in der Praxis werden angeregt. Praktische Ansätze werden konzipiert und gemeinsam weiterentwickelt.

Die Fachberatungsstelle hat sich bereits der Aufgabe angenommen, einen Überblick über alle Beteiligungsangebote für junge Menschen auf Landesebene und in den Kommunen zu schaffen. Zusätzlich zu der reinen Schaffung dieses Überblicks wird empfohlen, diesen auch für die jungen Menschen nutzbar zu machen. Denn insbesondere die Online-Recherche (vgl. Kapitel 4.1) hat gezeigt, dass Informationen zu Beteiligungsprozessen für junge Menschen nicht immer leicht zugänglich sind. Hierfür regen wir an, zunächst das politische Beteiligungsangebot auf Landesebene auf einer zentralen Webseite darzustellen, die im Optimalfall im Sinne eines Beteiligungsportals auch digitale Beteiligungsmöglichkeiten bieten sollte (z. B. online Abstimmen oder Kommentieren). Die Einführung eines Beteiligungsportals sollte mit einer breiten und öffentlichkeitswirksamen Kampagne inklusive Social Media zur Information der jungen Menschen begleitet werden. Wir empfehlen perspektivisch die kommunalen Beteiligungsangebote auf der Webseite oder dem Beteiligungsportal zu integrieren, um eine zentrale digitale Anlaufstelle für ganz Niedersachsen zur Verfügung zu stellen. Ein Beteiligungsportal in Niedersachsen sollte das Ziel haben, Transparenz und Zugänglichkeit politischer Beteiligungsprozesse auf Landes- und kommunaler Ebene zu fördern. Es könnte eine strukturierte Übersicht bieten, eventuell über eine interaktive Karte oder eine PLZ-Suche, um Beteiligungsangebote leicht auffindbar zu machen. Filterfunktionen für zu beteiligende Altersgruppen oder Themenbereiche erleichtern das Finden von politischen Beteiligungsmöglichkeiten mit hoher persönlicher Betroffenheit. Für jedes Projekt sollten detaillierte Beschreibungen, eine Beteiligungsampel zur Anzeige der aktuellen Beteiligungsstufe (Anhörung, Konsultation, Mitentscheidung), ein Prozessfortschrittsbalken sowie Dokumentationen des bisherigen Verlaufs und der Ergebnisse bereitgestellt werden. Digitale Beteiligungsmöglichkeiten wie Abstimmungen und Kommentarfunktionen sollten integriert sein, unterstützt durch sowohl technische als auch inhaltliche Betreuung, um auf Kommentare zu reagieren und die Interaktion zu fördern. Die Implementierung und Pflege eines Beteiligungsportals ist aufgrund der Notwendigkeit, aktuelle Inhalte bereitzustellen und mit der Community zu interagieren, ein aufwendiger Prozess. Während die Fachberatungsstelle unterstützend wirken kann, insbesondere bei der Schulung und Bereitstellung von Best Practices, sollte die Administration des Portals entweder intern durch die verantwortlichen Akteure oder extern durch spezialisierte Dienstleister erfolgen, um Effizienz und Fachkompetenz zu gewährleisten. Die Bereitstellung des Inhalts und die direkte Interaktion mit den Nutzenden sollten bei jenen liegen, die den politischen Beteiligungsprozess leiten. Eine zentrale Plattform hat damit den Vorteil, dass die Pflege effizient und ressourcenarm von den jeweiligen Verantwortlichen auf Landes- und auf kommunaler Ebene erfolgen kann.

Die Fachberatungsstelle ist die zentrale Anlaufstelle für die Beratung und Unterstützung von Fachkräften in der Jugendarbeit und weiteren Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der Umsetzung von politischen Beteiligungsprozessen, aber auch für politische Vertreterinnen und Vertretern in Niedersachsen im Umgang mit der politischen Beteiligung von jungen Menschen und den Beteiligungsergebnissen. Eine Information der politischen Vertreterinnen und Vertreter ist bereits im Rahmen der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit erfolgt. Das neue Angebot ist trotzdem noch wenig bekannt. Wir empfehlen, das Angebot bei politischen Vertreterinnen und Vertretern weiter zu bewerben und auszuweiten. Die Ergebnisse dieses Schwerpunktberichts haben gezeigt, dass junge Menschen sich diskriminiert und nicht ernst genommen fühlen sowie, dass politische Entscheidungsprozesse und die Umsetzung der Entscheidungen für junge Menschen zu lange dauern, um einen Effekt zu erzielen. Im Rahmen der Beratung und Unterstützung der politischen Vertreterinnen und Vertreter sollte deshalb auch eine Sensibilisierung für die Perspektiven und Bedarfe von jungen Menschen stattfinden. In diesem Zusammenhang ist es sowohl wichtig, Prozesse durch den Abbau bürokratischer Hürden zu verschnellern (vgl. flankierende Maßnahmen), als auch Erwartungsmanagement zu betreiben (vgl. Kapitel 6.4.3).

Die Vernetzung von landes- und kommunalen Akteuren gehört ebenfalls zu den wesentlichen Aufgaben der Fachberatungsstelle. Zur Vernetzung der Akteurinnen und Akteure, die auf Landesebene mit dem Thema Kinder- und Jugendbeteiligung betraut sind, veranstaltet die Fachberatungsstelle gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung ein großes Treffen. Ziel ist es, gemeinsam einen vollständigen Überblick über die Akteure in diesem

Bereich zu erstellen, um ein umfassendes Netzwerk zu schaffen. Welche Ziele das Netzwerk darüber hinaus verfolgt, soll gemeinsam in einem partizipativen Prozess erarbeitet werden. Wir empfehlen, die Vernetzung außerdem für das gemeinsame Lernen zu nutzen, um Herausforderungen und Best Practices miteinander zu teilen.

Die Fokusgruppengespräche haben deutlich gemacht, dass junge Menschen bei ihrer politischen Beteiligung mit Diskriminierungserfahrungen konfrontiert sind. Das betrifft insbesondere Diskriminierung aufgrund des Lebensalters, wird aber intersektional verstärkt; insbesondere durch Diskriminierung aufgrund der (sozialen) Herkunft (vgl. Kapitel 5.2.7). Es wird daher empfohlen, alle Akteure, die Berührungspunkte zur politischen Beteiligung von jungen Menschen haben, zur Bedeutung von Jugendbeteiligung und zum diskriminierungssensiblen Umgang mit jungen Menschen zu sensibilisieren – sei es als Gestalterin bzw. Gestalter, Entscheiderin bzw. Entscheider oder Umsetzende oder Umsetzender. Hierfür sollte die Fachberatungsstelle eine Marketingstrategie entwickeln und verschiedene Angebote zur Sensibilisierung machen. Neben der Informierung von Verwaltungsmitarbeitenden sollten auch politische Vertreterinnen und Vertreter über die Ergebnisse des Schwerpunktberichts und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen informiert werden. Darüber hinaus sollten Informationen zum diskriminierungssensiblen Umgang mit jungen Menschen zur Verfügung gestellt werden und das Thema im persönlichen Austausch mit den verschiedenen Akteuren konsequent platziert werden.

## II. Kommunalebene

### 1. Erfüllung der gesetzlichen Beteiligungspflichten auf kommunaler Ebene stärken

Es wird empfohlen, die Soll-Formulierung von §36 NKomVG in eine Muss-Formulierung zu ändern, die Einschränkung auf Vorhaben aufzulösen, die die Interessen von jungen Menschen betreffen, sowie Auslegungshinweise zur Verfügung zu stellen.

In der Niedersächsischen Kommunalverfassung ist bereits festgelegt, dass Gemeinden und Samtgemeinden Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, angemessen beteiligen sollen (§36 NKomVG). Dieser Schwerpunktbericht legt dar, dass sich viele niedersächsische Kommunen bereits bei der Einrichtung von formalisierten Jugendbeteiligungsgremien auf den Weg gemacht haben, das Angebot aber insbesondere mit Blick auf zeitlich begrenzte politische Beteiligungsmöglichkeiten, wie z. B. Veranstaltungen oder Online-Befragungen, noch ausbaufähig ist (vgl. Kapitel 5.1.2.1). Dass diese Norm die Durchsetzung bisher nicht garantiert, wiegt besonders schwer, da der Adressatenkreis – also die jungen Menschen – die Durchsetzung selbst nicht einklagen kann und diese Norm keiner Evaluationspflicht unterliegt. Die interviewten Expertinnen und Experten sprachen sich daher dafür aus, die Soll- durch eine Mussformulierung zu ersetzen (vgl. Kapitel 5.1.3.1). Bisher lässt die Formulierung, dass junge Menschen an Vorhaben zu beteiligen sind, die ihre „Interessen berühren“ beispielsweise Raum für Diskussion: Während die hier interviewten Expertinnen und Experten sowie die Teilnehmenden in den Fokusgruppen der Meinung sind, diese Formulierung umfasse im Grunde alle Planungen, scheint sie andererseits so interpretiert zu werden, dass damit ausschließlich die Jugendarbeit gemeint ist.

Daher wird empfohlen, die Soll-Formulierung in eine Muss-Formulierung zu ändern, um die Bedeutung der Thematik zu unterstreichen und für größere Verbindlichkeit zu sorgen. Da junge Menschen in der Regel entweder unmittelbar oder in Zukunft von Vorhaben betroffen sind, empfehlen wir darüber hinaus, die Einschränkung auf Vorhaben, die ihre „Interessen berühren“ aufzulösen. Hierfür genügt eine Beschränkung auf die Pflicht zur Beteiligung junger Menschen an Vorhaben. Zukünftig sollte die Nichtbeteiligung junger Menschen an Entscheidungsprozessen nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig sein; über die Gründe sollte transparent zu informieren sein und Maßnahmen zu formulieren, die eine zukünftige Beteiligung ermöglichen. Eine Gesetzesänderung ist mit erheblichem zeitlichem Aufwand verbunden.

Vor diesem Hintergrund wird dem zuständigen Ministerium empfohlen, zu prüfen, inwiefern der Soll-Vorschrift mehr Verbindlichkeit verliehen werden kann, indem vorerst Auslegungshinweise zu § 36 NKomVG erarbeitet werden. Bei der Ausgestaltung gilt es, stets das Prinzip

der kommunalen Selbstverwaltung zu wahren. Um die Beteiligung von jungen Menschen mittelfristig auf Basis empirisch gesicherter Erkenntnisse weiter optimieren zu können, wird der Niedersächsischen Landesregierung eine Begleitung mittels Monitoring und Evaluation empfohlen (siehe Kapitel III.5).

Der niedersächsischen Landesregierung wird darüber hinaus empfohlen, die kommunale Ebene bei der strukturellen und inhaltlichen Ausgestaltung ihres Beteiligungsangebots für junge Menschen bei Bedarf zu unterstützen – siehe dazu die folgenden Empfehlungen.

## **2. Flächendeckender Ausbau von kommunalen Jugendbeteiligungsgremien**

Es wird empfohlen den Ausbau von kommunalen Jugendbeteiligungsgremien voranzutreiben und bestehende kommunale Jugendbeteiligungsgremien zu optimieren.

Die Ergebnisse der vorliegenden Studie haben gezeigt, dass formalisierte Jugendbeteiligungsgremien noch nicht flächendeckend etabliert werden konnten: In der Online-Recherche konnten 51 Kommunen mit festen Gremien (z. B. Jugendbeiräte, Jugendforen, Jugendräte, Kinder- und Jugendausschüsse, Jugendparlamente) identifiziert werden. Expertinnen und Experten zufolge wurden in 80 Kommunen formalisierte Jugendbeteiligungsgremien etabliert. Dieses Ergebnis deckt sich auch mit anderen Angaben, wie z. B. der Initiativ-Gruppe des Jugendparlaments (JuPa) Hannover (vgl. Kapitel 5.1.2.1). Fokusgruppenteilnehmende kritisieren, wenn Jugendbeteiligungsformate nur ad hoc stattfinden (vgl. Kapitel 5.2.4), und erachten als zentral, dass formalisierte Jugendbeteiligungsgremien regelmäßig tagen und Antragsbefugnisse haben, die es ihnen ermöglichen, eigene Vorschläge und Anliegen direkt in die kommunalen Entscheidungsprozesse einzubringen (vgl. Kapitel 5.2.5.1). Daher wird empfohlen, den Ausbau der Jugendbeteiligungsgremien in den Kommunen voranzutreiben und gemeinsam mit jungen Menschen geeignete Formate zu entwickeln, so dass alle junge Menschen vor Ort über wie folgt formalisierte Jugendbeteiligungsgremien verfügen:

Es gilt zunächst individuell zu prüfen, inwiefern ein formalisiertes Jugendbeteiligungsgremium auf welcher kommunalen Ebene – Gemeinde, Samtgemeinde oder Landkreise und kreisfreie Städte – sinnvoll und zielführend ist. Das Jugendbeteiligungsgremium sollte regelmäßig tagen. Es sollte mit einem Initiativrecht oder Antragsrecht ausgestattet sein, das es befugt, formell Anträge oder Vorschläge innerhalb der jeweiligen parlamentarischen Strukturen vor Ort einzubringen, über die dann diskutiert und abgestimmt wird. Die Jugendbeteiligungsgremien sollten Empfehlungen aussprechen und aktiv an kommunalen Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Ihre Befugnisse und Arbeitsweise sollten in einer Satzung festgelegt werden.

Hierfür sollte zunächst der flächendeckende Ausbau weitergeführt und eine Beispielsatzung als Vorlage vom Land zur Verfügung gestellt werden. Zudem bedarf es einer Beratung und Unterstützung zur Bewältigung von Herausforderungen bei der Einrichtung und Etablierung von Jugendbeteiligungsgremien. Das Land Niedersachsen sollte die Kommunen bei diesem Vorhaben weiterhin unterstützen und ihnen bei der Einrichtung und Etablierung der Jugendbeteiligungsgremien beratend zur Seite stehen (vgl. Empfehlung I.6) Hierbei sollte auf bestehenden Strukturen auf kommunaler und auf Landesebene aufgebaut werden.

## **3. Umsetzung zeitlich begrenzter politischer Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen**

Analog zur Landesebene (vgl. Handlungsempfehlung I.4) wird empfohlen, auch auf kommunaler Ebene Jugendbeteiligungsformate weiter zu diversifizieren und neben den dauerhaften auch mehr zeitlich begrenzte Möglichkeiten für politische Partizipation zu schaffen.

Diese sollten ein breites Spektrum an digitalen und Präsenzformaten abdecken, speziell zugeschnitten auf die Bedürfnisse unterschiedlicher Altersgruppen. Die Gestaltung sollte altersgruppenspezifisch und niedrigschwellig sein, um eine effektive und breite Teilnahme junger Menschen zu ermöglichen. Die Beteiligungsmöglichkeiten sollten insbesondere auf Social Media und über das soziale Netzwerk der jungen Menschen beworben werden, z. B. Schulen, Vereine. Darüber hinaus könnten die kommunalen Verwaltungsmitarbeitenden das von der Landesebene im Optimalfall zur Verfügung gestellte Beteiligungsportal (vgl. Handlungsempfehlung I.6) nutzen, um ihre Beteiligungsprozesse einzutragen und die jungen



Menschen darüber zu informieren und zu beteiligen. Damit wird eine umfassende politische Beteiligung auf der kommunalen Ebene gefördert, die die lokale Demokratie stärkt und junge Menschen direkt in die Gestaltung ihrer Lebensumwelt einbindet.

#### **4. Verantwortlichkeit für das Querschnittsthema Jugendbeteiligung stärken**

Es wird empfohlen, Ansprechpersonen und Verantwortungen für Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene klar zu benennen, um die Vorgaben des § 36 NKomVG umzusetzen, ein umfassendes Beteiligungsangebot auf kommunaler Ebene zu gewährleisten und Jugendbeteiligung als Querschnittsthema zu verankern.

Es braucht zentrale Ansprechpartnerinnen und -partner innerhalb der Verwaltung, deren Expertise und Netzwerke für die gesamte Kommunalverwaltung nutzbar gemacht werden und die als Schnittstelle zwischen den verschiedenen Fachbereichen die Planung, Konzeption und Implementierung von Partizipationsformaten zu unterstützen und die Einbindung von Beteiligungsergebnissen in kommunale Entscheidungsprozesse zu fördern. Darüber hinaus sollten sie sowohl für die Fachberatungsstellen und Behörden auf Landesebene als auch für die Kommunalverwaltung, Mandatsträgerinnen und -träger und die Stadtführung beratend zur Seite stehen.

Ein wesentliches Element der Aufgaben dieser zentralen Ansprechpersonen ist die Schaffung eines Überblicks über das vorhandene Beteiligungsangebot und die Unterstützung der Kommunalverwaltung in der aktiven Informationsvermittlung an junge Menschen mittels Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich der Nutzung sozialer Medien (vgl. hierzu auch Empfehlung III.3). Weiterhin ist die Bereitstellung eines digital zugänglichen und interaktiven politischen Beteiligungsangebots auf der Webseite der Kommune anzustreben, um moderne und zielgruppengerechte Partizipationsmöglichkeiten zu fördern.

Zur Stärkung der politischen Beteiligung junger Menschen ist zudem die Vernetzung zwischen kommunalen Akteuren, einschließlich Schulen, sowie zivilgesellschaftlichen und privatwirtschaftlichen Partnern von hoher Bedeutung. Die Etablierung regelmäßiger Austauschformate wird empfohlen, um einen kontinuierlichen Dialog und eine effektive Zusammenarbeit zu fördern.

Abschließend sollten die Ansprechpersonen auf kommunaler Ebene sicherstellen, dass die Kommunalverwaltung Daten für ein Monitoring und die Evaluation des politischen Beteiligungsangebots bereitstellt. Mit einem Beteiligungsportal, das von der Landesebene zur Verfügung gestellt wird (vgl. Handlungsempfehlung I.6) und durch die Verwaltungsmitarbeitenden gepflegt wird (vgl. Handlungsempfehlung II.3), sollten die meisten Daten bereits erfasst sein und zur Verfügung stehen, so dass hier kaum Mehraufwand entstehen sollte. Dies ermöglicht eine fortlaufende Optimierung der Angebote und trägt dazu bei, die politische Teilhabe junger Menschen in Niedersachsen nachhaltig zu stärken.

Üblicherweise tragen in den Kommunen die Jugendpflegerinnen und -pfleger bereits Verantwortung für die Beteiligung junger Menschen, spielen vor Ort teilweise eine zentrale Rolle in der Planung, Umsetzung und Nachbereitung kommunaler Beteiligungsprozesse und verfügen über etablierte lokale Netzwerke. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir den Kommunen, die Zuständigkeiten für Kinder- und Jugendbeteiligung innerhalb der Kommune zu klären und die Expertise der Jugendpflege im Bereich der Beteiligung von jungen Menschen einzubinden.

### **III. Flankierende Maßnahmen**

#### **1. Fortbildungsprogramm für Verwaltungsmitarbeitende auf kommunaler und Landesebene**

Es wird empfohlen, verwaltungsintern ein maßgeschneidertes Fortbildungsprogramm zu politischer Beteiligung von jungen Menschen für Verwaltungsmitarbeitende auf kommunaler und auf Landesebene anzubieten.

Im Rahmen des Fortbildungsprogramms des Landesjugendamts bestehen bereits Fortbildungsangebote für Akteure der Kinder- und Jugendarbeit. Daneben bestehen auch Angebote für



kommunale Verwaltungsmitarbeitende, wie z. B. die des Deutschen Kinderhilfswerks (vgl. Kapitel 2.2.1.2). Die bestehenden Fortbildungsangebote werden noch nicht in der Breite genutzt und richten sich nicht an die Verwaltungsmitarbeitenden von Landesbehörden. Wenn junge Menschen in allen Belangen politisch beteiligt werden sollen, bedarf es einer breiten und maßgeschneiderten Qualifizierung der Verwaltungsmitarbeitenden aus den unterschiedlichen Bereichen auf kommunaler und Landesebene.

Hierfür sollte ein Fortbildungsprogramm für Verwaltungsmitarbeitende auf kommunaler und Landesebene angeboten werden. Das Fortbildungskonzept sollte eine klare Definition des politischen Partizipationsbegriffs und die Vielfalt der politischen Beteiligungsmöglichkeiten vermitteln. Daraufhin sollten die Standards guter Beteiligung unter Rückgriff auf die Partizipationsstufen, Formate, Methoden und Haltung vermittelt werden. Darüber hinaus sollte das Fortbildungsprogramm Verwaltungsmitarbeitende für die Herausforderungen in der Zielgruppenreichung und Kommunikation mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingehen und Hilfestellung zur erfolgreichen Bewältigung der Herausforderungen geben. Ein besonderer Fokus sollte in diesem Kontext auf der politischen Beteiligung von jungen Menschen in prekären Lebensverhältnissen liegen.

Ein Fortbildungskonzept wird mit diesem Schwerpunktbericht vorgelegt (vgl. Kapitel 6.5).

## **2. Programm zu Demokratie und Beteiligung für sozial benachteiligte junge Menschen sowie junge Menschen mit Migrationshintergrund**

Es wird empfohlen, ein modulares Demokratie- und Beteiligungsprogramm speziell für sozial benachteiligte Jugendliche und solche mit Migrationshintergrund zu etablieren, um deren politische Partizipation und Medienkompetenz zu fördern.

Die Durchführung der Studie hat gezeigt, dass die politische Beteiligung von sozial benachteiligten jungen Menschen sowie jungen Menschen mit Migrationshintergrund mit besonderen Herausforderungen in der Zielgruppenreichung und der zielgruppengerechten Durchführung von Beteiligungsformaten verknüpft sind (vgl. Kapitel 4.6). Die Erkenntnisse aus der Durchführung der Studie werden von den befragten Expertinnen und Experten bestätigt (vgl. Kapitel 5.1.2.6 und 5.1.3.4). Daher wird empfohlen ein Programm zu Demokratie und Beteiligung für diese spezifische Zielgruppe umzusetzen.

Hierfür sollte ein modulares Programm zu Demokratie und Beteiligung für junge Menschen auf kommunaler Ebene etabliert werden oder auf bestehende Angebote zurückgegriffen werden. Das Programm sollte durch einen internen oder externen Dienstleister entwickelt und durch bereits mit jungen Menschen im engen Kontakt stehenden Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern (z. B. im Bereich der Jugendsozialarbeit und Jugendarbeit) durchgeführt werden. Hierfür sollten die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter geschult werden. Ziele des Programms sollten die Förderung des Verständnisses für demokratische Prozesse und politische Beteiligung, Stärkung der politischen Selbstwirksamkeit und Sensibilisierung für die Bedeutung von zuverlässigen Informationen und den Umgang mit Fake News sein.

## **3. Abbau bürokratischer Hürden zur Erleichterung der Durchführung von Beteiligungsprozessen für junge Menschen**

Es wird empfohlen, die bürokratischen Hürden für die politische Beteiligung von jungen Menschen abzubauen.

Die Interviews mit Expertinnen und Experten haben gezeigt, dass Verwaltungsmitarbeitende auf kommunaler und Landesebene mit immensen bürokratischen Hürden konfrontiert sind, wenn sie junge Menschen politisch beteiligen möchten (vgl. Kapitel 5.1.3.4). Es wurde darüber hinaus sowohl von Teilnehmenden der Fokusgruppengesprächen als auch von Expertinnen und Experten kritisiert, dass politische Entscheidungsprozesse für junge Menschen zu lange dauern (vgl. Kapitel 5.2.5.1).

Hier sollen Entscheidungsbefugnisse der Verwaltungsmitarbeitenden ausgeweitet werden, so dass sie eigenständig persönlich, telefonisch, schriftlich, auf Social Media sowie über Multipli-

katorinnen und Multiplikatoren mit jungen Menschen in Kontakt treten können. Es wird außerdem vorgeschlagen, dass das Land Niedersachsen Rahmenverträge für Dienstleistende zur Erleichterung der Durchführung von Beteiligungsprozessen für junge Menschen einrichtet, um die finanziellen und praktischen Hürden bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren zu reduzieren. Die Rahmenverträge sollten den Kommunen und Landkreisen sowie weiteren Stellen, wie z. B. öffentlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern, in Niedersachsen die Möglichkeit bieten, wirtschaftlich, einfach und effizient Dienstleistungsunternehmen für Bürgerbeteiligungsverfahren für junge Menschen ohne zusätzliches förmliches Vergabeverfahren zu beauftragen. Daneben können auch finanzielle Anreize gesetzt werden oder Beteiligungsprozesse und -projekte finanziell gefördert werden.

Nicht zuletzt sollen politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dafür sensibilisiert werden, dass politische Entscheidungsprozesse unter der politischen Beteiligung von jungen Menschen mit Priorität behandelt werden sollten.

#### **4. Demokratieförderung an Schulen**

Es wird empfohlen, Demokratieförderung an den Schulen zu intensivieren.

Expertinnen und Experten, die explizit nicht aus dem Bereich der Bildungsverwaltung stammen, äußerten in den im Rahmen der Studie durchgeführten Interviews, dass Demokratie und Partizipation in den Schulen im Curriculum oder in der Schulkultur teilweise als noch nicht ausreichend verankert wahrgenommen werden (vgl. Kapitel 5.2.4). Insbesondere die Kinder und Jugendlichen, die einen niedrigeren formellen Bildungsgrad anstreben, die an den Fokusgruppen teilgenommen haben, berichteten darüber hinaus häufig von autoritären Strukturen, Prozessen und Umgang in Schulen sowie Diskriminierung (vgl. Kapitel 5.2.7). Die Schule ist ein Lebens- und Lernort unserer Demokratie. Sie soll als ein demokratischer Erfahrungsraum ausgestaltet werden, das betont der Erlass „Stärkung der Demokratiebildung an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und Schulen in freier Trägerschaft“ (RdErl. des MK vom 11.05.2021; AZ 23.2 80009/1 - VORIS 22410 -). Dies ist auch grundlegend aus §2 des Niedersächsischen Schulgesetzes abzuleiten, nachdem Schule die Schülerinnen und Schüler befähigen soll, „die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen, die sich daraus ergebende staatsbürgerliche Verantwortung zu verstehen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft beizutragen“.

Es wird daher vorgeschlagen, die bereits umfangreich initiierten Maßnahmen zur Stärkung der Demokratiebildung und Partizipation an Schulen (bildungspolitischer Schwerpunkt des Niedersächsischen Kultusministeriums „Demokratisch gestalten – Eine Initiative für Schulen in Niedersachsen“; Erlass „Stärkung der Demokratiebildung an öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen und Schulen in freier Trägerschaft“ (RdEr. des MK vom 11.05.2021)) weiter auszubauen und zu vertiefen.

In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, Politik- bzw. Demokratieunterricht an Grundschulen einzuführen und den Politikunterricht an weiterführenden Schulen sowie Berufsschulen auszubauen. Ein besonderer Fokus sollte auf Grundschulen, Haupt- und Realschulen sowie Berufsschulen liegen. Außerdem wird empfohlen die Etablierung von Beteiligungsformaten an Schulen weiter zu befördern, die über den Schülerbeirat hinausgehen und alle Schülerinnen und Schüler einbinden. In diesem Kontext ist es besonders wichtig, eine demokratische Schulkultur zu etablieren, wofür eine Demokratieausbildung im Lehramtsstudium über alle Fächer hinweg notwendig erscheint.

#### **5. Evaluation und Monitoring**

Es wird empfohlen, Monitoring und Evaluation systematisch umzusetzen.

Die Studie hat gezeigt, dass die Datenlage zu den politischen Beteiligungsmöglichkeiten in Niedersachsen ausbaufähig ist. Um nachzuverfolgen, inwiefern das Beteiligungsangebot auf kommunaler und Landesebene weiterentwickelt wird, sowie um Weiterentwicklungsbedarfe zu erfassen sind verschiedene Vorgehen möglich:

Für ein Monitoring sollten auf kommunaler Ebene dafür jeweils verantwortliche Personen benannt werden, die die entsprechenden Informationen vorhalten und regelmäßig auf kommunaler Ebene (gegenüber Rat und Verwaltung sowie dem Jugendbeteiligungsgremium) berichten. Sollte ein zentrales Beteiligungsportal eingerichtet werden, erfolgt die Datenerfassung automatisch durch die Pflege des Beteiligungsportals. Auf Landesebene sollten die entsprechenden Informationen aus den Kommunen systematisch zusammengetragen werden – beispielsweise im Rahmen der Kommunalaufsicht. Um die Informationen aus den Kommunen vergleichend aufbereiten zu können und gegenseitiges Lernen zu ermöglichen, empfehlen wir ein landesweit einheitliches Monitoringraster den Kommunen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollten auch Beteiligungsprozesse auf Landesebene gemonitort und regelmäßig gegenüber dem Jugendbeteiligungsgremium auf Landesebene (siehe Handlungsempfehlung I.3) sowie dem zuständigen Ministerium berichtet werden. Die Verantwortung für diese Monitoringprozesse sollte klar benannt und die entsprechende Stelle mit angemessenen Mitteln ausgestattet werden.

Alternativ können in regelmäßigen Abständen Evaluationsstudien durchgeführt werden, um Entwicklungen nachzuzeichnen und veränderte Bedarfslagen zu identifizieren.

Darüber hinaus empfehlen wir Mittel für Evaluationen vorzuhalten, um die Wirksamkeit ausgewählter Beteiligungsprozesse zu untersuchen und entsprechende Ableitungen bereitzustellen.

## **6.4 Leitfäden für Beteiligungsprozesse für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene**

Die Beteiligung junger Menschen in politischen Prozessen ist ein zentraler Baustein für eine lebendige Demokratie und ihre Zukunftsorientierung. Die Qualität und die Häufigkeit dieser Beteiligung sind jedoch oft von individuellen Akteuren abhängig. Die Qualitätsleitlinien basieren auf den empirischen Studienergebnissen und dem Stand der aktuellen Forschung. Sie richten sich an alle Akteure, die politische Beteiligungsprozesse für junge Menschen konzipieren, durchführen oder begleiten möchten. Sie bieten eine praxisnahe Orientierung, um Beteiligungsprozesse für junge Menschen zu gestalten und zu stärken. Sie dienen als Inspirationsquelle und als Aufforderung, innovative Wege der Einbindung junger Menschen zu erproben und dabei insbesondere punktuelle Beteiligungsmöglichkeiten zu berücksichtigen, welche die Wünsche der Jugend nach Vielfalt und Flexibilität widerspiegeln. Die Struktur der Leitlinien unterstützt einen umfassenden Beteiligungsprozess entlang definierter Partizipationsstufen und ermöglicht es, bedarfsorientiert einzelne Stufen zu fokussieren.

Abbildung 90 Überblick über die Leitfäden



### 6.4.1 Leitfaden: Berücksichtigung junger Menschen bei allen politischen Vorhaben in Niedersachsen

#### Grundhaltung

- **Anerkennung der Betroffenheit:** Erkennen Sie an, dass kaum ein politisches Vorhaben existiert, von dem junge Menschen nicht betroffen sind. Ihre Lebenswelt und Zukunft sind untrennbar mit den Entscheidungen verbunden, die heute getroffen werden.
- **Wertschätzung junger Expertise:** Junge Menschen sind Expertinnen und Experten ihrer eigenen Lebenswelt. Ihre Perspektiven und Erfahrungen bieten wertvolle Einblicke und können politische Vorhaben qualitativ verbessern.
- **Akzeptanzförderung:** Die Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen steigert nicht nur die Qualität der Ergebnisse, sondern auch die Akzeptanz der Maßnahmen innerhalb dieser Zielgruppe – auch wenn nicht immer alle Präferenzen berücksichtigt werden können.

#### Verständnis von politischer Partizipation

Politische Partizipation umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten, durch die Bürgerinnen und Bürger freiwillig versuchen, auf kollektive Problemlösungen oder die Verfolgung politischer Ziele Einfluss zu nehmen. Dieses breite Verständnis ist entscheidend, um an die vielfältigen Aktivitäten anzuknüpfen, die junge Menschen selbst wählen, und um ihnen eine umfassende Palette an Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Insbesondere die Unter-

scheidung zwischen institutioneller und nicht-institutioneller politischer Beteiligung sowie zeitlich begrenzter und dauerhafter politischer Beteiligung ist für die Planung von politischen Beteiligungsprozessen relevant:

- **Institutionelle politische Beteiligung:** Bezieht sich auf formelle Beteiligungsangebote innerhalb des politischen Systems, wie Wahlen, politische Kampagnen oder Beteiligungsveranstaltungen.
- **Nicht-institutionelle politische Beteiligung:** Umfasst eine Vielzahl an verschiedensten Aktivitäten außerhalb formeller politischer Strukturen, die von den Bürgerinnen und Bürgern selbst initiiert werden. Dazu gehören Demonstrationen, Online-Petitionen oder soziale Bewegungen, aber auch ehrenamtliches Engagement in Wohltätigkeitsvereinen, religiösen und Hilfsorganisationen für einen gemeinnützigen Zweck, oder Buykotte und die Mitwirkung an öffentlichen Diskussionen zu einem politischen Thema – sei es in Person oder im Internet.
- **Zeitlich begrenzte politische Beteiligung:** Bezieht sich auf punktuelle Beteiligung durch eine oder mehrere Maßnahmen.
- **Dauerhafte politische Beteiligung:** Bezieht sich auf die Mitarbeit in Gremien, wie Jugendparlamenten, Jugendkommissionen.

**Keine Formen von politischer Beteiligung sind:**

- Die Beteiligung in Kitas, Schulen oder in der Arbeitswelt
- Die Beteiligung in Vereinen und anderen Organisationen mit einem privaten Nutzen, z. B. in Freizeit- oder Sportvereinen, Hobbyzüchtervereinen u. ä.

**Reflexionsfragen für politische Vorhaben**

### 1. Betroffenheitsanalyse:

Überlegen Sie, inwiefern junge Menschen direkt, indirekt oder künftig von dem politischen Vorhaben betroffen sind. Jede Entscheidung kann Auswirkungen auf ihre Gegenwart und Zukunft haben.

### 2. Kontextanalyse:

Überlegen Sie, welche Beteiligungsmöglichkeiten es schon für junge Menschen für das politische Vorhaben gibt. Bestimmen Sie, ob es sich dabei um institutionelle politische Beteiligung oder nicht-institutionelle politische Beteiligung handelt. Analysieren Sie, welche Zielgruppen bereits konkret beteiligt werden, z. B. welche Altersgruppen. Analysieren Sie, ob es sich bei den vorliegenden politischen Beteiligungsmöglichkeiten um zeitlich begrenzte oder dauerhafte politische Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen handelt.

### 3. Rechtfertigung der Nicht-Beteiligung:

Stellen Sie sich kritisch die Frage, wie eine Nicht-Beteiligung junger Menschen vor dem Hintergrund ihrer Betroffenheit und des aktuellen politischen Beteiligungsangebots zu rechtfertigen wäre. In den meisten Fällen wird es schwerfallen, stichhaltige Argumente für eine Ausgrenzung dieser Perspektiven zu finden.

**Fazit:** Die systematische Einbeziehung junger Menschen in politische Vorhaben in Niedersachsen stellt eine Bereicherung für den politischen Prozess dar und trägt zur Entwicklung von Maßnahmen bei, die nicht nur gerechter und zukunftsorientierter sind, sondern auch von einer breiteren Akzeptanz getragen werden. Indem politische Entscheidungsträgerinnen und -träger diese Perspektiven ernst nehmen, fördern sie eine lebendige und inklusive Demokratie.

## 6.4.2 Leitfaden: Konzeption eines politischen Beteiligungsprozesses

**Ziel:** Entwickeln Sie ein umfassendes System aus Formaten, das sich an den Stufen der Beteiligung orientiert, um junge Menschen effektiv in politische Vorhaben in Niedersachsen einzubeziehen.

### Kontext

- **Betroffenheitsanalyse:** Berücksichtigen Sie die direkte, indirekte oder künftige Betroffenheit junger Menschen von politischen Vorhaben (vgl. 6.4.1).
- **Kontextanalyse:** Knüpfen sie an nicht-institutionelle Beteiligungsformen an und ergänzen Sie diese Formen durch institutionelle politische Beteiligungsangebote (vgl. 6.4.1)

**Hintergrund:** Beteiligungsprozesse können nur erfolgreich sein, wenn Klarheit bezüglich des Rahmens besteht: Dürfen die Beteiligten Rückmeldung zu bestehenden Ideen geben? Dürfen die Beteiligten Ideen beisteuern? Dürfen die Beteiligten über die auf dem Tisch liegenden Optionen entscheiden? Die Klärung dieser Fragen ist Ausgangspunkt für die Auswahl der Formate und Methoden und stellt die Grundlage für das Erwartungsmanagement bei der zu beteiligenden Zielgruppe.

### Herangehensweise

1. Überlegen Sie, welche Beteiligung der jungen Menschen für das jeweiligen Vorhaben sinnvoll und zielführend ist. Ausgangspunkt hierfür sind die Stufen der Partizipation. Nutzen Sie die Stufen, um zu entscheiden, welche Beteiligung für die jungen Menschen in ihrem Beteiligungsprozess vorgesehen ist. Ein Prozess kann auf einer Stufe stattfinden oder über mehrere Stufen hinweg verlaufen. Im Optimalfall werden junge Menschen über alle dargestellten Stufen hinweg am kompletten Entscheidungsfindungsprozess beteiligt.
2. Planen Sie ein System, das verschiedene, sich ergänzende Formate umfasst, um eine vielschichtige Beteiligung zu ermöglichen. Ein Methoden-Mix ist essenziell, um die Bedürfnisse verschiedener Altersgruppen und Zielgruppen zu adressieren. Dies beinhaltet:
  - **Präsenz und digitale Formate:** Kombinieren Sie Online-Beteiligungen mit Präsenzdiskussionen in Kleingruppen, um eine breite Teilnahme zu ermöglichen und tiefgreifende Diskussionen zu fördern.
  - **Groß- und Kleingruppen:** Nutzen Sie die Vorteile beider Gruppenformate, um sowohl eine breite Meinungsvielfalt zu erfassen als auch detaillierte Feedbacks in einem intimen Rahmen zu ermöglichen.
3. Richten Sie die politischen Beteiligungsformate und -methoden auf die zu beteiligende Altersgruppe aus:
  - **Altersgruppenspezifisch vs. altersgruppenübergreifend:** Wählen Sie je nach Thema und Ziel der Beteiligung, ob eine spezifische Altersgruppe fokussiert oder eine altersübergreifende Diskussion gefördert werden soll. Ältere Jugendliche und junge Erwachsene können von einer altersübergreifenden Beteiligung profitieren, während jüngere Altersgruppen von einer altersgruppenspezifischen Beteiligung profitieren.
  - **Mit vs. ohne Erwachsene:** Entscheiden Sie, ob die Beteiligung in Gegenwart von Erwachsenen erfolgen soll. Die Unterstützung durch vertraute Erwachsene kann insbesondere bei jüngeren Teilnehmenden die Teilnahme und Ausdrucksfähigkeit verbessern, was die Kommunikation und das Vertrauen in den politischen Beteiligungsprozess stärken kann.

- **In Präsenz vs. digital:** Digitale Formate sind besonders für ältere Jugendliche und junge Erwachsene geeignet. Für jüngere Personen und solche mit niedrigerem Bildungsstand sind Formate in Präsenz oft vorteilhafter, um Hemmnisse abzubauen und einen sicheren Raum für die Beteiligung zu schaffen. Gleichwohl haben digitale Tools bei jungen Menschen mit einem niedrigen Bildungsstand das Potenzial, Hemmnisse abzubauen, die mit dem Sprechen vor einer Gruppe zusammenhängen.
  - **Großgruppen- vs. Kleingruppenformate:** Kleingruppenformate bieten einen sicheren Raum für die politische Beteiligung und eignen sich daher besonders für jüngere Personen sowie junge Menschen mit niedrigem Bildungsstand. Ältere Jugendliche und junge Erwachsene können sich auch in Großgruppenveranstaltung gut beteiligen und ihre Selbstwirksamkeit stärken.
4. Um die Bedeutung politischer Beteiligungsprozesse für junge Menschen zu unterstreichen, empfiehlt es sich, bei jungen Menschen bekannte politische Entscheidungsträgerinnen und -träger von Anfang an einzuladen und möglicherweise durch ein Grußwort teilnehmen zu lassen, die Teilnahme an einer Diskussionsrunde oder ähnlichem. Dies erhöht nicht nur die wahrgenommene Wichtigkeit des politischen Beteiligungsprozesses, sondern fördert auch die Aktivierung weiterer Teilnehmender. Zudem sensibilisiert es die Entscheidungsträgerinnen und -träger frühzeitig für die Anliegen junger Menschen, was den gesamten Prozess unterstützt und bereichert.

## Stufen der Beteiligung, Formate und Methoden

### Beteiligungsstufe 1 Anhören: Sammeln von Ideen und Meinungen

**Entscheidungsfrage:** Möchten Sie einen offenen Dialog führen und direktes Feedback von jungen Menschen zu bestimmten Themen oder Projekten einholen?

In der Phase des Anhörens steht die Diskussion von Themen, Fragestellungen und Problemen im Vordergrund. Junge Menschen erhalten die Möglichkeit, ihre Interessen, Vorschläge, Wünsche und Ideen einzubringen. Dieses Stadium zielt darauf ab, die Perspektiven junger Menschen zu erfassen und sie aktiv in den Dialog über spezifische Projekte einzubeziehen. Ziel ist es, dass Entscheidungsträgerinnen und -träger alle oder zumindest eine Vielzahl von Perspektiven hören, neue Ideen erhalten und möglicherweise Expertinnen- und Expertenwissen aus der Lebenswelt der Kinder, Jugendlichen und jungen Menschen gewinnen. Durch diesen Austausch können neue Erkenntnisse gewonnen werden, etwa zu den Auswirkungen einer Maßnahme. Typische Veranstaltungen auf dieser Stufe sind Bürgerdialoge, Planungsworkstätten, Bürgerbefragungen und der Bürgerhaushalt, die eine offene Plattform für den Austausch bieten und die Hemmschwelle zur Teilnahme reduzieren.

### Formate

- **Online-Umfragen**

**Beschreibung:** Digital durchgeführte Umfragen, die es ermöglichen, schnell und effizient eine breite Meinungsvielfalt zu erfassen.

**Einsatz:** Ideal, um ein schnelles Stimmungsbild zu bestimmten Themen zu erhalten oder um spezifische Fragen in der Zielgruppe zu klären.

- **Workshops**

**Beschreibung:** Interaktive Veranstaltungen mit dem Ziel, in kleinen Gruppen intensiv an spezifischen Themen zu arbeiten.

**Einsatz:** Förderung der aktiven Teilnahme und des Austauschs von Ideen in einem strukturierten Rahmen. Bietet Raum für kreatives Denken und Problemlösung.



- **Moderierte Diskussionsrunden**

**Beschreibung:** Gesprächsformate, in denen Teilnehmende unter der Leitung eines Moderators oder einer Moderatorin spezifische Themen diskutieren.

**Einsatz:** Ermöglicht tiefergehende Diskussionen und den Austausch von Perspektiven zu komplexen Themen.

- **Online-Foren**

**Beschreibung:** Digitale Plattformen, die langfristige Diskussionen und den Austausch von Informationen und Ideen ermöglichen.

**Einsatz:** Bietet eine kontinuierliche Plattform für den Dialog und die Ideensammlung, die für alle Teilnehmenden zugänglich ist.

## Methoden

- **World Café**

**Einsatz in Workshops und moderierten Diskussionsrunden:** Kleingruppendiskussionen zu verschiedenen Themen, wobei Teilnehmende rotieren und Ideen aus verschiedenen Gruppen zusammengetragen werden.

- **Ideenkarten**

**Einsatz in Workshops:** Teilnehmende notieren ihre Ideen auf Karten, die dann gesammelt und gemeinsam diskutiert werden, um ein breites Spektrum an Vorschlägen zu sammeln.

- **Rollenspiele**

**Einsatz in Workshops:** Simulation realer Szenarien, um unterschiedliche Perspektiven zu erkunden und das Verständnis für verschiedene Standpunkte zu fördern.  
Fishbowl

**Einsatz in moderierten Diskussionsrunden:** Eine innere Gruppe diskutiert, während eine äußere Gruppe zuhört und später in die Diskussion einsteigt, fördert ein inklusives Gesprächsumfeld.

- **Rotierende Gesprächsrunden**

**Einsatz in Workshops und World Café:** Fördert den Austausch zwischen verschiedenen Gruppen und die Verbreitung von Ideen.

- **Interaktive Abstimmungen**

**Einsatz in Online-Umfragen und Online-Foren:** Ermöglicht es, Meinungen und Präferenzen in Echtzeit zu erfassen und zu visualisieren.

- **Ideenwettbewerbe**

**Einsatz in Online-Foren:** Teilnehmende reichen ihre Vorschläge ein, die dann von der Gemeinschaft bewertet und diskutiert werden.

- **Expertengastbeiträge**

**Einsatz in Online-Foren und moderierten Diskussionsrunden:** Fachleute bringen ihr Wissen ein, bereichern die Diskussion und bieten fundierte Einblicke in spezifische Themenbereiche.

## Beteiligungsstufe 2 Konsultation: Einholen von Rückmeldungen zu bestehenden Vorschlägen

**Entscheidungsfrage:** Wollen Sie Rückmeldungen und Ideen von jungen Menschen zu bereits entwickelten Plänen oder Vorschlägen einholen und sie ermutigen, aktiv an der Gestaltung politischer Vorhaben mitzuwirken?

Die Konsultationsphase vertieft die Beteiligung, indem sie junge Menschen und andere Bürgerinnen und Bürger einlädt, zu spezifischen Themen, Plänen oder Vorschlägen Stellung zu nehmen. In dieser Phase können Teilnehmende nicht nur Feedback zu vorhandenen Konzepten geben, sondern auch eigene Ideen und Vorschläge einbringen. Während die eingereichten Vorschläge nicht bindend sind, müssen Entscheidungsträgerinnen und -träger diese sorgfältig prüfen und berücksichtigen. Typische Beteiligungsformate auf dieser Stufe umfassen Bürgerräte, Fokusgruppen oder Open-Space-Diskussionen.

### Formate

- **Bürgerräte**

**Beschreibung:** Strukturierte Treffen einer repräsentativen Gruppe von Bürgern, die ausgelost wurden, um über bestimmte Themen oder Vorschläge zu diskutieren und Empfehlungen auszusprechen.

**Einsatz:** Bietet eine Plattform für eine tiefgehende Auseinandersetzung mit spezifischen politischen Vorhaben und generiert wohlüberlegte Rückmeldungen und Vorschläge.

- **Fokusgruppen**

**Beschreibung:** Kleingruppendiskussionen, die sich auf spezifische Themen oder Vorschläge konzentrieren, um detailliertes Feedback und Einsichten zu sammeln.

**Einsatz:** Ermöglicht eine gezielte Diskussion und Sammlung von Rückmeldungen zu bestimmten Aspekten eines politischen Vorhabens.

- **Open-Space-Diskussionen**

**Beschreibung:** Veranstaltungen mit offenem Format, bei denen Teilnehmende die Agenda selbst gestalten und über eine Vielzahl von Themen in flexiblen Gruppen diskutieren.

**Einsatz:** Fördert die spontane Entstehung von Diskussionsgruppen zu brennenden Fragen und ermöglicht es, ein breites Spektrum an Feedback und Ideen zu sammeln.

### Methoden

- **Interaktive Abstimmungen**

**Einsatz in allen Formaten:** Nutzung von Tools wie Mentimeter oder Kahoot, um schnelles Feedback und Priorisierung von Ideen und Vorschlägen zu erhalten.

- **Ideenwettbewerbe**

**Einsatz in Online-Plattformen und bei Open-Space-Diskussionen:** Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen, die von den Teilnehmenden bewertet und diskutiert werden, um die besten Ideen herauszustellen.

- **Expertengastbeiträge**

**Einsatz in Bürgerräten und Fokusgruppen:** Fachexperten bringen ihr Wissen ein, um die Diskussion zu bereichern und fundierte Rückmeldungen zu spezifischen Vorschlägen zu ermöglichen.

- **Rotierende Gesprächsrunden**

**Einsatz bei Open-Space-Diskussionen und Fokusgruppen:** Wechsel der Teilnehmenden zwischen verschiedenen Diskussionsgruppen, um vielfältige Perspektiven einzubringen und den Austausch zu fördern.

- **SWOT-Analyse**

**Einsatz in Fokusgruppen und Bürgerräten:** Bewertung der Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken von politischen Vorhaben, um eine umfassende Analyse zu ermöglichen.

- **Feedback-Wände**

**Einsatz bei Open-Space-Diskussionen und Bürgerräten:** Teilnehmende können ihre Kommentare und Vorschläge auf großen Papierwänden oder digitalen Boards hinterlassen, um ein sichtbares Sammelbecken für Feedback zu schaffen.

### **Beteiligungsstufe 3 Mitbestimmung: Aktive Beteiligung an Entscheidungsprozessen**

**Entscheidungsfrage:** Sollen junge Menschen in die Lage versetzt werden, durch Abstimmungen und Wahlen direkt über bestimmte Vorschläge oder Richtungen in der Politik mitzuzentscheiden?

In der Phase der Mitbestimmung erhalten junge Menschen die Möglichkeit, direkt durch Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Dabei können sie zwischen verschiedenen Vorschlägen auswählen. Im Optimalfall sind die finalen Vorschläge das Resultat einer breiten Beteiligung junger Menschen auf den Stufen 2 und 3. Typische Beteiligungsformate auf dieser Stufe umfassen Abstimmungen, Priorisierungen und hypothetisches Wählen.

#### **Formate**

- **Abstimmungen**

**Beschreibung:** Offizielle Abstimmungsprozesse, bei denen Teilnehmende ihre Stimme zu spezifischen Vorschlägen oder Entscheidungen abgeben können.

**Einsatz:** Kann sowohl online als auch in Präsenz durchgeführt werden, um eine breite Teilnahme zu ermöglichen und sicherzustellen, dass jeder seine Stimme abgeben kann.

- **Priorisierungen**

**Beschreibung:** Prozesse, in denen Teilnehmende die Möglichkeit haben, verschiedene Optionen oder Vorschläge nach ihrer Wichtigkeit oder Präferenz zu ordnen.

**Einsatz:** Nützlich, um zu ermitteln, welche Themen oder Vorschläge den Teilnehmenden am wichtigsten sind und wo der Schwerpunkt politischer Maßnahmen liegen sollte.

- **Hypothetisches Wählen**

**Beschreibung:** Simulationsbasierte Wahlen, die dazu dienen, Meinungen und Präferenzen zu erfassen, ohne dass diese direkte politische Konsequenzen haben.

**Einsatz:** Ideal für Bildungszwecke und zur Förderung des Verständnisses für demokratische Prozesse, besonders bei jüngeren Teilnehmenden.

## Methoden

- **Direkte Demokratie Tools**

**Einsatz in Abstimmungen:** Nutzung digitaler Plattformen, die es ermöglichen, sicher und vertraulich abzustimmen. Diese Tools können Echtzeit-Ergebnisse liefern und die Transparenz des Prozesses erhöhen.

- **Ranglisten-Erstellung**

**Einsatz in Priorisierungen:** Methoden, die es Teilnehmenden ermöglichen, Vorschläge in eine Rangfolge zu bringen, z.B. durch Drag-and-Drop auf digitalen Plattformen oder durch physische Karten in Workshops.

- **Szenario-Analyse**

**Einsatz im hypothetischen Wählen:** Diskussion und Analyse verschiedener hypothetischer Szenarien basierend auf den zur Wahl stehenden Optionen. Hilft Teilnehmenden, die potenziellen Auswirkungen ihrer Entscheidungen zu verstehen.

### 6.4.3 Leitfaden: Information von jungen Menschen über den geplanten politischen Beteiligungsprozess

**Hintergrund:** Die Informationsphase ist der Grundstein eines jeden politischen Beteiligungsprozesses. Sie ist entscheidend, um ein grundlegendes Verständnis und Bewusstsein für politische Vorhaben und die Möglichkeiten der politischen Beteiligung zu schaffen: werden die jungen Menschen angehört, konsultiert oder dürfen sie mitentscheiden? Die frühzeitige und umfassende Information junger Menschen ist maßgeblich, um ihr Interesse und ihre Beteiligung an politischen Prozessen zu fördern. Eine gezielte Kommunikation hilft dabei, die Relevanz politischer Entscheidungen für ihre Lebenswelt aufzuzeigen und einen klaren Handlungsspielraum darzulegen. Ist der Handlungsspielraum für die Beteiligten unklar, besteht die Gefahr, dass Erwartungen enttäuscht, Entscheidungen nicht akzeptiert, und Ergebnisse nicht nachhaltig umgesetzt werden können. Die Informationsphase sollte Bestandteil eines jeden politischen Beteiligungsprozesses sein.

#### Kontext

- **Betroffenheitsanalyse:** Berücksichtigen Sie die direkte, indirekte oder künftige Betroffenheit junger Menschen von politischen Vorhaben (vgl. 6.4.1).
- **Kontextanalyse:** Knüpfen sie an nicht-institutionelle Beteiligungsformen an und ergänzen Sie diese Formen durch institutionelle politische Beteiligungsangebote (vgl. 6.4.1)
- **Prozessplanung:** Berücksichtigen Sie die gewählten Beteiligungsstufen, Formate und Methoden (vgl. 6.4.2)

**Ziel:** Ziel ist es, junge Menschen nicht nur zu informieren, sondern auch zur aktiven Teilnahme an politischen Beteiligungsprozessen zu motivieren. Dabei soll das Bewusstsein für die Bedeutung ihrer Stimme und ihres Engagements gestärkt werden und von Beginn an Erwartungsmanagement dahingehend betrieben werden, welche politische Beteiligung im Rahmen des Prozesses möglich ist.

#### Vorgehen

1. **Zielsetzung definieren:** Klären Sie, was mit der Informationskampagne erreicht werden soll (Bewusstsein schaffen, zur Teilnahme motivieren, etc.).
2. **Zielgruppe verstehen:** Erkennen Sie die spezifischen Interessen, Bedürfnisse und bevorzugten Kommunikationskanäle der zu beteiligenden Altersgruppen.

3. **Botschaft gestalten:** Entwickeln Sie klare, ansprechende und relevante Botschaften, die die Wichtigkeit der Beteiligung und den persönlichen Nutzen hervorheben.
4. **Medien und Kanäle auswählen:** Nutzen Sie eine Mischung aus digitalen Medien (Social Media, informative Webseiten) und traditionellen Medien (Flyer, Plakate), um eine breite Abdeckung zu gewährleisten.
5. **Inhalte erstellen:** Verwenden Sie visuell ansprechende und leicht verständliche Inhalte wie Erklärvideos, Infografiken und kurze Texte in einfacher Sprache.
6. **Multiplikatoren einbinden:** Kooperieren Sie mit Schulen, Jugendorganisationen und Influencern, um die Reichweite zu erhöhen.
7. **Feedback ermöglichen:** Bieten Sie Möglichkeiten für Rückfragen und Feedback, um Engagement zu fördern und Fragen zeitnah zu beantworten.
8. **Erfolg messen:** Evaluieren Sie die Wirksamkeit der Informationskampagne durch Feedback-Schleifen und Anpassung der Strategie basierend auf den gewonnenen Erkenntnissen.

## Formate

- **Informative Webseiten**

**Beschreibung:** Zentrale Anlaufstelle für umfassende Informationen, die stets aktuell gehalten wird und leicht zugänglich ist.

**Einsatz:** Bietet Hintergrundinformationen, Updates zum Projektstatus, Kontaktinformationen für Rückfragen und oft interaktive Elemente wie FAQs oder Feedback-Optionen.

- **Social Media**

**Beschreibung:** Nutzung von Plattformen wie Facebook, Twitter, Instagram und TikTok, um Informationen breit zu streuen und Dialoge zu fördern.

**Einsatz:** Teilen von Updates, Veranstaltungshinweisen und visuellen Inhalten, um Engagement und direktes Feedback zu generieren. Ideal, um jüngere Zielgruppen anzusprechen.

- **Infostände**

**Beschreibung:** Physische Präsenz an öffentlichen Orten, um Informationen direkt zu verbreiten und persönlich Fragen zu beantworten.

**Einsatz:** Aufbau an von jungen Menschen hoch frequentierten Orten wie Parks, Sportanlagen, Einkaufszentren, Jugendzentren und kulturellen Einrichtungen oder Großveranstaltungen, um direkten Kontakt mit jungen Bürgerinnen und Bürgern herzustellen und Informationsmaterialien zu verteilen.

- **Plakate, Flyer und Broschüren im öffentlichen Raum**

**Beschreibung:** Gedruckte Informationsmaterialien, die an strategischen Orten ausgelegt oder verteilt werden.

**Einsatz:** Anbringung an Haltestellen, in öffentlichen Verkehrsmitteln und an Fahrradwegen, um ein breites Publikum zu erreichen und auf das politische Vorhaben aufmerksam zu machen.

- **Informationsveranstaltungen**

**Beschreibung:** Veranstaltungen, die speziell dafür konzipiert sind, um über umfassende politische Vorhaben zu informieren und Diskussionen zu ermöglichen.

**Einsatz:** Bietet eine Plattform für Präsentationen, Diskussionen und direkte Interaktion mit dem Publikum, um tiefgreifendes Verständnis und Engagement zu fördern.

- **Vorträge**

**Beschreibung:** Gezielte Präsentationen durch Expertinnen und Experten oder Projektverantwortliche, um detaillierte Einblicke in das politische Vorhaben zu geben.

**Einsatz:** Ideal für Bildungseinrichtungen, Vereine oder öffentliche Foren, um spezifische Themen vertiefend zu behandeln und direktes Feedback zu sammeln.

- **E-Mail-Verteiler zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren**

**Beschreibung:** Versand von regelmäßigen Updates und Informationen an einen Kreis von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die die Inhalte in ihren Netzwerken weiterverbreiten.

**Einsatz:** Ermöglicht eine gezielte Informationsverteilung durch vertrauenswürdige Quellen und erreicht so auch Zielgruppen, die über traditionelle Kanäle schwerer zu erreichen sind.

## Methoden

- **Logo und Claim:** Entwickeln Sie für umfangreiche Vorhaben ein einprägsames Logo und einen prägnanten Claim, der das Wesen des politischen Vorhabens auf einfache Weise kommuniziert und leicht zu merken ist. Dies fördert die Wiedererkennung und Identifikation mit dem Projekt.
- **Einfache und klare Sprachführung:** Verwendung von leicht verständlicher Sprache, um komplexe politische Inhalte für alle verständlich zu machen.
- **Storytelling:** Erzählen von Geschichten, die reale Beispiele und mögliche Auswirkungen politischer Vorhaben aufzeigen, um emotionale Verbindungen herzustellen und die Relevanz zu unterstreichen.
- **Anleitungen und Schritt-für-Schritt-Guides:** Bereitstellung von Anleitungen, die erklären, wie man sich in politischen Prozessen engagieren und eigene Beiträge leisten kann.
- **Prozessvisualisierungen:** Nutzen Sie grafische Darstellungen, um den Ablauf des Beteiligungsprozesses zu veranschaulichen. Klare, visuelle Schritte helfen den Bürgern, den Prozess zu verstehen und zu erkennen, wie und wann sie sich einbringen können.
- **Beteiligungssampel:** Implementieren Sie eine „Beteiligungssampel“, die Auskunft über die Beteiligungsstufe des Beteiligungsprozesses (Anhören, Konsultation, Mitbestimmung) anzeigt. Dies gibt jungen Menschen einen schnellen Überblick über die Möglichkeiten zur Beteiligung.
- **Erklärvideos mit Untertiteln und Gebärdensprache** für umfassende politische Beteiligungsprozesse oder politische Beteiligungsprozesse für Zielgruppen mit diesen spezifischen Bedarfen): Produktion von Videos, die Informationen vermitteln und durch Untertitel oder Übersetzung in Gebärdensprache barrierefrei gemacht werden.
- **Interaktive Zeitstrahlen:** Darstellung der Geschichte oder der Entwicklung eines politischen Vorhabens über Zeitstrahlen, um einen Überblick und Kontext zu bieten.

- **Datenvisualisierungen:** Aufbereitung komplexer Daten in visuell ansprechender Form, wie Infografiken oder interaktive Diagramme, um Fakten und Zusammenhänge leichter verständlich zu machen.
- **Quizze und Umfragen:** Einsatz von interaktiven Elementen, die spielerisch Wissen vermitteln und gleichzeitig Feedback und Vorwissen der Teilnehmenden erfassen
- **FAQ (Häufig gestellte Fragen):** Erstellen Sie eine umfassende Liste mit Antworten auf häufig gestellte Fragen, um Unsicherheiten zu adressieren und detaillierte Informationen auf einfache Fragen zu bieten. Ein gut strukturiertes FAQ kann dazu beitragen, häufige Bedenken oder Missverständnisse aus dem Weg zu räumen.
- **Glossare:** Erstellung von Glossaren, die Fachbegriffe und spezifische Terminologien einfach erklären.

#### 6.4.4 Leitfaden: Durchführung des politischen Beteiligungsprozesses

**Hintergrund:** Die Beteiligung junger Menschen in politischen und gesellschaftlichen Prozessen erfordert ein Verständnis für ihre Diversität, was eine Vielfalt an Beteiligungsformen notwendig macht. Aufgrund der Unsicherheiten, die oft mit der Beteiligung junger Menschen verbunden sind, ist Flexibilität in der Umsetzung entscheidend. Zudem erfahren junge Menschen aufgrund ihres Alters oft Diskriminierung, was einen sensiblen und empathischen Umgang seitens der Gestalterinnen und Gestalter solcher Prozesse erfordert, um eine niedrigschwellige und gerechte Beteiligung zu gewährleisten.

**Ziel:** Ziel ist es, einen vertrauensvollen Raum zu bieten, der junge Menschen ermöglicht, aktiv und gleichberechtigt über ihre Meinungen und Bedarfe zu sprechen.

##### Kontext

- **Betroffenheitsanalyse:** Berücksichtigen Sie die direkte, indirekte oder künftige Betroffenheit junger Menschen von politischen Vorhaben (vgl. 6.4.1).
- **Kontextanalyse:** Knüpfen sie an nicht-institutionelle Beteiligungsformen an und ergänzen Sie diese Formen durch institutionelle politische Beteiligungsangebote (vgl. 6.4.1)
- **Prozessplanung:** Berücksichtigen Sie die gewählten Beteiligungsstufen, Formate und Methoden (vgl. 6.4.2)
- **Etablierte Informationskanäle:** Greifen Sie auf die etablierten Kommunikationskanäle zurück, um die zu beteiligenden jungen Menschen zur Beteiligung einzuladen.

##### Vorgehensweise

###### 1. Raumgestaltung:

- Auswahl von kinder- und jugendfreundlichen Veranstaltungsorten, z. B. Jugendzentren.
- Anpassung der Räumlichkeiten an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen.

###### 2. Kommunikation und Einladung:

- Erstellung und Verbreitung von Einladungen über verschiedene Kanäle.
- Bereitstellung klarer Informationen über Ziele, Ablauf und Bedeutung der Veranstaltung.



### 3. Moderation:

- Stellen Sie ein Team zusammen, das Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit hat und in der Lage ist, diskriminierungssensibel zu agieren und empathisch auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden einzugehen.
- Sicherstellung, dass alle Teilnehmenden die Gelegenheit haben, gehört zu werden.
- Anwendung von Methoden, die eine gleichberechtigte Teilnahme fördern und diskriminierende Praktiken vermeiden.
  - Vermeidung von Jargon und Fachsprache, die ausschließend wirken könnten.
  - Einsatz einer inklusiven Sprache, die alle Geschlechter und kulturellen Hintergründe respektiert.
  - Vorbereitung auf mögliche Konflikte und Entwicklung von Strategien zu deren Lösung.
  - Einsatz von Mediationstechniken, um einen respektvollen Umgang und konstruktive Lösungen zu fördern.

### 4. Durchführung:

- Schaffen Sie eine Atmosphäre, in der sich junge Menschen sicher und respektiert fühlen, um ihre Meinungen und Ideen offen auszudrücken
- Strukturierung der Veranstaltung mit klaren Zeitplänen und Abläufen.
- Integrieren Sie vielfältige Ausdrucksmethoden in den Beteiligungsprozess, die das Sprechen, Schreiben, Malen und andere kreative Tätigkeiten umfassen.
- Strukturieren Sie die Veranstaltungen in Kleingruppen- und Plenumsphasen, um Diskussionen zu fördern und eine breite Teilnahme zu sichern.
- Verwenden Sie interaktive und spielerische Methoden, um die aktive Teilnahme und das Engagement zu erhöhen.
- Seien Sie bereit, den Ablauf der Veranstaltung anzupassen, um auf die Dynamik und das Feedback der Teilnehmenden zu reagieren.

### 5. Nachbereitung:

- Zusammenfassung der Ergebnisse und Rückmeldung an die Teilnehmenden.
- Entwicklung eines Follow-up-Plans, um die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge zu überwachen.

Durch die Anwendung dieser Prinzipien und Werkzeuge wird ein diskriminierungssensibler Beteiligungsprozess gefördert, der junge Menschen dazu ermutigt und befähigt, sich aktiv an der Gestaltung ihrer Gemeinschaft zu beteiligen.

#### 6.4.5 Leitfaden: Übergabe des Beteiligungsergebnisses in den politischen Prozess

**Hintergrund:** Die Übergabe der Beteiligungsergebnisse von Kindern und Jugendlichen in den politischen Prozess ist entscheidend für die Wertschätzung ihrer Mitwirkung und die Umsetzung von jugendrelevanten Maßnahmen.

**Ziel:** Ziel ist es, die Ergebnisse aus der Beteiligung junger Menschen so aufzubereiten und zu präsentieren, dass sie von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ernst genommen und in den weiteren politischen Prozess integriert werden.

**Vorgehensweise:**

- Zusammenfassung der Ergebnisse in einem klar strukturierten Bericht, der die Hauptanliegen und Vorschläge der Jugendlichen hervorhebt.
- Planung einer Übergabeveranstaltung, bei der die jungen Teilnehmenden die Möglichkeit haben, ihre Ergebnisse direkt vorzustellen.
- Vorbereitung eines Dialogs zwischen den jungen Beteiligten und politischen Entscheidungsträgern, um ein Verständnis für die nächste Schritte zu entwickeln.

**Werkzeuge:**

1. **Ergebnisbericht:** Ein dokumentiertes Format, das die Beteiligungsergebnisse übersichtlich und verständlich darstellt. Junge Menschen sollten altersspezifisch in die Erstellung mit einbezogen werden. Während Kinder niedrigschwellig und punktuell einbezogen werden können, können Jugendliche und junge Erwachsene auch bei der Verfassung des Berichts unterstützen bzw. eigenverantwortlich übernehmen.
2. **Präsentationsmaterialien:** Visualisierungen wie Diagramme oder Videos, die die Ergebnisse lebendig und greifbar machen.
3. **Follow-Up-Plan:** Ein klar definierter Plan, wie die Ergebnisse in den politischen Prozess fließen und wie ihre Umsetzung überwacht wird.

Durch die Anwendung dieses Leitfadens wird sichergestellt, dass die Stimmen junger Menschen gehört werden und einen echten Einfluss auf politische Entscheidungen haben.

#### 6.4.6 Leitfaden: Rückkopplung mit den jungen Menschen

**Hintergrund:** Die Rückkopplung der Ergebnisse politischer Entscheidungen an die beteiligten jungen Menschen ist ein kritischer Schritt, um Transparenz zu wahren und das Vertrauen in politische Prozesse zu stärken.

**Ziel:** Junge Menschen darüber zu informieren, wie ihre Beiträge berücksichtigt wurden, welche Vorschläge Eingang in die Entscheidungen fanden, welche nicht und aus welchen Gründen.

**Kontext**

**Etablierte Informationskanäle:** Greifen Sie auf die etablierten Kommunikationskanäle zurück, um über den weiteren Verlauf des politischen Entscheidungsprozesses zu informieren.

**Vorgehensweise:**

1. Aufbereitung des weiteren Verlaufs des Entscheidungsprozesses sowie der Entscheidungsergebnisse in einer für junge Menschen verständlichen Form.
2. Kommunikation des Entscheidungsergebnis über die etablierten Informationskanäle.
3. Organisation von Feedback-Sessions, um die Entscheidungen zu kommunizieren und zu diskutieren.
4. Erarbeitung und Diskussion von Alternativvorschlägen, falls bestimmte Anliegen nicht berücksichtigt werden konnten.

**Werkzeuge:**

- **Feedback-Bericht:** Erstellung eines Berichts, der klar und transparent darlegt, wie die Beteiligungsergebnisse Eingang in den politischen Entscheidungsprozess erlangt haben und dort weiterbearbeitet wurden sowie die Entscheidungen und die Gründe für die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung von Vorschlägen darlegt.
- **Diskussionsforen:** Bereitstellung von Plattformen für direktes Feedback, sei es digital oder in Präsenz, um einen offenen Dialog zu ermöglichen.
- **Weiterführungsplan:** Entwicklung von Vorschlägen für weitere Beteiligungsprozesse, um den kontinuierlichen Dialog und die Beteiligung zu fördern.

Durch die Anwendung dieses Leitfadens wird jungen Menschen gezeigt, dass ihre Meinung wertgeschätzt wird und sie weiterhin eine wichtige Rolle im politischen Diskurs spielen.

## 6.5 Fortbildungskonzept für Fachkräfte und Mitarbeitende im Bereich der Landes- und Kommunalverwaltungen in Niedersachsen

Welches Thema eignet sich für eine Beteiligung von jungen Menschen? Wie erstelle ich ein Konzept für einen Bürgerbeteiligungsprozess mit jungen Menschen? Wie plane ich ein Bürgerbeteiligungsverfahren mit jungen Menschen? Wie erreiche ich junge Menschen in ihrer Diversität am besten? Welche Formate und Methoden eignen sich für junge Menschen? Wie stelle ich Ergebnisse einer Bürgerbeteiligung für junge Menschen am besten dar? Welche Tools sind empfehlenswert? Das sind zentrale Fragen, mit denen Akteure bei der politischen Beteiligung von jungen Menschen konfrontiert sind und die sie auch im Rahmen der Erstellung dieses Schwerpunktberichts an uns gerichtet haben. Wir haben in Kapitel 6.3 empfohlen die politische Beteiligung von jungen Menschen auf breite Beine zu stellen und sie bei allen Belangen zu beteiligen. Hierfür bedarf es die Umsetzung von politischen Beteiligungsprozessen für junge Menschen bei allen Arten von Vorhaben und daher über verschiedene politische Verwaltungseinheiten hinweg. Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) bietet beispielsweise bereits ein Fortbildungsprogramm für die Beteiligung von jungen Menschen an, das sich an Mitarbeitende aus Kommunalverwaltungen richtet<sup>23</sup>. Allerdings ist diese Fortbildung noch nicht ausreichend bei den Zielgruppen verankert und richtet sich nicht an die Mitarbeitenden der Landesverwaltungen. Aufbauend auf den Erkenntnissen der vorliegenden Studie, möchten wir mit dem Fortbildungskonzept einen maßgeschneiderten Vorschlag machen. Zielsetzung ist es, Fachkräfte und Verwaltungsmitarbeitende für die Bedeutung der Beteiligung junger Menschen zu sensibilisieren, sie für die Organisation solcher Prozesse zu befähigen und ihnen Handwerkszeug bereitzustellen, um einfachere Prozesse selbst umzusetzen.

Das Fortbildungskonzept ist darauf ausgerichtet, die Kernfragen und die Zielsetzung in zwei strukturierten Modulen zu behandeln. Das Basismodul zielt darauf ab, Fachkräfte und Verwaltungsmitarbeitende in die Planung und Konzeption von Beteiligungsprozessen einzuführen und ihr Wissen zu vertiefen. Hierfür legt das Basismodul zunächst ein fundiertes Verständnis von verschiedenen politischen Beteiligungsformen dar. Es bietet einen Überblick über relevante Formate und schafft somit die Basis für effektive Bürgerbeteiligung. Wir thematisieren Definitionen von politischer Beteiligung, Standards erfolgreicher Partizipation, beleuchten unterschiedliche Partizipationsstufen und stellen passende Formate vor. Darüber hinaus gibt es Raum für verwaltungsspezifische Rahmenbedingungen und Netzwerkaufbau und -pflege. Das Aufbaumodul erweitert diese Grundlagen um Aspekte der Umsetzung von politischen Beteiligungsprozessen mit jungen Menschen. Im Fokus stehen daher die Zielgruppenansprache und Kommunikation sowie politische Beteiligungsmethoden.

<sup>23</sup> <https://www.kinderrechte.de/praxis/aus-und-weiterbildungen/beteiligung-im-verwaltungshandeln>, Zugriff am 26.02.2024

Darüber hinaus werden wichtige Themen wie Social Media, diskriminierungssensible Kommunikation, Konfliktmanagement und die Einbindung oft unterrepräsentierter Gruppen behandelt. Beide Module sind so konzipiert, dass sie aufeinander aufbauen, aber auch unabhängig voneinander besucht werden können.

Wir schlagen vor, bereits bei der Umsetzung des Fortbildungskonzepts einen Mix an verschiedenen Formaten und Methoden anzubieten, damit die Akteure bereits durch das Mitmachen bei der Fortbildung verschiedene Formate, Methoden und Tools kennen und nutzen lernen. Ein Modul kann in unterschiedliche inhaltliche Segmente gegliedert werden. Wir empfehlen einen Teil eines jeden Moduls in Präsenz und einen Teil eines jeden Moduls digital anzubieten. Denkbar wäre, mit einem mehrstündigen Präsenzformat zu beginnen und daraufhin mit mehreren kürzeren Online-Sessions das Modul zu beenden. Darüber hinaus regen wir an, bereits mit der Anmeldung zur Fortbildung ein konkretes oder hypothetisches Beteiligungsprojekt mit jungen Menschen aus dem eigenen Arbeitsbereich mitzubringen, das im Rahmen der Fortbildung exemplarisch bearbeitet und ausgestaltet werden kann. Auch hierfür ist eine Bearbeitung in kürzeren Intervallen über einen längeren Zeitraum gut geeignet, um das eigene Beteiligungsprojekt sukzessive zu entwickeln. Nachfolgend beschreiben wir die Inhalte und Methoden detailliert für das Basis- und das Aufbaumodul:

## **I. Basismodul: Grundlagen der Planung und Konzeption bei der politischen Beteiligung von jungen Menschen**

### **1. Definition von politischer Beteiligung**

Das Konzept der politischen Beteiligung ist oft von einem begrenzten Verständnis geprägt, das stark vom jeweiligen Handlungskontext abhängt. Diese eingeschränkte Sichtweise kann dazu führen, dass die reichhaltigen Möglichkeiten, junge Menschen in politische Prozesse einzubeziehen, übersehen werden. Es ist daher von essenzieller Bedeutung, nach einem Input zum Begriffsverständnis eine umfassende moderierte Diskussion über den Begriff der politischen Beteiligung zu führen. So lernen die Teilnehmenden auch die unterschiedlichen Perspektiven und Beispiele der anderen Teilnehmenden kennen. Dies ermöglicht nicht nur eine breitere Perspektive auf das Thema, sondern hilft auch, politische Beteiligung klar von ähnlichen Konzepten abzugrenzen, wie z. B. sozialer Partizipation oder Partizipation in der Schule oder der Arbeitswelt. Eine solche klare Differenzierung ist entscheidend, damit Verwaltungsmitarbeitende erkennen können, wann sie echte politische Beteiligungsangebote schaffen und wann sie die politische Beteiligung junger Menschen eher indirekt unterstützen. Auf dieser Grundlage können sie ihre Aktivitäten gezielt, strukturiert und strategisch ausrichten. Diese Herangehensweise ermöglicht es, ein tieferes und effektiveres Engagement in der politischen Beteiligung junger Menschen zu fördern und sicherzustellen, dass deren Stimmen und Bedürfnisse adäquat berücksichtigt werden. Die Teilnehmenden erhalten ein Pfaddiagramm inklusive Leitfragen, mit der sie einordnen können, um welche Form der Beteiligung es sich bei ihrem Vorhaben handelt.

### **2. Standards guter Beteiligung**

Die Standards für eine effektive Beteiligung haben sich über Jahrzehnte hinweg entwickelt und sind mittlerweile fest etabliert. Diese bewährten Prinzipien sind ein fundamentaler Bestandteil unseres Fortbildungskonzepts. In Kapitel 6.1.2 wurden diese Standards speziell auf die Bedürfnisse und Perspektiven junger Menschen sowie auf die spezifischen Gegebenheiten in Niedersachsen zugeschnitten. Dies erfolgte auf der Grundlage umfassender Forschungsergebnisse und Praxisbeobachtungen. Die Anwendung dieser für den niedersächsischen Kontext angepassten Standards sind von entscheidender Bedeutung, um eine qualitativ hochwertige und wirksame Beteiligung zu gewährleisten. Im Rahmen dieses Fortbildungsabschnitts legen wir besonderen Wert darauf, die Teilnehmenden mit diesen Standards vertraut zu machen und zu veranschaulichen, wie sie in der Praxis umgesetzt werden können. Dieser Ansatz ermöglicht es den Verwaltungsmitarbeitenden, Beteiligungsprozesse zu gestalten, die nicht nur niedrigschwellig und ansprechend für junge Menschen sind, sondern auch deren aktive und sinnvolle Einbindung in politische Entscheidungsprozesse fördern. Hierfür erhalten die Teilnehmenden eine Checkliste.

### 3. Verwaltungsspezifische Rahmenbedingungen und Voraussetzungen

Dieser Teil des Basismoduls widmet sich den speziellen Herausforderungen, mit denen Verwaltungsmitarbeitende in Bezug auf Beteiligungsprozesse konfrontiert sind. Oftmals sehen sich diese Mitarbeitenden umfangreichen Abstimmungsprozessen gegenüber, während sie gleichzeitig mit begrenzten Ressourcen, Ausstattungen oder Berechtigungen arbeiten müssen. Dieser Teil des Kurses behandelt wichtige Fragen wie: Wie überzeugt man den Stadtrat, finanzielle Mittel für Beteiligungsprozesse bereitzustellen? Wie gewinnt man Stadtratsmitglieder oder den Bürgermeisterinnen und Bürgermeister als Unterstützer für solche Prozesse? Wie erfolgt eine realistische Kalkulation eines Beteiligungsprozesses und wo finden sich geeignete Partnerinnen und Partner für dessen Umsetzung und Moderation?

Die Teilnehmenden werden in diesem Modul mit den zentralen Herausforderungen vertraut gemacht und bekommen die Gelegenheit, ihre eigenen Erfahrungen und Fragen einzubringen. Sie erhalten praktische Tipps und lernen pragmatische Ansätze kennen, um Beteiligungsprozesse effektiv abzustimmen und durchzuführen. Der Fokus liegt darauf, wie auch unter schwierigen Umständen legitime und effektive Beteiligungsprozesse für junge Menschen gestaltet und kommuniziert werden können. Ziel ist es, den Teilnehmenden das Rüstzeug zu geben, um trotz begrenzter Ressourcen und struktureller Hindernisse erfolgreiche Beteiligungsinitiativen umzusetzen. Hierfür erhalten die Teilnehmenden Kalkulationsvorlagen und Vorlagen für Projektvorschläge.

### 4. Partizipationsstufen

Die Kenntnis und korrekte Einordnung eines Beteiligungsprozesses anhand der definierten Partizipationsstufen sind essenziell, um Klarheit über die angestrebten Ziele des Prozesses zu erlangen. Die Einordnung in diese Stufen ermöglicht eine gezielte Auswahl und Anwendung passender Formate für jede spezifische Stufe der Beteiligung. Durch dieses strukturierte Vorgehen können Verwaltungsmitarbeitende sicherstellen, dass die gewählten Methoden und Formate optimal auf die jeweilige Phase und Intensität der Partizipation abgestimmt sind. Dies trägt wesentlich dazu bei, die Effektivität und Relevanz der Beteiligungsprozesse für junge Menschen zu steigern und ihre aktive Teilnahme sowie ihr Engagement zu fördern. Klarheit über die angestrebten Ziele und den Handlungsrahmen sind auf der anderen Seite unerlässlich für ein effektives Erwartungsmanagement, insbesondere wenn es um die Einbeziehung junger Menschen geht. Das Verständnis der verschiedenen Partizipationsstufen ermöglicht es, die Beteiligungsprozesse präzise zu gestalten und sicherzustellen, dass die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer direkt zu Beginn realistisch und klar darüber informiert werden, was der Beteiligungsprozess leisten kann und was nicht. Die Teilnehmenden erhalten einen Überblick über die Partizipationsstufen inklusive Beteiligungsmöglichkeiten und -grenzen, mit der sie ihren Beteiligungsprozess strukturieren können.

### 5. Formate

In diesem Teil des Fortbildungskonzepts konzentrieren wir uns auf die Vorstellung verschiedener analoger und digitaler Formate, die entlang der Partizipationsstufen für Klein- und Großgruppen angewendet werden können. Eine Schlüsselkomponente ist dabei die Demonstration, wie in einem Beteiligungsprozess verschiedene Formate sinnvoll kombiniert werden können. Dieser Ansatz ist entscheidend, um einen diversen und anschlussfähigen Beteiligungsprozess zu gestalten. Die Teilnehmenden lernen, wie sie durch die Auswahl und Kombination der Formate sicherstellen können, dass der Prozess niedrigschwellig und effektiv für unterschiedliche Gruppen ist. Dies fördert eine breite Beteiligung und stellt sicher, dass alle Stimmen gehört und berücksichtigt werden können. Die Teilnehmenden erhalten einen Überblick über verschiedene Formate auf den unterschiedlichen Partizipationsstufen.

### 6. Netzwerkaufbau und -pflege

In diesem Teil des Aufbaumoduls liegt der Fokus auf dem Aufbau und der Pflege von Netzwerken als Grundlage für eine effektive politische Beteiligung. Wir betonen die Wichtigkeit eines breit aufgestellten Netzwerkes und bieten praktische Anleitungen für dessen Aufbau und Erhaltung. Mithilfe von Werkzeugen wie der Stakeholder-Analyse und Leitfäden zum

Aufbau und zur Pflege von Kontakten und Netzwerken werden die Teilnehmenden befähigt, relevante Akteure zu identifizieren und dauerhafte Beziehungen zu diesen zu etablieren, um die politische Beteiligung zu stärken und zu verbreitern. Im Rahmen des Moduls werden dieser Werkzeuge praktisch erprobt: Die Teilnehmenden werden gebeten, ihre eigenen Netzwerke zu untersuchen und im Austausch miteinander Lücken identifizieren und Ansohrachemöglichkeiten diskutieren. So ermöglichen wir, dass voneinander gelernt und sich gegenseitig unterstützt werden kann.

## **6. Haltung**

Das Basismodul abschließend reflektieren wir die Haltung, die den jungen Menschen bei der Umsetzung von politischen Beteiligungsprozessen entgegengebracht werden sollte. Sie sind als Expertinnen und Experten von aktuellen und künftigen Entwicklungen zu betrachten und als solche in Beteiligungsprozessen ernst zu nehmen. Die Teilnehmenden reflektieren nach einem Input ihre eigene Haltung zur Beteiligung junger Menschen und diskutieren wie sich diese in konkreten Verhaltensweisen in ihrem eigenen Beteiligungsprojekt widerspiegeln kann. Die Teilnehmenden erhalten einen Leitfaden mit zentralen Haltungssätzen und ihren Verhaltensankern.

## **II. Aufbaumodul: Umsetzung und Moderation von Beteiligungsprozessen**

### **1. Social Media**

Der Einsatz von Social Media ist ein zentrales Element für die Kommunikation und Beteiligung. Wir geben einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Social-Media-Formate und deren spezifische Kommunikationsformen. Die Teilnehmenden lernen, wie sie die Frequenz und den Inhalt von Posts anpassen und optimieren können, um eine maximale Reichweite und Engagement zu erzielen. Ziel ist es, die Potenziale von Social Media voll auszuschöpfen und eine effektive Online-Präsenz aufzubauen, die junge Menschen zur Beteiligung informiert und motiviert. Die Teilnehmenden erhalten einen Leitfaden zur Erstellung einer Social Media-Kampagne sowie einen Leitfaden zur internen Abstimmung der Kampagne. Im Rahmen dieses Teils des Aufbaumoduls erhalten die Teilnehmenden die Möglichkeit, eine Social Media-Kampagne für ihr Beteiligungsprojekt zu erstellen und abzustimmen.

### **2. Methoden**

Der Fokus dieses Teils liegt auf der Präsentation verschiedener Methoden, die je nach Zielgruppe und Format des Beteiligungsprozesses geeignet sind. Hierfür wird an die Stufen und Formate angeknüpft. Besonderes Augenmerk liegt darauf, wie ein ausgewogener Methodenmix erstellt werden kann, um den Bedürfnissen einer diversen Teilnehmerschaft gerecht zu werden. Die Teilnehmenden erwerben das Wissen, wie sie verschiedene Methoden effektiv kombinieren und anpassen können, um eine umfassende und repräsentative Beteiligung zu erreichen. Dabei wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Methoden an unterschiedliche Kontexte und Gruppen gelegt, um eine hohe Effektivität und Inklusivität des Beteiligungsprozesses zu gewährleisten. Die Teilnehmenden erhalten einen Überblick über verschiedene Methoden zu unterschiedlichen Formaten auf verschiedenen Partizipationsstufen sowie Leitfäden zur Durchführung einzelner Methoden.

### **3. Diskriminierungssensible Kommunikation und Gestaltung von Beteiligungsprozessen**

Dieser Teil konzentriert sich auf die Bedeutung von Barrierefreiheit, Niedrigschwelligkeit und einer inklusiven, anschlussfähigen Sprache. Wir vermitteln, wie Kommunikation und Beteiligungsprozesse so gestaltet werden können, dass sie für alle zugänglich und ansprechend sind, und betonen die Wichtigkeit einer bewussten und respektvollen Haltung gegenüber Diversität. Die Teilnehmenden erhalten Leitfragen zur Reflexion der Kommunikation und der Gestaltung von Beteiligungsprozessen, mit der sie feststellen können, zu welchem Grad ihre Kommunikation und ihr Beteiligungsprozess diversitätssensibel ist. Darüber hinaus erhalten sie Leitfäden zu den Grundsteinen diversitätssensibler Kommunikation und Gestaltung von Beteiligungsprozessen.

#### **4. Konfliktmanagement: Gewaltfreie Kommunikation und Mediation**

Politische Beteiligungsprozesse sind oft konfliktbehaftet. Konfliktmanagement ist daher ein wesentlicher Aspekt in der politischen Beteiligung. Die Teilnehmenden erlernen Techniken der gewaltfreien Kommunikation und Mediation, um Konflikte konstruktiv zu lösen und eine positive, produktive Dialogkultur zu fördern. Die Teilnehmenden erhalten Gesprächsleitfäden, die sie dabei unterstützen.

#### **5. Beteiligung von häufig unterrepräsentierten jungen Menschen**

Schließlich werden die Herausforderungen bei der Einbindung von Jugendlichen adressiert, die häufig unterrepräsentiert sind. Dazu gehören insbesondere junge Menschen mit einem niedrigen Bildungsstand, aber auch solche mit Migrationsgeschichte und/oder psychischen oder körperlichen chronischen Erkrankungen oder Behinderungen. Die Teilnehmenden lernen Strategien kennen, um diese jungen Menschen zu erreichen, und zeigen auf, welche Unterstützungsmöglichkeiten genutzt werden können, um effektive Beteiligungsprozesse für diese Zielgruppe zu konzipieren und umzusetzen. Die Teilnehmenden erhalten einen Leitfaden zur Beteiligung von jungen Menschen mit einem niedrigen Bildungsstand, eingeschränkten Sprachkenntnissen oder psychisch oder körperlich bedingten Bedarfen.



# Ausblick

Die Ergebnisse dieses Berichts legen den Grundstein für ein zukunftsorientiertes Niedersachsen, in dem die politische Partizipation junger Menschen nicht nur gefördert, sondern als zentraler Bestandteil der demokratischen Kultur verstanden wird. Indem das Umsetzungskonzept diskutiert und weiterentwickelt wird, eröffnet sich die Chance, die identifizierten Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage zu überbrücken und ein niedrigschwelliges, vielfältiges Beteiligungsangebot zu schaffen, das junge Menschen nicht nur erreicht, sondern aktiv einbindet. Die Vision eines solchen Niedersachsens ist geprägt von einer politischen Landschaft, die junge Menschen als gleichberechtigte Akteure sieht, deren Stimmen gehört, geschätzt und in politische Entscheidungen integriert werden. Dieser Prozess bedarf einer fortlaufenden Diskussion und Kooperation aller relevanten Akteure. Politische Partizipation junger Menschen ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die kontinuierliches Engagement, Offenheit für Veränderungen und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit erfordert. Durch das gemeinsame Streben nach einem solchen Ziel können wir ein Niedersachsen gestalten, in dem junge Menschen sich nicht nur beteiligt fühlen, sondern aktiv an der Gestaltung ihrer Zukunft mitwirken.



## 8

## Literaturverzeichnis

- Allenspach, D.** (2012). Der Effekt der Systemunterstützung auf die politische Partizipation. Eine vergleichende Analyse westlicher Demokratien. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Almond, G. A., & Verba, S.** (1963). *The Civic Culture*. Princeton University Press; JSTOR.
- Arnstein, S. R.** (1969). A Ladder Of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners*, 35(4), 216–224.
- Axelrod, M.** (1956). Urban Structure and Social Participation. *American Sociological Review*, 21(1), 13–18.
- Bayram Özdemir, S., Stattin, H., & Özdemir, M.** (2016). Youth's Initiations of Civic and Political Discussions in Class: Do Youth's Perceptions of Teachers' Behaviors Matter and Why? *Journal of Youth and Adolescence*, 45(11), 2233–2245. <https://doi.org/10.1007/s10964-016-0525-z>
- Berinsky, A. J., & Lenz, G. S.** (2011). Education and Political Participation: Exploring the Casual Link. *Polit Behav*, 33.
- Brandis, C.** (2023, Januar 24). Studie empfiehlt Wählen ab 16 auf allen Ebenen. FAZ.NET. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/studie-empfoehlt-waehlen-ab-16-auf-allen-ebenen-18626470.html>
- Breit, G., & Massing, P.** (2002). *Die Rückkehr des Bürgers in die politische Bildung*. Wochenschau Verlag.
- Bühlmann, M.** (2010). Kommunale Identität. Eine Mehrebenenanalyse der Determinanten individueller Verbundenheit mit der Gemeinde. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und Deutscher Bundesjugendring.** (2022). Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung. Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung. <https://www.dbjr.de/artikel/qualitaetsstandards-fuer-kinder-und-jugendbeteiligung>
- Burns, N., Schlozman, K., & Verba, S.** (2001). *The Private Roots of Public Action: Gender, Equality, and Political Participation*. Bibliovault OAI Repository, the University of Chicago Press.
- Coffé, H., & Bolzendahl, C.** (2010). Same game, different rules? Gender differences in political participation. *Sex Roles: A Journal of Research*, 62(5–6), 318–333.
- Dahl, R.** (1967). The City in the Future of Democracy. *American Political Science Review*, 61, 953–970.
- Dahl, R.** (1989). *Democracy and Its Critics*. Yale University Press.
- Dahl, R., & Tufte, E. R.** (1973). *Size and Democracy*. Stanford University Press.
- Dalton, R. J.** (2008). Citizenship Norms and the Expansion of Political Participation. *Political Studies*, 56(1), 76–98.
- de Tocqueville, A.** (1947). *Democracy in America*. Oxford University Press.
- Denters, S. A. H., Goldsmith, M., Ladner, A., Mouritzen, P. E., & Rose, L. E.** (2014). *Size and local democracy*. Edward Elgar Publishing, Inc.
- Der Bundeswahlleiter, & Statistisches Bundesamt.** (2022). Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen (Heft 4).
- Deutsch, K.** (1961). Social Mobilization and Political Development. *American Political Science Review*, 55, 493–514.
- Fakte, R., & Schneider, H.** (2005). *Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven* (Bertelsmann Stiftung, Hrsg.).

- Finifter, A., & Abramson, P.** (1975). City Size and Feelings of Political Competence. *Public Opinion Quarterly*, 39(2), 189–198.
- Fischer, C.** (1995). The Subcultural Theory of Urbanism: A Twentieth-Year Assessment. *American Journal of Sociology*, 101(3), 543–577.
- Freitag, M.** (2004). Schweizer Welten des Sozialkapitals. Empirische Untersuchungen zum sozialen Leben in Regionen und Kantonen. *Swiss Political Science Review*, 10, 87–118.
- Gabriel, O. W.** (2013). Politische Partizipation. In J. W. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen* (S. 381–411). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-19249-9\\_14](https://doi.org/10.1007/978-3-531-19249-9_14)
- Gabriel, O. W., & Völkl, K.** (2008). Politische und soziale Partizipation. In O. W. Gabriel & S. Kropp (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich: Strukturen, Prozesse, Politikinhalt* (S. 268–298). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gaiser, W., Krüger, W., Rijke, J., & Wächter, F.** (2016). Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa (S. 13–38).
- García-Albacete, G. M.** (2014). Young People's Political Participation in Western Europe: Continuity or Generational Change? | SpringerLink.
- Geißel, B.** (2008). Partizipation im Kontext: Zur Gendersensiblen und Mainstream-Partizipationsforschung. In B. Geißel & A. Manske (Hrsg.), *Kritische Vernunft für demokratische Transformationen. Festschrift für Christine Kulke* (S. 15–36). Budrich UniPress Ltd.
- Gerring, J., & Zarecki, D.** (2011). *Size and Democracy Revisited*. Boston University.
- Hansen, S., Palfrey, T., & Rosenthal, R.** (1987). The Downsian model of electoral participation: Formal theory and empirical analysis of the constituency size effect. *Public Choice*, Springer, 52(1), 15–33.
- Hooghe, M., & Marien, S.** (2013). A Comparative Analysis of the Relation Between Political Trust and Forms of Political Participation in Europe. *European Societies*, 15(1), 131–152.
- Horowitz, D.** (1985). *Ethnic Groups in Conflict*. University of California Press.
- Hoskins, B., D'Hombres, B., & Campbell, J.** (2008). Does Formal Education Have an Impact on Active Citizenship Behaviour? *European Educational Research Journal*, 7, 386–402.
- Kersting, N.** (2008). Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation (S. 11–39). VS Verlag.
- Kersting, N.** (2014). Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet* (S. 53–87). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Kersting, N.** (2019). Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status quo und Zukunft. In J. Hofmann, N. Kersting, C. Ritzi, & W. J. Schünemann (Hrsg.), *Politik in der digitalen Gesellschaft* (S. 105–122). transcript Verlag.
- Knauer, R., & Sturzenhecker, B.** (2005). Partizipation im Jugendalter. In *Kinder- und Jugendpartizipation im Spannungsfeld von Akteuren und Interessen* (S. 63–94). Verlag Barbara Budrich.
- Kohl, W., & Seibring, A.** (Hrsg.). (2012). „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Kornhauser, W.** (1960). THE POLITICS OF MASS SOCIETY. *Social Forces*, 39(1), 89–89.

**Landesamt für Statistik Niedersachsen.** (2019a). Wahl zum Deutschen Bundestag der 19. Wahlperiode am 24. September 2017 in Niedersachsen. Korrigierte Version vom 16.06.2023. Endgültige Ergebnisse Gemeindeergebnisse Repräsentative Ergebnisse.

**Landesamt für Statistik Niedersachsen.** (2019b). Wahl zum Niedersächsischen Landtag der 18. Wahlperiode am 15. Oktober 2017 Korrigierte Version vom 07.07.2023 Endgültige Ergebnisse Gemeindeergebnisse Repräsentative Ergebnisse.

**Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendbeteiligung in Niedersachsen.** (2023). Grundsatzpapier. Kinder- und Jugendbüro Ebergötzen.

**Landesjugendring Brandenburg e.V.** (2023). Wahlen ab 16 in Deutschland – Mach's ab 16!  
<https://www.machs-ab-16.de/wahlen-ab-16-in-deutschland/>

**Latane, B., & Darley, J.** (1970). *The Unresponsive Bystander: Why Doesn't He Help?* Prentice-Hall.

**Lipset, S. M.** (1959). Some social requisites of democracy, economic development and political legitimacy. *American Political Science Review*, 53, 69–105.

**Lipset, S. M.** (1981). *Political man: The social bases of politics.* Johns Hopkins University Press.

**Macedo, S., Alex-Assensoh, Y., & Berry, J.** (2005). Democracy at Risk: How Political Choices Undermine Citizen Participation, and What We Can Do about It.

**Marien, S., & Werner, H.** (2019). Fair treatment, fair play? The relationship between fair treatment perceptions, political trust and compliant and cooperative attitudes cross-nationally. *European Journal of Political Research*, 58(1), 72–95. <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12271>

**Meinhold-Henschel, S., & Schack, S.** (2008). Situation und Handlungsansätze zur Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft, 13.

**Milbranth, L., & Goel, M. L.** (1982). *Political Participation.* University Press of America.

**Müssig, S.** (2020). *Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse.* Springer VS.

**Najemnik, N.** (2021). *Frauen im Feld kommunaler Politik. Eine qualitative Studie zu Beteiligungsbarrieren bei Online-Bürgerbeteiligung.* Springer VS.

**Nanz, P., & Fritsche, M.** (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen.* Bundeszentrale für Politische Bildung.

**Newton, K.** (1982). Is Small Really So Beautiful? Is Big Really So Ugly? Size, Effectiveness, and Democracy in Local Government. *Political Studies*, 30(2), 190–206.

**Nie, N. H., Prewitt, K., & Powell, G.** (1969). Social Structure and Political Participation: Developmental Relationships. *American Political Science Review*, 63(3), 361–378.

**Niedermayer, O.** (2005). *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen.* Springer VS.

**Niedersächsische Landeswahlleiterin.** (2024). Grundzüge des niedersächsischen Kommunalwahlsystems.

**Niedersächsische Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung.** (2023). Leistungsbeschreibung—Fachlicher Teil—(Teil B). Vergabeverfahren AZ: 0133-DLG/2022-03.213 „Erstellung des Schwerpunktberichtes zur Politischen Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen – eine Untersuchung im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung“.

**Norris, P.** (1999). *Critical Citizens: Global Support for Democratic Government.* Oxford University Press.

- Norris, P.** (2011). *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. Cambridge University Press; Cambridge Core. <https://www.cambridge.org/core/books/democratic-deficit/C1A2A5421BBD8F96899270619407405A>
- Oberle, M., Hahn-Laudenberg, K., Ditges, P., & Stamer, M.-M.** (2023). Politische Sozialisation im Jugendalter. <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/literatursuche/detailansicht/literatur/33703-politische-sozialisation-im-jugendalter.html>
- Oliver, E. J.** (2000). City Size and Civic Involvement in Metropolitan America. *The American Political Science Review*, 94, 361–373.
- Owen, D., & Riddle, G. I. W.** (2017). Active Learning and the Acquisition of Political Knowledge in High School. [https://scholar.google.com/scholar?hl=en&as\\_sdt=0%2C5&q=Owen%2C+D.%2C+%26+Riddle%2C+G.+I.+W.+%282017%29.+Active+Learning+and+the+Acquisition+of+Political+Knowledge+in+High+School.+In+E.+C.+Matto%2C+A.+R.+M.+McCartney%2C+E.+A.+Bennion%2C+%26+D.+Simpson+%28Eds.%29%2C+Teaching+Civic+Engagement+Across+the+Disciplines.+American+Political+Science+Association.education+Ideology+to+Instructional+Strategies.+Theory+and+Research+in+Social+Education%2C+46%281%29%2C+68%E2%80%93109.and+17-year-old+Austrian+First-Time+Voters+for+the+Election.+In+S.+Abendsch%3%B6n+btnG=](https://scholar.google.com/scholar?hl=en&as_sdt=0%2C5&q=Owen%2C+D.%2C+%26+Riddle%2C+G.+I.+W.+%282017%29.+Active+Learning+and+the+Acquisition+of+Political+Knowledge+in+High+School.+In+E.+C.+Matto%2C+A.+R.+M.+McCartney%2C+E.+A.+Bennion%2C+%26+D.+Simpson+%28Eds.%29%2C+Teaching+Civic+Engagement+Across+the+Disciplines.+American+Political+Science+Association.education+Ideology+to+Instructional+Strategies.+Theory+and+Research+in+Social+Education%2C+46%281%29%2C+68%E2%80%93109.and+17-year-old+Austrian+First-Time+Voters+for+the+Election.+In+S.+Abendsch%3%B6n+btnG=)
- Parry, G., Moyser, G., & Day, N.** (1992). *Political Participation and Democracy in Britain*. Cambridge University Press; Cambridge Core. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511558726>
- Perry, S., van Deth, J. W., Schmitt-Beck, R., & Faas, T.** (2015). Bürger und Demokratie in Baden-Württemberg. In *Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014: Studien zu Demokratie und Partizipation* (S. 37–150). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-09420-1\\_4](https://doi.org/10.1007/978-3-658-09420-1_4)
- Persson, M.** (2013). Does Education Cause Participation in Politics? Department of Political Science. University of Gothenburg.
- Peters, D. C.** (1992). *The Democratic System in the Eastern Caribbean*. Greenwood.
- Putnam, R. D.** (1993). What makes democracy work? *National Civic Review*, 82(2), 101–107.
- Putnam, R. D.** (2000). Bowling alone: The collapse and revival of American community. *Proceedings of the 2000 ACM conference on Computer supported cooperative work*, 357.
- Rawls, J.** (1971). *A Theory of Justice*. Harvard University Press.
- Reilly, B.** (2000). Democracy, Ethnic Fragmentation, and Internal Conflict: Confused Theories, Faulty Data, and the 'Crucial Case' of Papua New Guinea. *International Security*, 25(3), 162–185.
- Reinhardt, S.** (2009). Ist soziales Lernen auch politisches Lernen? Eine alte Kontroverse scheint entschieden. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*.
- Reisman, D.** (1953). *The Lonely Crowd: A Study of the Changing American Character*. Doubleday.
- Rhodes-Purdy, M.** (2021). Procedures Matter: Strong Voice, Evaluations of Policy Performance, and Regime Support. *Political Studies*, 69(2), 412–433. <https://doi.org/10.1177/0032321720903813>
- Schnaudt, C., Weinhardt, M., & Liebig, S.** (2017a). Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland. Weniger teilnahmslos und politikverdrossen als gedacht. *GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 66(2), Article 2.
- Schnaudt, C., Weinhardt, M., & Liebig, S.** (2017b). Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland—Weniger teilnahmslos und politikverdrossen als gedacht. . . *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 66(2), 189–200.
- Schöttle, S.** (2019). *Politische Online-Partizipation und soziale Ungleichheit. Eine empirische Studie mit Gender-Fokus*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Shell.** (2015). 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015.
- Shell.** (2019). 18. Shell Jugendstudie. Eine Generation meldet sich zu Wort. <https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie.html>
- Simonson, J., Kelle, N., Klausmann, C., & Tesch-Römer, C.** (2021). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019 (J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann, N. Karnick, & C. Arriagada, Hrsg.). Springer VS.
- Sloam, J.** (2013). 'Voice and Equality': Young People's Politics in the European Union. *West European Politics*, 36(4), 836–858.
- Stattin, H., Hussein, O., Özdemir, M., & Russo, S.** (2017). Why do some adolescents encounter everyday events that increase their civic interest whereas others do not? *Developmental Psychology*, 53(2), 306–318. <https://doi.org/10.1037/dev0000192>
- Stegemann, T., & Ohlmeier, N.** (2019). Kinderrechte-Index: Die Umsetzung von Kinderrechten in den deutschen Bundesländern – eine Bestandsanalyse 2019 (B. Amrhein, Hrsg.). Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
- Steinbrecher, M. (2009). Politische Partizipation in Deutschland. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG.
- Sturzenhecker, B.** (2020). Demokratiebildung in der Kinder- und Jugendarbeit. In P. Bollweg, J. Buchna, T. Coelen, & H.-U. Otto (Hrsg.), *Handbuch Ganztagsbildung* (S. 1261–1271). Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Suttles, G. D.** (1972). *The Social Construction of Communities*. University of Chicago Press.
- Tonnies, F.** (1988). *Community & society (Gemeinschaft und Gesellschaft)*. (S. xxvi, 298). Transaction Publishers.
- Ulrich, M., & Schmidtchen, G.** (1983). *Gewalt und Legitimität*. Unter Mitarbeit von Hans-Martin Uehlinger. Westdeutscher Verlag.
- van Deth, J. W.** (1990). Interest in Politics. In M. K. Jennings & J. W. van Deth (Hrsg.), *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies* (S. 275–312). Walter de Gruyter.
- van Deth, J. W.** (1996). Voluntary Associations and Political Participation. In O. W. Gabriel & J. Falter (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien* (S. 389–411). Peter Lang.
- van Deth, J. W.** (1997). Vergleichende Politische Partizipationsforschung (S. 167–187). Leske + Budrich.
- van Deth, J. W.** (2001). Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In A. Koch, M. Wasmer, & P. Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland: Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 195–219). VS Verlag für Sozialwissenschaften. [https://doi.org/10.1007/978-3-322-99341-0\\_8](https://doi.org/10.1007/978-3-322-99341-0_8)
- van Deth, J. W.** (2009). Politische Partizipation (V. Kaina & A. Römmele, Hrsg.; S. 141–162). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- van Deth, J. W.** (2014). A conceptual map of political participation. *Acta Politica*, Vol. 49, 49–367.
- van Deth, J. W., Abendschön, S., Rathke, J., & Vollmar, M.** (2008). *Kinder und Politik: Politische Einstellungen von jungen Kindern im ersten Grundschuljahr*. Springer Verlag.
- van Deth, J. W., & Tausendpfund, M.** (2013). Schlussbetrachtung: Warum ist nicht alle Politik lokale Politik? In J. W. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen* (S. 441–455). Springer VS.
- Van Groenou, M. B., & Deeg, D. J. H.** (2010). Formal and informal social participation of the 'young-old' in The Netherlands in 1992 and 2002. *Ageing and Society*, 30(3), 445–465.

- Verba, S., & Nie, N. H.** (1972a). *Participation in America*. University of Chicago Press.
- Verba, S., & Nie, N. H.** (1972b). *Participation in America: Political Democracy and Social Equality*. Harper and Row.
- Verba, S., Norman, N. H., & Kim, J.-O.** (1978). *Participation and Political Equality*. Cambridge University Press.
- Verba, S., Scholzman, K. L., & Brady, H. E.** (1995). *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. Harvard University Press.
- Vetter, A.** (1997). *Political Efficacy—Reliabilität und Validität. Alte und neue Meßmodelle im Vergleich*. Deutscher Universitätsverlag.
- Vetter, A.** (2002). *Lokale Politik als Ressource der Demokratie in Europa? Lokale Autonomie, lokale Strukturen und die Einstellungen der Bürger zur lokalen Politik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vetter, A., & Remer-Bollow, U.** (2017). *Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung*. Springer VS.
- Vollmar, M.** (2012). *König, Bürgermeister, Bundeskanzler? VS Verlag für Sozialwissenschaften*. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94334-3>
- Voss, K.** (2014). *Internet & Partizipation—Einleitung*. In K. Voss, *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*. Springer VS.
- Vrablikova, K., & van Deth, J. W.** (2017). *Conducive Contexts: The Impact of Collective and Individual Social Capital on Democratic Citizenship*. *Acta Politica*, 52(1), 23–42.
- Weber, M.** (1905). *The City*. Free Press.
- Weiss, C.** (1995). *Nothing as practical as a good theory: Exploring theory-based evaluation for comprehensive community initiatives for children and families*. In J. P. Connell, A. C. Kubisch, L. B. Schorr, & C. Weiss (Hrsg.), *New approaches to evaluating community initiatives: Concepts, methods, and contexts* (S. 65–92). Aspen Institute.
- Weiss, J.** (2020). *What Is Youth Political Participation? Literature Review on Youth Political Participation and Political Attitudes*. *Frontiers in Political Science*, 2. <https://www.frontiersin.org/articles/10.3389/fpos.2020.00001>
- Wilson, J.** (2000). *Volunteering*. *Annual Review of Sociology*, 26, 215–240.
- Winklhofer, U., & Kalicki, B.** (2015). *Beteiligung—Mehr als ein Lippenbekenntnis*. *DJI Impulse – Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts*, 3, 18–20.
- Wirth, L.** (1938). *Urbanism as a Way of Life*. *American Journal of Sociology*, 44, 1–24.
- Wittig, J.** (2016). *Kinder und vorpolitische Beteiligung: Partizipatives Demokratie-Lernen von Anfang an*. In J. Tremmel & M. Rutsche (Hrsg.), *Politische Beteiligung junger Menschen: Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien* (S. 75–102). Springer Fachmedien Wiesbaden. [https://doi.org/10.1007/978-3-658-10186-2\\_5](https://doi.org/10.1007/978-3-658-10186-2_5)



# 9

## Anhang

### 9.1 Analyseraster

Untersuchungsfragen	Indikatoren/ Bewertungskriterien	Datenquellen	Datenerhebungsmethoden	Datenauswertungsmethoden
<b>Input: Ressourcen/Anforderungen</b>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Welche finanziellen, fachlichen, personellen und sozialen Ressourcen werden für Beteiligungsprozesse auf               <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landes- und</li> <li>• kommunaler Ebene aufgewendet?</li> </ul> </li> <li>- Welche finanziellen, fachlichen, personellen und sozialen Ressourcen unterstützen die Umsetzung von Beteiligungsprozessen auf               <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landes- und</li> <li>• kommunaler Ebene?</li> </ul> </li> <li>- Welche Ressourcen unterstützen Beteiligung unter welchen Umständen besonders gut auf               <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landes- und</li> <li>• kommunaler Ebene?</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anzahl umgesetzter Beteiligungsformate für junge Menschen</li> <li>- Stufen der umgesetzten Beteiligungsformate für junge Menschen</li> <li>- Finanzieller Mittelaufwand für Beteiligungsprozesse mit jungen Menschen</li> <li>- Stellen(verantwortlichkeiten) für die Beteiligung junger Menschen</li> <li>- Qualifikation der Umsetzenden von Beteiligungsprozessen</li> <li>- Quantität und Qualität der Netzwerke der Umsetzenden von Beteiligungsprozessen</li> <li>- Qualität und Ergebnisse von Beteiligungsprozessen</li> <li>- Verortung in den Vergleichsrängen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Studien, Berichte</li> <li>- Berichterstattung, Pressemitteilungen</li> <li>- Direkte Zielgruppen/Umsetzende</li> <li>- Junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Recherche</li> <li>- Leitfadengestützte Interviews mit Experten:innen/direkte Zielgruppe</li> <li>- Online-Befragung mit jungen Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltsanalytisch</li> <li>- Statistisch</li> </ul>

Untersuchungsfragen	Indikatoren/ Bewertungskriterien	Datenquellen	Datenerhebungsmethoden	Datenauswertungsmethoden
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie viel Interesse haben junge Menschen in Niedersachsen an Politik und an verschiedenen Beteiligungsgegenständen?</li> <li>- Welche jungen Menschen in Niedersachsen haben ein hohes politisches Interesse und welche nicht?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Interesse am politischen Geschehen in der Kommune und im Land Niedersachsen</li> <li>- Interesse an relevanten Handlungsfeldern, z. B. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtentwicklung und -planung</li> <li>• Verkehr</li> <li>• Kultur</li> <li>• Bildung</li> <li>• Umwelt- und Naturschutz</li> </ul> </li> <li>- Soziodemographische Faktoren</li> <li>- Urbanisierungsgrad des Wohnorts</li> <li>- Verortung in den Vergleichsringen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Befragung mit jungen Menschen</li> <li>- Fokusgruppengespräche mit jungen Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltsanalytisch</li> <li>- Statistisch</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie hoch ist die Motivation junger Menschen an Beteiligungsprozessen teilzunehmen?</li> <li>- Welche jungen Menschen sind motiviert und welche nicht?</li> <li>- Was sind die Hintergründe für hohe oder niedrige Beteiligungsmotivation von jungen Menschen?</li> <li>- Wie kann die Motivation junger Menschen an Beteiligungsprozessen teilzunehmen gesteigert werden?</li> <li>- Unter welchen Umständen nehmen junge Menschen eher an Beteiligungsprozessen teil?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Politische Beteiligungsbereitschaft junger Menschen</li> <li>- Betroffenheit vom Beteiligungsgegenstand</li> <li>- Informationsstand</li> <li>- Soziale Eingebundenheit</li> <li>- Vorerfahrungen mit politischer Beteiligung</li> <li>- Soziodemographische Faktoren</li> <li>- Urbanisierungsgrad des Wohnorts</li> <li>- Verortung in den Vergleichsringen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Befragung mit jungen Menschen</li> <li>- Fokusgruppengespräche mit jungen Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltsanalytisch</li> <li>- Statistisch</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wie gut sind junge Menschen über Beteiligungsmöglichkeiten informiert?</li> <li>- Welche Vorerfahrungen bringen junge Menschen im Bereich politische Beteiligung mit?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Kenntnis verschiedener Beteiligungsmöglichkeiten</li> <li>- Anzahl der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten</li> <li>- Genutzte Beteiligungsformen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Jungen Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Befragung mit jungen Menschen</li> <li>- Fokusgruppengespräche mit jungen Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltsanalytisch</li> <li>- Statistisch</li> </ul>

Untersuchungsfragen	Indikatoren/ Bewertungskriterien	Datenquellen	Datenerhebungsmethoden	Datenauswertungsmethoden
- Wie unterscheiden sich Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in ihren Präferenzen bzgl. Beteiligungsgegenständen, Beteiligungsformaten und -methoden?	- Zufriedenheit mit Beteiligungsmöglichkeiten - Zufriedenheit mit genutzten Beteiligungsprozessen - Präferenzen bzgl. Formaten und Methoden in Beteiligungsprozessen	- Junge Menschen - Direkte Zielgruppen/ Umsetzende	- Online-Befragung mit jungen Menschen - Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen	- Inhaltsanalytisch - Statistisch
- Welche formellen Strukturen (Vereine, etc) bieten Möglichkeiten zur politischen Beteiligung?	- Mitgliedschaft in Vereinen, Organisationen, Verbänden	- Junge Menschen	- Online-Recherche - Leitfadenge-stützte Interviews mit Experten:innen/ direkte Zielgruppe	- Inhaltsanalytisch
- Welche informellen Strukturen unterstützen politische Beteiligung?	- Familien-, Lebens- und Wohn sowie Ausbildungs- bzw. Arbeitssituation - Kontakte mit Freund:innen	- Junge Menschen	- Online-Befragung mit jungen Menschen - Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen	- Inhaltsanalytisch
<b>Output: Beteiligungsprozesse</b>				
- Welche Beteiligungsprozesse, -formate und -methoden gibt es in Niedersachsen?	- Anzahl und Art von Prozessen, Formaten und Methoden - Verortung in den Vergleichsringen - Urbanisierungsgrad des Beteiligungsorts	- Existierende Studien - Direkte Zielgruppen/ Umsetzende	- Online-Recherche: Bestandsaufnahme - Leitfadenge-stützte Interviews mit Expert:innen/ direkte Zielgruppe	- Inhaltsanalytisch
- Unter welchen Umständen eignen sich verschiedene Beteiligungsformate und -methoden besonders?	- Ergebnisse von Beteiligungsformaten und -methoden - Zufriedenheit mit Beteiligungsformaten und -methoden - Beteiligungsgegenstand - Verortung in den Vergleichsringen - Urbanisierungsgrad des Beteiligungsorts	- Existierende Studien - Direkte Zielgruppen/ Umsetzende - Junge Menschen	- Online-Recherche - Leitfadenge-stützte Interviews mit Expert:innen/ direkte Zielgruppe - Online-Befragung mit jungen Menschen	- Inhaltsanalytisch - Statistisch

Untersuchungsfragen	Indikatoren/ Bewertungskriterien	Datenquellen	Datenerhebungsmethoden	Datenauswertungsmethoden
- In welchem Maße wurde die indirekte Zielgruppe erreicht?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Wege der Zielgruppenansprache (niederschwellig)</li> <li>- Anzahl der Teilnehmenden an Beteiligungsangeboten</li> <li>- Repräsentativität der Teilnehmenden an Beteiligungsangeboten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Junge Menschen</li> <li>- Direkte Zielgruppen/Umsetzende</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Recherche</li> <li>- Leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen/direkte Zielgruppe</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltsanalytisch</li> </ul>
- Empfinden junge Menschen Beteiligungsprozesse als gut/fair?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inklusivität, Barrierefreiheit, Niederschwelligkeit des Beteiligungsverfahrens</li> <li>- Aktive Beteiligung am Prozess auch für stille Gruppen möglich</li> <li>- Ausgewogene Redeanteile nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand, etc.</li> <li>- Zufriedenheit mit der Kommunikation</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Befragung mit jungen Menschen</li> <li>- Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Statistisch</li> <li>- Inhaltsanalytisch</li> </ul>
- Empfinden junge Menschen Beteiligungsformate als kreativ?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Spaß an der politischen Beteiligung</li> <li>- Die Jugendlichen werden ernstgenommen; ihnen wird auf Augenhöhe begegnet</li> <li>- Transparenz des Prozesses, Erwartungsmanagement</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Befragung mit jungen Menschen</li> <li>- Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Statistisch</li> <li>- Inhaltsanalytisch</li> </ul>

Untersuchungsfragen	Indikatoren/ Bewertungskriterien	Datenquellen	Datenerhebungsmethoden	Datenauswertungsmethoden
- Was wissen junge Menschen über konkrete Beteiligungsangebote?	- Informiertheit über konkrete Beteiligungsangebote	- Junge Menschen	- Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen	- Inhalts-analytisch
- Wie informieren sich junge Menschen über Beteiligungsprozesse/ Wie erfahren sie von ihnen? - Wo möchten junge Menschen Informationen zu Beteiligungsangeboten erhalten?	- Informationsquellen zu genutzten Beteiligungsangeboten - Nutzung verschiedener Informationskanäle	- Junge Menschen	- Online-Befragung mit jungen Menschen - Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen	- Inhalts-analytisch - Statistisch
- Wie oft und zu welchem Anteil nehmen junge Menschen in Niedersachsen an Beteiligungsprozessen teil? - Welche jungen Menschen nehmen an politischen Beteiligungsprozessen in Niedersachsen teil und welche nicht?	- Anzahl an teilgenommenen Beteiligungsprozessen - Art der genutzten Beteiligungsmöglichkeiten - Soziodemographische Faktoren - Verortung in den Vergleichsräumen - Urbanisierungsgrad des Beteiligungsorts	- Junge Menschen	- Online-Befragung mit jungen Menschen - Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen	- Statistisch - Inhalts-analytisch
<b>Outcome: Beteiligungsergebnisse</b>				
- Wie zufrieden sind die jungen Menschen in Niedersachsen mit dem Verlauf von politischen Beteiligungsprozessen? - Wie zufrieden sind die jungen Menschen in Niedersachsen mit den Ergebnissen von politischen Beteiligungsprozessen? - Akzeptieren junge Menschen auch Beteiligungsergebnisse, die ihren persönlichen Präferenzen widersprechen? - Haben junge Menschen in Niedersachsen das Gefühl, Sie können mit ihrer politischen Beteiligung politische Entwicklungen beeinflussen?	- Zufriedenheit mit <ul style="list-style-type: none"> <li>• Formaten</li> <li>• Methoden</li> <li>• Beteiligungsgegenständen</li> <li>• Ergebnis des Beteiligungsprozesses</li> <li>• Umgang mit dem Beteiligungsergebnis;</li> <li>• Legitimierung der Entscheidungen</li> <li>• Umsetzung des Beteiligungsergebnisses</li> </ul> - Akzeptanz des Beteiligungsergebnisses - Politische Selbstwirksamkeit	- Junge Menschen in Niedersachsen	- Online-Befragung mit jungen Menschen - Fokusgruppen-gespräche mit jungen Menschen	- Statistisch

Untersuchungsfragen	Indikatoren/ Bewertungskriterien	Datenquellen	Datenerhebungsmethoden	Datenauswertungsmethoden
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Haben die Umsetzenden von Beteiligungsprozessen für junge Menschen ein besseres Verständnis für die Belange von jungen Menschen?</li> <li>- Berücksichtigen politische Entscheidungsträger:innen die Interessen von jungen Menschen in ihren politischen Entscheidungen?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Sensibilität für junge Menschen und ihre Belange</li> <li>- Responsivität</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Direkte Zielgruppen/ Umsetzende</li> <li>- Junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen/ direkte Zielgruppe</li> <li>- Online-Befragung</li> <li>- Fokusgruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltsanalytisch</li> <li>- Statistisch</li> </ul>
<b>Impact: Beteiligung und Demokratie in Niedersachsen</b>				
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Ist die Beteiligung von jungen Menschen ein fester Bestandteil von politischen Entscheidungsprozessen in Niedersachsen?</li> <li>- Beteiligen sich die meisten Jugendlichen mind. hin und wieder politisch in Niedersachsen?</li> <li>- Trägt die politische Beteiligung von jungen Menschen zu einer höheren Legitimität der Demokratie in Niedersachsen bei?</li> <li>- Trägt die politische Beteiligung von jungen Menschen zu besseren politischen Ergebnissen in Niedersachsen bei?</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Anzahl der politischen Beteiligungsverfahren für junge Menschen</li> <li>- Beteiligungsquote von jungen Menschen in Niedersachsen</li> <li>- Bereiche/Handlungsfelder, in denen junge Menschen beteiligt werden</li> <li>- Zufriedenheit mit der Demokratie in Niedersachsen</li> <li>- Zufriedenheit mit der Arbeit von politischen Entscheidungsträger:innen und Verwaltungseinheiten</li> <li>- Lebenszufriedenheit in Niedersachsen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bestandsaufnahme</li> <li>- Studien</li> <li>- Junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Online-Recherche</li> <li>- Literaturrecherche</li> <li>- Leitfadengestützte Interviews mit Expert:innen/ direkte Zielgruppe</li> <li>- Online-Umfrage</li> <li>- Fokusgruppen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Inhaltsanalytisch</li> </ul>

## 9.2 Fragebogen für die Online-Befragung von jungen Menschen

### Politische Beteiligung von jungen Menschen in Niedersachsen

Wir von der IMAP GmbH haben den Auftrag bekommen, einen Bericht zu schreiben. In diesem Bericht soll es darum gehen, wie junge Menschen in Niedersachsen Politik machen oder mitmischen können – das nennt man auch „Politische Beteiligung und Partizipation“. Das Ganze gehört zu einem größeren Plan, der „Landesjugendhilfeplanung“ genannt wird. Um diesen Bericht zu erstellen, möchten wir von jungen Menschen zwischen 10 und 27 Jahren aus Niedersachsen hören. Deshalb machen wir eine Online-Umfrage. Mach mit und sag uns deine Meinung!

Die Online-Umfrage ist freiwillig und dauert nur 10 Minuten. Deine Antworten sind bei uns sicher, wir erzählen nichts weiter und geben auch nichts an andere weiter. Am Ende werden wir die Informationen aus der Umfrage zusammenfassen und so veröffentlichen, dass niemand erkennen kann, wer was gesagt hat. Also keine Sorge: Niemand kann herausfinden, was genau du geantwortet hast.

Deine Meinung zählt! Was du uns sagst, hilft uns weiter, um den Bericht richtig gut zu machen. Und das hilft wiederum dabei, das Mitmachen in der Politik für junge Menschen in Nordrhein-Westfalen einfacher und besser zu gestalten.

Hast du Fragen oder möchtest du uns was sagen? Dann melde dich bei Sarah Perry: Schreib eine Mail an [perry@imap-institut.de](mailto:perry@imap-institut.de) oder ruf an unter 0211-513 69 73-46.

#### I. Start

[Programmierung: Auf einer Seite abfragen]

Bevor wir mit der Umfrage beginnen, wollen wir einmal sicher gehen, dass du auch wirklich zu den Menschen gehörst, die wir befragen wollen. Bitte beantworte dafür folgende zwei Fragen:

1. Wie alt bist du? \_\_\_\_\_ [Programmierung: Freitextfeld; Verzweigung: Wenn Alter <10 oder > 27 zu Endseite 1 der Befragung springen]
2. Wie lautet die Postleitzahl deines Wohnorts?  
PLZ: \_\_\_\_\_ [Programmierung: Freifeld; Programmierung: Wenn PLZ nicht mit 1, 2, 3 oder 4 beginnt zum Ende der Befragung springen]
- weiß nicht  
[Filter: Wenn auf Frage 2 keine Angabe erfolgt]
3. Wie heißt der Ort, in dem du wohnst?  
Wohnort: \_\_\_\_\_ [Programmierung: Freifeld]

#### II. Erfahrungen mit politischer Beteiligung

[Programmierung: Ab hier jeweils nur eine Frage pro Seite für eine optimale mobile Bearbeitung]

4. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, um etwas in Niedersachsen und in deinem Wohnort zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Unten findest du eine Liste von verschiedenen Möglichkeiten. Das sind alles Beispiele für politische Beteiligung. Hast du in den letzten 12 Monaten irgendetwas davon gemacht? Bitte kreuze an. Du kannst mehrere Antworten auswählen. Wenn du nichts davon gemacht hast, kreuze bitte nichts an.



*Wichtig: Beteiligung in der Schule, z. B. in Schüler:innenvertretungen oder politischen Austauschformaten sind nicht gemeint.*

- a) bei der letzten Bundestagswahl gewählt [Filter: Wenn Alter > 18]
  - b) bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen gewählt [Filter: Wenn Alter > 20]
  - c) bei den letzten Kommunalwahlen in Niedersachsen gewählt [Filter: Wenn Alter > 18]
  - d) bei einem Jugendparlament, -rat oder -gremium mitgemacht
  - e) bei einer offenen Veranstaltung zu bestimmten Themen und Projekten mitgemacht, z. B. Jugendforum
  - f) auf der Online-Beteiligungsplattform deines Wohnorts einen Kommentar geschrieben oder abgestimmt
  - g) beim Bürgerhaushalt einen Vorschlag für ein Projekt abgegeben oder für ein Projekt abgestimmt
  - h) bestimmte Produkte aus politischen, ökologischen oder ethischen Gründen gekauft oder nicht gekauft
  - i) in einer Jugendorganisation einer politischen Partei mitgemacht
  - j) in einer Umweltschutzorganisation oder -gruppe mitgemacht
  - k) in einer ehrenamtlichen Organisation oder Gruppe/gemeinnützigen Organisation oder Gruppe mitgemacht, die der Gemeinschaft hilft
  - l) bei einer öffentlichen Demonstration mitgemacht
  - m) im Internet Posts und Kommentare zu politischen Themen veröffentlicht, z. B. in den sozialen Medien, Nachrichtenseiten, Blogs
  - n) einen politischen Slogan an Wände gesprüht oder gemalt
  - o) bei einer illegalen Protestaktion mitgemacht, z. B. Straßenblockaden, Sachbeschädigung oder Angriffe
5. Und was ist mit den folgenden Möglichkeiten? Hast du in den letzten 12 Monaten irgendetwas davon gemacht?

Bitte kreuze an, ob du etwas online im Internet oder offline in Präsenz gemacht hast. Du kannst auch beides gleichzeitig ankreuzen.

Wenn du nichts davon gemacht hast, kreuze bitte nichts an.

[Programmierung: Mehrfachantworten möglich]

	Online	Offline
a) bei einer politischen Aktion oder Kampagne mitgemacht, z. B. Müllsammel-Aktion, Flashmob	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
b) ein Abzeichen oder einen Aufkleber mit einer politischen Botschaft getragen bzw. in deinem Profilbild gepostet	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
c) bei einer Unterschriftenaktion/Petition mitgemacht	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
d) Kontakt zu einer:einem Politiker:in aufgenommen	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
e) bei einer öffentlichen Diskussion zu einem politischen Thema mitgemacht	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Hast du in den letzten 12 Monaten noch etwas anderes gemacht, um in Niedersachsen oder an deinem Wohnort etwas zu verändern; also dich politisch zu beteiligen?

- a) Nein  
 b) Ja, und zwar: \_\_\_\_\_ [Programmierung: Freies Eingabefeld]

### III. Zufriedenheit mit politischer Beteiligung

[Filter: Wenn bei Frage 4, 5 oder 6 mind. 1 Form der politischen Beteiligung angekreuzt wurde, Teilnahme an Wahlen ausgenommen]

7. Du hast gesagt, dass du die unten aufgelisteten Möglichkeiten in den letzten 12 Monaten genutzt hast, um in Niedersachsen etwas zu verändern. Worum ging es dabei? Du kannst mehrere Optionen auswählen.

*Hinweis: Beispiele für die Themenbereiche findest du in den Infoboxen (i)*

	<b>Stadtplanung</b> [Programmierung: Als Infobox] z. B. Gestaltung von Spielplätzen, Parks und Plätzen oder Auswahl von Standorten für neue Schulen	<b>Verkehr</b> [Programmierung: Als Infobox] z. B. Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, Fahrradwegen, Straßenübergängen	<b>Bildung</b> [Programmierung: Als Infobox] z. B. Entwicklung von Schulgebäuden, Planung von Bildungsangeboten wie Sprach- oder Programmkurse, Musikunterricht, etc.	<b>Freizeit</b> [Programmierung: Als Infobox] z. B. Verbesserung bestehender und Einrichtung neuer Freizeit- und Sportanlagen, Organisation von Veranstaltungen	<b>Demokratie</b> [Programmierung: Als Infobox] Wahlen, politische Initiativen z. B. zur Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre	<b>Umwelt</b> [Programmierung: Als Infobox] z. B. Gestaltung von Grünflächen, Müllvermeidung, Planung von Windparks	<b>sonstiges</b>	<b>weiß nicht</b>
[Programmierung: Fragen-Piping mit den Antworten aus Frage 1)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

[Filter: Wenn „sonstiges“ angekreuzt]

8. Du hast „sonstiges“ angekreuzt. Zu welchem Thema hast du dich beteiligt?  
 \_\_\_\_\_

[Filter: Wenn bei Frage 4 „bei einer offenen Veranstaltung zu bestimmten Themen und Projekten mitgemacht, z. B. Jugendforum“ angekreuzt]

9. Du hast angekreuzt, dass du bei einer Veranstaltung zu einem Thema oder Projekt, wie z. B. Jugendforum, mitgemacht hast. Wenn du an diese Veranstaltung denkst: Wie sehr stimmst du den folgenden Aussagen zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Antwort
a) Insgesamt war ich mit der Veranstaltung zufrieden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b) Während der Veranstaltung fühlte ich mich gut informiert und habe verstanden, worum es ging.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c) Ich konnte gut mitmachen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d) Meine Meinung wurde ernst genommen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e) Die Veranstaltung war gut organisiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f) Die Veranstaltung war interessant gestaltet.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g) Die Veranstaltung war fair und transparent.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
h) Die Beteiligung hat mir Spaß gemacht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
i) Durch meine Beteiligung konnte ich etwas verändern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
j) Ich würde auf jeden Fall noch einmal bei so einer Veranstaltung mitmachen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

10. Möchtest du uns noch etwas anderes zum Beteiligungsprozess mitteilen?

[Programmierung: freies Eingabefeld]

[Filter: Wenn bei Frage 4, 5 und 6 mindestens eine Form der politischen Beteiligung ausgewählt - außer 4d]

11. Wenn du an die Beteiligungsmöglichkeiten denkst, die du in den letzten 12 Monaten genutzt hast: Wie sehr stimmst du den folgenden Aussagen zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Durch mein Mitmachen konnte ich etwas verändern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b) Ich hatte das Gefühl, ich konnte etwas erreichen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c) Ich konnte bei der politischen Entscheidung mitreden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d) Ich konnte dazu beitragen, dass das Ergebnis besser wurde.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

e) Mir hat das Ganze echt Spaß gemacht.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f) Jetzt verstehe ich besser, wie das mit der Politik so läuft.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g) Ich würde auf jeden Fall noch einmal mitmachen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

12. Woher wusstest du von den Beteiligungsmöglichkeiten?  
Du kannst mehrere Antworten ankreuzen.

[Programmierung: Mehrfachantworten möglich]

- a) Flyer oder Poster
- b) soziale Medien
- c) Internetseite meines Wohnorts
- d) Schule, Arbeit oder Uni
- e) Vereine oder andere Organisationen, z. B. Sportverein, freiwillige Feuerwehr
- f) Familie, Freund:innen oder Bekannte
- g) sonstiges, und zwar: \_\_\_\_\_

#### IV. Wünsche, Interessen, Erwartungen

13. Gibt es deiner Meinung nach genügend Möglichkeiten für junge Menschen, um etwas in deinem Wohnort oder in Niedersachsen zu verändern?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	keine Antwort
a) In meinem Wohnort gibt es für junge Menschen genügend Möglichkeiten, etwas zu verändern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b) In Niedersachsen gibt es für junge Menschen genügend Möglichkeiten, etwas zu verändern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

14. Würdest du gerne mehr Möglichkeiten haben, um etwas in deinem Wohnort oder in Niedersachsen zu verändern?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Ich wünsche mir in meinem Wohnort mehr Möglichkeiten, etwas zu verändern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b) Ich wünsche mir in Niedersachsen mehr Möglichkeiten, etwas zu verändern.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

[Filter: Wenn „stimme voll zu“ oder „stimme eher zu“]

15. In welchen Bereichen würdest du gerne etwas in deinem Wohnort oder in Niedersachsen verändern? Du kannst mehrere Antworten ankreuzen

[Programmierung: Mehrfachauswahl ermöglichen]

	in meinem Wohnort	in Niedersachsen
a) <b>Stadtplanung</b> , z. B. Gestaltung von Spielplätzen, Parks und Plätzen oder Auswahl von Standorten für neue Schulen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) <b>Verkehr</b> , z. B. Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs, Fahrradwegen, Straßenüberhängen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) <b>Bildung</b> , z. B. Entwicklung von Schulgebäuden, Planung von Bildungsangeboten wie Sprach- oder Programmierkurse, Musikunterricht, etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) <b>Freizeit</b> , z. B. Verbesserung bestehender und Einrichtung neuer Freizeit- und Sportanlage, Organisation von Veranstaltungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) <b>Demokratie</b> , z. B. Herabsenkung des Wahlalters auf 16 Jahre	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f) <b>Umwelt</b> , z. B. Gestaltung von Grünflächen, Müllvermeidung, Planung von Windparks	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
g) <b>etwas anderes</b> , und zwar: _____ [Programmierung: Freifeld einfügen]	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Was würdest du gerne tun, um etwas in deinem Wohnort oder in Niedersachsen zu verändern?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Ich möchte meine Ideen und Vorschläge einbringen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
b) Ich möchte meine Rückmeldung zu Ideen und Vorschlägen geben.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) Ich möchte über Ideen und Vorschläge abstimmen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) Ich möchte mich längerfristig einbringen, z. B. in einem Jugendparlament, -rat oder -gremium.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) Ich möchte mich zu einem Thema kurzfristig einbringen, z. B. bei 3 bis 4 Gelegenheiten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

f) Ich möchte mich ein Mal bei einem Thema einbringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g) Ich möchte mich im Internet einbringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
h) Ich möchte mich in Präsenz einbringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
i) Ich möchte mich gemeinsam mit Erwachsenen einbringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
j) Ich möchte mich in einer Gruppe von jungen Menschen einbringen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
k) sonstiges, und zwar: _____	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

## V. Hintergründe von politischer Beteiligung

17. Wie sehr stimmst du den folgenden Aussagen zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Ich weiß, wie ich mich in meinem Wohnort beteiligen kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
b) Ich weiß, wie ich mich in Niedersachsen beteiligen kann.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
c) Ich fühle mich gut über die Themen und Pläne in meinem Wohnort informiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
d) Ich fühle mich gut über die Themen und Pläne in Niedersachsen informiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
e) Ich interessiere mich dafür, was in meinem Wohnort passiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
f) Ich interessiere mich dafür, was in Niedersachsen passiert.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
g) Ich habe keine Zeit mich zu beteiligen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
h) Ich habe keine Lust mich zu beteiligen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

18. Wie sehr stimmst du den folgenden Aussagen zu?

	stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
a) Wenn ich mich beteilige, tue ich etwas Gutes.	●	●	●	●
b) Ich traue mich, bei Gesprächen über politische Themen etwas zu sagen.	●	●	●	●
c) Manchmal sind die Sachen, die Politiker:innen machen, so kompliziert, dass es schwer ist, alles zu verstehen.	●	●	●	●
d) Ich glaube, dass sich Politiker:innen für die Meinungen von jungen Menschen wie mich interessieren.	●	●	●	●
e) Ich finde es wichtig, junge Menschen in ihrem Wohnort mitentscheiden zu lassen.	●	●	●	●
f) Ich finde es wichtig, junge Menschen in Niedersachsen mitentscheiden zu lassen.	●	●	●	●
g) Meine Familie und Freund:innen finden es gut, wenn ich mich beteilige.	●	●	●	●

19. Du kannst dich auch in Vereinen oder der Schule beteiligen. Unten findest du eine Liste von verschiedenen Möglichkeiten. Hast du schon einmal an einer Veranstaltung oder Aktivität davon teilgenommen?

- a) Sportverein, Kunstverein oder Musikverein
- b) Kirchengruppe, Moscheegemeinde oder eine andere religiöse Organisation
- c) Hilfsorganisation, z. B. freiwillige Feuerwehr
- d) Jugendhaus oder Jugendtreff
- e) Schüler:innenvertretung
- f) etwas anderes, und zwar: \_\_\_\_\_ (Programmierung: Freifeld)



**VI. Ein paar Fragen zu deiner Person**

20. Bist du

- a) männlich
- b) weiblich
- c) divers

21. Bist du im Moment

- a) Schüler:in
- b) Auszubildende:r
- c) Student:in
- d) berufstätig
- e) im Mutterschutz oder in Elternzeit
- f) Hausfrau/Hausmann
- g) arbeitslos
- h) im Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst (BFD, Bufdi), freiwilligen sozialen bzw. ökologischen Jahr (FSJ)
- i) aus anderen Gründen nicht berufstätig

**[Filter: Wenn Frage 16 = a]**

22. Welchen Schulabschluss wirst du machen?

- a) kein Abschluss
- b) Hauptschulabschluss
- c) Realschulabschluss
- d) Fachhochschulreife
- e) Abitur
- f) anderer Abschluss, und zwar: \_\_\_\_\_

**[Filter: Wenn Frage 16 ≠ a]**

23. Welchen höchsten Schulabschluss hast du?

- a) kein Abschluss
- b) Hauptschulabschluss
- c) Realschulabschluss
- d) Fachhochschulreife
- e) Abitur
- f) anderer Abschluss, und zwar: \_\_\_\_\_

**VII. Sonstiges**

Du hast die letzte Seite der Umfrage erreicht. Danke, dass du dir die Zeit genommen hast!

Wenn es noch etwas gibt, was dir in der Umfrage zur kurz kam, kannst du hierfür die nächste Frage nutzen:

24. Gibt es noch etwas, das du uns sagen möchtest?

\_\_\_\_\_ **[Programmierung: Freifeld]**

**VIII. Ende 1** [Programmierung: Verzweigung zu Ende 2, wenn Frage 23 gesehen]

Vielen Dank für deine Bereitschaft an der Umfrage teilzunehmen. Wir befragen nur Menschen, die zwischen 10 und 27 Jahre alt sind und in Niedersachsen wohnen. Leider gehörst du nicht zu den Personen, die wir befragen möchten.

Bei Fragen zur Umfrage oder zum Bericht, melde dich bitte bei Sarah Perry: perry@imap-institut.de

**IX. Ende 2**

**Das war die letzte Frage. Vielen Dank für deine Teilnahme!**

Am 9. und 10. Oktober 2023 möchten wir mit ein paar jungen Menschen persönlich ins Gespräch kommen. Hierfür planen wir ein Treffen für Gespräche in kleinen Gruppen in Peine. Wir bezahlen die Fahrtkosten und es gibt einen Gutschein als Dankeschön. Wenn du Interesse daran hast, mitzumachen, teile uns bitte deine Kontaktdaten mit, damit wir uns bei dir melden können:

25. Name: \_\_\_\_\_ [Programmierung: Freifeld]

26. E-Mail-Adresse: \_\_\_\_\_ [Programmierung: Freifeld]

27. Telefonnummer: \_\_\_\_\_ [Programmierung: Freifeld]

Bei Fragen zur Umfrage oder zum Bericht, melde dich bitte bei Sarah Perry:

~~perry@imap-institut.de 0211 513 69 73 45~~

## 9.3 Ablaufplan für die Fokusgruppengespräche

Ablauf Fokusgruppen Interview – 90 Minuten. Die Zeitvorgaben sind eine Orientierung. Wir reagieren flexibel und bedarfsorientiert auf den Verlauf.

Fokus auf politische Beteiligung (nicht „soziale“)

WANN   Zeit	WOZU   Fragestellung	WAS   Details	WIE & WOMIT   Methode
0:00 15 min vor Beginn	Begrüßung und Wert- schätzung  Einführung in das Thema: Beteiligungs- niveau	Persönliche Begrüßung von TN und ggf. Eltern, Datenschutz  Aktive Teilnahme an politischen Beteiligungsformaten angeben.	Einverständniserklärung, Gutschein aushändigen Kekse, Getränke  Klebepunkte, Flipchart mit Auswahl von Beteiligungs- formaten Start Audio-Aufnahme des Interviews
15:00 – 15:05 5 min	Einstieg	Einstieg ins Thema Partizipation mittels des Songs „MitWirkung“	Song „MitWirkung“ <a href="https://www.bpb.de/lernen/angebote/grafstat/partizipation-vor-ort/139969/m-01-01-rapsong-mitwirkung/#page-M%2001.01">https://www.bpb.de/lernen/angebote/grafstat/partizipation-vor-ort/139969/m-01-01-rapsong-mitwirkung/#page-M%2001.01</a>  Songtext ausdrucken ausdrucken und an TN aushändigen
15:05 – 15:20 15 min		Gespräch zum Song	Fragen zum Songtext „MitWirkung“ <ul style="list-style-type: none"> <li>• Was wird thematisiert?</li> <li>• Wogegen wehren sich die Rapper?</li> <li>• Was fordern sie?</li> <li>• Wie steht ihr zu den Aussagen des Songs? Sind euch Situationen, die darin beschrieben werden, schon einmal begegnet?</li> </ul>
15:20 – 15:35 15 min	Motivation zur Beteiligung	Gespräch über die eigene Information, Motivation, Zufriedenheit	Ergebnisse der Flip-Chart aufgreifen: Warum habt ihr das gemacht? Warum habt ihr das nicht gemacht?
15:35 – 15:45 10 min	Erwartungen an das Beteili- gungsangebot	Leitfrage: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gibt es genug Beteiligungsangebote? Auf einer Skala von 1 (gar keine) bis 10 (super viele)</li> </ul> <p>Alternativ: (1) zu wenig, (5) Passend, (10) zu viele</p> <p>Nachfragen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Warum auf den Punkt gestellt? Wie ist die Situation aus Sicht der TN?</li> <li>• Was bräuchte es, um 1–2 Punkte weiter oben zu stehen (realistisch)?</li> <li>• Wenn eine Fee kommt, und es wäre über Nacht anders, woran würdet ihr es merken (Wunderfrage)?</li> </ul>	Aufstellungsübung  Moderator bringt Ergebnis ins Wort und bringt TN über Nachfragen ins Erzählen (Ton-Aufnahme)

WANN   Zeit	WOZU   Fragestellung	WAS   Details	WIE & WOMIT   Methode
15:45 – 16:10 25 min	Erwartungen an das Beteiligungsangebot + Kinder/ Jugendliche als Expert:innen für eigene Anliegen ernst nehmen	Zirkuläre Frage: Wie würdest du das machen?  Aufgriff von im Laufe des Gesprächs genannten Beispielen. Alternativ: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Szenario 1: Junge Menschen für euer Projekt in deiner Stadt gewinnen (z.B. Fußballplatz)</li> <li>• Szenario 2: Junge Menschen für Aktion vor dem Landtag gewinnen (z.B. Klima-Demo)</li> </ul>	Kleingruppenarbeit zu einem der beiden Szenarien (TN wählen)  Vielfältige Ausdrucksformen anbieten <ul style="list-style-type: none"> <li>• Lego Serious Play</li> <li>• Basteln / Collage</li> <li>• Malen</li> <li>• Geschichte / Zeitungsartikel</li> <li>• Knete</li> <li>• ...</li> </ul>
16:10 – 16:20 10 min		Vorstellen der beiden Gruppenergebnisse	Moderatoren achten durch Nachfragen darauf, dass TN konkrete Eigenschaften ihrer Lösung erzählen (Audio-Aufnahme)  Ggf. Hinzufügen von kleinen Post-Its zur Beschriftung, damit die Kunstwerke und Beiträge in der Fotodokumentation gut verstanden werden.
16:15 – 16:30 10 min	Beurteilung des Fokusgruppengesprächs	Wie hat euch das Gespräch heute gefallen?  Auf Skala <ul style="list-style-type: none"> <li>• (1) unangenehm/langweilig,</li> <li>• (5) O.K.</li> <li>• (10) hat Spaß gemacht</li> </ul> Würdet ihr so etwas wiedermachen? <ul style="list-style-type: none"> <li>• (1) auf keinen Fall</li> <li>• (5) vielleicht</li> <li>• (10) auf jeden Fall</li> </ul> Kurzer Check-out / Blitzlichtrunde, in der TN ihr Rating begründen können (Was hat gefallen? Was weniger? Warum wieder mitmachen? etc.)  Danke an TN für Zeit und engagierte Diskussion durch Moderatoren	Klebefunkte/Aufstellung
Summe: 90 min			

## 9.4 Zentrale Erkenntnisse aus den Fokusgruppen- gesprächen

	Einstieg: Song MitWirkung, Gespräch zum Song	Motivation zur Beteiligung
<p><b>FG 8- bis 14-Jährige</b></p>	<p><b>Bedeutung Kinder- und Jugendpartizipation:</b> „Wenn man sich erst einbringen kann, wenn man volljährig ist, haben manche da auch keinen Bock drauf.“; <b>Formate mit Gleichaltrigen, Vermittlung:</b> Wunsch, dass man nicht direkt mit Erwachsenen bzw. Politikerinnen spricht sondern, dass jemand vermittelt. Wenn ich mit Politikern sprechen sollte, „irgendwie bin ich dann so stumm und denke ich darf nichts Falsches sagen. Es ist einfach entspannter, wenn ich mit gleichaltrigen Personen rede, die nicht Politiker sind.“; <b>Präferenz langfristige gegenüber Ad hoc Formaten:</b> „In unserer Nachbargemeinde gibt es ein Jugendparlament. Bei uns gab es nur zwei Termine, wo man sich beteiligen konnte, das fand ich etwas albern, zwei Termine können da auch nichts bringen und ich hatte auch keine Zeit.“</p>	<p><b>Aktionen über die Schule vermittelt</b> (Teilnahme an Fridays for Future Demo, Müllsammelaktion, Unterschriftenaktion in der Schule); <b>kein Engagement in einer Jugendorganisation von Parteien: „keine Meinung“:</b> „Ich hab oft auch keine richtige Meinung zu Dingen“ und Hemmschwelle „Ich bin zu schüchtern, um mit fremden Leuten zu reden“; Engagement in einer Jugendorganisation von Parteien: <b>Möglichkeit bisher nicht bekannt.</b> Präferiert zudem „direktere“ Zugänge z. B. zum örtlichen Bürgermeister; <b>Einfluss von Kindern auf die Familie:</b> Schwester hat das Thema Boykott von Produkten mit Tierversuchen bei der Familie eingebracht; größtenteils Aktivitäten, die sich auf <b>Lokalpolitik</b> beziehen</p>

Erwartungen an das Beteiligungsangebot	Gruppenarbeit/ Einzelarbeit	Beurteilung des Fokusgruppengesprächs als eine Form von Beteiligung
<p>„Mehr ist immer besser. Man sollte das gleich anbieten und nicht warten, dass die Jugendlichen das einfordern.“;</p> <p><b>Kinder können unklare Zuständigkeiten nicht nachvollziehen</b> (bspw. nicht ausreichende Schulbusse für Schulfahrten zwischen zwei verschiedenen Kreisen, unklar, wer zuständig ist, keine Veränderungen trotz Beschwerde der SV); <b>Regelmäßige Gremien o.ä. gegenüber Einzelterminen bevorzugt</b>, scheint aber in erster Linie so zu sein, dass sie die Kinder davon eher erhoffen, dass Dinge auch <b>umgesetzt werden.</b>; <b>Gewünschte Formate: Jugendparlament</b> („Also ich will Jugendparlamente überall“ „Jugendparlamente, wenn die was bringen, würde ich auf die 5 gehen, aber wenn die trotzdem nicht eingebracht werden, dann gehe ich einen Schritt zurück“), <b>Bürgermeistersprechstunde</b> („Zum Beispiel dass wir mit unserem Bürgermeister eine halbe Stunde oder so und noch anderen Kindern ein Gespräch in jeder Woche am gleichen Tag führt (Sprechstunde), und dass der das dann auch so weiterbringt, dass man dann auch gehört wird, wenn es jede zweite Woche so eine Sprechstunde gäbe – wenn das schon ein bisschen verändert wird, würde ich schon so auf die 3,5 gehen.“); <b>Nicht ausreichend Beteiligungsangebote.</b> Zwar gibt es vereinzelt Möglichkeiten, sich zu beteiligen (Brief an Politikerin, zwei Termine, um Wünsche zu äußern), zentraler Kritikpunkt: <b>Es muss eine Reaktion darauf geben und es muss sich etwas verändern.</b></p>	<p>Großer Wunsch der <b>Bewerbung von Beteiligungsformaten über verschiedene Kanäle</b> („Ganz viel Werbung auf unterschiedlichen Kanälen, damit alle das erreichen. Wenn das zum Beispiel über die Schule nicht ankommt, dass die das auch auf anderen Wegen erreichen können“): im <b>öffentlichen Raum</b> („weil man fährt ja viel Fahrrad, Auto, Bus und ich schau mir beim Ortseingang zum Beispiel immer die Schilder an die da so hängen“), zudem <b>per Social Media</b>, im <b>Internet</b> und über die <b>Lehrkräfte in Schulen</b>; Zentral für Beteiligungsangebote: Dass Kinder und Jugendliche davon erfahren. <b>Erreichbarkeit insbesondere über Schulen, denn das ist der einzige Ort, an dem man sich mit Leuten austauscht, mit denen man nicht befreundet ist.</b></p>	<p><b>Beteiligung mit Gleichaltrigen (bzw. jüngeren)</b> senkt Hemmschwelle, sich zu äußern: „Ich fand das alles super, ich hätte auch nicht gedacht, dass ich mich so viel beteilige, weil wie gesagt, ich bin eine sehr schüchterne Person, deswegen fand ich es überraschend cool. Ich glaube wenn ich das mit Leuten, die älter sind als ich, gemacht hätte, hätte ich nicht so viel geredet.“;</p> <p><b>Format der Gruppendiskussion „hat Spaß“ gemacht.</b></p>

	Einstieg: Song MitWirkung, Gespräch zum Song	Motivation zur Beteiligung
<p><b>FG 15- bis 17-Jährige</b></p>	<p>Es gibt Jugendliche, die ihre Meinung sagen wollen und nicht alles „wegstecken“ möchten.; <b>„Ich persönlich hatte noch kein großes Anliegen, das ich ändern wollte.“</b> Manchmal hab ich das Gefühl, dass mir <b>nicht zugehört wird</b>, aber „ich bin ja auch nur irgendeine Person, das kann ich auch verstehen“. ; Unterschiedliche Einschätzungen: „Wenn ich mitwirken will, gibt es ein paar Richtungen, in die man gehen kann, aber wie kommt man darauf, sich einzubringen?“; „Ich habe das Gefühl, dass ich Dinge wegstecken muss und nicht meine Meinung sagen kann.“</p>	<p>Insgesamt <b>wenig Erfahrungen mit genannten Beteiligungsformaten</b>, Boykott, bspw. recyclebare Produkte, klimagerechte Auswahl von Lebensmitteln, kein Fleisch essen aus Klima- und moralischen Gründen, Produkte mit Tierversuchen meiden.; Gemeinsam mit der Schule an „Fridays for Future“ Demo teilgenommen; Erfahrung als Vegetarierin: Herausforderungen mit der Meinungsfreiheit: Wenn man sagt, dass man <b>Vegetarierin</b> ist, finden manche das super bei anderen „ist man die <b>Außenseiterin</b>“ – „es kommt mir so vor, als dürfte man da seine Meinung nicht sagen und wenn man es tut wird man beschuldigt (andere überzeugen zu wollen, so wie es viele Leute, die sich vegan oder vegetarisch ernähren im Internet tun).; <b>Viele weitere Beteiligungsformate unbekannt oder „nicht so richtig greifbar“</b> – bspw. Diskussion in der Öffentlichkeit gibt es in der Kleinstadt selten und „Kontakt zu einer Politiker:in“ „kann ich nur übers Internet und auch nur wenn ich einen wichtigen Grund haben, <b>ich weiß dann nicht, was ich sagen soll“</b>.; „Viele sagen, dass man nur eine Person bewirkt nichts, aber ich finde es ist halt anders, <b>man kann viel bewirken alleine.</b>“ (obwohl keine Erfahrungen damit gemacht.; Petitionen unattraktiv wegen eingeschränkter Wirkung, Auswahl fällt schwer, denn „jeder kann ja eine Petition starten“.</p>



Erwartungen an das Beteiligungsangebot	Gruppenarbeit/ Einzelarbeit	Beurteilung des Fokusgruppengesprächs als eine Form von Beteiligung
<p>Einschätzung des Beteiligungsangebot: alle stehen auf 5, <b>„man kann sich einbringen aber auch nicht viel“</b>, „meine Mutter hat einen Brief an einen Politiker geschrieben und eine Antwort bekommen, das könnte ich ja auch machen, aktuell aber kein Problem, das es gibt.“; Verbesserung des Angebots: <b>„wenn es Themen gäbe, die mich interessieren würden, dann würde ich mich da einlesen und einen Schritt nach vorne gehen“</b>. <b>Wunsch nach mehr Aufforderung</b> „wenn es die Regel gibt, sich mehr einzubringen“, „wenn man jung ist, hat man wenig Bezug zur Politik, außer halt im Unterricht oder wenn man sich selbst damit beschäftigt“ „wir haben wenig Bezug und wenig Wissen dazu“. „Ich finde es sollte einfachere Wege geben, sich einzubringen und dass man auch gehört wird, was wollen die Jugendliche, wie finden die das denn wir sind ja auch die neue Generation.“; Keine großen Änderungswünsche, dafür ist es dann schwer Kontakt aufzunehmen: „Ich hab es noch nicht wirklich gemacht, weil ich auch das Bedürfnis dazu nicht hatte“</p>	<p>Erster Schritt: Informieren und Meinung bilden, dann einen Weg suchen. Einerseits viel Hoffnung auf <b>„Kontakt zu Person, die etwas verändern kann“</b>, gleichzeitig skeptisch „aber mir würden wenige einfallen, außer dann einen Politiker anzuschreiben, wobei das eher unrealistisch ist, weil das eh nicht die Leute sind, die dann auch antworten würden.“; Wunsch, innerhalb der Altersgruppe zu diskutieren, <b>Vorschlag: Website, wo junge Menschen über etwas diskutieren könnten. Ich finde dann hat man direkt eine Zielgruppe, die dann alle zusammen auf demselben Stand ist, und dass nicht alle Altersgruppe gemischt sind, sondern dass man nur eine Zielgruppe hat.“</b>; Wenn es schwierig wäre, Jugendliche zum Mitmachen zu bewegen, würde ein Jugendlicher mit <b>„Anreizen“</b> bspw. Spaß, günstiges Essen, Preisen dafür Werbung machen.; Verbündete finden, beispielsweise über das Internet, besonders <b>Social Media</b>, denn dort erreicht man viele, gemeinsam überlegen, wie man vorgehen kann, genau überlegen „was soll es bewirken“</p>	<p>Gespräch hat <b>„Spaß gemacht“</b>, <b>„es war eine gemütliche schöne Runde“</b>; „Ich habe mir schon öfter Gedanken gemacht, wie ich mich einbringen kann, <b>aber ich wusste auch nicht, ob ich herkommen soll und schon so Ahnung haben muss oder nicht</b>. Das war dann so ein bisschen, wo ich nicht wusste. Einziger Punkt, weshalb ggf. nicht nochmal kommen <b>weiter Weg, und abhängig vom Thema</b>.</p>

	Einstieg: Song MitWirkung, Gespräch zum Song	Motivation zur Beteiligung
<p><b>FG 9- bis 14-Jährige</b></p>	<p><b>Qualität von Entscheidungen:</b> Kinder befürworten, dass sie bei der Gestaltung des Jugendzentrums einbezogen werden, denn wenn die Erwachsenen allein entscheiden würden, würden sie möglicherweise Dinge bauen, die die Kinder nicht mögen. Jugendliche beschreiben Situationen in der Schule, in denen sie <b>sich nicht gehört fühlen</b> und teilweise den Eindruck haben, schlechter behandelt zu werden. Außerdem beobachten sie in ihrem Alltag eine <b>herablassende Haltung von Erwachsenen gegenüber Jugendlichen</b> und kritisieren dies, bspw. wenn meine Lehrerin mich anschreit und mir nicht beantwortet, warum, „dann fühle ich mich so, als würden Kinder keine Rechte haben“ oder „Ich bin Schüler, Sie sind Lehrer, das heißt nicht direkt, dass Sie mehr zu sagen haben, weil <b>wir sind beide Menschen</b>“, andere Situation Jugendlicher beschreibt, wie er Energy-Drink, der erst ab 18 verkäuflich ist, nicht bekommt „die sagen, das ist ab 18 und nicht gut für dich, obwohl man auch selber bestimmen könnte“</p>	<p>Nach eigener <b>rassistischer Diskriminierungserfahrung</b> Post in WhatsApp-Status „Rassismus soll beendet werden“; Gefühl von Diskriminierung aufgrund der Herkunft auch in der Schule; <b>Jugendzentrum hat politischen Austausch organisiert</b>, Gespräch im Jugendzentrum über Wünsche der Jugendlichen (u.a. Öffnungszeiten der Einrichtung und Aktivitäten), <b>gemeinsamer Besuch im Rathaus, Diskussion mit Bürgermeister</b>, inkl. Presse. Themen u.a. Bolzplatz, Kriminalität vor Ort, Wunsch nach mehr Geschäften/weniger Leerstand; <b>Teilnahme an Diskussion als positive Erfahrung, würden die Jugendlichen wieder machen, denn „es wurden auch Sachen erfüllt, die man gesagt hat“</b>          Verschiedene <b>Aktivitäten über die Schule organisiert</b> (bspw. Spendenlauf oder Aufräumaktion);</p>

Erwartungen an das Beteiligungsangebot	Gruppenarbeit/ Einzelarbeit	Beurteilung des Fokusgruppengesprächs als eine Form von Beteiligung
<p>Gemischte Einschätzung, Jugendliche haben teilweise den Eindruck, dass ihnen auch im engeren Umfeld nicht immer zugehört wird (bspw. Freunde und Lehrer). Erfahrung des über das Jugendzentrum vermittelten Austauschs mit dem Bürgermeister sehr positiv („er hat mir seine Hand gegeben und wir haben ein Bild gemacht“)</p>	<p>?? Weiß nicht, was ich hier rausziehen soll</p>	<p>Grundsätzliche Zufriedenheit mit dem Format, die verschiedenen Methoden werden gelobt.</p>

	Einstieg: Song MitWirkung, Gespräch zum Song	Motivation zur Beteiligung
<p><b>FG 18- bis 27-Jährige</b></p>	<p><b>Bedeutung guter Formate, die zu Jugendlichen passen</b>, zu den Jugendlichen gehen (in Schulen oder Jugendeinrichtungen), Wahlrecht, Formate, mit denen man echten Einfluss ausüben kann („Es gibt selten Möglichkeiten, wo man die Meinung so äußern kann, dass sie auch in die politischen Prozesse einfließt.“), <b>grundsätzlich herausfordernd, gut funktionierende Beteiligungsprozesse zu gestalten</b> (inkl. der Anerkennung davon auf Kommunal- und Landesebene); Alle Themen: „Es betrifft unsere alltäglichen Situationen und da sollte jeder Mensch das Recht haben sich zu äußern.“, <b>Wertschätzender Umgang/Haltung</b>: „Man sollte das Gefühl vermitteln, dass es ok ist, sich zu äußern. Und da läuft ein Missverständnis“; „Aber bei Freunden meiner Eltern „Du hast ja noch gar nicht so viel erlebt, du weißt nicht worüber du redest“ und es ist egal worüber wir reden, gerade Klimawandel – Themen, die in der älteren Generation kontrovers sind. „Es ist nicht bewusst von oben herab, sondern dieses Ding: Ich hab schon Lebenserfahrung, ich bin irgendwie weiser“ und ich denk mir „ja Manfred, ist ok, aber so wie es ist, gehts nicht weiter“ „oft hab ich das Gefühl, man muss erstmal 5 Jahre Lohnarbeit geleistet haben, dann darf man mitreden“ Argument, dass Jugendliche sich nicht beteiligen könnten, ist nicht treffend, denn auch Erwachsene machen Fehler <b>„ihr macht auch Fehler und dürft trotzdem überall dabei sein“</b>;</p> <p><b>Notwendigkeit politischer Bildung</b>: „Ich würde nicht sagen, dass alle wissen, was Demokratie ist.“ „Jeder möchte seine eigene Meinung nicht nur vertreten sondern auch umgesetzt sehen. [...] <b>Aber in Demokratie geht es darum, dass sich Menschen zusammensetzen und einen Konsens finden und das ist teilweise bei den Jugendlichen und bei den Erwachsenen nicht möglich.</b>“ „gesamtgesellschaftliches Problem, dass vielen die Bedeutung von Demokratie nicht</p>	<p>Frage geändert in „<b>„Persönliches Highlight, das ich mitgenommen habe, aus den verschiedenen Beteiligungsformaten“</b>; <b>Jugendrat als Highlight, denn „kurzer Draht zur Kommunalpolitik“</b>, dieser Jugendrat hat „Antragsrecht im Stadtrat“, so das von Jugendlichen erarbeitete Positionen dort abgestimmt werden, meist sogar positiv beschieden.</p> <p><b>Direkte und schnelle Einflussnahme</b>, man weiß, dass es bei den richtigen ankommt, Rückmeldung an Jugendliche findet statt. Außerdem viel über <b>Rahmenbedingungen gelernt</b>;</p> <p><b>Individuelle Förderung von besonders interessierten jungen Menschen wichtig</b>: Junger Erwachsener, der ehrenamtlicher Bürgermeister geworden ist, nachdem er sich engagieren wollte, aber auch unterstützt wurde.; Junger Erwachsener mit eigener Einwanderungsgeschichte sitzt im Landesjugendbeirat, nachdem er sich über Möglichkeiten informiert und von Jugendpfleger der Stadt unterstützt wurde.</p> <p><b>Qualität, junge Menschen einzubinden, unkonventionelle Lösungen</b>: junge Erwachsene, die bei der Kommunalwahl kandidiert hat und Wahlkampf anders gestaltet hat, als es üblich war, so gemeinsam mit anderen die Wahlbeteiligung im adressierten Stadtteil merklich gesteigert hat.; <b>Ergebnis wichtig für Zufriedenheit</b>: Positive Erfahrung, bei Petition mitgemacht, die tatsächlich in einem Beschluss gemündet hat.;</p> <p><b>Zeithorizont für Umsetzung</b>: Negative Erfahrung aufgrund zäher Prozesse: junger Erwachsene hat sich für die Einrichtung eines Jugendrates eingesetzt, nach zunächst positiver Rückmeldung wurde er dann entweder ignoriert oder auf langsame Prozesse verwiesen. <b>„Aber ganz ehrlich, bis dahin bin ich kein Jugendlicher mehr, dann brauch ich das nicht mehr“.</b></p>

Erwartungen an das Beteiligungsangebot	Gruppenarbeit/ Einzelarbeit	Beurteilung des Fokusgruppengesprächs als eine Form von Beteiligung
<p><b>Haltung:</b> „Es würde helfen, wenn man einfach mal gefragt würde [...] und zwar aus Interesse“, „wenn unsere Meinung immerhin angehört würde auf Kommunalebene“, junge Erwachsene sitzt in vielen Gremien, fühlt sich dort aber <b>häufig nicht ernstgenommen</b>, andere fühlt sich gehört. Wunsch, dass ältere <b>nicht nur „Ideen abgreifen“, sondern eine echte Zusammenarbeit daran stattfindet; Unterscheidung zwischen kommunaler und Landesebene</b> „sowas was wir kommunal haben, bräuchten wir da auch“ <b>Themenoffenheit</b> – auf kommunaler Ebene im Jugendparlament „finde ich das schon super“, auf Landesebene aber eingeschränkt (bspw. Landesschülerrat für Schulpolitik, Landesjugendring für Jugendarbeit), „aber es gibt ja noch viel viel mehr Themen, die relevant sind [...] und das wird noch viel zu wenig gesehen.“ – Wunsch nach Beteiligung auch auf Bundesebene; <b>zur Zeit viel Arbeit, sich Beteiligung zu erkämpfen:</b> „ich habe mich wirklich reingefuchst, wie die Prozesse funktionieren. [...] Für mich sehe ich die Beteiligungsmöglichkeiten fine, sehe aber auch, wie viel Mühe dahintersteht.“;</p> <p><b>„Es wäre mein Wunsch, dass man politische Themen insgesamt durch die Gesellschaft von unten nach oben transportieren kann“ Echte Entscheidungsmacht</b> (dh auch <b>finanzielle Mittel</b>), es gibt schon Gremien, in denen junge Menschen sitzen, „solange die aber keine ernsthafte Entscheidungsgewalt bekommen, ist das irgendwie fake“; Mehr finanzielle Mittel zur Umsetzung von Wünschen der jungen Menschen, Wunsch nach Bereitschaft, Entscheidungen zu verändern, wenn junge Menschen Ihre Meinung äußern.</p>	<p>Wir haben Rahmenbedingungen gesammelt für ein Event zur Beteiligung das wir uns wünschen. Wir brauchen <b>Verbindlichkeit</b> und <b>Regelmäßigkeit</b>, dass das nicht nur mal so ein tolles Projekt ist sondern dass das an die Politik angebunden ist und dass da auch was passiert. <b>Gleichzeitig muss das attraktiv für Jugendliche sein</b> und Jugendliche da abholen, wo sie sind, in den Schulen usw. es muss aber natürlich auch mit einem <b>Budget</b> ausgestattet werden damit es etwas <b>ernsthaftes</b> ist, damit das Projekt von Anfang an gut ausgestattet ist und im Nachhinein muss es ein <b>Feedback an die Teilnehmenden geben</b>, damit die sehen es ist auch wirklich etwas passiert, es lohnt sich, sich einzubringen. Dann muss es <b>Themenoffen</b> sein, dass man alle Themen einbringen kann.;</p> <p>Teilweise <b>verpflichtende Angebote im Schulkontext</b>, denn man muss auch diejenigen abholen die erstmal keinen „Bock“ haben, um Jugendlichen zu vermitteln, dass ihre Meinung wichtig ist und sie verstanden werden; Motivation zur Beteiligung durch <b>Anreize</b> steigern (nicht nur bei Jugendlichen sondern auch bei Erwachsenen <b>Respektvoller Umgang auf Augenhöhe, wertschätzend, antidiskriminierend;</b> <b>Bessere Kommunikation, um die Beteiligungsangebote, die es gibt, auch</b></p>	<p><b>Vielfalt, „mir hat gefallen, dass es nicht in meiner Bubble war“;</b> <b>Mehr Zeit</b>, ggf. am Wochenende, damit mehr <b>Diskussion und Austausch</b> möglich ist, weniger geübte Menschen mehr Zeit zum Nachdenken haben; bessere <b>Erreichbarkeit;</b> Klären, was der Zweck des Angebots ist, wozu man beitragen kann.</p>

	Einstieg: Song MitWirkung, Gespräch zum Song	Motivation zur Beteiligung
FG 18- bis 27-Jährige	<p>bewusst ist, egal wir alt oder jung. Hat auch den Hintergrund, dass die Leute das Gefühl haben, dass Politik an ihnen vorbei gemacht wird.“;</p> <p><b>Kommunikationsdefizit:</b> Lokalpolitik wird häufig nur über die Lokalzeitung kommuniziert, damit erreicht man aber nur einen kleinen Teil der Bevölkerung: „Wie informieren wir überhaupt über demokratische Prozesse und Entscheidungen?“, Schwierigkeit, an entsprechende Informationen zu gelangen.</p>	

Erwartungen an das Beteiligungsangebot	Gruppenarbeit/ Einzelarbeit	Beurteilung des Fokusgruppengesprächs als eine Form von Beteiligung
	<p><b>an die Leute zu bringen.;</b>  <b>Politische Bildung, Erwartungsmanagement:</b> „Wie und wo funktioniert es überhaupt, also an wen kann man sich wenden, welche Gremien sind das, was braucht man dafür? (3) was kommt dabei rum? Was kann ich davon erwarten, wenn ich eine Petition starte, was kann ich davon erwarten, wenn ich im Stadtrat eine Frage stelle. Was sind da die Ergebnisse und Effekte, für welches Thema brauche ich welche demokratischen Mittel.“; <b>Verschiedene Aktivitätsniveaus ansprechen: Einstieg schaffen</b> und informieren, aber auch <b>aktivieren</b> und <b>verstetigen</b>;) )</p>	

## 9.5 Fragebogen für die kommunale Abfrage

### Abfrage

#### Das politische Partizipationsangebot für jungen Menschen in Ihrer Kommune

Im Auftrag des Landes Niedersachsen, Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, erstellen wir – die IMAP GmbH – im Rahmen der Landesjugendhilfeplanung den Schwerpunktbericht zur politischen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen. Im Rahmen der Analyse des Ist-Zustands wird eine Übersicht über die bestehenden und geplanten Beteiligungsangebote für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in Niedersachsen erarbeitet. Um ein möglichst vollständiges Bild der Beteiligungslandschaft in Niedersachsen zu erhalten, sind wir auf Ihre Mitwirkung angewiesen und bitten Sie um Teilnahme an dieser kurzen Abfrage zum Beteiligungsangebot für junge Menschen in Ihrer Kommune.

**Sollten Sie nicht, die richtige Ansprechperson in Ihrer Kommune oder in Ihrem Landkreis sein, leiten Sie diese Abfrage bitte an die Kolleg:innen weiter, die für die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zuständig sind. Sie können die Informationen auch vorab sammeln und anschließend hier eintragen. Einen Überblick über die Fragen finden Sie hier: [Programmierung: Vorschau-pdf hochladen]**

Die Abfrage dauert ca. 15 Minuten und wird DSGVO-konform über LamaPoll realisiert. LamaPoll ist nach DIN ISO 27001 zertifiziert und vom BSI geprüft. Sie können die Abfrage unter Benutzung der Schaltfläche „Beantwortung später fortsetzen“ unterbrechen und zu einem späteren Zeitpunkt fortfahren. Diese Schaltfläche finden Sie ganz unten auf jeder Seite der Umfrage. Alle Angaben werden absolut vertraulich behandelt und es erfolgt keine Weitergabe der Daten an Dritte. Die Ergebnisse werden in aggregierter und anonymisierter Form veröffentlicht. Das bedeutet, dass aus den Ergebnissen niemand Rückschlüsse auf einzelne Kommunen ziehen kann. Wenn ein Verweis auf einzelne Beteiligungsverfahren in konkreten Kommunen sinnvoll ist, z. B. als Leuchtturm, kommen wir ggf. mit Rückfragen zur Konkretisierung und mit einer Bitte um Freigabe auf Sie zu. Ihre Angaben werden ausschließlich innerhalb IMAPs ausgewertet. Die IMAP GmbH hat eine Datenschutzbeauftragte im Unternehmen benannt sowie einen externen Datenschutzbeauftragten bestellt.

Ihre Informationen sind wichtig für den Erfolg des Schwerpunktberichts und werden benötigt, um das politische Beteiligungsangebot für jungen Menschen in Niedersachsen transparent zu machen und weiterzuentwickeln.

Bei Fragen und Rückmeldungen wenden Sie sich bitte an Sarah Perry (perry@imap-institut.de, +49(0)211-513 69 73-46).



Für welche Kommune füllen Sie die Abfrage aus?

Ort: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Postleitzahl: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Wenn Sie an die **letzten 3 Jahre** denken: Inwiefern gibt oder gab es in Ihrer Kommune die folgenden Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene?

Bitte geben Sie die Anzahl der verschiedenen Leistungsangebote in den Boxen an.  
Bitte tragen Sie 0 (Null) ein, falls es keine Beteiligungsmöglichkeiten gab.

- dauerhaft angelegtes Jugendparlament, Jugendrat oder andere Gremien
- temporärer Bürgerbeteiligungsprozess zu einem bestimmten Thema
- Andere Maßnahmen

Sie haben bei dauerhaft angelegtes Jugendparlament, Jugendrat oder andere Gremien [Programmierung: Platzhalter für Anzahl aus Frage 2] eingetragen.

Bitte geben Sie an, welche dauerhaft angelegte Beteiligungsmöglichkeiten, wie z. B. Jugendparlament oder Jugendrat, in [Programmierung: Platzhalter für Ort aus Frage 1] durchgeführt wurden. (Filter: Wenn bei Frage 2 dauerhafte Gremien > 0)

Dauerhafte Gremien 1–7

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Sie haben bei temporärer Beteiligungsprozess für junge Menschen zu einem bestimmten Thema [Programmierung: Platzhalter für Anzahl aus Frage 2] eingetragen.

Bitte geben Sie an, welche temporären Beteiligungsprozesse für junge Menschen zu einem bestimmten Thema in [Programmierung: Platzhalter für Ort aus Frage 1] durchgeführt wurden. (Filter: Wenn bei Frage 2 Bürgerbeteiligungsprozess > 0)

Beteiligungsprozess 1–7

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Sie haben bei andere Maßnahmen [Programmierung: Platzhalter für Anzahl aus Frage 2] eingetragen.

Bitte geben Sie an, welche Maßnahmen in [Programmierung: Platzhalter für Ort aus Frage 1] durchgeführt wurden. (Filter: Wenn bei Frage 2 Bürgerbeteiligungsprozess > 0)

Beteiligungsprozess 1–7

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Handelte es sich bei den temporären Beteiligungsmöglichkeiten oder anderen Maßnahme um eine einmalige Veranstaltung oder einen mehrstufigen Prozess? (Filter: Wenn bei Frage 2 Bürgerbeteiligungsprozess oder andere Maßnahme genannt wurde)

- Einmalige Veranstaltung
- Mehrstufiger Prozess

Wozu dient bzw. diente die Beteiligung?

(Filter: Wenn bei Frage 2 dauerhaftes Gremium, temporärer Bürgerbeteiligungsprozess oder andere Maßnahme genannt wurde)

Sie können mehrere Optionen auswählen.

Gremien 1–7, Beteiligungsprozesse 1–7, Maßnahmen 1–7

- Informieren
- Ideen/Input sammeln
- Rückmeldungen einholen
- Entscheidung eingrenzen/vorbereiten
- Entscheiden lassen
- sonstiges, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

In welchem Handlungsfeld ist die Beteiligung verortet?

(Filter: Wenn bei Frage 2 dauerhaftes Gremium, temporärer Bürgerbeteiligungsprozess oder andere Maßnahme genannt wurde)

Sie können mehrere Handlungsfelder auswählen.

Gremien 1–7, Beteiligungsprozesse 1–7, Maßnahmen 1–7

- Stadtplanung
- Bildung
- Freizeit
- Demokratie
- Umwelt
- Verkehr
- etwas anderes und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

In welchem Format wurde die Beteiligung durchgeführt?

(Filter: Wenn bei Frage 2 dauerhaftes Gremium, temporärer Bürgerbeteiligungsprozess oder andere Maßnahme genannt wurde)

Gremien 1–7, Beteiligungsprozesse 1–7, Maßnahmen 1–7

- In Präsenz
- Digital
- Hybrid
- Schriftlich

Wer war die Zielgruppe der Beteiligung?

(Filter: Wenn bei Frage 2 dauerhaftes Gremium, temporärer Bürgerbeteiligungsprozess oder andere Maßnahme genannt wurde)

Sie können mehrere Optionen auswählen.

Gremien 1–7, Beteiligungsprozesse 1–7, Maßnahmen 1–7

- Kinder bis 12 Jahre
- Jugendliche bis 18 Jahre
- Junge Erwachsene bis 27 Jahre
- Erwachsene über 27 Jahre

Welche Akteure waren bei der Umsetzung des Beteiligungsprozesses involviert?

Bitte tragen Sie den jeweiligen Akteur ein.

*Hinweis: Beispiele finden Sie in den Infoboxen.*

Gremien 1–7, Beteiligungsprozesse 1–7, Maßnahmen 1–7

- Verwaltungsakteure (Infobox: z. B. Bereich, Amt, Abteilung), und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
- Zivilgesellschaftliche Akteure (Infobox: z. B. Verein), und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
- Privatwirtschaftliche Akteure (z. B. Beratungsinstitut, Agentur), und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
- Wissenschaftliche Akteure (z. B. Universität, Forschungsinstitut), und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
- Andere, und zwar: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Inwiefern werden bzw. wurden die Ergebnisse der Beteiligung im politischen Entscheidungsprozess Ihrer Einschätzung nach berücksichtigt?

Bitte bewerten Sie auf einer Skala von 1 bis 5:

1 bedeutet, dass über die Ergebnisse der Beteiligung überhaupt nicht beraten und weiter entschieden wurde,  
5 bedeutet, dass über die Ergebnisse der Beteiligung vollumfänglich beraten und weiter entschieden wurde.

Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Einschätzung abstufen.

Gremien 1–7, Beteiligungsprozesse 1–7, Maßnahmen 1–7

[Programmierung: Regler „Einfluss auf politische Entscheidung“ von 1 „überhaupt kein Einfluss“ bis 5 „sehr viel Einfluss“]

Wir möchten gerne auf Sie zurückkommen, um

- ggf. Rückfragen zu Ihren Antworten zu klären,
- ggf. Ihr Beteiligungsangebot als Leuchtturmbeispiel in den Bericht zu integrieren und von Ihnen eine Freigabe zu erbitten und
- Ihnen die Ergebnisse der Abfrage zur Verfügung zu stellen.

Bitte geben Sie Ihre Kontaktdaten an, wenn wir Sie zu diesen Zwecken kontaktieren dürfen:

- Ansprechpartner: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
- E-Mail-Adresse: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.
- Telefonnummer: Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Sie haben die letzte Seite der Umfrage erreicht. Vielen Dank für Ihre wertvolle Zeit!

Wenn Sie uns noch etwas mitgeben möchten, was Ihnen in der Abfrage zu kurz kam, können Sie hierzu die nachfolgende Frage nutzen.

**Gibt es noch etwas, das Sie uns mitteilen möchten?**

Klicken oder tippen Sie hier, um Text einzugeben.

Sie können an dieser Stelle mit der Schaltfläche „Zurück“ Ihre Antworten gegebenenfalls noch ändern oder überarbeiten. Sobald Sie mit „Weiter“ fortfahren, können Sie nicht mehr zu Ihren Antworten zurückkehren.

**Das war die letzte Frage. Vielen Dank für Ihre Teilnahme!** Die Ergebnisse der Abfrage werden in aggregierter Form Anfang 2024 im Schwerpunktbericht zur politischen Partizipation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Niedersachsen veröffentlicht.

Bei Fragen melden Sie sich bitte bei Sarah Perry: [sarah.perry@nlp.niedersachsen.de](mailto:sarah.perry@nlp.niedersachsen.de)

## 9.6 Ableitungen für Struktur, Prozesse und Haltungen

### 9.6.1 Struktur

Welche strukturellen Maßnahmen es auf kommunaler Ebene und auf Landesebene in Niedersachsen konkret braucht, um die politische Beteiligung von jungen Menschen zu optimieren und eine nachhaltige, umfassende Wirkung zu erzielen, ist ausführlich in Tabelle 9 dargelegt. Die Zusammenstellung der strukturellen Empfehlungen zeigen übergeordnet, dass Demokratiebildung als zentraler Aspekt auf lokaler und Landesebene berücksichtigt werden muss, mit entsprechenden thematischen und finanziellen Schwerpunkten. In Übereinstimmung damit sollten die definierten Zuständigkeiten und spezialisierten Dienste auf kommunaler Ebene weiterhin gefördert und ausgebaut werden, um lokale Bedürfnisse besser anzusprechen. Dahingegen sollte auf Landesebene auf die Stärkung und dem Ausbau bestehender Strukturen fokussiert werden sowie auf der Förderung langfristiger Projekte. Die Komplexität und Reichweite der Aufgaben auf Landesebene sollte durch Teamarbeit und Vernetzung mit übergeordneten Einrichtungen gestärkt werden.

Tabelle 9 Strukturelle Empfehlungen

In den Kommunen	In Niedersachsen
<b>Mandat</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gesetzliche Verpflichtung zur Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in allen Beteiligungsprozessen. Ein Ausschluss von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist zu begründen.</li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Jugendparlamenten mit Antragsrecht als flächendeckendes Angebot in allen Kommunen</li> <li>- Punktuelle und kurzfristige Beteiligungsmöglichkeiten zu verschiedenen Themen, insbesondere zu den Themenbereichen Verkehr, Freizeit, Stadtplanung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Dauerhafte und themenübergreifende Beteiligungsmöglichkeiten auf Landesebene, z. B. Landesjugendparlament</li> <li>- Punktuelle und kurzfristige Beteiligungsmöglichkeiten zu spezifischen Themen, insbesondere zu den Themenbereichen Demokratie, Umwelt und Bildung</li> </ul>
<b>Personal</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zentrale Ansprechperson vor Ort: kommunale Jugendbeteiligungsbeauftragte/r mit Team oder unter Rückgriff auf bestehende Stellen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Eine Stelle für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation mit jungen Menschen sowie Netzwerkarbeit</li> <li>• Eine Stelle für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen</li> <li>• Eine Stelle für Digitales</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Zentrale landesweite Koordinationsstelle: Landesjugendbeteiligungsbeauftragte/r plus Team bzw. unter Rückgriff auf bestehende Stellen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Ein Team für Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation mit jungen Menschen sowie Netzwerkarbeit</li> <li>• Ein Team für die Umsetzung von Beteiligungsprozessen</li> <li>• Ein Team zur Unterstützung der Kommunen</li> <li>• Eine Stelle für Digitales</li> </ul> </li> </ul>
<b>Budget</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Finanzielle Mittel für die eigene Umsetzung von Beteiligungsangeboten</li> <li>- Rahmenvertrag für die Umsetzung von Beteiligungsangeboten durch Dienstleister</li> <li>- Finanzielle Mittel für flankierende Maßnahmen (Fortbildungsprogramm, Demokratiewerkshops für junge Menschen, etc.)</li> </ul>	

<b>Ausstattung</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Beteiligungsplattform mit einem Überblick über alle Beteiligungsprozesse inklusive Filterfunktion nach Lebensalter</li> <li>- Kinder- und jugendgerechte Räumlichkeiten</li> <li>- Diensthandy</li> <li>- Social Media Repräsentation und Kommunikationsrechte</li> </ul>	
<b>Fortbildungsprogramm</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Fortbildungskonzept für Akteure der Kinder- und Jugendhilfe <ul style="list-style-type: none"> <li>• Basismodul: politische Beteiligung mit jungen Menschen <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Standards guter Beteiligung</li> <li>2. Partizipationsstufen</li> <li>3. Formate</li> <li>4. Methoden</li> <li>5. Haltung</li> </ol> </li> <li>• Aufbaumodul: Zielgruppenerreichung und Kommunikation mit Kindern, Jugendliche und junge Erwachsene <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Netzwerkaufbau und -pflege</li> <li>2. Social Media</li> <li>3. Diskriminierungssensible Kommunikation und Gestaltung von Beteiligungsprozessen</li> <li>4. Konfliktmanagement: Gewaltfreie Kommunikation und Mediation</li> </ol> </li> <li>• Beteiligung von jungen Menschen in prekären Lebensverhältnissen</li> </ul> </li> </ul>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Workshopreihen zu Demokratie und Beteiligung für junge Menschen nach Baukastenprinzip, die auch in Schulen angeboten werden können <ul style="list-style-type: none"> <li>• Sensibilisierungsveranstaltung: Demokratie und Beteiligung – was hat das mit mir zu tun? (Motivation sich einzubringen)</li> <li>• Workshop: Politische Prozesse verstehen und nutzen: Wie werden politische Entscheidungen getroffen und was kann ich tun?</li> <li>• Beteiligungsprojekt: Politische Beteiligung. Ich kann das. (Politische Selbstwirksamkeit stärken.)</li> <li>• Fake News und vertrauenswürdige Quellen</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Bestehende Ressourcen für Beteiligung nutzen und Regelfinanzierung stärken <ul style="list-style-type: none"> <li>• z. B. Landeszentrale für politische Bildung,</li> <li>• Akademie für Kinder- und Jugendparlamente</li> <li>• <a href="https://www.vnb.de/project/jugend-politik-dialoge-niedersachsen/">https://www.vnb.de/project/jugend-politik-dialoge-niedersachsen/</a></li> </ul> </li> </ul>
<b>Netzwerk</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Koordinierungsstelle in den Kommunen bzw. verantwortliche Person mit Stellenanteil mind. 25 Prozent</li> <li>- Lokales Netzwerk an Akteurinnen und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe</li> <li>- Schulen müssen prominent in das Netzwerk eingebunden werden</li> <li>- Eltern müssen über die Prozesse informiert werden und als unterstützende Ressource eingebunden werden, z. B. Teilnehmendenakquise, Fahrgemeinschaften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Koordinierungsstellen für politische Beteiligung in den Vergleichsringen</li> <li>- Landesweites Netzwerk an Akteurinnen und Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe</li> <li>- Kultusministerium muss prominent in das Netzwerk eingebunden werden</li> </ul>

Demokratiebildung	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Einführung von Politikunterricht an Grundschulen</li> <li>- Ausbau des Politikunterrichts an weiterführenden Schulen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Stärkung des Handlungsfelds Demokratiebildung durch thematische und finanzielle Schwerpunktsetzung</li> </ul>

### 9.6.2 Prozesse

In Niedersachsen sollten die Beteiligungsprozesse für junge Menschen durch Bürokratieabbau und effizientere Gestaltung optimiert werden. Es bedarf einer schnelleren Umsetzung von Beteiligungsgegenständen und einer breiten Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere auf Social Media. Die Förderung regelmäßiger Austauschrunden sowohl innerhalb der Kommunen als auch auf Landesebene ist essenziell. Zudem ist die Etablierung eines effektiven Monitorings und einer umfassenden Evaluation der Beteiligungsprozesse wichtig. Darüber hinaus ist es wichtig, demokratische Entscheidungsprozesse in den Alltag von Schulen und Hochschulen zu integrieren und Demokratiebildung als ein Schwerpunkthandlungsfeld zu etablieren. Welche Maßnahmen konkret auf kommunaler und auf Landesebene unternommen werden sollen, um diese Ziele zu erreichen, ist in Tabelle 10 zu sehen.

Tabelle 10 Empfehlungen für die Gestaltung der Prozesse zur Unterstützung von politischer Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen

In den Kommunen	In Niedersachsen
<b>Bürokratieabbau</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Weniger Abstimmungen, mehr Entscheidungskompetenzen bei den Umsetzenden in allen sie betreffenden Arbeitsbereichen, insbesondere die Nutzung von Social Media</li> <li>- Schnellere Umsetzung von Beteiligungsgegenständen, die junge Menschen als Zielgruppe haben</li> </ul>	
<b>Breite Öffentlichkeitsarbeit zu Beteiligung</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Auf Social Media und im öffentlichen Raum</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Insbesondere auf Social Media</li> <li>- ggf. im öffentlichen Raum</li> </ul>
<b>Austauschprozesse</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regelmäßige Austauschrunden innerhalb der Kommunen</li> <li>- Regelmäßige Austauschrunden zwischen den Kommunen, z. B. auf Landkreisebene</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Regelmäßige Austauschrunden zwischen Landesakteuren</li> <li>- Regelmäßige Austauschrunden zwischen allen Kommunen, z. B. jährlich im Rahmen einer Konferenz</li> </ul>
<b>Evaluation &amp; Monitoring</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Monitoring des geschaffenen Beteiligungsangebots</li> <li>- Evaluation der Qualität der einzelnen Beteiligungsprozesse für junge Menschen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Monitoring der Entwicklung von Demokratie und Beteiligung auf Landesebene und in den Kommunen in Niedersachsen</li> <li>- Evaluation der Qualität der Beteiligungsprozesse für junge Menschen</li> </ul>
<b>Schulen und Hochschulen</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Demokratische Entscheidungsprozesse prägen den Schulalltag; Schülerinnen und Schüler dürfen in vielen Belangen mitentscheiden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Demokratiebildung als Schwerpunkthandlungsfeld.</li> </ul>

### 9.6.3 Haltung

Es ist essenziell, dass junge Menschen eine demokratische Grundhaltung entwickeln, welche durch landesweite Bildungskampagnen und lokale Bildungsinitiativen gefördert wird. Gleichzeitig müssen Fachkräfte durch Antidiskriminierungsworkshops unterstützt werden, um Beteiligungsprozesse diskriminierungssensibel zu gestalten und dadurch eine inklusive Kultur zu stärken. Diese duale Herangehensweise sichert, dass sowohl die Bevölkerung als auch die Fachkräfte in ihren jeweiligen Rollen gestärkt und für eine demokratische Teilhabe qualifiziert werden.

In den Kommunen	In Niedersachsen
<b>Antidiskriminierung</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung einer demokratischen Grundhaltung und Einstellung (Normen und Werte) durch               <ul style="list-style-type: none"> <li>• Demokratiepädagogische Projekte an Schulen</li> <li>• Workshopreihen für junge Menschen zu Demokratie und Beteiligung</li> <li>• Partnerschaften zwischen Schulen und lokalen Politikerinnen und Politikern</li> </ul> </li> <li>- Antidiskriminierungsworkshops zur Identifikation und Reflexion von alters- und intersektionell diskriminierendem Verhalten und Stärkung von diskriminierungssensibler Kommunikation und Veranstaltungsgestaltung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Förderung einer demokratischen Grundhaltung und Einstellung (Normen und Werte)               <ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesweite, jugendgerechte Kampagnen für demokratische Bildung, z. B. mit prominenten Persönlichkeiten</li> <li>• Demokratiebildung umfasst demokratiepädagogische Elemente</li> </ul> </li> <li>- Antidiskriminierungsworkshops zur Identifikation und Reflexion von diskriminierendem Verhalten und Stärkung von diskriminierungssensibler Kommunikation und Veranstaltungsgestaltung</li> </ul>





# Impressum

**Herausgeber:**

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Hannah-Arendt-Platz 2  
30159 Hannover

[www.ms.niedersachsen.de](http://www.ms.niedersachsen.de)  
April 2024



**Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung**

**Erstellt von:**

IMAP GmbH

Sarah Perry, Barbara Flatters, Sophia Braun, Norina Pommerening

**Redaktion:**

Leitung: Christof Gebhardt

Mitarbeit: Katrin Harms, Björn Schulz, Julia Scherer, Lisa Schwarzer, Anette Steege  
*Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung*

**Gestaltung:**

schoenbeck mediendesign Hannover

**Herausgeber:**

Niedersächsisches Ministerium für Soziales,  
Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung

Hannah-Arendt-Platz 2  
30159 Hannover

[www.ms.niedersachsen.de](http://www.ms.niedersachsen.de)  
April 2024



**Niedersachsen. Klar.**